

2019

band 7, heft 3

www.zeitschrift-suburban.de

suburban

zeitschrift für kritische stadtforschung

aufsätze

Städte zu verkaufen:
Enteignung und Wiederaneignung in Spanien

Kike España, Beatriz V. Toscano

Ghettos am Rande der Stadt? Sozialwohnungsbaupolitik in Bogotá

Friederike Fleischer, Adriana Hurtado Tarazona, Maria José Alvarez Rivadulla

Das urbane Unbewusste

Lucas Pohl

debatte

Für eine Theorie der Gentrifizierung:
„Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen

Neil Smith, kommentiert von Moritz Ege, Laura Calbet i Elias, Jens Dangschat, Laura Nkula-Wenz, Lisa Vollmer, Andrej Holm

magazin

Die Bodenwertsteuer als unterstützendes Instrument der Stadtplanung

Daniel Mühlleitner

rezensionen

Stadtkonzepte als aktuelle Perspektiven auf die Stadt

Wolf-Dietrich Bukow

Theorien der Stadt

Jan Wehrheim

Campus Bockenheim Revisited

Jannik Noeske

Literatur über Städte mit anderen Augen sehen

Laura von Puttkamer

Verwaltungsethnographie aus der Perspektive aktivistischer Forschung

Jenny Künkel

Smart City: Zwischen Utopie und Dystopie

Ariane Sept

Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2019, Band 7, Heft 3
ISSN 2197-2567

Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

Redaktionskoordination

Michael Keizers

Heftkoordination für diese Ausgabe

Johanna Hoerning, Lisa Vollmer

Autor_innen dieser Ausgabe

Maria Jose Alvarez Rivadulla, Wolf-D. Bukow, Laura Calbet i Elias, Jens Dangschat, Moritz Ege, Kike España, Friederike Fleischer, Andrej Holm, Adriana Hurtado Tarazona, Jenny Künkel, Daniel Mühlleitner, Laura Nkula-Wenz, Jannik Noeske, Lucas Pohl, Laura von Puttkamer, Ariane Sept, Neil Smith, Beatriz V. Toscano, Lisa Vollmer, Jan Wehrheim

Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch joscha@textfriseur.org, Karoline Walter karo@textfriseur.org (Lektorat)
Robert Hänsch signtific@jpberlin.de (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild

Originalbild von Laura Calbet i Elias

Förderung

s u b \ u r b a n wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Bereich
Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme gefördert.



Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h., alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nicht-kommerzielle Verbreitung. Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden zwei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n, zweitens der Weitergabe unter den gleichen rechtlichen Bedingungen, d.h. derselben Lizenz wie das Original (CC BY-SA 4.0). In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de.

Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub\urban e.V.

Bank: GLS Bank – IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00 – BIC: GENODEM1GLS

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de – info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

	Editorial	5
Aufsätze	Städte zu verkaufen: Prozesse der Enteignung und Praktiken der Wiederaneignung in Spanien <i>Kike España, Beatriz V. Toscano</i>	7
	Ghettos am Rande der Stadt? Sozialwohnungsbaupolitik und soziale Ungleichheit in Kolumbien <i>Friederike Fleischer, Adriana Hurtado Tarazona, Maria Jose Alvarez Rivadulla</i>	27
	Das urbane Unbewusste. Psychoanalyse und kritische Stadtforschung <i>Lucas Pohl</i>	47
Debatte	Für eine Theorie der Gentrifizierung: „Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen <i>Neil Smith</i>	65
	Pro Rent-Gap-Theorie, contra habitualisierten Antikulturalismus <i>Moritz Ege</i>	87
	Wo ist die Rente im Erbe der Rent-Gap-Theorie? <i>Laura Calbet</i>	95
	Gentrifizierung: Kein ‚back to the city‘ – weder von Menschen, noch des Kapitals <i>Jens S. Dangschat</i>	101
	„Gentrification is a dirty word...“ <i>Laura Nkula-Wenz</i>	109
	Der Gentrifizierungsbegriff in wohnungspolitischen Protesten <i>Lisa Vollmer</i>	113
	„Es macht einfach Sinn!“ <i>Andrej Holm</i>	119
Magazin	Die Bodenwertsteuer als unterstützendes Instrument der Stadtplanung <i>Daniel Mühlleitner</i>	125
Rezensionen	Stadtkonzepte als aktuelle Perspektiven auf die Stadt <i>Wolf-Dietrich Bukow</i>	135
	Theorien der Stadt <i>Jan Wehrheim</i>	141
	Campus Bockenheim Revisited <i>Jannik Noeske</i>	144
	Literatur über Städte mit anderen Augen sehen <i>Laura von Puttkamer</i>	151
	Verwaltungsethnographie aus der Perspektive aktivistischer Forschung <i>Jenny Künkel</i>	155
	Smart City: Zwischen Utopie und Dystopie <i>Ariane Sept</i>	159

Editorial

Liebe Leser_innen,

mit diesem thematisch ‚offenen‘ Heft schaut s u b \ u r b a n in die Ferne: in – von Deutschland aus gesehen – entfernt liegende Regionen, in Debatten der Stadtforschung, die vor entfernten Zeiten gestartet wurden, und in vermeintlich entfernte Disziplinen.

In der Aufsatz-Rubrik richtet sich der Blick nach Spanien und nach Kolumbien sowie auf die psychoanalytische Theorie. Im Aufsatz „Städte zu verkaufen: Prozesse der Enteignung und Praktiken der Wiederaneignung in Spanien“ setzen sich Kike España und Beatriz Toscano am Beispiel der andalusischen Stadt Málaga mit der Frage auseinander, wie Kulturalisierung und Städtetourismus zu einer Enteignung der Stadtbewohner_innen beitragen und diskutieren Möglichkeiten des Widerstands. Friederike Fleischer, Adriana Hurtado Tarazona und Maria Jose Alvarez Rivadulla gehen in ihrem Aufsatz der Verschärfung sozialer Ungleichheit im sozialen Wohnungsbau in Bogotá nach. Sie zeigen einerseits, dass nur ein Teil der ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen Zugang zum auf Hauseigentümerschaft abzielenden subventionierten Wohnraum hat. Andererseits untersuchen sie die Peripherisierungs- und Segregationsprozesse, die mit der randständigen Lage der großflächigen Wohnsiedlungen und ihrer oft defizitären Infrastruktur zusammenhängen. Dem urbanen Unbewussten ist Lucas Pohl in seinem Aufsatz zum Potential der Psychoanalyse für die kritische Stadtforschung im deutschsprachigen Raum auf der Spur.

Für unsere Debatte haben wir einen der Klassiker der Gentrifizierungsforschung erstmals ins Deutsche übersetzt: den 1979 erschienen Text „Für eine Theorie der Gentrifizierung: ‚Zurück in die Stadt‘ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ von Neil Smith. Der Aufsatz hat eine bis heute mit spitzer Feder geführte Debatte um die Ursachen von Gentrifizierung ausgelöst. Wie die Kommentare zeigen, haben Smiths Überlegungen auch vierzig Jahre nach Erscheinen nichts an Aktualität eingebüßt. Moritz Ege verteidigt in seinem Kommentar die Vereinbarkeit von Rent-Gap-Theorie und kulturellen Deutungen von Gentrifizierung. Laura Calbet i Elias bricht in ihrem

Kommentar eine Lanze für die Grundrententheorie und ihre Weiterentwicklung in Zeiten der Finanzialisierung. Jens Dangschat weist in seinem Kommentar auf die empirischen Unterschiede zwischen US-amerikanischem und europäischem Kontext in Bezug auf die Relevanz des Rent-Gap Konzepts und den Entstehungskontext des Textes hin. Laura Nkula-Wenz betont dessen weiterhin bestehende politische Sprengkraft und theoretische Offenheit, die in der Rezeption oftmals übersehen wird, und wünscht sich, dass der Begriff der Gentrifizierung auch weiterhin ein „dirty word“ bleibt. Lisa Vollmer fragt sich, ob der Gentrifizierungsbegriff für die Vergemeinschaftung wohnungspolitischer Proteste ebenso viel beizutragen hat wie zur wissenschaftlichen Debatte. Und Andrej Holm rekapituliert schließlich die Wirkungsgeschichte und aktuelle Bedeutung von Smiths Klassiker.

In unserem Magazinteil widmen wir uns diesmal einem hochaktuellen Thema: der Reform der Grundsteuer, die zum Jahreswechsel ansteht. Daniel Mühlleitner untersucht die Debatte in seinem Beitrag „Die Bodenwertsteuer als unterstützendes Instrument der Stadtplanung“ und argumentiert darin für eine Bodenwertsteuer inklusive Überwälzungsverbot auf die Mieter_innen auf der Ebene der Bundesländer. Da die Debatte noch lange nicht beendet ist, freuen wir uns über weitere Einreichungen zu diesem Thema besonders.

Unsere prall gefüllte Rubrik Rezensionen stellt diesmal gleich zwei einführende Werke der Stadtforschung vor: Jan Wehrheim bringt uns Lars Meiers, Silke Steets' und Lars Frers' 2018 erschienenen Lehrbuch *Theoretische Positionen der Stadtsoziologie* näher und Wolf-Dietrich Bukow das *Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen*, herausgegeben von Dieter Rink und Annegret Haase. Laura von Puttkamer stellt uns das Buch *Cities and Literature* von Malcolm Miles vor. Jannik Noeske rezensiert das Buch *Architektur einer bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurter Universitäts- und Stadtbauten im Kontext ihrer Geschichte zwischen 1906 und 1956* von Jürgen Schardt. Jenny Künkel bespricht Lisa Riedners veröffentlichte Promotion *Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration. Eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus*. Und Ariane Sept diskutiert den von Sybille Bauriedl und Anke Strüver herausgegebenen Band *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bei ihr möchten wir uns außerdem ganz besonders für die Bereitschaft bedanken, unser neues Einreichungssystem im Open Journal System (OJS) kritisch zu testen!

Zum Schluss noch ein Punkt in eigener Sache: Zu unserem Bedauern verlässt Carsten Praum s u b \ u r b a n als Redaktionsmitglied. Lieber Carsten, vielen Dank für alles – wir vermissen Dich und freuen uns auf weitere Zusammenarbeit, wo und wie auch immer!

Nun aber viel Spaß beim Lesen wünscht die s u b \ u r b a n-Redaktion
Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Nina Gribat, Johanna Hoerning, Stefan Höhne, Jan Hutta, Justin Kadi, Michael Keizers, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster und Lisa Vollmer



Städte zu verkaufen

Prozesse der Enteignung und Praktiken der Wiederaneignung in Spanien

Kike España

Beatriz V. Toscano

In Spanien zwingen die Wirtschaftszweige Tourismus und Immobilienspekulation zu einer Debatte um die Erosion der Demokratie im Schoß der Europäischen Union, wo sich seit dem Beitritt des Landes die Strategie etabliert hat, dessen Rolle als Produktionsraum für Tourismus zu betonen. Verstärkt seit der Finanzkrise 2008 hat die Tourismusbranche eine gewaltige Transformation erlebt, in deren Zuge Städte zu Hauptreisezielen und -anziehungspunkten geworden sind. Durch bereits vorhandene Raumvermarktungsstrukturen aus dem Immobiliengeschäft haben sich die Möglichkeiten der Tourismusbranche, sich Stadtraum anzueignen, vervielfältigt. Mit der *Stadt als Ware* werden ganze urbane Zentren in ‚Themenparks in Lebensgröße‘ umgewandelt und die Stadt samt all ihren Lebensressourcen konsumiert. Analysiert wird, inwieweit sich anhand dieser Situation neue Formen eines intra-territorialen Kolonialismus zwischen Touristen bzw. Stadteliten und Bürgern aufzeigen lassen. Ziel des Textes ist es, Möglichkeiten für eine Wiederaneignung dieser Stadträume anzuvisieren, die darauf basieren, Aspekte der Nutzung und des kulturellen Verständnisses dieser Orte neu zu bestimmen.

Ersteinreichung: 6. September 2018; Veröffentlichung online: 29. November 2019

An English abstract can be found at the end of the document.

„Il ne faut jamais oublier que la colonisation, avec ses techniques et ses armes politiques et juridiques, a bien sûr transporté des modèles européens sur d’autres continents, mais qu’elle a eu aussi de nombreux effets de retour sur les mécanismes de pouvoir en Occident, sur les appareils, institutions et techniques de pouvoir. Il y a eu toute une série de modèles coloniaux qui ont été rapportés en Occident, et qui a fait que l’Occident a pu pratiquer aussi sur lui-même quelque chose comme une colonisation, un colonialisme interne.“

Foucault (2001: 103)

1. Einleitung

Der Einband der Romanfassung von Luis García Berlangas Film *Willkommen, Mr. Marshall* (1953) zeigt ein flüchtiges, doch treffendes prophetisches Porträt der heutigen spanischen Stadt – als Stadt, die sich verkauft. Im Vordergrund zu sehen ist Uncle Sam, der auf etwas reitet, das einer Mischung aus Nikolaussack und Atomrakete ähnelt, und der in einer riesigen Explosion

Dollarscheine auf die Einwohner_innen von Villa del Río niederregnen lässt. Diese, mit erhobenen Armen tanzend, scheinen zu rufen: „Hier, hier!“, was unweigerlich Erinnerungen an die hungernden Massen in Erwartung der *food aidrops* weckt. Links im Bild ist ein Einwohner in Volkstracht zu sehen – völlig anachronistisch in den Zeiten des Marshallplans, auf den sich der Film bezieht. Im Hintergrund die schemenhaften Umrisse von Häusern in einem Dorf, das zur Kulisse geworden ist, vor der ein Stück spielt, das ebenso gut ‚Spanien‘ heißen könnte.

Willkommen, Mr. Marshall führt dem Zuschauer die Geschichte von Villa del Río vor; eine während der Nachkriegszeit verarmte und perspektivlose Gemeinschaft, ein Kaff irgendwo in der Mitte Spaniens, dessen raffinierte Einwohner_innen den genialen Einfall hatten, sich als pittoreske ‚Spanier_innen‘ zu kostümieren (Flamencotrachten, altmodische Banditen und Toreros, wie man sie nur aus den Bildern von Goya kennt). Eine große Summe steht für sie auf dem Spiel; sie werden alles tun, um die nordamerikanischen Gesandten vom Marshallplan mit ihrer volkstümlichen Lebensfreude und Einfachheit für sich zu gewinnen.[1] Nach Ansicht des Bürgermeisters hatte sich das Dorf bei der Umverteilung von Auslandskapital ‚schlecht verkauft‘ – ein unverzeihliches Versäumnis, dem mit der Schaffung einer eigenen Marke, die nunmehr für die Amerikaner ‚typisch spanisch‘ heißen wird, etwas entgegengesetzt werden soll. Das normale Alltagsgeschehen müssen die Bewohner_innen ruhen lassen, um Statisten in einem fiktiven spanischen Dorf von inszenierter Volkstümlichkeit zu sein, für das sie sich quasi als *tableau vivant* à la española verkleiden. Dieses Bild wirkt nur nach außen heiter; hinter den unterhaltsamen Episoden dieses Filmes steht eine ernüchternde Wahrheit: Die Bewohner_innen zahlen einen viel zu hohen Preis, als sie Villa del Río ‚zur Ware werden lassen‘.

Als ziemlich à point servierte Kritik am sozial und wirtschaftlich zusammenbrechenden Regime Francos ist García Berlangas Versinnbildlichung heute aktueller denn je, wenn es darum geht, einem kaufkräftigen nordeuropäischen Mittelstand den Traum des ‚typisch Spanischen‘ (Sonne, Strand und Fiesta) zu verkaufen: Das war das Entwicklungsmodell, das sich unter Franco etabliert hatte, um dem unaufhaltsamen Prozess des Industriabbaus in Spanien entgegen zu wirken.[2] Heute gilt für Spanien: Die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los.

Ein Spaziergang durch die heutige Stadt Málaga genügt, um Zeuge der Effekte der seit Jahrzehnten aggressiv praktizierten Tourismuspolitik zu werden. Die früher mit Autoverkehr und lokalen Geschäften belebte Avenida de la Constitución, wo Einheimische sich für ihre Alltagsbesorgungen mit Tourist_innen vermengten, ist zu einer Fußgängerzone gemacht worden, die von den überall vertretenen Modefranchisen gesäumt wird. Aus den Geschäften strömen Flyerverteiler, die im lauten Gedröhne der Technohits auf der Straße kaum zu verstehen sind. Gelegentlich sind Musikantengruppen zu sehen, die in Trachtenkostümen die in den Eiscafés sitzenden Tourist_innen mit folkloristischer Musik belästigen. Die die Straße flankierenden, für Málaga so charakteristischen Balkone sind nicht mehr zu erkennen, da sie mit zahllosen spanischen Fahnen verhängt sind. Weiter vorne erstreckt sich im Getümmel die ursprüngliche Altstadt, die längst einer architektonischen Aufwertungsmaßnahme zum Opfer gefallen und

kaum noch bewohnt ist. Die unteren Etagen ihrer historischen Gebäude wurden in Kettenläden, Restaurants und Bars umgewandelt. Am anderen Ende der Avenida liegt der Sporthafen (*puerto deportivo*). Seit 1998 in einem tiefgreifenden Umbauprozess begriffen, umfasst dieser heute neben Anlegern für Fischerboote auch neue Stellplätze für Riesenkreuzfahrtschiffe und Yachten. Meeresschutt und tote Palmenzweige bedecken das Ufer der einst ruhigen Bucht von Málaga. Geplant sind genau hier ein großes Geschäftszentrum, ein Schiffsterminal der größten Kreuzfahrtschiffe der Welt der Firma Royal Caribbean sowie ein luxuriöses Wolkenkratzerhotel. Oben an der Autobahnzufahrt ist zur Zeit ein Plakat zu sehen, das für das Entwicklungskonzept der in der Kommune regierenden rechtskonservativen Parteien wirbt[3] und all diese Transformationen passend mit dem Slogan zusammenfasst: „*Málaga, donde la cultura es capital*“[4].

Das nicht ins Deutsche übertragbare Wortspiel mit ‚*capital*‘, das sowohl ‚Kapital‘ als auch ‚Hauptstadt‘ bedeuten kann, wirft bezüglich der Diskussion darum, wie Städte zu ‚Kapital‘ werden, einige Fragen auf. Zur Erläuterung braucht es zunächst eine konzeptionelle Präzisierung: Eine ‚Stadt‘ ist nicht nur als zu füllender ‚Container‘, als Ansammlung von Wohnbauten und Infrastrukturen anzusehen, so wie es früher in Spanien gedacht wurde, als die angeblich ‚leeren‘ und ungenutzten Strände den Tourist_innen überlassen wurden. Mit dem Ansatz von Henri Lefebvre (1974) lässt sich die Stadt vielmehr als ein Lebenssystem verstehen, als ein materiell-immaterieller Komplex aus Beziehungsgeflechten, Repräsentationssystemen und Lebensweisen, welche an bestimmte Bau- und Nutzungsstrukturen gebunden sind, die den hier erwähnten kapitalakkumulativen Austauschprozess unterbinden. Die Doppelbedeutung von ‚*capital*‘ veranlasst uns, die Vermarktungsstrategien, bei denen aus einer Stadt ein Mehrwert gewonnen werden soll, zu hinterfragen. Wie es auf dem Plakat steht, übernimmt diese Aufgabe im Fall Málagas schlicht die ‚Kultur‘. Zusammenfassend gesagt überschattet und überlagert der fortschreitende Kapitalisierungsprozess Málagas das Lebenssystem ‚Stadt‘, indem er die ‚Kultur‘ primär als Marketingargument instrumentalisiert.

Es lohnt an dieser Stelle, sich auf die Vorlage dieser Gedanken zu besinnen. Schon Karl Marx erklärt in *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* (2003 [1867]), wie Gemeingegenstände zur Ware werden. Ähnlich wie bei der Stadt, die sich durch Kultur in Kapital verwandelt, wird bei Marx aus dem Gemeingut durch einen Hauch Rarität eine begehrte *Ware* gemacht (vgl. ebd., Abschnitt „Warenfetischismus“). Eben dieser Raritätscharakter, der aus dem Anspruchsuniversum des Käufers entspringt, macht den Identifikationskomplex oder das Repräsentationssystem aus, das wir *Kultur* nennen (Appadurai 1986). Nicht von ungefähr sprach Marx vom ‚Fetischcharakter der Ware‘, denn was konsumiert wird, ist nicht nur das Ding als solches, sondern auch das, was es darstellt. Wie die einfachen Dinge verwandeln sich auch Städte in Ware, wenn sie zur Tourismusdestination gemacht werden. Aus einer fiktiven Aura von Rarität und Attraktivität erzeugt, besitzen sie nicht nur einen Marktwert, sondern sollen auch die Erwartungen und Ansprüche des Käufers nach ‚Kultur‘ erfüllen.

In Hinblick auf die Art und Weise, in der Málaga zur Ware, zum Ort einer Erlebnisversprechung gemacht wird und wurde, bekommt diese These zentrale Bedeutung, denn sie erhellt die Prozesse, mit denen nicht nur Städte, sondern

vor allem ihre Bewohner_innen und deren lebensstützende Strukturen als touristische Ziele, als Ware dieser Industrie, vermarktet werden. Tourist_innen erwarten belebende und inspirierende Orte, die sie in ihrem radikalen Anderssein aus ihrem Alltagsstrott herausholen. Sie erhoffen sich ‚exotische‘, fröhliche Momente, in denen sie am authentischen, bedeutungsvollen Leben eines Ortes teilnehmen dürfen (Zukin 2008), verbunden mit einer perfekt funktionierenden Infrastruktur. In Anbetracht des Ausmaßes, zu dem Málaga vom Tourismus geprägt ist, ist die obige Umdeutung des Begriffes ‚Stadt‘ vom Lebenssystem zur Ware hier von besonderer Relevanz. Das zeigt sich nicht zuletzt in einer Veränderung im Verhalten der Tourist_innen in ihrer Beziehung zur Stadt und ihrem Umgang mit ihr. Sie konsumieren längst nicht mehr nur deren Sehenswürdigkeiten wie Denkmäler oder Bauwerke, sondern die Stadt als Lebenssystem. Es ist genau diese Veränderung im Verhalten von Tourist_innen, von der wir annehmen, dass sie auf materieller Ebene für die Ausschöpfung und Enteignung[5] von Stadtreourcen und Logistik und auf immaterieller Ebene für das Verschwinden von Lebensweisen und Identitäten verantwortlich ist.

Aufwertung und Quartiersentwicklung haben also nicht mehr primär das Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bewohner_innen, sondern sollen genügend urbane Szenarios für Tourismuserlebnisse und Urlaubsdomizile bereitstellen. Vorbei sind die Jahre zwischen den 1960ern und 1990ern, in denen Tourist_innen nur mit dem üblichen Stranderlebnis zu unterhalten waren (Lefebvre/Regulier 2004 [1986]). Bei den Mittelmeerstädten ist ein Wandel im Trend der Tourismusziele zu beobachten (Cocola-Gant 2018: 2), der in Spanien nach der Logik des Werbeslogans *Kultur ist Kapital* einen beispiellosen Prozess der Stadtverdrängung ausgelöst hat. Angesichts der Lage in Málaga, wo in maroden und von Stadtpolitikern vernachlässigten Vierteln Menschen leben, die aus dieser Stadt politisch ausgeschlossen, jedoch zugleich (als Arbeitskräfte, Statist_innen, Bürger_innen) alternativlos an sie gebunden sind, wollen wir über Verhältnisse sprechen, die an Ausbeutung grenzen.

In Málaga kommen, ähnlich wie in vielen anderen spanischen Tourismusdestinationen (Russo/Scarnato 2018), zur Beeinträchtigung durch die vielen Besucher_innen die verhängnisvollen Effekte der Immobilienspekulation hinzu. Bezüglich der Entstehung von Leitkulturen und Ausschließungsmechanismen erkennen wir in den negativen Effekten, die der Massentourismus und die Immobilienspekulation auf Städte haben, Ähnlichkeiten zu kolonialen Verhältnissen. Im Gegensatz zu einigen Ansätzen der kritischen Tourismus- und Raumforschung (Cocola-Gant 2018; Blázquez-Salom 2013; Schäfer 2013; Smith 1990), die nur punktuell von zeitlich begrenzten kolonialen Verhältnissen zwischen Ursprungs- und Zieländern berichten, wollen wir – aufgrund der besonderen räumlichen und Nutzungsdimension der Problematik – auf Formen eines intraterritorialen Kolonialismus hinweisen. Was hier zur Diskussion steht, sind Phänomene einer Raum- und Bestimmungsenteignung, welche sich zwischen geopolitisch gleichwertigen Einheiten wie etwa der EU oder sogar intraurbanen Gebieten ereignen. Die Zentralität der Stadt als Produktionsraum für die Tourismusindustrie passt in ein Zeitalter, in dem Deindustrialisierung und Globalisierung als Grundlage neuer Prozesse der Ausbeutung fungieren.

Wir gehen vor diesem Hintergrund davon aus, dass die wirtschaftlichen Praktiken von Aufwertung und Finanzialisierung von Stadtboden, die sich durch Privatisierung und temporäre Nutzung entwickeln und sich im Tourismus mit Strategien der Entwicklung einer gefälligen Leitkultur verbinden, Züge eines kolonialen Regimes aufweisen. Beim historischen Kolonialismus waren es die Diskurse der Modernisierung und des Fortschrittes, die die Praktiken des Outsourcings und der menschlichen Entfremdung ermöglicht haben (Henrique Martins 2018; Mignolo 2003; González Casanova 1965). Demgegenüber stehen hier Modelle für Stadtökonomien, welche die Bürger_innen an die Peripherie der eigenen Stadtbürgerschaft und Selbstbestimmung drängen. Dies ist besonders dort der Fall, wo europäische Ökonomien darauf setzen, mit Dienstleistungen und Erlebnissen zu handeln; gemäß der Idee, die Vermarktung von Städten durch touristische Produkte und kulturelle Events in den Mittelpunkt zu stellen. Innerhalb dieser Konstellation stellt die Stadt das Rohmaterial, die Ressource für diese Endprodukte dar. Wenn die negativen Effekte dieser Prozesse ein emanzipatorisches Potenzial bergen, lassen sie sich innerhalb des erwähnten Paradigmas eines intraterritorialen Kolonialismus betrachten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass eine progressive Stadtpolitik in Spanien (wie die von der Bürgermeisterin Barcelonas Ada Colau, im Amt seit 2015) nicht ohne Bezugnahme auf die folgenden Faktoren auskommen kann: das Recht auf die Stadt und die Regulierung von Tourismusströmen und Immobilienspekulation.

Im Folgenden wollen wir das wirtschaftliche Segment des Tourismus und der Immobilienspekulation in Spanien unter die Lupe nehmen. Wir fragen, inwieweit die neuen Formen von Konsum und Vermarktung urbaner Zentren als „Themenparks in Lebensgröße“ (Judd/Fainstein 1999: 89) einerseits die Stadt als Lebenssystem ausschöpfen und sie andererseits in ihrer demokratischen Legitimation entpolitisieren und entmächtigen. Wir sehen darin eine Besonderheit des spanischen Falls und begründen unsere These der Entstehung eines inraeuropäischen und intrastädtischen Kolonialismus wie folgt: Die negativen Effekte des Tourismus als Form von inraeuropäischem und intrastädtischem Kolonialismus ergeben sich aus seiner Verflechtung mit den Liberalisierungsmöglichkeiten, die der Immobilienboom von 1998 bis 2008 in Spanien für den Stadtraum und den Besitz über Boden mit sich gebracht hat.[6]

Im ersten Teil betrachten wir daher die Zusammenhänge zwischen der sogenannten Spekulationsblase und dem Aufkommen der *city brands* mit ihrer urbanen Umstrukturierung einerseits und den Entwicklungen im Tourismus andererseits; im zweiten Teil thematisieren wir potentielle Widerstandsbewegungen gegen diese Enteignungsprozesse am Beispiel von Málaga.

2. Ausverkauf der Städte: vom Immobilien- zum Tourismusboom

In Spanien entstand die touristische Kolonisierung nicht von einem Tag auf den anderen. Es handelt sich vielmehr um einen langsamen und sehr komplexen Prozess, dessen gegenwärtige Dominanz laut Ivan Murray (2015) in

der wichtigen Funktion begründet liegt, die das spanische Staatsgebiet (der Raum) seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts für das europäische und globale touristische Kapital erfüllt hat. Dies hat sich auch durch die Einführung der Demokratie in Spanien und dessen Eingliederung in die Europäische Union nicht grundlegend geändert. Die Akkumulationslogik des Tourismus spielte in der Diktatur gleichzeitig mehrere Rollen: „eine wirtschaftliche, als eine Art Marshallplan, nur mit Sonnenschirm und Sonnencreme; eine geopolitische, indem er als antikommunistische Schutzbarriere wirkte; eine propagandistische, indem er das Regime im Ausland rechtfertigte; eine sozopolitische, indem er durch die Verbreitung von Konsumkultur als soziales Schlafmittel wirkt“ (Murray 2015: 4). Die Zahl der Besucher_innen verzehnfachte sich innerhalb relativ kurzer Zeit (in etwa dem Zeitraum zwischen 1956 und 1960), wofür das Gebiet vorbereitet werden musste. Die Machtstrukturen des spanischen Tourismusunternehmertums begannen sich in Verbindung mit dem Franco-Regime zu bilden, gefördert durch internationales Kapital und lokale Machthaber sowie Spekulanten, und das in einer Zeit frenetischer Urbanisierung. Mit dem Wandel zur Demokratie ab 1975, dem Aufkommen des neoliberalen Projekts und dem EU-Beitritt 1981 (damals noch EG) verfestigte sich die Rolle Spaniens in der westeuropäischen Arbeitsteilung als Produktionsraum für Tourismus und Immobilien. Für die folgenden dreißig Jahre bis zur Finanzkrise schritt der Industrieabbau voran und im Kontext weltweiter finanzieller Liberalisierung etablierte sich eine Kultur des Finanz- und Immobilienbooms. Diese wurde ermöglicht durch das Gesetz zur Liberalisierung des Bodens von 1996, das den gesamten Boden, der nicht geschützt oder anderweitig festgelegt war, für bebaubar erklärte. In kurzer Zeit kam es daraufhin zum Wandel – der ‚Tsunami‘ der Urbanisierung war nunmehr unaufhaltsam. Das jährliche Volumen an fertiggestellter Geschossfläche stieg zwischen 1990 und 2005, also innerhalb von 15 Jahren, von 6,7 Millionen auf 10,2 Millionen Quadratmeter (Murray 2015: 7). Wie der langjährige Beobachter der spanischen Immobilienblase, Christopher Marcinkoski, bemerkt, übertraf die Neubautätigkeit in Spanien zwischen 1996 und 2006 die von Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen (Marcinkoski 2015: 73).

Angesichts des Ausmaßes dieser *fiesta* wollte niemand auf der Strecke bleiben: Städte und Gemeinden konkurrierten darum, die meisten Megaprojekte, Wohnsiedlungen und Tourismuskomplexe zu realisieren, wofür sie auf alle möglichen Strategien zurückgriffen. Dabei wurde ein Korruptionsnetz zwischen Politik und Wirtschaft gewoben, dessen Ausmaß wir heute erst stückweise rekonstruieren können. Die Kooperation zwischen den Banken mit immer neuen, ad hoc generierten Finanzprodukten und der Politik, die die Gesetze an die ökonomischen Bedürfnisse der Investor_innen anpasste, wird nun deutlicher. Einerseits sahen sich die Gemeinden angesichts der fehlenden Kommunalfinanzierung dazu gezwungen, die Immobilienentwicklung als Hauptquelle steuerlicher Einnahmen zu fördern. Andererseits wurden neben den Flexibilisierungsmaßnahmen bei der verbesserten Möglichkeit der Bodenausnutzung (etwa durch veränderte baurechtliche Festsetzungen) Politikmaßnahmen verabschiedet, die den Investor_innen einen leichten Zugang zu Finanzierungskapital versprachen. Spanien hatte sein maßgeschneidertes Entwicklungskonzept endlich gefunden: Durch

die Bewerbung und das Branding von Städten wurden Immobilienaktivitäten wie der Neubau intensiviert und die Tourismusindustrie über das klassische ‚Strandprogramm‘ hinaus gefördert. Zunächst als zweigleisige Idee eines Strukturwandels konzipiert, begannen die Kapazitäten der Bauindustrie mit den Zielen der Tourismusbranche zu konvergieren.

Die Kommodifizierungsfolgen für die Städte waren enorm: Sie wurden für die städtischen Imagestrategien immer mehr zur Marke. Diese Strategien hatten vor allem das Ziel, die Attraktivität der Städte in Hinblick auf die Immobilienentwicklung zu erhöhen. Zeitgleich zum bereits erwähnten Zenit der Immobilienspekulation wurde 2008 ein historisches Hoch von spanienweit 58,6 Millionen Tourist_innen erreicht. Neben der plakativen Darstellung der Beliebtheit bestimmter Städte als Tourismusziel zählen zu den Gründen für diese Entwicklung zum Beispiel auch die Zunahme von Billigflügen und der Bau neuer Flughäfen, die nach der Finanzkrise sogar zum Verkauf standen. Laut der Tageszeitung *El Mundo* kommerzialisierte beispielsweise der spanische Flughafenbetreiber AENA, heute eine Aktiengesellschaft, im Jahr 2017 mehr als 2.000 Hektar für den Bau von Hotels (Segovia 2017).

Durch das Einsetzen der Weltwirtschaftskrise, in der die Finanz- beziehungsweise Immobilienblase platzte, wurde das soziale Gewebe der spanischen Gesellschaft angegriffen; die Krise hinterließ verwüstete Landstriche in ganz Spanien: Geistersiedlungen, halbfertige, verfallene Gebäude, Kreisverkehre mitten im Nirgendwo. Ende 2010 standen über eine Million Neubauten leer. Und es hätten sogar 3,6 Millionen werden können, wären alle genehmigten Bauprojekte tatsächlich umgesetzt worden (Marcinkoski 2015: 73). In Anbetracht der Tatsache, dass die Wohnsiedlungen für die durch die Krise verarmten lokalen Käufer_innen unerschwinglich geworden waren, richtete die Bauindustrie nun ihr Augenmerk auf die Schaffung von Räumen für den Tourismus und damit auf die erzwungene Ästhetisierung des Raumes zu kommerziellen Zwecken. In dieser Hinsicht findet in Spanien derzeit eine Art paradoxer Vorgang der urbanen An- und Enteignung statt – im Schoß eines ökonomischen Modells, in dem die Profite und Privateigentum schaffenden Mittel von Tourismus- und Immobiliengeschäft zusammenwirken.

3. Tourismusstädte: Wo Kultur ist, ist Kapital

In Málaga hat ein neues Modell von Stadt den städtischen Raum buchstäblich erobert. Es basiert auf Konsum und der Schaffung von touristischen Räumen. Um dieses Modell zu etablieren, hat die Stadtverwaltung in den vergangenen zehn Jahren eine Reihe von Maßnahmen initiiert, die Málaga auf dem Markt der internationalen Touristenhochburgen platzieren sollen, indem sie sich oberflächlicher Mechanismen bedienen, die nur auf das Spektakel abzielen. Die Entstehung des Entorno Thyssen in Málaga, die Erweiterung des Hafens 2012 für das Anlegen von Kreuzfahrtschiffen und Yachten, die Zunahme von Genehmigungen für Bars, von Kettenläden und Ähnlichem im Stadtkern, der Bau von Museums-Franchiseprojekten, denen die Verbindung zur lokalen Kultur fehlt, wie dem Centre Pompidou Málaga 2015, und die Etablierung von sogenannten alternativen Touren durch die ärmeren Stadtviertel zur Besichtigung der von gewöhnlichen Graffitis geprägten Stadtlandschaften sind nur einige Beispiele hierfür.

Stadt und Kultur werden dabei als Marktinstrumente verstanden. Nichts bezeugt dies stärker als die Werbeslogans auf Tourismusbörsen: „Málaga, wo Kultur Kapital ist“, oder die aktuelle Version: „Málaga, Stadt der Museen“. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um eine Stadt *als* Museum (eine Unterart der Stadt als Marke), also eine Stadt, die den Besucher_innen als Ware zur Verfügung steht und in der das, was sich hinter der Fassade befindet, keine Rolle mehr spielt. In der Stadt als Museum gibt es kaum noch Bürger_innen (und wenn, dann nur in folkloristischer Tracht oder als Servicepersonal), sondern fast nur noch Tourist_innen, Geschenkäden und Restaurantketten. Die Stadt und die Bürgerschaft verschwinden, es bleibt nur die Illusion, ein Trugbild der Stadt. Diese Entwicklung vertuscht die Vertreibung der Mehrheit ihrer Einwohner_innen durch Enteignung und Veräußerung. Was die Strategien betrifft, nimmt die Stadtverwaltung keine passive Haltung ein, sondern ganz im Gegenteil: Sie spielt eine aktive Rolle, denn sie verwaltet die Enteignung.

In Málaga nimmt in diesem Zusammenhang die Privatisierung von Stadtraum seitens der Tourismusinvestoren zu – proportional zur Enteignung der Stadtbewohner_innen. Diese suchen sich, entweder aufgrund der Mietpreise oder wegen der Undurchführbarkeit eines Lebens in räumlicher und Nutzungskonkurrenz zu den Besucher_innen, anderswo ein Zuhause. Dies ist zunächst eine Konsequenz der staatlichen Förderung von Immobilienerwerb, aber ganz entscheidend auch ein Effekt der tatkräftigen Enteignung von urbanem Raum mit dem Ziel, touristische und freizeitwirtschaftliche Erlebnisräume zu erschaffen. Zum einen hat die Tourismusindustrie Städte als Lebenssysteme durch eine markenhafte Nachbildung ihrer selbst zu Kulissen werden lassen. Die komplexe und mannigfaltigere Materialisierung des Lebens, das letztendlich eine Stadt ausmacht, wird durch die Zweidimensionalität eines Logos ersetzt; das sensiblere Gleichgewicht wird durch ein einziges Zielprogramm und eine passende Leitkultur gefährdet. Zum anderen nutzt die Immobilienbranche die An- und Enteignungsmöglichkeiten eines optimierten Immobiliengeschäftsmodells, das aufgrund des Bodengesetzes von 1996 und der zunehmenden Deregulierung bei der Umwidmung von öffentlichen Flächen und Gemeinbedarfs-einrichtungen die Einrichtung von Ferienwohnungen im Mietwohnungsbestand der Städte möglich gemacht hat.

Die Idee, aus der Stadt eine Marke zu machen, ist tief ins Netz der Straßenfürungen vieler spanischer Städte eingesickert. Dies zeigt sich ganz deutlich an Phänomenen wie der *curated streets* oder der ‚Touristenrouten‘, die in Städten wie Barcelona, Sevilla und Málaga ganze Straßen und Quartiere um- und erschließen. In Málaga, im sogenannten Entorno Thyssen, verfügt zudem Carmen Cervera, die Witwe und Erbin der Kunstsammlung des Grafen Thyssen-Bornemisza, über die Bestimmungs- und Entwicklungsrechte von kommerziellen Lokalen in der Umgebung des Gebäudes, in dem die Sammlung gezeigt wird. In diesem Stadtteil befindet sich der im Stadtvergleich höchste Anteil an Wohneinheiten, die als temporäre Unterkünfte gekauft wurden und entsprechend ihrem Spekulationswert nicht als permanente Wohnungen genutzt werden. Dabei wird ein Stadttypus geschaffen, der, von Tourist_innen genutzt, sich immer ‚im Durchlauf‘ befindet. In Malagas historischem Stadtkern zum Beispiel übertrifft heute die Anzahl der temporären Privatunterkünfte wie die der Plattform Airbnb jene der

Wohneinheiten, die für die ortsansässige Bevölkerung bestimmt sind: Von seinen ca. 1.319 Gebäuden[7], unter denen auch zahlreiche Ladenlokale, Geschäfte, Hotels, Museen, Restaurants usw. sind, wurden mehr als 300 von 450 Wohneinheiten ausschließlich Airbnb überlassen. Der explosionsartige Touristenboom schlägt sich, durch die Vermietung von Wohnungen für den Tourismus, in einem Anstieg der Mieten nieder. Diese Zweckentfremdung von Wohnraum durch Plattformen wie Airbnb hat beispielsweise den VFT-Verband (*viviendas con fines turísticos* oder Unterkünfte für touristische Zwecke) hervorgebracht, der sich zum Großteil auf das Angebot von Unternehmen mit großen Wohnungsbeständen konzentriert.[8]

Auch die Besiedlung des öffentlichen Raums durch Bars und Restaurants im Stadtzentrum wird hauptsächlich mit MAHOS (Verband der Hoteliers von Málaga) in Verbindung gebracht. Dieser mächtige Verband setzt sich unter anderem gegen eine Regulierung von Lärm ein, also dagegen, das Zentrum zur ‚akustisch gesättigten Zone‘ zu erklären, und seine Mitglieder verstoßen systematisch gegen die geltenden Vorschriften in Bezug auf die Ausdehnungen ihrer Terrassenbereiche.[9]

Auf die Qualität der Berufsperspektiven der Bürger_innen haben diese Entwicklungen ebenfalls gravierende Auswirkungen: Das Angebot an Arbeitsplätzen, das das Tourismusgeschäft mit sich bringt, schafft Beschäftigungsarten, die zu den prekärsten zählen. Zudem führt es zu einem zunehmend einseitigen Arbeitsmarkt, auf dem Innovation und Umweltbewusstsein fast nie gefragt sind. Die Rede ist hier von Saisonarbeiter_innen, Kellner_innen, Animateur_innen, Reinigungspersonal und so weiter, die oft nur im Sommer und unter Arbeitsbedingungen arbeiten, die mit ihren niedrigen Löhnen und dem Schichtdienst an Sklaverei grenzen. Wie häufig an der Küste der Fall, kommen diese Saisonarbeitskräfte entweder aus anderen, wirtschaftlich schlechter gestellten Provinzen Spaniens oder aus anderen Stadtgebieten in einen Stadtraum, den sie nach Arbeitsende verlassen müssen. Für sie ist die touristische Stadt eine Phantasie, die sie nähren, an der sie jedoch nicht teilhaben. Laut einer Studie von EXCELTUR (*alianza para la excelencia turística*, ein Verein zur Förderung und Erforschung des Tourismusgeschäfts in Spanien) aus dem Jahr 2015 machte der Anteil an Arbeitsplätzen in der Tourismusindustrie beim so genannten nicht qualifizierten Personal in Spanien 89,8 Prozent der insgesamt geschaffenen Arbeitsplätze aus. Übertroffen wird diese Zahl nur durch den im Landwirtschaftssektor (Exceltur 2008). Auf den Alltag im Quartier haben diese neuen Formen von stadtumgreifendem Tourismus fatale Auswirkungen: So ist etwa die Förderung von immer mehr Straßenfesten, Festivals usw. Teil dieser undemokratisch gesteuerten und den Alltag beeinträchtigenden Vermarktungsstrategie. Zur Steigerung ihrer touristischen Attraktivität erfinden religiöse Institutionen in manchen Städten Andalusiens und der Levante sogar neue folkloristische oder religiöse Veranstaltungen. Religiöse Prozessionen und Züge vermehren sich unerklärlich, in Form von längst vergessenen oder ad-hoc erfundenen Traditionen wie *la batalla de las flores* (eine Art Blumenkampf, bei dem die Menschen sich mit Blumen bewerfen) oder *el via crucis de Agosto*. Dafür sperrt die Stadt die Straßen für den normalen Verkehr, außerdem beanspruchen die Prozessionen eine beträchtliche Menge an Notfall- und Sicherheitspersonal. Dies gilt auch für die offene

Förderung von bestimmten Arten von Wettbewerben und Ritualen wie dem sogenannten *balconing*[10] (bei dem es darum geht, vom Balkon aus in einen Swimming Pool zu springen) oder der Junggesellenabschiede, bei denen exzessiv und unter missbräuchlicher Nutzung des öffentlichen Raumes gefeiert wird.

Wie wir anhand der obigen Beispiele zu erläutern versucht haben, ergibt sich durch die neuen, auf Tourismus und Konsum ausgerichteten Nutzungen der Stadt eine Situation von Nutzungskonkurrenz im Stadtraum. Diese basiert auf Identität und Subjektivierungsvorherrschaft. Die Bürger_innen verlieren nicht nur die Rechte zur Nutzung und Gestaltung ihrer Umgebung, sondern ringen mit den Tourist_innen um die Vorherrschaft über die geteilten Räume, wie die in Barcelona ansässige Plattform El Turisme Mata Els Barris anprangert. Man bedenke, dass Barcelona mit einer Einwohnerzahl von 1,6 Millionen mit jährlich 8,36 Millionen Tourist_innen (und allein im Juli 773.958 Besucher_innen) ein besonders krasses Verhältnis von Tourist_innen pro Einwohner_in ausweist (Statista 2018). Die touristischen Aktivitäten werden meist von privaten Akteuren angeboten. Auch wenn der Tourismus eine wichtige Einnahmequelle für spanische Städte ist, profitieren die Einwohner_innen davon nur marginal. In der traditionell neoliberal regierten Stadt Málaga ist die Lage besonders gravierend. Die Bürger_innen zahlen zwar die Kosten für verbrauchte Ressourcen, die für Wohnflächen und öffentliche Flächen benötigt werden, aber haben selbst wenig von den staatlichen Investitionen.

Durch das Versprechen eines exotischen Erlebnisses, mit dem Besucher_innen heute angelockt werden, wird die Touristenstadt, wie oben erwähnt, zum Inbegriff des intrakolonialen Territoriums, in dem Prozesse des Machtgewinns und des ästhetischen Raumkonsums mit solchen der Segregation und der Ausgrenzung einhergehen.

4. City brands und die Enteignung von Stadtraum

Der Stadttheoretiker Wolfgang Scheppe, der sich mit einer ähnlichen Problematik im Fall Venedig beschäftigt, fasst diese Wende adäquat so zusammen, dass „der urlaubende Fremde als primäre Einkommensquelle und die Stadt mit der diffusen Verheißung urbaner Außergewöhnlichkeit als in ihrer Totalität zu vermarktendes Konsumgut gilt“ (Scheppe 2018: 22). Die Stadt, so Scheppe weiter,

„ist zu einem Markt Internet-vermittelter Kurzzeitbehausungen geworden. Straßen, Läden und Infrastrukturen erweisen sich dort zunehmend als nunmehr dem transitorischen Betrachter zugewandte Kulisse eines ihm zugemessenen Warenangebots. Demnach ist die Stadt als Finanzinstrument nicht mehr als eine Metapher ihrer Selbst [sic].“ (ebd.: 27)

Die Auswirkungen dieser Art von Enteignung verdienen besondere Aufmerksamkeit, denn sie bedeuten eine faktische Machtausübung seitens der Stadteliten und Immobiliengesellschaften, die aber selten juristisch dargestellt wird: Die Stadtbewohner_innen bleiben in den Städten ‚eingeschlossen‘, ohne ein politisches Recht auf diese zu haben. Mit Hilfe von Steuervorteilen erzielen die Agenten der Privatisierung ihre spekulative

Rendite aus dem Erwerb und Verkauf der enteigneten Immobilien, die von Hand zu Hand gehen. Dies spricht eher für eine Profitmaximierung durch die relativ konkrete Umnutzung und Umwandlung der Gebäude. Ein verbreiteter Vorwurf ist dabei, dass sie, obwohl sie politisch die Oberhand über die Stadt und ihr ökonomisches Schicksal haben, keine materielle persönliche Verbindung mit ihr anstreben oder besitzen. Unsere Argumentation zielt jedoch darauf ab, Formen der ‚immateriellen Enteignung‘, die mit diesen Prozessen einhergehen, herauszuarbeiten.

Durch Immobilienspekulation, den exponentiellen Anstieg von Mietpreisen und das Verschwinden von lokalem Gewerbe und Dienstleistungen für die alltägliche Versorgung werden die Einwohner_innen aus ihren Wohnorten bzw. dem öffentlichen Raum gedrängt, entwurzelt und ihres Rechts auf die Stadt beraubt. Gleichzeitig sehen sie sich unwiderruflich eingeschlossen und gefangen in eben diesem nun verwandelten Raum, den sie, zumindest als Passant_innen oder Statist_innen, nicht umgehen können. Gerade in dieser Ambiguität von Enteignung und Ausschließung einerseits sowie Ausgrenzung, Vertreibung und Einschließung andererseits realisiert sich eine Art von Herrschaft, in der der urbane Raum zur eigenen Umgrenzung, zur eigenen Umzäunung und somit zum primären exekutiven Apparat dieser Herrschaft wird. In der letztlich ‚entpolitisierten Polis‘, einer Umzäunung in Lebensgröße, werden die Einwohner_innen gleichzeitig aus den Stadtzentren ausgegrenzt und in sie eingeschlossen; sie sind nunmehr in einem Raum gefangen, auf dessen Nutzung sie kein Anrecht haben, an dessen neuen Nutzungsarten – einem rein ästhetischen und trugbildlichen Konsum – sie jedoch gezwungenermaßen teilnehmen.

Wir stehen hier vor einer eigentümlichen Konstellation von politischen und wirtschaftlichen Elementen, in der Städte und ihre Einwohner_innen in hübsche, käufliche Postkarten, in Marken oder Embleme umgewandelt werden, die in der Wandlung vom sogenannten Liberalismus zum Neoliberalismus eine Parallele findet; ein System, das darauf basiert, mit Immateriellem zu handeln, also mit Bildern, Blasen, Spekulationswerten, Schulden usw., und bei dem die alte fordistische Trennung zwischen Realwirtschaft (Verkauf von materiellen und immateriellen Produkten) und dem monetären Finanzsektor (spekulative Strömung, gesteuert durch Entscheidungen von Investoren) aufgehoben ist und nur durch die Generierung von optimistischen Bildern im Scheingleichgewicht, immer am Rande des Kollapses, aufrechterhalten wird (Marazzi 2008). Bei dieser Umwandlung der Stadt in eine immaterielle Ware wird in der Logik des Finanzkapitalismus, wie Marazzi ihn nannte, die Entmaterialisierung, von der Marx sprach, wie folgt artikuliert: Tatsächlich wird privates Eigentum geschaffen, dieses fußt jedoch auf der ungreifbaren Transformation der Bürger_innen in Charaktere, pittoreske Gefangene von Städten, die sie materiell nicht mehr besitzen.

Schon David Harvey warnte vor dem sonderbaren Charakter des Bodens als Ware. Er ist, so sagt er in *Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise* (2012),

„eine fiktive Form des Kapitals, die sich aus den Erwartungen auf zukünftige Miet- und Pachteinnahmen ableitet – die Rendite leitet sich demnach vom Möglichen ab, vom An- und Verkauf von Risiko und Verschuldung, und nicht etwa vom Besitzerwechsel der Grundstücke.“
(ebd.: 2)

Hierauf baut die Maschinerie der Darstellung von Identitäten und gefälliger Symbolik auf, die einen belanglosen Ort in eine attraktive touristische Destination – eine *city brand* – verwandelt.

Es handelt sich bei der Stadt nun um eine Art von Privatbesitz, um deren materiellen Erhalt man sich nicht kümmert, sondern deren Wert man sozusagen auflöst, indem man ihr Potenzial für Subjektivierungen, Eigenbesitz und Bewegungsfreiheit einschränkt oder sanktioniert. Das Ziel ist, dass die Stadt sich in ein ansprechendes Bild für Tourist_innen verwandelt. Es handelt sich um ein Besitzverhältnis, das in fataler Weise an jenes zwischen Eigentümer_innen und Enteigneten in der Kolonialzeit erinnert: eine Herrschaft nicht nur über Territorien und die darin befindlichen Körper, sondern auch über Identitätsbildung und Mobilität, die sich intraterritorial, also zwischen verschiedenen Gruppen eines Territorium, etabliert.[11]

Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich, wie Sharon Zukin (2014) darlegt, ein Zusammenhang zwischen dem Phänomen der *city brands* und der Entwicklung und dem kommerziellen Prestige der Weltausstellungen, die aus dem Rausch des Kolonialstolzes Mitte des 19. Jahrhunderts hervorgehen, erkennen lässt (Zukin 2014). Verbunden mit dem Versprechen der Stadterneuerung und der Präsentation architektonischer Entwürfe, die leicht mit Fortschritt assoziierbar sind, liegt der Schatten des Kolonialismus und der Segregation auf verhängnisvolle Weise über dem Phänomen der *city brands*.

Barbara Kirshenblatt-Gimblett (1998), die die Erforschung von touristischem Verhalten als Feld für die ethnologische Untersuchung von Machtverhältnissen bereits Mitte der 1990er Jahre vorschlug, hinterfragt in ihrem Werk die bislang wenig umstrittene Praktik, Kulturen zu musealisieren. Im Kapitel „Exhibiting Jews“ (ebd.: 79 ff.) schreibt sie, es genüge nicht, Artefakte zu präsentieren, um ein glaubwürdiges Bild einer Kultur zu vermitteln. Stattdessen müssten sowohl Gegenstände als auch Lebensformen kontextualisiert werden. In einer Kontextualisierung, Reproduktion bzw. Rekonstruktion, die auf eine von der Zeit entkoppelte, vom Wirklichen entrückte Kontemplation abzielt, würden nicht nur die Artefakte, sondern auch die Menschen musealisiert. Daher, so Kirshenblatt-Gimblett, hätten viele Museen Mumien oder lebensechte Puppen in ihre Inszenierungen eingebaut und ganze Siedlungen mit Dioramen ihrer Bevölkerung rekonstruiert, die die Szene beleben und ihr Sinn geben sollen. Die ausgestellten Jüdinnen und Juden bedienen in ihrem Beispiel einen anachronistischen Voyeurismus – nicht wie bei ihrem ersten Auftritt als *Tragödie*, sondern nun als *Farce*.

Wenn sich eine kolonialistische Komponente in dieser Praxis der Ausstellung von Kulturen *innerhalb* der Grenzen des Museums feststellen lässt, dann umso mehr, wenn diese auf die reale Stadt übergreift und dabei die Stadt in einen Ausstellungsort ihrer selbst verwandelt, wo ihre Lebensform eine totale Musealisierung erfährt, eine totale Reduzierung auf den touristischen Konsum.

Das Konzept der *city brands*, das vom Schaufenstereffekt der Weltausstellungen inspiriert ist, beruht auf der Idee, alles Menschliche lasse sich in einer Situation enger Identitätsumgrenzung ausstellen, aus der sich schließlich – so die Gefahr – eine territoriale Segregation entwickeln kann.

Der Fall der Weltausstellung von Brüssel 1958 zeigt, welche extreme Formen dieses Phänomen annehmen kann (Blanchard/Boëtsch 2012). Neben

avantgardistischer Architektur wie dem Philips-Pavillon von Xenakis, Varèse und Le Corbusier, in dem die ersten Beispiele elektronischer Musik zu hören waren, stellte dort die eigentliche Touristenattraktion ein Menschenzoo dar, der eigens für den feierlichen Anlass errichtet wurde und das Leben in einem Dorf in Belgisch-Kongo inszenierte. Die Presse geizte nicht mit Lobeshymnen auf die Nachbildung, für die nicht nur die Hütten, sondern auch die leibhaftigen Einwohner_innen in anachronistischer Stammestracht in die mitteleuropäische Hauptstadt versetzt wurden. Ein Foto, das einen der euphorischen Berichte illustriert, zeigt, wie ein circa sechsjähriges kongolesisches Mädchen eine Banane annimmt, die ihr eine Frau über den Zaun hinweg reicht, der den Menschenzoo umgibt. Im Hintergrund applaudieren Besucher_innen begeistert und werfen dem Kind weitere Bananen zu, verbunden mit dem Wunsch, ebenfalls an dieser zärtlichen Szene der Begegnung und Dankbarkeit teilzunehmen, der rührenden Umarmung zwischen Zivilisation und Barbarei.

5. Wiederaneignung: Rebellion im Zoo

Seit 2011, dem Ende der Protestcamps der Bewegung Movimiento 15-M in Spanien, als die Bürger_innen in Folge der Krise und aus Unzufriedenheit mit der Regierung zunehmend auf die Straße gingen, hat sich eine Explosion von außerparlamentarischen, sogenannten Gegenmachtsinitiativen entwickelt. Diese treten in Form dauerhafter Hausbesetzungen und vorübergehender Besetzungen des öffentlichen Raumes in Erscheinung sowie durch die Bildung von Anwohnergemeinschaften (*asambleas*) in den Stadtvierteln. Auf die Vorstöße der Immobilienmächte durch die touristische Kolonisierung reagieren die Bürger_innen mit neuen Praktiken der Wiederaneignung von urbanem Allgemeingut wie leeren Grundstücken, verlassenen Gebäuden und Brachen. Mit der Zeit haben sich einige Initiativen zerstreut, andere sind weiterhin aktiv und entwickeln neue mikropolitische Praktiken der Koordination, mit denen sie die Wiederaneignung auf eine neue Ebene bringen. Ihre Aktionen dienen dazu, die Enteignungsprozesse in der neoliberalen Stadt zu reflektieren und ihnen entgegenzuwirken. Die genauen Zusammenhänge und Verfahren dieser Praktiken der Enteignung zu verstehen, erscheint uns als notwendige Grundlage für jeden Versuch, Alternativen zu entwerfen.

Parallel zum Umbau der Stadt wurden an verschiedenen Orten in Málaga und zu verschiedenen Zeitpunkten politische Aktionen gestartet, durch die der vom Tourismus vereinnahmte urbane Raum zurückerobert werden soll. Wir sprechen von der oben erwähnten Art von Initiativen, die sich in der Stadt etabliert haben, beispielsweise in Gestalt von „La Casa Invisible“, dem unsichtbaren Haus, das im März 2007 mitten im historischen Stadtkern (Calle Nosquera 9-11) ins Leben gerufen wurde, als ein verlassenes Stadtpalais aus dem Jahre 1876 besetzt und in ein soziales und selbstverwaltetes kulturelles Zentrum unter Bürgerleitung umgewandelt wurde. Damit wollten die Anwohner_innen gegen die Enteignungsprozesse ankämpfen, die in Málaga damals bereits seit Jahrzehnten im Gange waren. Die Casa Invisible stellt ein eigentümliches Verdichtungsphänomen dar, bei dem alle drei in diesem Artikel behandelten Aspekte eines kolonialen Verhältnisses von Tourismus

und Stadtbewohner_innen wirksam werden: die Verbindungen zwischen Immobilienboom und -krise, Tourismus und Widerstand. Von besonderer Brisanz ist, dass die Casa Invisible sich inmitten des Tourismusgewirrs im Zentrum von Málaga befindet. Seitens der Stadtregierung aus Partido Popular und Ciudadanos existieren seit 2017 Pläne für den Umbau des Gebäudes.

Auch andere Projekte wie der urbane Gemeinschaftsgemüsegarten „El Caminito“ sind im Zuge des 15-M und seinen Nachwirkungen entstanden. Ein ungenutztes, brachliegendes Grundstück im Stadtzentrum (Calle Zurbarán 3) wurde dafür wiederbelebt und begrünt. Auch nach über zehn Jahren trägt „El Caminito“ heute noch Früchte. Die Aktionen der Anwohner_innen im Viertel Lagunillas und um die Calle Gigantes sind aber vielleicht das beste Beispiel für den Widerstand gegen die Tourismusindustrie, deren Ausschlüsse und deren Kolonisierung.

Das Viertel Lagunillas grenzt an den historischen Stadtkern und ist von den Plänen der Stadtverwaltung zur Ausweitung touristischer Ziele in der Stadt betroffen; entsprechende Pläne stehen auf EU-Ebene bereits zur Diskussion. Dies hat jedoch die Anwohner_innen nicht davon abgehalten, sich zusammenzuschließen, um ein leerstehendes Grundstück zurückzugewinnen, das bis dahin informell als Parkplatz genutzt worden war, und es in einen Raum für die Allgemeinheit zu verwandeln. In sämtlichen damit zusammenhängenden Demonstrationen sprachen sich die Bürger_innen 2016 kategorisch gegen die in den Plänen vorgesehene Bebauung aus und besetzten das Grundstück, das seitdem als Symbol und Raum für Anti-Gentrifizierungskampagnen fungiert. So entstand dort im Dezember 2016 das Gelände „Victoria, de quién?“ (doppeldeutig im Spanischen: „Wem gehört Victoria?“ und: „Wessen Sieg?“)[12], wo nun schon seit einem Jahr keine Autos mehr parken: Das Gebiet ist nun ein Ort für Vergnügung und Unterhaltung, aber auch politische Versammlungen. Es finden zum Beispiel Open-Air-Filmvorführungen und informelle Anwohner_innenversammlungen statt. Kürzlich kam es zu einer besonders geistreichen Aktion, als im Sommer 2017 ein Reiseveranstalter eine Tour durch das Viertel plante, bei der die Malereien und Graffitis der Gegend gezeigt werden sollten: Die Anwohner_innen verkleideten sich als Tourist_innen und veranstalteten eine Gegentour, in der das Objekt ihrer Besichtigung, das sie fotografierten und beobachteten, eben jene Tourist_innen waren, die das Viertel erkundeten. Auf diese Weise wurde das naive Vorhaben, ein ‚aufstrebendes Viertel‘ mit seinem ‚Charme‘ zu besichtigen, unterlaufen: Die Tourist_innen, mit den eigenen Waffen geschlagen, wurden dazu angeregt, ihr scheinbar harmloses Handeln zu hinterfragen.

Anhand dieser Praktiken der Wiederaneignung sehen wir, wie die Mittel des Gegners zur Selbstverteidigung angewandt werden können: Innerhalb des Menschenzoos besteht die Möglichkeit, dass die Beobachteten und Musealisierten sich ihres Zustandes der Verdinglichung bewusst werden und reagieren, indem sie wiederum die Besucher_innen verdinglichen – Rebellion im Zoo. Die Proteste finden in einfallsreichen Formen Ausdruck, um verdinglichend zu ‚entdinglichen‘; die Enteignung zu umgehen, indem man sich urbanes Gebiet wieder aneignet und so den Enteignungsversuchen von Allgemeingut durch eine ‚Recommunalisierung‘ (im Sinne von *commons*) entgegentritt. Den Anwohner_innen, die die Gegentour durchführten, welche



Abb. 1 Baulücke als Bauplatz „Victoria ¿de quién?“ (Quelle: Juan Ortiz Rivas)

zunächst ein Moment der Abruptheit in der Normalität der Besucher_innen darstellte, gelang es, eine neue Perspektive auf das, was im Viertel geschieht, zu eröffnen. Einige der Tourist_innen brachen sogar die Tour ab und kamen mit den Anwohner_innen ins Gespräch über die erlebten Probleme der Enteignung. Die anfängliche Schroftheit der Aktion wich einer sanfteren Beilegung, bei der die Besucher_innen aufhörten, Kompliz_innen der Enteignungsprozesse zu werden. Sie blieben zwar Besucher_innen, blickten aber etwas tiefer, hinter die glatte Fassade, die ihnen sonst nur geboten wird.

Das letzte und neueste Beispiel für die Praktiken der Wiederaneignung ist das Grundstück Gigantes, eine Fläche von 2.000 Quadratmetern, die jahrzehntelang vom Eigentümer_innen brachliegen gelassen worden war und schließlich durch eine Bürgerinitiative im Juni 2017 zurückgewonnen wurde. Die Anwohner_innen der Straße Calle Gigantes und deren Umgebung bewiesen ein enormes Organisationstalent, als sie im Rahmen einer Besetzung viele der Angebote und Aktivitäten, für die sie das Grundstück in Zukunft nutzen wollten, kurzerhand selbst auf die Beine stellten: Durch die Erschaffung von Sportplätzen über urbane Gemüsegärten bis hin zu kulturellen und pädagogischen Veranstaltungen gelang es ihnen, Netzwerke der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung zu weben, die das Ziel haben, Prozessen der Gentrifizierung entgegenzuwirken.

All diese Initiativen haben etwas gemeinsam: den Wunsch, die Stadt zurückzuerobern und sich das Gemeingut wieder anzueignen. In den vergangenen Monaten haben sie einander ihre Solidarität bekundet; sogar ein gemeinsamer Slogan wurde gefunden: „#MálagaNoSeVende“ („Málaga steht nicht zum Verkauf“), der sich an ähnlichen Initiativen in Madrid und Barcelona und anderen (süd-)europäischen Städten orientiert (Rom, Venedig, Neapel, Lissabon, Athen etc.). Womöglich könnte die Bewegung zu einer Mobilisierung der Bewohner_innen der Metropolen avancieren, die ausgehend von Vielfalt und Autonomie den Ungehorsam koordinieren



Abb. 2 Baulücke als Bauplatz „Victoria ¿de quién?“ (Quelle: Juan Ortiz Rivas)

und zeigen könnte, dass in den Rissen der Touristenstadt noch eine andere Stadt existiert.

Diese Aktionen sind eine räumlich sichtbare Manifestation, doch gleichzeitig ist das, was hier am Werk ist, ein Prozess der Delegitimierung der heutigen Stadt und ihrer Logiken. Dieser Prozess definiert das soziale Imaginäre über das Recht auf die Stadt neu. Wie Amador Fernández-Savater, der Philosoph und in die 15-M-Bewegung involvierte Stadtaktivist, uns in einem Vortrag (2015) sagte:

„Jedes Mal, wenn einem Mieter die Miete erhöht wird, wenn eine Schule unter Kürzungen leidet, ein Krankenhaus von der Schließung bedroht ist, wenn ein Migrant keinen Zugang zum Gesundheitssystem hat, wenn eine Frau im öffentlichen Raum belästigt wird und einer Familie die Wohnung gekündigt wird, jedes Mal stellt sich dabei eine ganz praktische Frage: ‚Wie werden wir leben?‘ [*Cómo vamos a vivir?*]“

Die beschriebenen Aktionen stellen Wiederaneignungen dar, nicht nur des Raumes, sondern auch des Lebens. Sie realisieren sich mit Körpereinsatz, bestehen auf dem Recht auf Stadt und verlangen ein würdigeres, lebbareres Leben. Gleichzeitig entwerfen diese versammelten Körper eine neue Art zu leben, die niemanden außen vor oder im Stich lässt. Das bedeutet Kritik, Widerstand und Einfallsreichtum auf einen Schlag. In jeder einzelnen dieser Gesten steckt zudem eine stille und unvorhergesehene Freude, die die politische Grammatik und die Grenzen des Möglichen überschreitet. Eine Freude, die aus der Begegnung entspringt; daraus, gemeinsam aus dem tiefen Schlaf des Neoliberalismus aufzuwachen. Was sich dann zeigt, ist das kollektive Bedürfnis, für einander zu sorgen, jenseits aller Mythen.

Endnoten

- [1] Der Film setzt chronologisch in der in Spanien umgangssprachlich als die *Años del Hambre* bezeichneten Periode der Lebensmittelrationierung ein, die vom Ende des Bürgerkrieges (1936-1939) bis, zumindest nach offiziellen Angaben, 1952 reicht.

- [2] Einer der Verantwortlichen für diese Transformationen ist der Politiker Manuel Fraga Iribarne, von 1962 bis 1969 Minister Francos für Tourismus und Information. 1962 verabschiedete Fraga das Gesetz der touristischen Kompetenzen, um in Spanien die touristische Unterhaltung der Besucher zu fördern, oder, wie der Titel des Gesetzes lautet: „[...] para fomentar en España las excursiones artísticas y de recreo del público extranjero.“ Als Vorläufer dieses Gesetzes gilt das königliche Dekret vom 6. Oktober 1905 von König Alfons XIII, aus dem die Bundeskommission zur Unterstützung des Tourismusgeschäftes in Spanien hervorging.
- [3] Zum Zeitpunkt der hier erzählten Ereignisse regierte in Málaga die rechtskonservative Volkspartei PP in Koalition mit den neoliberalen Ciudadanos.
- [4] Siehe <https://travelerlook.wordpress.com/2017/05/24/malaga-donde-la-cultura-es-capital/> (letzter Zugriff am 1.6.2019); der dazugehörige Werbespot ist verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=fJKoiJOG1XQ> (letzter Zugriff am 15.10.2019).
- [5] Enteignung wird hier als räumliche Verdrängung verstanden, wie ‚disappropriation‘ im Englischen.
- [6] Dies gilt aufgrund der vorteilhaften Bedingungen, die das sogenannte Bodengesetz oder ‚Ley de Régimen del suelo y valoraciones de España‘, überarbeitet 1996 vom Partido Popular, erzeugt hatte.
- [7] In Málagas *centro histórico* gibt es auf 48,28 Hektar insgesamt 1.319 Gebäude, davon etwa 450 Einheiten für Wohnungen.
- [8] Alle Informationen und Daten sind im angehängten Bericht enthalten, den wir mit der Mietergewerkschaft Málaga (Sindicato de Inquilinas de Málaga) erstellt haben: <https://www.dropbox.com/s/io703z7wiavjo6y/Dossier%20V3.pdf?dl=0>. (Letzter Zugriff am 30.6.2019). Daraus werden die Wirkungen der Spekulationen im Immobiliensektor ersichtlich: Vertreibung der Bewohner_innen aus dem Zentrum als Effekt der Mietsteigerungen und Ersetzen der Bewohner_innen durch Besucher_innen.
- [9] Unten zu sehen sind die Folgemaßnahmen, die der Nachbarschaftsverband des Zentrums zu diesem Thema durchgeführt hat: Asociación de vecinos. Centro Antiguo de Málaga. <http://centroantiguomalaga.com/2018/11/11/la-cuestion-de-las-zas-zonas-acusticamente-saturadas-y-el-levantamiento-de-los-hosteleros-visto-por-los-habitantes-de-la-ciudad/> (Letzter Zugriff am 30.6.2019). Es gibt weitere städtische Kontexte, die man diesbezüglich heranziehen könnte: kulturelles Erbe, Grünflächen, áreas culturales usw.
- [10] Es handelt sich hierbei um eine neue Praktik, die unter Tourist_innen populär ist. Schon im Juli 2018, knapp zwei Monate nach Beginn der Sommersaison, teilte *La Vanguardia* (18.7.2018) mit, dass in Mallorca sechs Touristen, elf seit Januar, durch *balconing* verunglückt seien.
- [11] Um diese Episode der Stadtenteignung und politischen Entmächtigung in Spanien als Entwicklung des Kapitalismus zu betrachten, lohnt es hier, sich Friedrich Engels‘ Analyse vergleichbarer Prozesse der Ortausgrenzung und Landenteignung von Landarbeitern und Bauern im England des 19. Jahrhunderts zu vergegenwärtigen, bzw. wie diese eigentliche Landentwurzeln in die Bildung und Entstehung einer eigentumslosen und stadtgebundenen Arbeiterklasse überging (vgl. Engels (1972 [1845]: 320).
- [12] Ein Wortspiel, das sich sowohl auf die in Málaga geborene Feministin und Politikerin Victoria Kent (Málaga, 1891-1987) als auch auf den Sieg der katholischen Könige über Málaga (1487) bezieht. Victoria Kent wurde in einem der angrenzenden Gebäude, das inzwischen nicht mehr existiert, geboren.

Autor_innen

Kike España ist Stadtforscher, Architekt und Aktivist und in verschiedenen Antigentrifizierungs- und Right-to-the-City-Bewegungen in Málaga engagiert.
kikespana@gmail.com

Beatriz V. Toscano ist eine in Deutschland lebende spanische Forscherin. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt an den Schnittstellen zwischen Stadtplanung und Biopolitiken.
beatrizvtoscano@gmail.com

Literatur

- Appadurai, Arjun (1986): *The Social Life of Things. Commodities in Cultural Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bardem, Juan Antonio / Berlanga, Luis Garcia: *Bienvenido Mr. Marshall*. Madrid: La Novela del Sábado.
- Blanchard, Paul / Boëtsch, Gilles (Hg.) (2012): *Human Zoos. The invention of the savage*. Paris: Actes Su.
- Blázquez-Salom, Marcià (2013): *More Villas and More Barriers: Gentrification and the Enclosure of Rural Land on Majorca. Méditerranée*. In: *Revue géographique des pays méditerranéens* 120, 25-36.
- Bienvenido, Mister Marshall (1953): *Luís García Berlanga (Regie), Juan Antonio Bardem/ Luís García Berlanga/ Miguel Mihura (Drehbuch)*. Spanien: Productoras UNICI.
- Cocola-Gant, Agustin (2018): *Tourism gentrification*. In: Loretta Lees / Martin Phillips (Hg.), *Handbook of Gentrification Studies*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar Publishing, 281-293.
- Engels, Friedrich (1972 [1845]): *Die irische Einwanderung*. In: Karl Marx / Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*. Werke, Band 2. Berlin: Dietz, 320-324.
- Exceltur (2008): *Studio sobre el empleo en el sector turístico español*. <http://www.exceltur.org/wp-content/uploads/2018/04/ESTUDIO-EMPLEO-SECTORTURISTICO-EX-CELTUR.pdf> (letzter Zugriff am 30.6.2018).
- Fernandez-Savater, Amador (2015): *La piel y el teatro. Salir de la política*. https://www.eldiario.es/interferencias/piel-teatro-Salir-politica_6_442065819.html (letzter Zugriff am 27.11.2019).
- Foucault, Michel (2001): *Il faut défendre la société. Cours au Collège de France (1975-1976)*. https://monoskop.org/images/9/99/Foucault_Michel_Il_faut_defendre_la_societe.pdf (letzter Zugriff am 16.10.2019).
- Gonzalez Casanova, Pablo (1965): *Internal Colonialism and National Development*. In: *Studies in Comparative International Development* 1/4, 27-37.
- Harvey, David (2012): *Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise. Die Stadt für den antikapitalistischen Kampf zurückgewinnen*. In: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 2, 7-16.
- Henrique Martins, Paulo (2018): *Internal Colonialism, Postcolonial Criticism and Social Theory*. <http://www.journaldumauss.net/?Internal-Colonialism-Postcolonial-Criticism-and-Social-Theory> (letzter Zugriff am 11.8.2018).
- Judd, Dennis / Fainstein, Susan (Hg.) (1999): *The Tourist City*. New Haven: Yale University Press.
- Kirshenblatt-Gimblett, Barbara (1998): *Destination Culture. Tourism, Museums and Heritage*. Los Angeles: University of California Press.
- Lefebvre, Henri (1974): *La production de l'espace*. In: *L'Homme et la Société. Sociologie de la connaissance marxisme et anthropologie*. Paris: L'Harmattan, 15-32.
- Lefebvre, Henri / Regulier, Catherine (2004): *Attempt at the Rhythmanalysis of Mediterranean Cities*. In: Henri Lefebvre, *Rhythmanalysis*. London: Continuum.
- Marazzi, Christian (2008): *Capital and Language. From the New Economy to the War Economy*. Semiotext(e). Foreign Agents Series. California: The MIT Press.
- Marcinkoski, Christopher (2015): *The City that Never Was*. New York: Princeton Architectural Press.
- Marx, Karl (2003 [1867]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Stuttgart: Parkland Verlag.
- Mignolo, Walter (2003): *Historias locales, diseños globales: colonialidad, conocimientos subalternos y pensamiento fronterizo*. Madrid: Akal.
- Murray, Ivan (2015): *Capitalismo y turismo en España. Del „milagro económico“ a la „gran crisis“*. Barcelona: Alba Sud.
- Russo, Antonio Paolo / Scarnato, Alessandro (2018): *Barcelona in Common: A New Urban Regime for the 21st-Century Tourist City?* In: *Journal of Urban Affairs* 40, 455-474.
- Schäfer, Robert (2013): *Tourismus und Authentizität. Zur gesellschaftlichen Organisation von Außeralltäglichkeit*. Bielefeld: transcript.
- Scheppe, Wolfgang (2018): *Die Grundrente der Kunst und der Ausschluss aus der Stadt – Das Exemplarische an Venedigs Singularität*. In: *ARCH+* 231, 14-31.

- Segovia, Carlos (2017): Aena pone en marcha la mayor operación inmobiliaria de España. In: El Mundo vom 15.11.2017.
- Smith, Neil (1990): Uneven Development: Nature, Capital, and the Production of Space. Athens: University of Georgia Press.
- Statista (2018): Number of tourists in hotels in Barcelona city from 1990 to 2017. <https://www.statista.com/statistics/452060/number-of-tourists-inbarcelona-spain/> (letzter Zugriff 12.10. 2019).
- Zukin, Sharon (2008): Consuming Authenticity. From Outposts of Difference to Means of Exclusion. In: Cultural Studies 22/5, 724-748.
- Zukin, Sharon (2014): Postcard-perfect: the big business of city branding. <https://www.theguardian.com/cities/2014/may/06/postcard-perfect-the-big-business-of-city-branding> (letzter Zugriff am 31.8.2019).

Cities on Sale. Processes of disappropriation and practices of re-appropriation in Spain

The thriving economic sectors of tourism and real estate speculation in Spain elicit a debate as to the phenomenon of democratic erosion in the European Union. As today's EU strategy pushes Spain to embrace its role as a tourism producer, Europe is being divided into countries that send consumers and those that receive them. The resulting pressure on the tourism industry to come up with new possibilities has led to a substantial transformation in cities, turning them into mere leisure destinations. Seizing this opportunity, the same financial and legal structures that dragged Spain into recession in 2008 are now striking deals with an industry that shares their goal of leveraging the lucrative potential of urban space. With metropolis becoming a commodity, entire city centres are emerging as "life-size theme parks", stripped of all the vital resources needed to make them inhabitable.

The purpose of this paper is to analyse the threat posed by this new way of consuming urban areas to boost tourism. This trend, spurred by the cities' own political and financial elites, could be seen as a new form of intra-territorial colonialism within the European Union. Therefore, the goal of this paper will be to suggest ways of reappropriating urban spaces by resignifying their purpose and cultural conception, drawing on some of Spain's efforts to resist this overthrow such as the city of Malaga's La Casa Invisible (The Invisible House) and the #MálagaNoSeVende (#MalagaIsNotForSale) campaign.

Ghettos am Rande der Stadt?

Sozialwohnungsbaupolitik und soziale Ungleichheit in Kolumbien

Friederike Fleischer

Adriana Hurtado Tarazona

Maria Jose Alvarez Rivadulla

Konfrontiert mit kontinuierlich wachsender Nachfrage nach preiswertem Wohnraum, begann die Regierung Kolumbiens in den 1980er Jahren mit einer neuen privatisierten Wohnungsbaupolitik, die Hauseigentümerschaft ermöglichen und fördern soll. Dazu wurden staatliche Subventionen und spezielle Hypotheken für die unteren Einkommensklassen geschaffen, sowie Preislimits und Steuerfreiabkommen für die privaten Baufirmen eingeführt. Besonders seit der Baukrise zu Beginn des Jahrtausends setzen private Konstruktionsfirmen auf den sozialen Wohnungsbau. Seitdem entstehen massenweise großflächige, standardisierte Wohnsiedlungen an den Rändern Bogotás. Bewohner_innen sind Niedrigverdiener_innen, die zuvor in informellen Siedlungen lebten. Für die staatlich subventionierten Hypotheken, mit denen sie sich einkaufen, müssen Käufer_innen ein festes Arbeitsverhältnis nachweisen, was die Hälfte der kolumbianischen Bevölkerung ausschließt. Basierend auf mit diversen Forschungsmethoden in neun verschiedenen Sozialwohnungsbaugebieten erhobenen Daten, analysieren wir in diesem Artikel die gegenwärtige Wohnungsbaupolitik Kolumbiens und ihre Folgen. Wir argumentieren, dass die neue Politik tatsächlich mehr Menschen Zugang zu Eigentumswohnungen verschafft. Gleichzeitig zeigen wir, dass ohne weiterreichende soziale Reformen die Gefahr besteht, dass sich die isoliert liegenden Wohnsiedlungen in urbane Ghettos verwandeln, die ihre Bewohner_innen weiterhin stigmatisieren. Zugang zu Bildung, Jobs, Kultur und anderen urbanen Ressourcen ist notwendig, um langfristige soziale Mobilität zu ermöglichen bzw. zu garantieren.

Ersteinreichung: 20. August 2018; Veröffentlichung online: 29. November 2019

An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Der Begriff ‚sozialer Wohnungsbau‘ bezeichnet im angelsächsischen Raum sowie in lateinamerikanischen Ländern Wohnraum, der vor den Gesetzen des Marktes geschützt ist (Girola 2007). In der Regel handelt es sich dabei um direkte staatliche Maßnahmen zur Beschaffung von Wohnraum für die ärmsten Bevölkerungsschichten, der nicht die Form von Privateigentum annimmt. Diese Art von öffentlichen Interventionen ist jedoch in den letzten Jahren im Zuge des weltweiten Abbaus des Wohlfahrtsstaates und des Siegeszuges neoliberaler Wirtschaftspolitik immer weiter verdrängt worden.

In Kolumbien fand ein solcher Umbruch in der sozialen Wohnungsbaupolitik schon vor mehr als zwei Jahrzehnten statt. Während der Staat zunächst noch als Vermittler von Wohnraum agierte, kam es sehr bald zu einer gänzlich auf den Markt ausgerichteten Politik (Bermúdez et al. 2012;

Cuervo/Jaramillo 2009; Parias 2012; Saldarriaga Roa/Carrascal 2006). Ermutigt durch internationale Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds (IMF), wurde die Rolle des Staates in der Sozialpolitik reduziert. Ähnlich wie schon in Chile praktiziert, sollte Hauseigentümer_innenschaft ermöglicht und gefördert werden. Zu diesem Zweck führte Kolumbien staatliche Subventionen für die unteren Einkommensklassen, sowie Preislimits und Steuerfreiabkommen für private Baufirmen ein.

Konstruktionsfirmen erkannten das Gewinnpotential des staatlich subventionierten sozialen Wohnungsbausektors vor allem in der Baukrise Anfang der 2000er Jahre. Seit dieser Zeit schießen an den Rändern der großen kolumbianischen Städte, allen voran in Bogotá, massenweise großflächige, standardisierte Wohnsiedlungen in die Höhe. Deren Bewohner_innen gehören zu den unteren Einkommensschichten und haben zuvor mehrheitlich in informellen Siedlungen gelebt.[1] Staatlich subventionierte Hypotheken helfen ihnen beim Wohnungskauf. Der Zugang zu derartiger Finanzierung ist allerdings mit dem Nachweis eines festen Arbeitsverhältnisses verknüpft, was de facto die Hälfte der kolumbianischen Bevölkerung ausschließt.[2] Dieser Umstand verdeutlicht, dass die heutige Wohnungsbaupolitik des Landes weniger das Ziel hat, den ärmsten Bevölkerungsgruppen Zugang zu Wohnraum zu verschaffen, als vielmehr die Wirtschaft des Landes anzukurbeln. Was sind die Folgen einer solchen wirtschaftlich ausgerichteten Sozialwohnungsbaupolitik? In diesem Artikel diskutieren wir die realen Auswirkungen und Probleme der sozialen Wohnungsbaupolitik in Kolumbien. Wie funktioniert sie? Wer hat Zugang zu dem so geschaffenen Wohnraum und wie lebt es sich in den neuen Siedlungen? Was sind die sozialen, räumlichen und ökonomischen Auswirkungen dieser Politik – für die Menschen und für die Stadt?

Obwohl es sich nicht verneinen lässt, dass die Strategie des privat-finanzierten Wohnungsbaus mehr Menschen Zugang zu eigenem Wohnraum ermöglicht hat, zeigen wir hier die (strukturellen) Probleme der neuen einheitlichen Wohngebiete in den städtischen Randlagen auf: Strikte Nutzungs- und Verhaltensregeln in den Siedlungen sind nicht auf die Bedürfnisse der Bewohner_innen ausgerichtet. Abgelegen und kaum in urbane Strukturen eingebunden, besteht die Gefahr, dass die neuen Wohngebiete sich zu Ghettos entwickeln, die die extreme sozio-ökonomische und räumliche Stratifizierung der kolumbianischen Gesellschaft noch weiter vertiefen. Wir zeigen, dass die Politik des privatisierten Sozialwohnungsbaus zu kurz greift, da sie nichts an der tiefsitzenden, kulturellen Wirklichkeit der kolumbianischen Klassengesellschaft und den damit verbundenen Vorurteilen ändert. Das Fallbeispiel Kolumbien macht deutlich, dass die Schaffung von Wohnraum wichtig für das Wohlergehen sozial schwacher gesellschaftlicher Schichten ist. Ohne weitere strukturelle Veränderungen, vor allem sichere Arbeitsmöglichkeiten, Zugang zu Bildung und sozialen Dienstleistungen sowie eine Einbindung in den urbanen Raum, ist der langfristige Erfolg solcher Maßnahmen zur Armutsbekämpfung jedoch eher begrenzt beziehungsweise zweifelhaft.

Basierend auf einer sechsmonatigen Studie von Sozialwohnungsbaquartieren in Bogotá, die Umfragen, Interviews und ethnografische Beobachtungen einschloss, diskutieren wir im Folgenden zunächst die sich wandelnde soziale Wohnungsbaupolitik Kolumbiens. Danach erläutern wir die

Sozialwohnungsbaupolitik im Zusammenhang mit der strukturellen und kulturellen sozialen Ungleichheit sowie die Probleme der sozialen Mobilität im Land. Die Diskussion des Lebens in den Sozialwohnungsbauquartieren, einschließlich ihres Designs und Layouts sowie der Probleme des Zusammenlebens, veranschaulicht, wie problematisch die marktgesteuerte Sozialwohnungsbaupolitik Kolumbiens ist.[3]

2. Wohnungsbaupolitik in Kolumbien: Von der Armutsbekämpfung zur Privatisierung

Sozialer Wohnungsbau ist ein politisches Projekt, wie an der Entwicklung der Wohnungs- und Planungspolitik in Kolumbien deutlich wird. Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts war das Hauptziel der kolumbianischen Stadtplanung die ‚hygienische Urbanisierung‘. Dabei handelte es sich vor allem um Wohnrauminterventionen in Arbeiter_innensiedlungen zur Verhinderung der Ausbreitung von Krankheiten (Zeiderman 2016). In den vierziger Jahren kam das Ziel der Modernisierung hinzu. Nicht nur das Garden-City-Modell von Ebenezer Howard, sondern auch die Diskussionen des CIAM (Congrès internationaux d’architecture moderne) über Wohnraum als ‚Existenzminimum‘ und die Gewährleistung gesundheitlicher Mindeststandards beeinflussten nun den Wohnungsbau, sowohl was die Form von Arbeiter_innenvierteln anging als auch die Pläne zur Modernisierung von Städten generell (Bermúdez et al. 2012).

1939 schuf die kolumbianische Regierung das Territoriale Kreditinstitut ICT (Instituto de Credito Territorial), das während des größten Teils des 20. Jahrhunderts Kolumbiens führende staatliche Institution zur Konstruktion von Wohnraum für die ärmsten Bevölkerungsschichten war. Der so geschaffene Wohnraum war allerdings nicht ausreichend, besonders ab den sechziger Jahren, als die Land-Stadt-Migration und der Wohnraumbedarf dramatisch anstiegen. Die Folge war das rapide Anwachsen informeller Siedlungen an den Rändern großer kolumbianischer Städte (Parias 2012). Mit finanzieller Unterstützung internationaler Organisationen, und ähnlich wie andere Regierungen in der Region, ging die kolumbianische Regierung daher dazu über, solche Siedlungen zu regulieren. Gleichzeitig aber grenzte die weiter vorherrschende modernistische Stadtplanung einen Großteil der kolumbianischen Bevölkerung aus, indem sie „die Instrumente zur Marginalisierung und Kriminalisierung der armen Bevölkerung unter dem Vorwand der Verbesserung des städtischen Lebens“ bereitstellte (Pérez 2010: 58, Übers. d. A.).

Von 1942, dem Jahr, in dem das ICT Wohnungen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land zu bauen begann, bis in die siebziger Jahre nahm der soziale Wohnungsbau sowohl die Form großer staatlicher Bauprojekte als auch der Förderung von Selbstbauprojekten an.[4] Zu dieser Zeit gab es allerdings schon andere Neuerungen: Zum einen wurden nun Hochhäuser gebaut und zum anderen begannen private Firmen damit, sozialen Wohnraum zu konstruieren. Gleichzeitig hatte sich das Ziel der staatlichen Politik verschoben. Beeinflusst durch die Politik multilateraler Organisationen in Lateinamerika verdrängte die Armutsbekämpfung die bisherigen Modernisierungsideale. Erst in diesem Zusammenhang entstand die explizite Kategorie des ‚sozialen

Wohnungsbaus‘ und ‚der_die Arbeiter_in‘ wurde durch ‚die Armen‘ als Objekt staatlicher Interventionen ersetzt (Zeiderman 2016).

Weitere Reformen in den siebziger Jahren halfen bei der Konsolidierung der neuen Wohnungsbaupolitik. So führte die Nationalregierung in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsbüro von Bogotá Baumindeststandards ein, um Familien mit beschränkten wirtschaftlichen Ressourcen „realistische Alternativen zu informellen Urbanisierungen, Landinvasionen und Ähnlichem zu bieten“ (Parias 2012: 75, Übers. d. A.). Dank einer Reihe von Finanzreformen konnten Konstruktionsfirmen, die bislang Privathäuser für den mittleren und höheren Einkommenssektor gebaut hatten, nun zu kapitalwirtschaftlichen Akteuren werden. Zu den Reformen des Finanzsektors gehörte die Schaffung des Systems der UPAC (*unidad de poder adquisitivo constante*, Konstante Kaufkrafteinheit)[5] als Anreiz zum Sparen für Wohnungsbaukredite und die Entstehung der Spar- und Wohnungsbau-gesellschaften (*corporaciones de ahorro y vivienda*, CAV) als Spezialbanken im Bausektor und für Bausparer_innen (Cuervo/Jaramillo 2009). Der Boom der privatwirtschaftlichen Konstruktion von Sozialwohnraum in der Form standardisierter Großprojekte begann allerdings auch dank einer wachsenden Mittelschicht, die bereit war, diese Art von Wohnraum zu beziehen und in den preisgünstigeren neuen peripheren Lagen zu leben.

Das Anwachsen städtischer Kriminalität im Zusammenhang mit dem Drogenhandel und die Angst um Sicherheit führten in den achtziger Jahren zur Entstehung und Konsolidierung der bis heute in den meisten kolumbianischen Städten überwiegenden Form des Wohnens: geschlossene Wohnviertel (*conjuntos cerrados*, Gated Communities) für alle Einkommenschichten (mit Ausnahme der illegalen und informellen Siedlungen). Auf internationaler Ebene wurde zu dieser Zeit bereits die Notwendigkeit diskutiert, das Recht auf Wohnraum in Form des einfachen ‚Dachs über dem Kopf‘ durch die Schaffung von Wohnraum inklusive Infrastruktur, Dienstleistungen, Ausstattung und lebenswerter Umgebung zu ersetzen (UN Habitat 1976). In Bogotá entstanden in dieser Zeit zwei Großprojekte, die in der Tat Infrastruktur, Dienstleistungen, Parks und Einrichtungen anboten: *Ciudad Salitre* für den Mittelstand und *Ciudadela Colsubsidio* für den sozialen Wohnungsmarkt. Da das Angebot an Sozialwohnungen jedoch weiterhin unzureichend war, weitete sich in dieser Zeit der informelle Markt aus; die zentralsten und ältesten Stadtteile informellen Ursprungs verdichteten sich und der Mietmarkt wuchs an. Gleichzeitig konsolidierten sich illegale Wohnraum-anbieter_innen an den Peripherien (Parias 2012).

Im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung und Dezentralisierung der neunziger Jahre kam es zu weiteren Reformen, die den sozialen Wohnungsbau bis heute beeinflussen. Zum einen wurde die ‚soziale und ökologische Funktion‘ von Eigentum in das Gesetz zur urbanen Reform aufgenommen. Dies ermöglichte den Kauf großer Landflächen für den Bau sozialen Wohnraums. Zum anderen beinhaltet die Verfassung von 1991 das Recht auf menschenwürdiges Wohnen. Gleichzeitig ist die Rolle des Staates als Institution festgelegt, die dieses Recht durch die *Förderung von sozialen Wohnungsbauplänen*, nicht aber durch direkten Wohnungsbau umsetzt.

Die Vorgaben der Verfassung formten die Grundlage für das Gesetz Nr. 3 von 1991, bekannt als VIS-Gesetz (*vivienda de interes social*,

Sozialbauwohnungen). Dieses Gesetz schaffte die bislang existierenden Institutionen und Programme des sozialen Wohnungsbaus ab und ersetzte sie durch Direktsubventionen. Das heißt, seit dieser Zeit bietet der Staat individuellen Haushalten die Teilfinanzierung des Wohnungskaufs an.[6] Gleichzeitig löste die Nationalregierung die ICT auf und schuf stattdessen das INURBE (*Instituto Nacional de Vivienda de Interés Social y Reforma Urbana*, Nationales Institut für Sozialwohnungen und Urbane Reform), um die Subventionen für den sozialen Wohnungsbau zu verwalten. Außerdem endete das auf den Konstruktionssektor spezialisierte Finanzierungssystem und der Rest des Finanzsektors wurde in der Multibanca vereint (Cuervo/Jaramillo 2009). Auf diese Weise wurde der Großteil des sozialen Wohnungsbaus in den Privatsektor verlagert, was dem Bausektor entgegenkam, da Anfang der neunziger Jahre die Wohnraumnachfrage höherer Einkommensgruppen gesättigt, und der Immobilienmarkt in einer Krise war. Die Möglichkeit, in großen Mengen preiswerte Wohnungen für die unteren Einkommensklassen zu bauen, erlaubte es den Firmen, die Krise zu überstehen (Parias 2012).[7]

Die Verknüpfung der öffentlichen Hand mit dem Privatsektor wurde noch deutlicher während der ersten Amtszeit von Bogotás Bürgermeister Enrique Peñalosa (1998-2000), der mit der Bauträgergesellschaft Metrovivienda ein „industrielles und kommerzielles Unternehmen der Stadt“[8] gründete. Metrovivienda kauft Land, erschließt es und verkauft es dann weiter an private Bauunternehmen, um Sozialwohnungen zu bauen. Das Ergebnis sind bislang zwei große Wohngebiete am südwestlichen Stadtrand, *El Recreo* und *Porvenir*. Obwohl Metrovivienda auch öffentliche Träger_innen zulässt (Cuervo 2013), wird der Hauptanteil der Sozialwohnungen von privaten Unternehmen gebaut. Diese liegen fast ausschließlich an den Stadträndern und in umliegenden Gemeinden.

Präsident Alvaro Uribe führte diese Strategie fort. In seiner zweiten Amtsperiode (2006-2010) schuf die Nationalregierung das Format der „Sozialen Makroprojekte nationalen Interesses“ (*macroproyectos de interés social nacional*)[9] mit dem Ziel, die Verfügbarkeit von zu entwickelndem Land zu erleichtern und das Wirtschaftswachstum durch Förderung des Bausektors zu beschleunigen. Diese Politik ging maßgeblich auf die Lobbyarbeit des Bausektors zurück. Nachdem die Strategie 2010 vom Verfassungsgericht als unzulässig erklärt wurde, rief die Nationalregierung 2011 die Politik der „Makroprojekte der zweiten Generation“ (*macroproyectos de segunda generación*)[10] aus. Seitdem besteht die Wohnungspolitik der nationalen Regierung aus drei Programmen, die Begünstigte in verschiedene Gruppen unterscheidet: Für Menschen in ‚verletzlicher Situation‘ (*condiciones de vulnerabilidad*) gibt es das ‚Kostenlose Wohnungsprogramm‘. Das sind Menschen, die ihre Wohnstätte durch den Bürgerkrieg oder Naturkatastrophen verloren haben. Haushalte mit ‚Sparkapazität‘ und einem Einkommen von weniger als zwei gesetzlichen Mindestlöhnen (26,8 Prozent aller Haushalte Kolumbiens) sind die Zielgruppe des ‚Wohnungsprogramms vorrangigen Interesses für Sparer‘ (*Vivienda para Ahorradores, VIPA*). Und für die ‚Mittelklasse‘, definiert als Haushalte mit einem Einkommen zwischen zwei und vier gesetzlichen Mindestlöhnen (51,4 Prozent der Bevölkerung), gibt es das Programm ‚Mein Haus Jetzt‘ (*Mi Casa Ya*) (Minvivienda 2015). Sozialer

Wohnungsbau in Kolumbien schließt demnach explizit die ‚Mittelklasse‘, das heißt Haushalte mit Einkünften von 1.562.000 COP (ca. 440 Euro, Stand 2019), mit ein.

Der Nationale Entwicklungsplan der ersten Regierung von Juan Manuel Santos (2010-2014) fasst die aktuelle Denkweise zum Bau von Wohnraum in Kolumbien zusammen:

„Konstruktion ist unsere Antwort, um den Anstieg der Wohnraumnachfrage, der durch den wirtschaftlichen Aufschwung erzeugt wird, zu nutzen, um Arbeitsplätze besonders in den städtischen Gebieten des Landes zu schaffen. Auf diese Weise kann der Wohnungssektor angesichts seiner vielfältigen Verbindungen zu verschiedenen anderen wirtschaftlichen Aktivitäten die Wirtschaft ankurbeln und gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung fördern. Dies, ohne die sozialen Auswirkungen zu vergessen, die kolumbianische Haushalte durch mehr und bessere Lebensbedingungen erfahren.“ (DNP 2011: 52; Übers. d. A.)^[11]

In diesem Zitat wird die wirtschaftliche Ausrichtung der Sozialwohnungsbau politik deutlich: Die Betonung liegt weniger auf der Schaffung von Wohnraum als auf der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Förderung des Bausektors, was die Unterordnung des sozialen Aspektes der Wohnungspolitik unterstreicht. In der Tat wird die Wohnungsbaupolitik Kolumbiens seit Anfang der neunziger Jahre von der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) als „marktorientierte Politik“ beschrieben (Anzellini et al. 2012; Bermúdez et al. 2012; Cuervo/Jaramillo 2009; Parias 2012; Saldarriaga Roa/Carrascal 2006) und folgt dem globalen Trend der ‚Finanzialisierung von Wohnraum‘.^[12] Diese Finanzialisierung beinhaltet den Rückzug des Staates aus dem Wohnungssektor, den allgemeinen Konsens, dass Wohneigentum ein Synonym von Freiheit und sozialem Aufstieg ist, und die ‚Sozialisierung von Kredit‘, das heißt, dass neue Konsument_innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen Zugang zu Finanzkreisläufen bekommen (Aalbers 2017; Rolnik 2013). Diese Sichtweise auf Wohnraum als in globale Finanzmärkte eingebundenes Anlagevermögen ist charakteristisch für das ökonomische Denken der letzten Dekaden (Rolnik/Rabinovich 2014). Es handelt sich also nicht um eine für Kolumbien- oder Lateinamerika spezifische Strategie, sondern, wie Raquel Rolnik und Lidia Rabinovich (ebd.) zeigen, um eine globale Tendenz. Es ist jedoch gerade die Finanzialisierung von Wohnraum, die weltweit Wohnungseigentümer_innenschaft – auch für die Mittelklasse – in Frage gestellt beziehungsweise in eine Krise gestürzt hat (siehe z. B. Forrest/Hirayama 2011). Demnach stellt sich die Frage, wie erfolgreich oder nachhaltig diese Politik sein kann.

3. Schichtzugehörigkeit, Sozialwohnungsbau und soziale Mobilität

Voranehend haben wir gesehen, wie der privatisierte soziale Wohnungsbau in Kolumbien vor allem seit den neunziger Jahren vornehmlich als Wirtschaftsmotor und nicht als sozialstaatliche Verantwortung konzipiert worden ist. Dies geht einher mit dem Regierungsprojekt, Kolumbien in ein

Mittelklasseland zu verwandeln. Wie Präsident Juan Manuel Santos 2015 als Bilanz seiner ersten Amtszeit deklarierte: „Was wir seit 2010 wollten, war ein Land mit weniger Armut, mehr Arbeitsplätzen, und mehr Sicherheit. Und heute können wir mit großem Stolz sagen, dass wir schon ein Land der Mittelklasse sind.“ (Portafolio 2015, Übers. d. A.) Santos bezog sich damit auf eine Studie der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB), nach der 55 Prozent der kolumbianischen Bevölkerung zur Mittelklasse gehören. 2002 verdiente die Hälfte aller Kolumbianer_innen weniger als vier Dollar am Tag, was von der Weltbank als Armut definiert wird (World Bank 2018). Davon lebten 17,7 Prozent in extremer Armut. 2015 lag der Armutsanteil bei 28,5 Prozent und der der extremen Armut bei 8,1 Prozent (Semana 2015).

Wie nachhaltig ist aber die soziale Mobilität der letzten Dekade? Der Interamerikanischen Entwicklungsbank zufolge drohen 55 Prozent der kolumbianischen Mittelschicht wieder zurück in die Armut zu fallen (Semana 2015). Darüber hinaus wird vor allem auch diskutiert, was ‚Mittelklasse‘ im lokalen Kontext genau bedeutet. Rafael de la Cruz, Vertreter der IADB in Kolumbien, meint dazu: „Die Mittelklasse hier ist keine mit Garten und Swimming Pool. Wir sehen sie eher als eine Gruppe, die die Armut überwunden hat und nun Teil ihres Einkommens zum Erwerb von Konsumgütern benutzen kann.“ (ebd.). Dies sei näher an der nationalen Realität. Die Mittelklasse in Kolumbien kaufe sich ein Auto und ein Haus, habe eine Kreditkarte und ein Smartphone, und könne an die Bildung der Kinder und die Sicherheit der Familie denken (ebd.). Offensichtlich liegt hier ein Verständnis von Mittelklasse zu Grunde, das an konsumorientiertem Verhalten, und allem voran, dem Hauskauf festgemacht ist.

Die Diskussion ähnelt der von Charles Klein et al. (2018) erörterten Situation in Brasilien, wo Armutsbekämpfungsmaßnahmen in den letzten Dekaden angeblich 35 Prozent der armen Bevölkerung in die Mittelklasse hat aufsteigen lassen. Dieser Analyse liegt, wie in Kolumbien, eine auf Einkommen und Konsumverhalten beruhende Definition der Mittelklasse zugrunde, was von brasilianischen Sozialwissenschaftler_innen als zu kurz greifend kritisiert wird, zumal eindeutige Unterschiede und Diskriminierungen zwischen der ‚neuen‘ und der ‚alten‘ Mittelklasse fortbestehen. Die Autoren schlagen daher vor, die neue Mittelklasse besser als ‚vormalig Arme‘ zu bezeichnen (ebd.).

Ebenso ist es höchst fraglich, ob in Kolumbien die Hauseigentümer_innenschaft allein tiefer liegende, strukturelle Ungleichheiten und Vorurteile beheben und somit eine nachhaltige soziale Mobilität der ‚vormalig Armen‘ fördern kann. Umso mehr als Bogotá, ähnlich wie andere kolumbianische und südamerikanische Städte, sehr stark stratifiziert ist, allerdings nicht nur sozio-ökonomisch sondern auch räumlich. Dies geht auf ein spezielles administratives System der öffentlichen Leistungen zurück: Das gesamte Stadtgebiet ist in Schichten (*estratos*) von 1 (niedrig) bis 6 (hoch) eingeteilt, die auf einer offiziellen Schätzung des sozioökonomischen Wertes eines Stadtgebietes beruhen.[13] Diese Schichten sind die Grundlage für die Berechnung der Wasser-, Abwasser- und Stromkosten, wobei höhere Einkommensschichten proportional höhere Preise zahlen und dadurch die untersten Einkommensschichten subventionieren.[14] Zudem dient die Schichtzuordnung als Grundlage für die Berechnung der Grundsteuern. Abgesehen davon, dass dieses System die sozioökonomischen Lebensumstände der Bogotáner_innen übermäßig

vereinfacht, beeinflusst die Klassifizierung den Immobilienmarkt, wenn Personen zum Beispiel bewusst in einem niedriger bewerteten Gebiet Wohnraum erwerben und darauf spekulieren, dass der Wert dieses Gebiets mit der Zeit steigt. Darüber hinaus trägt das System zur Assoziierung von Stadtgebieten mit bestimmten sozioökonomischen Schichten bei. So werden zum Beispiel Afro-Kolumbianer_innen im wohlhabenden Norden Bogotás als ‚Fremdkörper‘ wahrgenommen (Castro 2013), und Haushaltsangestellte, die dort nach Arbeitsende ohne ihre Arbeitsuniform in den Supermarkt gehen, berichten, von Ladendetektiv_innen verfolgt zu werden (Fleischer/Marin 2019).

In der Tat ist das System der *estratos* Teil der städtischen Alltagskultur geworden und wird nicht nur mit der Art und Qualität von Dienstleistungen und Angeboten in den Stadtteilen assoziiert, sondern dient auch der Charakterisierung von Personen: Jemand ist ‚*estrato uno*‘ (Schicht 1), wenn ihm oder ihr bestimmte ‚Qualitäten‘ zu fehlen scheinen. Dabei kann es sich um Geschmack, Manieren oder Wissen handeln; das Kriterium sind Werte, die mit der wachsenden städtischen Mittel- und Oberschicht verbunden sind oder von diesen als wünschenswert angesehen werden.

Es ist besonders diese Assoziierung von Lokalität und Schichtzugehörigkeit, die das Anwachsen der Sozialwohnungsquartiere in den Randgebieten der Stadt, die mit den niedrigen Schichten assoziiert sind, so problematisch macht. Der fortdauernde Klassismus, die tiefsitzende Diskriminierung von bestimmten Wohngebieten und ihren Bewohner_innen, wird weder durch die privatisierte Wohnungsbaupolitik noch die strikten Verhaltensregeln in den neuen Wohngebieten adressiert – geschweige denn verändert. Dies wurde deutlich in dem Kommentar einer leitenden Angestellten einer der größten kolumbianischen Sozialwohnungsbaufirmen, die sich auf die neu gebauten Wohnviertel in den Randlagen der Hauptstadt als „Land der Comanches“ (*el territorio de los comanches*) bezog.[15]

4. „El Territorio de los Comanches“: Struktur und Lage der Sozialwohnungsbauviertel

Sozialwohnungsbauviertel sind fast ausschließlich an den (südlichen) Stadträndern angesiedelt, wo preiswerteres Land den privaten Konstruktionsfirmen höhere Gewinnspannen erlaubt (Abb. 1). Sie sind umgeben von anderen, ähnlichen Wohngebieten, Industriegebieten, oder informellen Siedlungen. Oft fehlt es in diesen Randgebieten an Infrastruktur und Transportmöglichkeiten.

Der soziale Wohnungsbau unterscheidet sich von regulären (nicht-subventionierten) Wohneinheiten durch Preislimits: Wohneinheiten dürfen nicht mehr als 75 Prozent des legalen monatlichen Mindestlohns kosten und werden mit von der Regierung subventionierten Krediten verkauft. Um diesen Beschränkungen zu entsprechen, sind die Wohneinheiten extrem klein – zwischen 43 und 73 Quadratmeter. Außerdem werden sie als technikfertige Ausbaustufe (*obra gris*) verkauft, das heißt ohne jegliche Ausstattung wie Bodenbeläge, Verputz, Kücheneinrichtung oder sanitäre Anlagen. Häuser haben zudem oftmals nur ein oder zwei Stockwerke, sind aber so konstruiert, dass Bewohner_innen selbst aufstocken können.

Abb. 1 Sozialwohnungsbausiedlungen am Südrand von Bogotá
(Foto: Autorinnen)



Um ihre Gewinnspanne weiter zu vergrößern, sparen die Baufirmen wo immer möglich, zum Beispiel in Bezug auf das Design der Wohngebiete selbst. Das Ergebnis sind extrem standardisierte Viertel. Form, Layout und Innenarchitektur sind fast identisch: Von hohen Mauern oder Zäunen umschlossene, von Wachpersonal gesicherte rote Backsteinsiedlungen, mit kaum Rasenflächen zwischen den sechs- bis acht-stöckigen gleichförmigen Gebäuden (Abb. 2 und 3). Bewohner_innen haben – wenn überhaupt – nur sehr eingeschränkte räumliche Möglichkeiten, um miteinander zu interagieren oder Kontakte zu knüpfen. Extrem dünne Wände, das Fehlen von Dämmmaterial sowie das generelle Layout der Apartmentgebäude bieten keinerlei Schutz gegen Lärmbelästigung, was durch die hohe Wohndichte pro Quadratmeter noch verschlimmert wird.[16] Zudem sind die Gebäude extrem dicht aneinander gebaut und parallel ausgerichtet: Der Eingangsbereich eines Gebäudes blickt auf die Rückseite des nächsten, womit die tägliche soziale Interaktion der Bewohner_innen verhindert wird. Trotz dieser Einschränkungen bieten die Wohnprojekte Zugang zu Privateigentum und sind daher attraktiv für die unteren Einkommensklassen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und ethnischen Hintergründen. Laut unserer Umfrage lebten etwa siebenzig Prozent der Bewohner_innen vorher nicht in Wohnungen, sondern in selbstgebauten Häusern in informellen Siedlungen.

Abb. 2 und 3 Standardisierte Sozialwohnungsbauviertel
(Fotos: Autorinnen)

Um eine Wohnung in den sozialen Wohnungsbaquartieren zu kaufen, bedarf es einer Anzahlung aus eigenen Mitteln, die unterstützt wird



von Regierungssubventionen. Danach zahlen Bewohner_innen den Rest des Kaufpreises in monatlichen Ratenzahlungen. Trotz der Preislimits auf Sozialbauwohnungen beantragt die große Mehrheit der Käufer_innen einen Finanzierungskredit. Um an einen solchen Kredit zu kommen, müssen Bewerber_innen allerdings ein geregeltes monatliches Einkommen und Ersparnisse nachweisen. Dies macht es für Selbständige extrem schwer, an einen Kredit zu kommen. Noch schwieriger ist es für Menschen im informellen Sektor, was 2016 fast die Hälfte der kolumbianischen Bevölkerung ausmachte (DANE 2018). Aber sogar formell Angestellte haben mitunter Schwierigkeiten mit ihren Kreditratenzahlungen. Kolumbiens Arbeitsmarktpolitik erlaubt es Firmen, ihre Angestellten ohne große Hindernisse von heute auf morgen zu entlassen; dies betrifft besonders den niedrig qualifizierten, niedrig bezahlten Einkommenssektor. Zudem haben Niedrigverdiener_innen weniger Ressourcen (Besitz, Ersparnisse oder finanziell besser gestellte Verwandtschaft) auf die sie in Krisenzeiten zurückgreifen könnten.

All dies bedeutet, dass die Privatisierung von Kolumbiens sozialem Wohnungsmarkt einen Großteil der Bevölkerung, und vor allem Niedrigverdiener_innen mit dem größten Bedarf an Wohnraum von vornherein ausschließt, oder aber es extrem schwierig für sie macht, sozialen Wohnraum zu erwerben. Diejenigen, die es schaffen, sich in die neuen Wohnanlagen einzukaufen, sind durch das marktwirtschaftlich bedingte ‚kosteneffektive‘ Layout und die abgelegene Lage der Wohnkomplexe von der Stadt selbst separiert. Mit den Kreditratenzahlungsverpflichtungen erweist sich das ‚soziale‘ Element im sozialen Wohnungsbau Kolumbiens als minimal. In gewisser Hinsicht wird also durch die Ausrichtung der kolumbianischen Sozialbaupolitik selbst die Marginalisierung oder Ausgrenzung der niedrigen Einkommensschichten verschärft.

5. Probleme und Regulierung des Zusammenlebens in Sozialbauquartieren

Die Lage und das Design der sozialen Wohnquartiere, zusammen mit der oft recht prekären ökonomischen Situation der Bewohner_innen, die zudem vielfach noch nie in einer vergleichbaren Wohnsituation gelebt haben, trägt dazu bei, dass es verschiedene Probleme und Spannungen in den neuen Wohnsiedlungen gibt, nicht nur zwischen den Bewohner_innen, sondern auch mit den Verwalter_innen, den Baufirmen und den lokalen Behörden.

Im Alltag des Siedlungslebens beklagen sich die Bewohner_innen vor allem über Lärm und die Handhabung von Haustieren. Sie streiten sich aber auch mit den Konstruktionsfirmen über strukturelle Probleme der Wohnanlage oder unerfüllte Versprechungen. Auf Grund der billigen Bauweise leiden die sozialen Wohnungsbauviertel oft an rapidem Verfall, sowohl der Gebäude als auch des Umfeldes. Hinzu kommen die Nutzung des gemeinschaftlichen Raums beispielsweise durch Straßenverkäufer_innen sowie die Zweckentfremdung von Wohnraum, Kleinkriminalität, Drogenhandel und -konsum, Androhung und Ausübung von Gewalt, und andere Störungen der öffentlichen Ordnung (Abb. 4).

Obwohl uns Bewohner_innen sagten, dass die meisten dieser Konflikte durch die Verwalter_innen der Wohnkomplexe gelöst werden konnten, gab



Abb. 4 Straßenverkauf
(Foto: Autorinnen)

es durchaus auch problematischere Konfrontationen zwischen Nachbar_innen. Während unserer Forschung waren wir zum Beispiel Zeug_innen, wie die Polizei intervenieren musste, weil ein Bewohner einen anderen mit einem Messer bedrohte und ein Verwalter von einem Teenager angegriffen wurde, nachdem dieser ihm verboten hatte, im Hausflur Marihuana zu rauchen. Zudem prahlte ein Bewohner damit, einen anderen mit seiner Pistole bedroht zu haben. In einigen der von uns untersuchten Wohnanlagen war es normal, die Polizei zu rufen, um Konflikte zwischen Bewohner_innen zu lösen. Ein Bewohner kommentierte dies so:

„Meistens kommt die Polizei, verstehst du? Was auch immer das Problem, die Polizei, die Polizei. Ich sage schon, die sollten eine lokale Polizeistation [CAI] hier in unserem Park installieren. (lacht) Die Leute gewöhnen sich daran. Du gehst vorbei und sagst zum Nachbarn dies oder das, und der antwortet: ‚Ich klag dich an!‘ und dann kommt die Polizei. Das sind [gar] keine großen Sachen [die passieren].“ (Interview, Bogotá im März 2016, Übers. d. A.)[17]

Um solche und ähnliche Probleme des Zusammenlebens zu beseitigen, sind die Wohnsiedlungen extrem reguliert. Die Verbote und Sanktionen sind in der gesamten Siedlung öffentlich aufgehängt, Videokameras und Wachpersonal kontrollieren nicht nur Besucher_innen, sondern auch Bewohner_innen (Abb. 5-7).[18] Vorschriften gibt es unter anderem für das Recycling von Müll, das Parken von Vehikeln, den Umgang mit Haustieren, die erlaubte Zeit und Dezibelzahl für Musik und anderen Lärm sowie ästhetische Angelegenheiten, wie zum Beispiel dafür, dass keine Wäsche aus den Fenstern hängt oder kein persönliches Eigentum (Dreiräder, Fahrräder, Möbel, Töpfe) in den gemeinschaftlichen Räumen abgestellt werden darf. Weiterhin wird vorgeschrieben, bis zu welcher Zeit sich Bewohner_innen in den öffentlichen Räumen (innen und außen) aufhalten dürfen, und in einigen Wohnsiedlungen gab es Ausgangssperren für Minderjährige nach 21:00 Uhr. Verstöße gegen diese Regeln werden von der Verwaltung mit



Abb. 5 und 6
Regulierungen
(Fotos: Autorinnen)

mündlichen und schriftlichen Abmahnungen, Sanktionen, und Geldbußen geahndet, oder aber es kommt zu ‚moralischen‘ Sanktionen wie der öffentlichen ‚Anklage‘ von Verstößen durch Bewohner_innen während der Eigentümer_innenversammlung. Der Verstoß gegen eine der Hauptpflichten der Eigentümer_innen, das Zahlen der Verwaltungsgebühr, wird vielfach (entgegen des Rechts auf Privatheit) in öffentlichen Listen im allgemeinen Eingangsbereich der Siedlung bekanntgemacht; in einer Siedlung wurden orangefarbene Schilder an die öffentlich einsehbaren Postfächer gehängt, auf denen ‚Säumig‘ (*moroso*) stand (Abb. 8).

Hinter den Vorschriften und strikten Regulierungen des Zusammenlebens steht ein klarer pädagogischer Auftrag: Vor allem den Menschen, die zuvor in informellen Siedlungen gelebt haben, beizubringen wie ‚man‘ in Wohnsiedlungen lebt. Ein Verwalter drückte dies sehr deutlich aus:

„[Das Zusammenleben] leidet, wenn neue Bewohner einziehen, die vorher [...] nicht in horizontalem Eigentum [Wohnsiedlungen] gelebt haben [...]. Diese [Menschen], die aus einer informellen Siedlung kommen, sie versuchen es [...], [aber] bis sie die das Gesetz zum [Leben im] horizontalen Eigentum kennen und sich an die Regeln gewöhnt haben, das kostet immer viel Arbeit. [...] Einige Bewohner kommen aus anderen Wohnsiedlungen, aber andere kommen aus den [informellen] Siedlungen [...] und sind es gewohnt, spät abends Partys zu feiern oder zu jedweder Zeit an die Wand zu klopfen [...]. Aber hier sind das geteilte Wände, Verbindungswände, folglich merkt man alles, es belästigt die Nachbarn. Und was die Musik anbelangt, obwohl es ihnen beim Einzug erklärt wird, einige Eigentümer sind nicht sehr darauf bedacht, den Regeln zu folgen.“ (Interview, Bogotá im März 2016, Übers. d. A.)

Aber auch die Bewohner_innen selbst sind der Überzeugung, dass das Leben in den Wohnvierteln im Vergleich zum Leben in informellen Siedlungen zumindest anfangs nicht einfach und eine Frage der Anpassung ist:

„Anfangs hängten viele Menschen ihre Wäsche draußen vor den Fenstern auf [was verboten ist]. [...] Hier spielten sie Reggaeton, dort Salsa, Vallenato, es war ein schrecklicher Lärm. So war es für einige Zeit. Und sicher, während die Leute sich kennenlernten, kam es zu einigen ‚Zusammenstößen‘.“ (Interview, Bogotá im April 2016, Übers. d. A.)

Bewohner_innen der Wohnsiedlungen sind sich weitgehend einig darin, dass die Ursache der Konflikte in einer mangelnden Kenntnis der Regeln oder der Nichtbeachtung der Regeln des Zusammenlebens besteht und sie sehen das als ein kulturelles Problem an, als eine Folge der ‚Kultur der Armut‘ [19]. Auch die Fähigkeit, sich an die neue Lebensweise anzupassen, wird als Kriterium genutzt, um zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Nachbar_innen zu unterscheiden, wobei dieser Differenzierung ein Klassendenken zugrunde liegt, das Wohnungseigentum in Siedlungen mit der Mittelklasse assoziiert. Das heißt, in einer geschlossenen Wohnsiedlung zu leben, bedeutet Teil der Mittelklasse zu sein, und deshalb sollten sich die Bewohner_innen den Regeln entsprechend benehmen. Wer dies nicht tut, ist dann eben noch zu sehr der Kultur der informellen Siedlung verhaftet.

Ein zusätzliches Argument für die strikten Regeln ist die Wertsteigerung des Eigentums. Die Verwalterin eines am südwestlichen Rand Bogotá's gelegenen Wohnviertels drückte es so aus:

„Ich betone der Gemeinschaft gegenüber immer wieder, dass ihre Wohnung sich nicht wegen der Fliesen [im Bad] oder der Küche, die sie eingebaut haben, valorisiert. Eine Wohnung gewinnt mehr an Wert durch das gute Zusammenleben in der Siedlung, als durch all das, was sie privat in ihre Wohnung investiert haben.“ (Interview, Bogotá im März 2016, Übers. d. A.)

Damit kommen wir zurück zum Aspekt der Finanzialisierung und der ökonomischen Funktion oder Bedeutung von Wohnraum. Die Wertsteigerung ihres Eigentums ist für die Menschen, die kürzlich aus prekären Lebensumständen aufgestiegenen sind und jetzt in den Sozialwohnungsbausiedlungen leben, extrem wichtig. Die Wohnung wird (auch) als Investition gesehen. Umso entscheidender ist daher aber auch, dass die Bewohner_innen Zugang zu Erwerbstätigkeiten haben, die es ihnen erlauben ihre Kredite abzutragen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z. B. Verwaltungs- und Instandhaltungskosten) nachzukommen. Aber gerade in dieser Beziehung erweisen sich die vielen Verbote und Regeln in den Wohnsiedlungen als hinderlich.

Abb. 7 und 8
Verbotsschilder und
öffentliche Sanktion
an Postfächern
(Fotos: Autorinnen)



So sind etwa gewerbliche Tätigkeiten innerhalb der Siedlungen verboten. Die Baufirmen, die zumindest im ersten Jahr die Verwaltung übernehmen, begründen dies mit angeblichen gesetzlichen Vorlagen, tatsächlich handelt es sich aber um eine Auslegung eines unklaren Rechtsbestandes. Es liegt daher nahe, das Verbot gewerblicher Tätigkeiten und anderer Praktiken als Wunsch zu interpretieren, eine bestimmte Wohnästhetik und moral zu fördern, die sich durch extreme Ordnung und Regelbefolgung, Standardisierung und Anonymität auszeichnet.

Die Unterdrückung kommerzieller Tätigkeiten hat jedoch mindestens zwei negative Auswirkungen auf das Wohlergehen der Bewohner_innen von Sozialwohnungsbausiedlungen an den Rändern der Stadt. Erstens sind eine große Anzahl von Kolumbiens Niedrigverdiener_innen auf alternative oder informelle Einkommensquellen angewiesen, entweder weil sie keine feste Anstellung haben[20], oder aber, weil das Einkommen aus einer solchen Erwerbstätigkeit nicht ausreicht. In den illegalen oder informellen Siedlungen, in denen die Bewohner_innen zuvor mehrheitlich lebten, ist es üblich, in der Wohnstätte Geschäfte und sogar Unternehmen zu betreiben. Tagsüber verwandelt sich das Wohnzimmer in einen Kiosk, eine Spielgruppe für Kleinkinder, einen Friseursalon, oder es werden Zimmer vermietet. Das Wegfallen dieser Einkommensquellen prekariert die Bewohner_innen der Siedlungen.

Zweitens sind Kleingewerbe wichtige Orte sozialer Interaktion, die das Zusammenleben und die Solidarität unter den Bewohner_innen positiv beeinflussen kann, wie wir in einer der von uns untersuchten Wohnsiedlungen deutlich beobachten konnten. Mit Unterstützung der Verwalterin hatten sich die Bewohner_innen hier über das Verbot kommerzieller Tätigkeiten hinweggesetzt und mehrere Eigentümer_innen betrieben im Erdgeschoss ihrer Reihenhäuser kleine Kioske, wo sie zum Beispiel Erfrischungsgetränke und Snacks, Telefonkarten und Ähnliches verkauften. Diese Gewerbe hatten einen positiven Einfluss auf das Zusammenleben: Nicht nur kannte sich prozentual der größte Teil der Bewohner_innen in dieser Wohnsiedlung beim Namen und hatte die Wohnung ihrer Nachbar_innen von innen gesehen[21], sondern sie hatten auch großes Vertrauen in ihre Nachbar_innen. Als Beweis für Letzteres verwiesen Bewohner_innen darauf, dass in den Geschäften angeschrieben wurde und sie sich gegenseitig Geld liehen. Dieses soziale Miteinander wird jedoch von den Baufirmen nicht als positiv oder förderlich angesehen. So verglich ein hochrangiger Mitarbeiter das angeregte Leben in der beschriebenen Wohnsiedlung verächtlich mit einem ‚Dorfjahrmarkt‘ (*feria del pueblo*).

Baufirmen und Regierung, aber auch viele Bewohner_innen, stellen sich die ideale Wohnsiedlung eher so vor wie die im nordwestlichen Randgebiet Bogotás liegende, neuere Siedlung „Villa Real“ (siehe Abb. 2). Villa Real war zur Zeit unserer Forschung in der Tat in einem vorbildlichen Zustand; alles war aufgeräumt und sauber, die Autos ordentlich auf den vorgesehenen Stellplätzen geparkt. Zwischen den Gebäuden gab es einige wenige gepflegte Grünflächen, Spielplätze und Sitzplätze. Allerdings fiel auf, dass sich praktisch niemand im öffentlichen Raum aufhielt. In unseren Befragungen und Interviews wurde deutlich, dass es keine oder nur minimale Interaktion zwischen den Bewohner_innen gab. Sie kannten einander nicht beim Namen und hatten sich in der Regel auch noch nie gegenseitig besucht. Darüber hinaus

drückten die Bewohner_innen auch kein Interesse aus, ihre Nachbar_innen kennenzulernen oder etwas mit ihnen zu unternehmen. Es schien praktisch keine Kommunikation zwischen den Bewohner_innen zu geben; jegliche Vereinbarungen, Aktivitäten oder Probleme unter den Bewohner_innen wurden ausschließlich über den Verwalter erörtert oder vermittelt. Zudem beschränkten Regeln und strikte Sanktionen praktisch alle gemeinschaftlichen Aktivitäten und Interaktionen zwischen den Nachbar_innen.

Faszinierend ist, dass einige der Bewohner_innen diese Ästhetik und Moral kritiklos übernehmen, obwohl dies nicht unbedingt in ihrem besten Interesse ist. Dies liegt daran, dass das Leben in geschlossenen Wohnsiedlungen, die denen der Mittel- und Oberschicht ähneln, den Menschen das Gefühl des sozialen Aufstiegs vermittelt. Egal wie schwierig es ist, die Kreditraten zu bezahlen und als Familie auf dem begrenzten Raum und weitab an den Rändern der Stadt zu leben – für die unteren Einkommensklassen bedeutet der Besitz einer solchen Wohneinheit, dass sie reguläre Stadtbewohner_innen geworden sind (Hurtado Tarazona 2018). Ob dies wirklich so ist, bleibt jedoch fraglich, da sich an den generellen strukturellen Ungleichheiten und kulturellen Vorurteilen in Kolumbien und Bogotá nichts geändert hat. Sozialwohnungsbaubewohner_innen leben im ‚territorio de los comanches‘ und werden weiterhin mit dem geographischen und sozialen ‚Rand‘ der (urbanen) Gesellschaft assoziiert.

6. Schlussbetrachtungen

Der privat finanzierte soziale Wohnungsbau Kolumbiens hat weitgreifende Auswirkungen und Folgen sowohl für die Menschen persönlich als auch strukturell für die Stadt. Obwohl eine beträchtliche Anzahl der informellen Siedlungsbewohner_innen und Niedrigverdiener_innen Bogotá vom vermehrten und subventionierten Wohnungsbau profitiert haben, wird der soziale Aspekt der Wohnungsbaupolitik dadurch eingeschränkt, dass dieser Menschen in formellen Arbeitsverhältnissen vorbehalten ist und somit fast die Hälfte der kolumbianischen Bevölkerung ausgeschlossen bleibt. Aber selbst für diejenigen, die sich in die Sozialwohnungsbausiedlungen einkaufen können, ist die neue Lebensform nicht unbedingt förderlich für eine nachhaltige soziale Mobilität oder auch nur vereinbar damit. In diesem Artikel haben wir gezeigt, dass das maßgeblich damit zusammenhängt, dass die Art und Weise, wie die neuen Wohnsiedlungen gebaut und reguliert sind, den marktwirtschaftlichen Interessen der Regierung und der privaten Baufirmen entspricht, die eine ‚unzivilisierte‘ Bevölkerung erziehen wollen, die zuvor in informellen Siedlungen gewohnt hat. Anstatt Orte und Möglichkeiten der sozialen Interaktion und des Austausches zu schaffen, die das Vertrauen und die Solidarität in den Siedlungen fördern könnten, geht es den Baufirmen vornehmlich darum, neuen Hausbesitzer_innen beizubringen, wie man in Wohnsiedlungen lebt, das heißt, Regeln der Sicherheit und Hygiene sowie finanzielle Verpflichtungen einzuhalten.

Während die Nationalregierung den Aufstieg Kolumbiens in ein ‚Land der Mittelklasse‘ feiert, die maßgeblich mit dem Hausbesitzer_innentum verbunden wird, bleibt fraglich, wie nachhaltig diese Transformationen sind. Der offizielle Diskurs verschleiern zu einem, dass die Sozialpolitik Ressourcen von

den Bedürftigsten auf diejenigen mit größerer Wirtschafts- beziehungsweise Kaufkraft verlagert. Zum anderen besteht die Gefahr, dass diejenigen, die sich durch die Sozialwohnungsbaupolitik den ‚Traum vom Wohnungseigentum‘ in den neuen Wohnvierteln erfüllt haben, weiterhin marginalisiert bleiben. Ihnen fehlen über die angesprochenen Aspekte hinaus der Zugang zu gesicherten Arbeitsplätzen oder Einkommensquellen, zu Bildung, sozialen Dienstleistungen sowie Transportmöglichkeiten und die Einbindung in den urbanen Raum beziehungsweise diese werden ihnen verweigert (weiterführend Hurtado Tarazona et al. o. J.). Ohne tiefgreifende strukturelle gesellschaftliche Veränderungen der kolumbianischen Klassengesellschaft ist der langfristige Erfolg der gegenwärtigen Sozialwohnungsbaupolitik zweifelhaft und es besteht die Gefahr, dass sich die riesigen, sterilen Siedlungen an den Rändern der Stadt in Marginalsiedlungen verwandeln.

Endnoten

- [1] In Kolumbien werden informelle Siedlungen in ‚Piraten-‘ (*barrio pirata*) und ‚Invasionssiedlungen‘ (*barrio de invasion*) unterschieden. Bei den ersteren handelt es sich weitestgehend um periphere Gebiete, in denen Bewohner_innen Grundstücke käuflich erworben haben, wobei die Rechtslage dieser Transaktion nicht immer ganz eindeutig ist. Invasionssiedlungen können auch in zentraleren Gegenden der Stadt liegen, da es sich hierbei um Inbesitznahme öffentlichen oder ungenutzten Raumes handelt. Die Regierung Kolumbiens hat die Existenz informeller Siedlungen als unausweichlich akzeptiert und erkennt in der Regel beide Formen nach einer gewissen Zeit rechtlich an, wobei dies bei Piratensiedlungen zumeist schneller passiert, da die Rechtslage einfacher ist und eine Kauftransaktion zugrunde liegt. Beide Arten informeller Siedlungen in Kolumbien sind heute weitgehend mit Wasser und Elektrizität versorgt. Dies steht im Gegensatz zu illegalen Siedlungen, d. h. solchen, die nicht vom Staat anerkannt sind und die in Abständen geräumt werden (Camargo Sierra/Hurtado Tarazona 2012).
- [2] 2018 waren laut dem Nationalen Statistischen Amt (DANE 2018) 48 Prozent der Bevölkerung Kolumbiens im informellen Sektor tätig.
- [3] Die diesem Artikel zugrunde liegende Studie entwickelte sich aus einer Konsultation zur Evaluierung des Programmes zur Schaffung von ‚Sozialkapital‘ seitens einer Konstruktionsfirma. Das Untersuchungsteam, bestehend aus vier Stadtforscher_innen und zehn Student_innen, analysierte Statistiken und Studien von 181 Sozialwohnungsbauvierteln. In neun dieser Wohnsiedlungen stellten wir vertiefende Studien an, einschließlich einer Umfrage mit 200 Personen, semi-strukturierte Interviews mit Bewohner_innen und Verwaltungspersonal sowie ethnografischen Beobachtungen.
- [4] Im Falle der Selbstbauprojekte wurde der Kauf von Landparzellen für die progressive Siedlungsentwicklung für die untersten Einkommenschichten subventioniert.
- [5] UPAC steht für „Einheit konstanter Kaufkraft“. Dieses System hatte seinen Ursprung in Brasilien und wurde 1972 während der Präsidentschaft von Misael Pastrana Borrero in Kolumbien eingeführt, um die Kaufkraft der Währung aufrecht zu erhalten und der Bevölkerung langfristige Hypothekarkredite zum Kauf von Wohnraum zu ermöglichen. Hypothekarkredite für Hauskäufe und Sparkonten im UPAC passten ihren Wert dem Inflationsindex an; das heißt, Zinsen würden inflationsabhängig anerkannt oder erhoben. Dadurch wurde sichergestellt, dass das Geld seine Kaufkraft behielt.
- [6] Interessanterweise beinhaltete das Gesetz zunächst verschiedene Modalitäten zur Verwendung der Subventionen, wie z. B. den Kauf fertiger Wohneinheiten, den Erwerb von Grundstücken, den progressiven Wohnungsbau oder aber den Kauf von Materialien zur Verbesserung existierenden Wohnraumes oder den Erwerb von gebrauchten Wohnungen. Schlussendlich wurde jedoch der größte Teil des Geldes zum Kauf von neuen Wohneinheiten verwendet (Anzellini et al. 2012).

- [7] Die Mehrheit der Banken sind zudem mit den Konstruktionsfirmen in großen Konglomeraten verbunden, zu denen außerdem Unternehmen gehören, die Baumaterialien wie z. B. Zement produzieren. Faktisch kontrollieren heutzutage einige wenige einflussreiche Familienunternehmen den gesamten Bausektor.
- [8] Siehe <http://www.metrovivienda.gov.co> (letzter Zugriff am 15.12.2018).
- [9] Artikel 79 des Gesetzes Nummer 1151 aus dem Jahr 2007.
- [10] Gesetz Nummer 1469 aus dem Jahr 2011.
- [11] Obwohl internationale Ideen und Ziele wie Nachhaltigkeit, Risikomanagement, Wohnqualität und Umgebung, Verkehrsverbindungen, Ausstattung und öffentliche Dienstleistungen in die Politik und in die sozialen Wohnungsbauprojekte in Kolumbien einfließen, ist das Hauptmotiv räumlicher Interventionen noch immer das Ziel der Modernisierung. Zeiderman (2016) argumentiert, dass dies damit zu tun hat, dass in Kolumbien die wirtschaftliche Modernisierung immer eher ein Versprechen denn Realität war. „Der Sozialstaat ist niemals vollständig realisiert worden und der Liberalismus ein fortdauerndes Projekt mit limitiertem Erfolg geblieben.“ (2016: 129, Übers. d. A.) Wenn wir über ‚sozialen Wohnungsbau‘ in Kolumbien sprechen, ist dies daher etwas anderes als in Ländern mit einer anderen Entwicklungsgeschichte.
- [12] ‚Finanzialisierung‘ beschreibt einen wirtschaftlichen Prozess, bei dem der Austausch durch die Vermittlung von Finanzinstrumenten erleichtert wird. Die Finanzialisierung kann es ermöglichen, dass reale Güter, Dienstleistungen und Risiken leicht gegen Geld austauschbar sind, und es so den Menschen erleichtern, ihre Vermögenswerte und Einkommensströme zu rationalisieren (Engel 2015).
- [13] Die Einteilung des Stadtgebietes nach Schichten beruht auf der Beurteilung der Qualität der bestehenden Gebäude und der strukturellen Umgebung, was für repräsentativ für die Zahlungsfähigkeit der Bewohner_innen gehalten wird (Gesetz Nr. 142 von 1994).
- [14] Nur die mittleren Schichten 3 und 4 zahlen den wirklichen Preis der Leistungen (Gesetz Nr. 142 von 1994).
- [15] Die Comanchen sind ein nordamerikanisches indigenes Volk. Gespräch mit Führungskräften von Bauunternehmen, April 2016.
- [16] Von 2012 auf 2015 hat sich die Zahl der Mitglieder in kolumbianischen Familien von durchschnittlich 4,3 auf 3,5 Mitglieder verringert (Profamilia 2015). Die Haushaltsgröße unterscheidet sich jedoch nach Schichten, mit mehr Familienmitgliedern in niedrigeren Schichten: 4,8 in Schicht 1 gegenüber 3,8 in Schicht 5 und 3,4 in Schicht 6, den beiden höchsten (Centro Nacional de Consultoría 2012).
- [17] Alle angeführten Direktzitate stammen aus auf Tonband aufgenommenen Interviews mit Bewohner_innen und Verwalter_innen der Sozialwohnungsbausiedlungen, die Gegenstand unsers Forschungsprojektes waren.
- [18] Die Bestimmungen basieren auf nationalen Gesetzen, werden aber von den Bewohner_innen selbst endgültig im Handbuch der Eigentümer_innen festgelegt. In unserer Untersuchung stellten wir fest, dass diese Interpretationen der Regeln i. d. R. strenger sind als die Vorschriften selbst.
- [19] Oskar Lewis prägte 1959 den Begriff ‚Kultur der Armut‘ (*culture of poverty*), um zu erklären, warum Menschen arm sind. Er beschrieb für arme Menschen angeblich charakteristisches Verhalten und Werte, die sich von Generation zu Generation ‚vererben‘ und sie von der Mittelschicht unterscheiden. Das Konzept wird heute weitgehend abgelehnt, da es strukturelle Ursachen von Armut übersieht und so letztendlich den Armen selbst die Schuld an ihrer Situation zuschreibt (siehe Davis 2012).
- [20] Obwohl der Zugang zu den staatlich subventionierten Krediten eine feste Anstellung voraussetzt, erzählten uns mehrere Sozialwohnungsbesitzer_innen, dass sie ‚Hilfe‘ gehabt hätten, um diesem Kriterium zu entsprechen, und tatsächlich im informellen Sektor arbeiteten.
- [21] Dies wird als Indikator größerer Vertrautheit angesehen als lediglich den Namen eines_r Nachbar_in zu kennen.

Autor_innen

Friederike Fleischer ist Kulturanthropologin und arbeitet im Bereich der Stadtforschung zu sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit in China und Kolumbien.
f.fleischer406@uniandes.edu.co

Adriana Hurtado Tarazona ist Kulturanthropologin und Master in Stadtplanung und Regionalentwicklungsmanagement. Sie arbeitet zu städtischer Ungleichheit.
a.hurtado10@uniandes.edu.co

Maria Jose Alvarez Rivadulla ist Soziologin und analysiert soziale Ungleichheit und verwandte Themen im Bereich der Stadtforschung.
mj.alvarez@uniandes.edu.co

Literatur

- Aalbers, Manuel B. (2017): The Variegated Financialization of Housing. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 41/4, 542-554.
- Anzellini, Stefano / Escallón, Clemencia / Herrera, Nathalie (2012): La vivienda digna en Colombia: una deuda pendiente. In: Marcela Ángel / Maria Cecilia O'Byrne (Hg.), *Casa+Casa+casa=¿Ciudad?* Germán Samper: Una investigación en vivienda. Bogotá: Universidad de los Andes, 252-273.
- Bermúdez, Pedro/ Gaviria, Eugenia /Salcedo, Juana (2012): Panorama de la vivienda y la ciudad en el Siglo XX. In: Marcela Ángel / Maria Cecilia O'Byrne (Hg.), *Casa+Casa+casa=¿Ciudad?* Germán Samper: Una investigación en vivienda. Bogotá: Universidad de los Andes, 56-62.
- Camargo Sierra, Angelica Patricia/ Hurtado Tarazona, Adriana (2012): Informalidad del siglo XXI. Características de la oferta informal de suelo y vivienda en Bogotá durante la primera década del siglo XXI. In: *Territorios* 27, 71-104.
- Castro, Fatimah Williams (2013): Afro-Colombians and the Cosmopolitan City. *New Negotiations of Race and Space in Bogotá, Colombia*. In: *Latin American Perspectives* 189 /40,2, 105-117.
- Centro Nacional de Consultoría (2012): ¿Como es la nueva familia colombiana? Resultados de la gran encuesta del Centro Nacional de Consultoría en las principales ciudades del país. *Revista Credencial*, Mai 9. <http://www.revistacredencial.com/credencial/noticia/actualidad/como-es-la-nueva-familia-colombiana> (letzter Zugriff am 15.12.2018).
- Cuervo, Isabel P. (2013): The different meanings of home for residents and professionals in the planning and design of social housing in Colombia. Dissertation. New York: City University of New York.
- Cuervo, Nicolás / Jaramillo, Samuel (2009): Dos décadas de política de vivienda en Bogotá apostando por el mercado. Documento CEDE-Uniandes 31. Bogotá: Universidad de los Andes.
- Departamento Administrativo Nacional de Estadística (DANE) (2018) Medición de empleo informal y seguridad social. Boletín Técnico. Bogotá. https://www.dane.gov.co/files/investigaciones/boletines/ech/ech_informalidad/bol_ech_informalidad_may18_jul18.pdf (letzter Zugriff am 20.1.2019).
- Davis, Dana-Ain (2012): Culture of Poverty. *Oxford Bibliographies*. <http://www.oxford-bibliographies.com/view/document/obo-9780199766567/obo-9780199766567-0004.xml> (letzter Zugriff am 20.1.2019).
- Departamento Nacional de Planeación (DNP) (2011): Bases del Plan Nacional de Desarrollo 2010-2014: Bogotá. <https://colaboracion.dnp.gov.co/CDT/PND/Bases%20PND%202010-2014%20Versión%205%2014-04-2011%20completo.pdf> (letzter Zugriff am 20.1.2019).
- Engel, Alexander (2015): The Bang after the Boom: Understanding Financialization. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 12, 500-510.
- Fleischer, Friederike / Marín, Keren (2019): Atravesando la ciudad. La movilidad y experiencia subjetiva del espacio por las empleadas domésticas en Bogotá. In: *EURE* 45/135, 27-47.
- Forrest, Ray / Hirayama, Yosuke (2011): Neoliberalism and the Reproduction of Home Ownership. Paper presented at the International RC21 conference 2011 Amsterdam.

- <http://www.rc21.org/conferences/amsterdam2011/edocs2/Session%204/RT4-1-Forrest.pdf> (letzter Zugriff am 9.2.2019).
- Girola, Maria Florencia (2007): Procesos de apropiación del espacio y sociabilidad vecinal en un gran conjunto urbano situado en la ciudad de Buenos Aires. In: *Anthropologica* 25/25, 131-155.
- Hurtado Tarazona, Adriana / Alvarez Rivadulla, Maria Jose / Fleischer, Friederike (o. J.): The Normalization of Bogota Social Housing Residents. Class tensions in Third World Urban Peripheries. *City & Society*. Im Ersch.
- Hurtado Tarazona, Adriana (2018): *Habitar Como Labor Material y Simbólica: La Construcción de Un Mundo Social En Ciudad Verde (Soacha, Colombia)*. Thesis zur Erlangung der Doktorwürde. Bogotá: Universidad de los Andes.
- Klein, Charles / Mitchell, Sean T. / Junge, Benjamin (2018): Naming Brazil's previously poor: „New middle class“ as an economic, political, and experiential category. In: *Economic Anthropology* 5, 83-95.
- Minvivienda (2015): Dekret Nummer 0428. <http://www.minvivienda.gov.co/Decretos%20Vivienda/0428%20-%202015.pdf> (letzter Zugriff am 12.9.2019).
- Parias, Adriana (2012): Configuración urbana y vivienda popular en Bogotá en la segunda mitad del siglo XX. In: Marcela Ángel / Maria Cecilia O'Byrne (Hg.), *Casa+Casa+casa=¿Ciudad?* Germán Samper: Una investigación en vivienda. Bogotá: Universidad de los Andes, 74-87.
- Pérez, Federico (2010): Laboratorios de reconstrucción urbana: Hacia una antropología de la política urbana en Colombia. In: *Antipoda. Revista de Antropología y Arqueología* 10, 51-84.
- Portafolio (2015): „Somos un país de clase media“, Juan Manuel Santos. <https://www.portafolio.co/economia/finanzas/pais-clase-media-juan-manuel-santos-40942> (letzter Zugriff am 31.7.2018).
- Profamilia (2015): Encuesta Nacional de Demografía y Salud 2015. Bogotá, Colombia. <http://profamilia.org.co/docs/ENDS%20%20TOMO%20I.pdf> (letzter Zugriff am 13.2.2019).
- Rolnik, Raquel (2013): Late Neoliberalism: The Financialization of Homeownership and Housing Rights. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 37/3, 1058-1066.
- Rolnik, Raquel / Rabinovich, Lidia (2014): Late Neoliberalism: the financialisation of homeownership and the housing rights of the poor. In: Aoife Nolan (Hg.), *Economic and Social Rights after the Global Financial Crisis*, 57-89.
- Saldarriaga Roa, Alberto / Carrascal, Rodrigo (2006): *La vivienda social en Colombia*. Bogotá: Premio Corona.
- Semana (2015): Colombia, un país de clase media. <https://www.semana.com/nacion/articulo/colombia-un-pais-de-clase-media/427747-3> (letzter Zugriff am 10.9.2016).
- UN-Habitat (1976): *The Vancouver Declaration on Human Settlements*. Vancouver: United Nations Conference on Human Settlements.
- World Bank (2018): Nearly Half the World Lives on Less than \$5.50 a Day. The World Bank, Oktober 2018. <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2018/10/17/nearly-half-the-world-lives-on-less-than-550-a-day> (letzter Zugriff am 13.9.2019).
- Zeiderman, Austin (2016): *Endangered City: The Politics of Security and Risk in Bogotá*. Durham/London: Duke University Press.

Ghettos on the Edge of the City? Social housing policy and social inequality in Colombia

Faced with a growing demand for affordable housing, in the 1980s the Colombian government embarked on a new, privatized housing policy designed to facilitate and promote homeownership. For this purpose, state subsidies and special mortgages for the lower income classes were created, as well as price limits and tax-exempt agreements for private construction companies. Especially since the economic crisis at the beginning of the millennium, private construction companies focus on social housing construction for profits. Since then, large-scale standardized housing estates have

sprung up on the outskirts of Bogotá. Residents are low-income earners who previously lived in informal settlements. To access the state-subsidized mortgages, buyers must have permanent employment, which excludes half of the Colombian population. Based on multi-method collected research data in nine different social housing areas, in this article we analyze the current housing policy of Colombia and its consequences. We argue that the new policy actually gives more people access to condominiums. At the same time, we show that without further social reforms there is a risk that the isolated housing estates will turn into urban ghettos that continue to stigmatize their inhabitants. Access to education, jobs, culture and other urban resources is necessary to ensure long-term social mobility.

Das urbane Unbewusste

Psychoanalyse und kritische Stadtforschung

Lucas Pohl

Anfang der 1990er Jahre haben die anglophonen Geographien damit begonnen, sich mit dem Verhältnis von Psychoanalyse und Stadt auseinanderzusetzen. Ausgehend hiervon kam es Anfang der 2000er Jahre zum Ausruf eines *psychoanalytic turn* und zur Etablierung von Subdisziplinen, wie den *psychoanalytic geographies* und der *psychoanalytic planning theory*, die in den letzten Jahren zu etablierten Bestandteilen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Städten im anglophonen Raum geworden sind. Da ein solcher *turn* hierzulande ausgeblieben ist, stellt sich dieser Beitrag die Frage nach dem Potential einer psychoanalytischen Stadtforschung im deutschsprachigen Raum. Hierzu verfolgt der Autor die These, dass die Stadt bereits in ihrer Entstehung durch das Unbewusste heimgesucht wird. Das urbane Unbewusste kennzeichnet eine Art konstitutiven Störfaktor, der sich in die Topologie der Stadt einschreibt und die Stadt als Objekt (der Stadtforschung) in letzter Instanz unmöglich macht. Ausgehend von dieser Unmöglichkeit, geht der Beitrag den Fantasien rund um die sozialen, politischen und materiellen Verhältnisse einer Stadt nach. Fantasien spielen aus Sicht der psychoanalytischen Stadtforschung eine zentrale Rolle, um der Stadt eine illusorische Konsistenz zu verleihen und das urbane Unbewusste auf Distanz zu halten. Sie ermöglichen es, sich die Stadt vorzustellen, sie zu fühlen und über sie zu sprechen. Der Beitrag endet schließlich mit ein paar Worten zu den Herausforderungen einer künftigen Erschließung der Psychoanalyse für kritische Stadtforschung.

Ersteinreichung: 11. März 2019; Veröffentlichung online: 29. November 2019
An English abstract can be found at the end of the document.

1. Stadt und Psychoanalyse

Während einer Konferenz zum Strukturalismus im Jahr 1966 hält der französische Psychoanalytiker Jacques Lacan einen Vortrag in Baltimore, in dem er die Leitlinien seiner Lehre darlegt. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass es kein besseres Bild gebe, um „das Unbewusste sinngemäß einzufangen“, als „Baltimore am frühen Morgen“ (Lacan 2015a [1979]: 18). Das Unbewusste lokalisiere sich in den Strukturen der Großstadt. Ein einfacher Blick auf ihre Lichter und den morgendlichen Verkehr lasse die Grenzen zwischen Psyche und Stadt porös werden.

Ich möchte diese Anekdote zum Anlass nehmen, um nach dem Verhältnis von Psychoanalyse und Stadt zu fragen. Eine solche Verknüpfung erscheint aus Sicht der deutschsprachigen Stadtforschung keineswegs selbstverständlich, vielleicht sogar verwunderlich, wenn nicht gar fraglich oder unmöglich.[1] Im Hinblick auf die anglophonen Traditionen der Stadtforschung

relativiert sich die zunächst abwegig klingende Vorstellung einer psychoanalytischen Stadtforschung. Bereits seit Anfang der 1990er Jahre haben anglophone Geograph_innen damit begonnen, sich mit der Psychoanalyse auseinanderzusetzen (Pile 1991, 1993) und einen „psychoanalytic turn“ (Philo/Parr 2003) ausgerufen, was letztlich zur Etablierung der Subdisziplin *psychoanalytic geographies* geführt hat, die in Form von Themenheften (Social & Cultural Geography 2003; The Professional Geographer 2010), Sammelbänden (Kapoor 2018; Kingsbury/Pile 2014a) und Einträgen in Handbüchern (Blum/Nast 2000; Kingsbury 2004) und Enzyklopädien (Bondi 2009; Kingsbury 2009; Pohl 2019a; Proudfoot 2009) zu einem etablierten Bestandteil des geographischen Kanons geworden ist.

Die Stadt hat dabei von Beginn an eine Schlüsselfunktion eingenommen, Geographie und Psychoanalyse miteinander zu vermitteln. Ausgehend von den frühen Arbeiten des britischen Geographen Steve Pile, allen voran seinem einschlägigen Buch *The Body and the City* (1996), haben in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeiten zur Etablierung einer psychoanalytischen Stadtforschung beigetragen (Bullock 2014, 2018; Nichols 2008; Pile 2000, 2005a, 2005b, 2011; Pohl 2017, 2018a, 2018b, 2019b, 2019c; Proudfoot 2011, 2017; Secor 2013). Parallel zu diesen Bestrebungen kam es im Bereich der anglophonen Stadtplanung, speziell in der Planungstheorie, zu einem „psychotheoretical turn“ (Hillier 2003: 44). Damit hat sich hier ebenfalls ein Forschungszweig entwickelt, der sich städtischen Themen- und Problemfeldern aus einer psychoanalytischen Perspektive widmet (Davidson 2010; Gunder 2005, 2008, 2011; Gunder/Hillier 2009; Hillier/Gunder 2003, 2005; Westin 2014).

Doch wie legitimiert sich eine Verknüpfung von Psychoanalyse und Stadtforschung? Henri Lefebvre zufolge kann man der Psychoanalyse einzig dann einen Platz in der Stadtforschung einräumen, wenn man den Beweis liefert, dass die Stadt über ein Unbewusstes verfügt:

„Wenn sich beispielsweise herausstellen sollte, dass jede Gesellschaft, und insbesondere die Stadt, ein unterirdisches und verdrängtes Leben, und somit ein ‚Unbewusstes‘, hätte, würde das abfallende Interesse an der Psychoanalyse sicherlich wieder aufflammen.“ (Lefebvre 2000 [1974]: 46, Übers. d. A.)

Dass dieser Beweis erbracht werden kann und bereits von der anglophonen Stadtforschung erbracht wurde, werde ich in diesem Beitrag näher erläutern. Hierzu möchte ich jedoch voranstellen, dass das Unbewusste der Stadt nicht als ein ‚unterirdisches Leben‘ verstanden werden kann. Einer verbreiteten Auffassung zufolge geht es der Psychoanalyse darum, das Verborgene im Untergrund der Psyche freizulegen, um zu verstehen, was an dessen Oberfläche vor sich geht. Demnach läge das Unbewusste räumlich gesehen unter dem Bewusstsein, weshalb es gern auch als ‚*Unterbewusstes*‘ bezeichnet wird – ein Begriff, der bereits von Sigmund Freud verworfen wurde und bis heute in der Psychoanalyse vollkommen ungebräuchlich ist. Das Unbewusste ist nichts, „was in der Seele unterhalb des Bewusstseins liegt“ (Freud 1991 [1944]: 225) und genauso befindet sich das urbane Unbewusste nicht ‚unterhalb‘ der Stadt. Der Grund, weshalb Lacan das Unbewusste im eingangs aufgeführten Zitat bildhaft in den für alle sichtbaren Strukturen der

Großstadt (und nicht etwa in den Untiefen der Kanalisation) verortet, liegt darin, dass sich das Unbewusste nicht auf einen bestimmten Ort innerhalb der Stadt beschränkt, sondern gewissermaßen das Herz der Stadt tangiert. So gesehen lässt sich das urbane Unbewusste auch nicht im metaphorischen oder übertragenen Sinne verstehen. Wie ich im Laufe dieses Beitrags darlege, kann eine psychoanalytische Stadtforschung nur dann ernsthaft in Erwägung gezogen werden, wenn wir jeden Zweifel daran ausräumen, dass das Unbewusste einen tatsächlichen Anteil an der (sozialen, politischen und materiellen) Produktion des urbanen Raums trägt.

2. Psychoanalyse und Gesellschaft(skritik)

Als Freud Ende des 19. Jahrhunderts damit begann, das Unbewusste in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken, war mit einem Schlag klar, dass wir nicht mehr ‚Herr im eigenen Haus‘ sind. Das Unbewusste markierte einen radikalen Bruch mit jeder Vorstellung einer vom Menschen unter selbstbestimmten Bedingungen geschaffenen Welt. Es machte Schluss mit jeder Idee vom Individuum als ein vom freien Willen geleitetes Wesen und ersetzte es durch ein Subjekt, dessen Souveränität über die eigenen Motive grundsätzlich in Frage steht. Kein Wunder, dass diese Erkenntnis eine ernsthafte Krise für all jene bedeutete, die glaubten, dass wir uns im Klaren darüber sind, warum wir Dinge in der Weise denken, sagen und fühlen, wie wir es tun. Für sie bedeutete die Psychoanalyse einen vollständigen Zusammenbruch der bestehenden Bedingungen ihrer Zeit, was die Psychoanalyse zu einem Ereignis im philosophischen Sinne des Wortes werden ließ.

Stellt man sich die Frage, was von diesem Ereignis noch übrig ist, gelangt man schnell zu der Annahme: nicht viel. Freuds bahnbrechende Erkenntnisse und kontroverse Thesen gelten heute weithin als veraltet und wissenschaftlich fragwürdig. Seltsamerweise erweist sich die Psychoanalyse jedoch als ziemlich robust. Wie jedes echte Ereignis verschwindet sie nicht einfach, nachdem sie totgesagt wurde, sondern setzt sich auf eigenwillige Weise in unserem Denken fest und löst somit weiterhin Effekte aus, auch wenn sie nicht mehr in unsere Zeit zu passen scheint. Worauf ich anspiele, ist weniger die Art und Weise, wie Freud in unserer Alltagssprache fortbesteht, zum Beispiel, wenn wir vom ‚Freud‘schen Versprecher‘ sprechen, sondern die Beharrlichkeit, mit der die Geistes- und Sozialwissenschaften seit einem knappen Jahrhundert immer wieder zur Psychoanalyse zurückkehren. Die Rezeptionsgeschichte der Psychoanalyse ist in ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit nur schwer zusammenzufassen. Ich möchte trotzdem den Versuch unternehmen, zumindest zwei Strömungen zu benennen, die das kritische Potential der Psychoanalyse über Jahrzehnte hinweg verteidigt haben und die ich deshalb im weiteren Verlauf für eine Vermittlung von Psychoanalyse und kritischer Stadtforschung für zentrale Orientierungspunkte erachte.[2]

Der Freudomarxismus und die damit verbundene Kritische Theorie in der Tradition der Frankfurter Schule haben seit den 1920er und vor allem bis in die späten 1960er Jahre hinein entscheidende Impulse für eine Vermittlung von Psychoanalyse und kritischer Sozialforschung, speziell marxistischer Gesellschaftstheorie, gesetzt. Die Werke von Wilhelm Reich, Erich Fromm, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse und Walter Benjamin,

um nur einige Namen zu nennen, wären ohne Freuds Einfluss genauso undenkbar wie ohne den Einfluss von Marx. Grund dieser Vermittlung von Psychoanalyse und Marxismus war die Annahme, dass Freuds Schriften hilfreiche Mittel an die Hand geben, um „den antagonistischen Charakter der gesellschaftlichen Realität offenbar“ (Adorno 1962: 137) werden zu lassen. Insbesondere die Arbeiten von Walter Benjamin bieten, wie ich im weiteren Verlauf dieses Beitrags zeigen werde, ein großes Potential für die Vermittlung von Psychoanalyse und kritischer Stadtforschung. Wie kein anderer Vertreter der Frankfurter Schule hat sich Benjamin der Großstadt verschrieben (Brenner 2009), und auch wenn er hierzulande in der Stadtforschung keine allzu große Rolle spielt, wird er doch bisweilen als Gründungsmitglied der Stadttheorie aufgeführt (Parker 2004). Insofern Benjamins Philosophie der Stadt in einem entscheidenden Maße von einer gemeinsamen Lektüre von Marx und Freud geprägt ist, wird er zu einem prädestinierten Weggefährten für Diskussionen rund um das Verhältnis von psychoanalytischer und kritischer Stadtforschung.

Eine zweite Strömung, auf die ich hinweisen möchte, geht auf Jacques Lacan zurück.[3] Lacan lehrte von den 1930er bis 1970er Jahren in Paris und führte Freuds Werke in die Welt der französischen Intellektuellen ein. Auch wenn er sein Werk oft als „Rückkehr zu Freud“ (Lacan 2011 [1955]: 9) bezeichnete, geht Lacans Lehre weit über eine Reproduktion oder Aktualisierung von Freuds Schriften hinaus. Vor allem der Bedeutung von Sprache hat Lacan, dem strukturalistischen Zeitgeist seiner Zeit folgend, eine weit größere Bedeutung verliehen. Während Freud in Teilen an einem biologischen Fundament für sein Verständnis des psychischen Apparats festhielt, gründete sich das Subjekt für Lacan auf der Einschreibung in die sozio-symbolische Ordnung. Darüber hinaus hat er, wie kein anderer Psychoanalytiker vor ihm, auf der Rolle der Psychoanalyse jenseits der Klinik beharrt. Während Freud mit Schriften wie *Massenpsychologie und Ich-Analyse* (1967 [1940]) oder *Das Unbehagen in der Kultur* (1991 [1944]) bereits in Aussicht stellte, dass die Psychoanalyse nicht auf ihren klinischen Alltag reduziert werden kann, hat Lacan diesen Appell auf ein neues Level gehoben:

„Die Psychoanalyse, wie Lacan sie sah, ist nicht dazu da, uns dabei zu helfen, mit ‚unseren‘ Problemen (im Verhältnis zur Gesellschaft beispielsweise) klarzukommen [...]. Die Psychoanalyse hat eine wesentlich gesellschaftliche, objektive und kritische Dimension. Es geht nie nur um die Einzelnen und ihre (mehr oder weniger intimen) Probleme – denn diese sind von Anfang an in das sozio-symbolische Feld, das Lacan ‚den Anderen‘ nennt, eingeschrieben [...]. Stattdessen besteht die Psychoanalyse nach Lacan darauf, dass der theoretische Umfang der Psychoanalyse die Entwicklung ihrer eigenen Theorie des Subjekts, des Wissens, der Wahrheit, sozialer Bande und anderer theoretischer Gegenstände in angemessener Weise mit einschließt.“ (Zupančič 2009: 8f.)

Ein steter Austausch mit den Werken von Denkern wie Platon, Descartes und Hegel hat Lacan für die Philosophie zum einflussreichsten Psychoanalytiker überhaupt werden lassen. Sein Wirkungsradius ist massiv und reicht von Louis Althusser, Alain Badiou, Étienne Balibar, Ernesto Laclau, Jacques

Rancière und Slavoj Žižek bis hin zu Judith Butler, Hélène Cixous, Luce Irigaray und Julia Kristeva, um nur eine kleine Auswahl an Referenzen zu nennen. Dabei hat Lacans Ansatz zu anhaltenden Grabenkämpfen in verschiedensten Bereichen der Geistes- und Sozialwissenschaften geführt. Seine Psychoanalyse erschien vor allem vor dem Hintergrund der *cultural, linguistic* und *postmodern turns* als zu universalistisch, kontextlos und ahistorisch, um der Komplexität und Pluralität sozialer Prozesse gerecht zu werden. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass die Werke von Henri Lefebvre, Michel Foucault, Judith Butler, Gilles Deleuze und Félix Guattari, welche für die kritische Stadtforschung der letzten Jahrzehnte entscheidende Impulse gesetzt haben, vehemente Kampfansagen gegen die Psychoanalyse, vor allem der Lacanschen Prägung, enthalten.

Bevor ich mich im Folgenden einer psychoanalytischen Stadtforschung im engeren Sinne zuwende, möchte ich einen kurzen Versuch unternehmen, den Universalismus der Psychoanalyse zu verteidigen. Zweifelsfrei wird der Psychoanalyse gerade vonseiten des Poststrukturalismus mit einem gewissen Unbehagen begegnet. Der Grund dafür liegt darin, dass die Psychoanalyse die Welt nicht auf den Diskurs reduziert. Lacan behauptet, dass etwas „der Symbolisierung absolut widersteht“ (Lacan 2015b [1975]: 89). Dieses ‚Ding‘ bezeichnet er als ‚das Reale‘. Die Annahme, dass sich so etwas wie das Reale dem Diskurs widersetzen könnte, erscheint aus Sicht des Poststrukturalismus unmöglich, da bereits die Annahme eines Diskurs-Außerhalb auf eine diskursive Aussage zurückgehe, wie Butler in einer prominenten Kritik darlegt (1997: 257-303). Vonseiten Lacans ist jedoch immer wieder betont worden, dass das Reale nicht einfach außerhalb der sozio-symbolischen Ordnung existiere, sondern vielmehr als immanenter Widerspruch zu dieser Ordnung verstanden werden müsse. Das Reale offenbare „das Geheimnis des Unbewussten“ (Lacan 2015c [1975]: 141) insofern, als dass es die Grenze einer sozio-symbolischen Ordnung markiere (so wie das Unbewusste die Grenze des Bewusstseins markiert). Lacan spricht davon, dass das Reale das sei, was in einer Welt ‚nicht geht‘, insofern es einen Bereich markiert, der nicht den Gesetzmäßigkeiten symbolischer Ordnung gehorcht. Außerdem fügt Lacan hinzu, dass sich die Psychoanalyse mehr als jede Wissenschaft „ganz speziell mit dem [beschäftige], was nicht geht“ (Lacan 2006: 67). Wie Žižek bemerkt, könne das Reale deshalb auch anders ausgelegt werden: Nicht als das, was Lacan vom Poststrukturalismus trennt, sondern als das, was Lacan zum einzig wahren Poststrukturalisten werden lässt:

„Erst mit Lacan tritt der ‚postmoderne‘ Bruch ein, insofern als er einen bestimmten realen, traumatischen Kern thematisiert, dessen Status zutiefst zweideutig bleibt: Das Reale widersteht der Symbolisierung, ist aber gleichzeitig sein eigenes rückwirkendes Produkt. In diesem Sinne könnten wir sogar sagen, dass die Dekonstruktivisten im Grunde genommen noch Strukturalisten sind und dass der einzige Poststrukturalist Lacan ist, der [...] ‚das reale Ding‘ affirmiert, die zentrale Unmöglichkeit, um die jedes symbolische Netzwerk strukturiert ist.“ (Žižek 1991: 142-143, Übers. d. A.)

Adorno zufolge bestand bereits „die Größe Freuds“ (1962: 137) darin, „Widersprüche unaufgelöst stehen“ (ebd.) zu lassen. Einen solch unauflöselichen

Widerspruch stellt Lacan über die Kategorie des Realen ins Zentrum der Psychoanalyse. Wenn es einen Universalismus der Psychoanalyse gibt, dann besteht dieser nicht einfach darin, jeder Gesellschaft die gleichen allgemeingültigen Prinzipien aufzuzwängen. Das einzig universelle Element der Psychoanalyse ist die Anerkennung eines strukturellen Störfaktors, von dem jede soziale Ordnung heimgesucht wird. Das ultimative Ziel der Psychoanalyse ist es deshalb auch nicht, das Subjekt mit seinem Leid vertraut zu machen und Antworten auf dessen Fragen zu finden, sondern das Subjekt mit der Einsicht zu konfrontieren, dass die sozio-symbolische Ordnung, in die es eingeschrieben ist – von Lacan als der ‚große Andere‘ bezeichnet – selbst von Antinomien durchzogen ist und somit keine Lösung für das Subjekt bereitstellt: „Es ist wahr, dass die Psychoanalyse ganz im Zeichen des Anderen steht, aber nur, um festzustellen, dass der Andere nicht existiert, dass er selbst mangelt“ (Dolar 1998: 91, Übers. d. A.). Die Vorstellung, dass Gesellschaften von irgendeinem substantiellen Kern zusammengehalten werden beziehungsweise einer immanenten Konsistenz, Stabilität oder Ordnung unterliegen, ist der Psychoanalyse zufolge eine Fantasie, die sich auf dem Bestreben gründet, das Reale auf Distanz zu halten (Kingsbury 2017). Wie ich im Folgenden darlegen werde, führt uns eine psychoanalytische Perspektive aus Sicht der Stadtforschung letztlich an den Punkt, eine ähnliche Hypothese für die Stadt aufzustellen. Demnach basiert die Annahme von der Stadt, verstanden als eigenständige sozio-symbolische Kategorie, auf einer Fantasie, die nur so lange aufrechterhalten werden kann, wie das Reale auf Distanz gehalten wird. Die psychoanalytische Stadtforschung steht ganz im Zeichen der Stadt, aber nur, um festzustellen, dass die Stadt nicht existiert.

3. Die topologische Stadt

Die Behauptung, die Stadt existiere nicht, ruft die prominente These der „planetarischen Urbanisierung“ (Brenner/Schmid 2011) auf den Plan. Mit Bezug auf Lefebvre (2014 [1970]) haben Neil Brenner und Christian Schmid vor ein paar Jahren damit begonnen, für eine Stadtforschung zu argumentieren, die sich von der Stadt als Objekt der Stadtforschung verabschiedet und stattdessen von einem globalen Prozess der Urbanisierung ausgeht. Die Stadt, verstanden als zeitlich und räumlich abgrenzbare Kategorie, sei nicht mehr in der Lage, unsere weltumspannenden urbanen Realitäten abzubilden, da die globalen Urbanisierungsprozesse, die seit den 1980er Jahren bis heute ihren Lauf nehmen, die ganze Welt und nicht nur die Städte tangieren: „Die Kategorie der ‚Stadt‘ ist heute als analytisches sozialwissenschaftliches Instrument obsolet geworden“ (Brenner/Schmid 2011: 12, Übers. d. A.).

Die Psychoanalyse, so meine These, erlaubt indes eine anders gearbete Verabschiedung von der Stadt als Kategorie der Stadtforschung. Im Gegensatz zur planetarischen Urbanisierung geht eine psychoanalytische Stadtforschung nicht von einer historischen, sondern von einer strukturellen Unmöglichkeit aus, die Stadt als klar abgrenzbares Objekt der Stadtforschung zu bestimmen. Um dieser These nachzugehen, lohnt sich zunächst ein kurzer Blick in die allgemeine Stellung des Raums in der Psychoanalyse. Bereits Freud stellt heraus, dass sich der Raum, mit dem es die Psychoanalyse zu tun hat, nicht entlang der „scharfen Grenzen“ verstehen lässt, „wie sie künstlich

in der politischen Geographie [des 19. Jahrhunderts] gezogen worden sind“ (Freud 1961 [1944]: 85). Lacan radikalisiert diesen Einwand, indem er der Psychoanalyse einen topologischen Raumbezug unterlegt. Die Topologie steht im Kontrast zur Topographie für ein Raumdenken, das es erlaubt, scharfe Grenzen durch fluide und relationale Grenzziehungen zu ersetzen (Martin/Secor 2014). Eine Figur, die Lacan hierzu vehement ins Spiel bringt, ist das Möbiusband – ein Band, „das es erlaubt, mit größter Leichtigkeit von der Innenseite zur Außenseite überzuwechseln, ohne jemals den Rand zu überschreiten“ (Lacan 2010 [2004]: 256). Anhand dieser Figur illustriert Lacan die problematische Trennung des Innerlichen (franz. *intimité*) vom Äußerlichen (franz. *extérieur*). Lacan führt den Neologismus ‚Extimität‘ ein, weniger um die Grenzen von Innen und Außen einfach zu verwischen, als um darzulegen, wie weit das Subjekt davon entfernt ist, sich selbst am nächsten zu sein (Kingsbury 2007). Die Extimität beziehungsweise „intime Exteriorität“ (Lacan 2016 [1986]: 171) bestimmt das Verhältnis zwischen dem Subjekt und dem Realen. Topologisch betrachtet befindet sich das Reale nicht einfach außerhalb des sozio-symbolischen Feldes, über das das Subjekt sich die Realität erschließt, sondern auf der anderen Seite des Möbiusbandes. Objekte, Orte und Geschehnisse, die von dem Subjekt losgelöst existieren, können insofern einen störenden Effekt auf das Subjekt haben, weil sie topologisch über das Reale an das Subjekt gebunden sind (Pohl 2019b). Dass das Reale folglich nicht im topographischen Raum, sondern im topologischen Raum verortet ist, ist ein zentraler Leitgedanke der psychoanalytischen Geographien (Blum/Secor 2011).

Eine Anekdote zu Rom aus Freuds *Das Unbehagen in der Kultur* (1991 [1944]) legt bis heute den Grundstein für diesen Gedanken. Auf den ersten Seiten seines Essays gelangt Freud für einen Moment zu der „phantastischen Annahme“, die Stadt Rom sei keine „menschliche Wohnstätte, sondern ein psychisches Wesen“ (ebd.: 427). Detailliert schildert er, wie all die historischen Bauten und Plätze der Stadt zeitgleich übereinander gelagert wären. So wie die Psyche nur verdrängt, doch nicht vergisst, würde auch in der Stadt nichts verschwinden, was nicht durch die Analyse wieder hervorgebracht werden könne. Jeder Versuch einer vollwertigen Demolierung, Ersetzung, Vernichtung des städtischen Raums wäre unmöglich und könne stets zu einer Rückkehr des Verdrängten führen. Während Freud diese Analogie von Stadt und Psyche schnell wieder verwirft, weil sie „zu Unvorstellbarem, ja zu Absurdem“ (ebd.: 428) führe, konstatieren Paul Kingsbury und Steve Pile, dass der Ausgangspunkt psychoanalytischer Geographien darin bestehe, den Implikationen von Freuds Annahme weiter zu folgen. Sie argumentieren für eine Methode der Verschiebung des Blickwinkels von der Topographie hin zur Topologie, um auf das Wirken unbewusster Prozesse und die damit verbundene Entfaltung neuer (topologischer) Räume hinzuweisen (Kingsbury/Pile 2014b: xvii).

Pile hat diesen Anspruch in seinem Buch *Real Cities* (2005a) zum Ausgangspunkt seiner Lektüre der Stadt gemacht. Er argumentiert, dass das, was gemeinhin als ‚Realität‘ einer Stadt verhandelt wird, oft entlang ‚harter Fakten‘ bezüglich deren Lage, Größe, Bevölkerung bestimmt werde. Dem stellt Pile ein Verständnis städtischer Realität gegenüber, welches die imaginären Figuren, optischen Illusionen, irrationalen Ängste und fantastischen

Geschichten in den Fokus rückt, die Städte seit ihren historischen Ursprüngen bis heute prägen. Im Anschluss an Benjamin argumentiert Pile dafür, die Stadt als Phantasmagorie zu verstehen, „in die der Mensch eintritt, um sich zerstreuen zu lassen“ (Benjamin 1991a: 50). Die Stadt wird somit weniger durch ihre topographischen als durch ihre topologischen Beziehungen zusammengehalten, wodurch unterschiedliche raumzeitliche Prozesse, Akteure und Orte trotz ihrer gegenseitigen Inkommensurabilität koexistieren können. Parallel hierzu betont Pile, dass die Psychoanalyse dazu anleite, die Stadt als einen „spektralen“ Raum zu verstehen (Pile 2005b), in dem traumatische Ereignisse in Form dessen, was Freud ‚Wiederholungszwang‘ genannt hat, wiederkehren können. Illustriert am Beispiel von 9/11 in New York zeigt er, wie ein Ereignis, welches zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem konkreten Ort stattgefunden hat, an anderen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten wiederkehrt und als eine Art intime Exteriorität auf die traumatischen Dimensionen dieses Ereignisses hinweist.

In ihrem Aufsatz „Topological City“ widmet sich Anna J. Secor (2013) den Konsequenzen einer topologischen Verschiebung des Blickwinkels für die Stadtforschung über das Medium Film. Sie argumentiert, dass eine psychoanalytisch inspirierte Topologie der Stadt dazu anleite, von einer offenen Dialektik auszugehen, durch die Subjekt und Stadt, wie die zwei Seiten des Möbiusbandes, miteinander verbunden sind. Stärker als andere topologische Perspektiven, etwa nach Giorgio Agamben oder Gilles Deleuze, beharrt die Psychoanalyse Secor zufolge darauf, das Subjekt topologisch in der Stadt zu verorten, um dadurch zu einer Auflösung substantieller Vorstellungen von Stadt beizutragen. Sowie Lacan davon ausgeht, dass der große Andere in letzter Instanz nicht existiert, weil der Andere, wie das Subjekt, nicht auf Konsistenz, sondern auf Mangel beruht, existiert auch die Stadt nicht im Sinne einer stabilen, geordneten Struktur. Die Stadt lasse sich, so Secor, nicht auf einen wie auch immer gearteten positiven Zusammenhang hin definieren, sondern könne nur durch eine gemeinsame Unmöglichkeit zusammengehalten werden: „Vielleicht ist die reale Stadt nichts anderes als die Inkommensurabilität unserer Fantasien, die Kluft zwischen unvereinbaren Ansichten“ (ebd.: 439, Übers. d. A.). So wie die andere Seite des Möbiusbandes strukturell unerreichbar bleibt, entzieht sich das Reale der Stadt strukturell einer Einordnung in deren sozio-symbolische Ordnung.

4. Die Illusion der Eigenlogik

Ausgehend von meiner vorangegangenen Rekonstruktion der topologischen Stadt möchte ich im Folgenden etwas vertiefender auf das ideologiekritische Potential einer psychoanalytischen Stadtforschung eingehen. Im letzten Abschnitt habe ich davon gesprochen, dass sich die psychoanalytische Stadtforschung von einer affirmativen Definition der Stadt verabschiedet, indem sie die Stadt als Teil des Realen begreift. Die Stadt existiert somit für die psychoanalytische Stadtforschung in letzter Instanz nicht, da sie, homolog zum großen Anderen bei Lacan, stets von Antinomien durchzogen ist. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass die Stadt nicht trotzdem eine zentrale Funktion in unserer sozialen Realität einnimmt. Die Stadt ist allgegenwärtig, etwa als politische, kulturelle oder ökonomische Kategorie. Dem widerspricht

die Psychoanalyse auch nicht. Im Gegenteil gestattet sie es, der alltäglichen Vorstellung von Stadt als einheitlichem Objekt eine zentrale Funktion in der Aufrechterhaltung unserer sozialen Realität beizumessen, was zunächst paradox klingen könnte, wo ich doch zuvor darlegte, dass die psychoanalytische Stadtforschung gerade eine solche Vorstellung von Stadt aus den Angeln zu heben versucht.

Um diesen Gedanken weiter nachzuvollziehen, ist es hilfreich, zwei Ebenen zu unterscheiden, über die eine psychoanalytische Stadtforschung operiert: die soziale Realität auf der einen Seite und das Reale auf der anderen Seite des Möbiusbandes. Diese Differenz erlaubt es, trotz der Inexistenz von Stadt auf der Ebene des Realen auf der Wirkmächtigkeit von ‚Stadt‘ auf der Ebene der sozialen Realität zu insistieren. Doch zuvor möchte ich ein Zitat voranstellen, welches erlaubt, eine Differenz von Realität und Realem kenntlich zu machen:

„Es wäre falsch, aus der ‚Nichtexistenz des großen Anderen‘, d. h. aus der Tatsache, dass der große Andere nur eine rückwirkende Illusion ist, die die radikale Kontingenz des Realen verdeckt, zu schließen, dass wir diese ‚Illusion‘ einfach aussetzen und die Dinge so sehen könnten, wie sie wirklich sind. Entscheidend ist, dass diese ‚Illusion‘ unsere (soziale) Realität selbst strukturiert: Ihr Zerfall führt zu einem ‚Verlust der Realität‘.“ (Žižek 1991: 71, Übers. d. A.)

‚Illusion‘ darf im Sinne der Psychoanalyse weder als bloßes Hirngespinnst noch als abgründiges oder gar krankhaftes Phänomen verstanden werden. Vielmehr ist Illusion konstitutiv an der Produktion von Realität beteiligt. Insofern jede Realität aus Sicht der Psychoanalyse auf der Illusion von ‚Vollkommenheit, Integration und Harmonie‘ (Stavrakakis 2009: 160) beruht, legt die Psychoanalyse den Grundstein für eine neue Konzeption von Ideologie nach Marx. Neben Althussers Aufsatz „Ideologie und ideologische Staatsapparate“ (2010 [1970]) hat sich Žižek in seinem wegweisenden Frühwerk *The Sublime Object of Ideology* (1989) ausführlicher diesem Ideologiebegriff gewidmet. Entgegen der verbreiteten Vorstellung von Ideologie als ‚falschem Bewusstsein‘ postuliert Žižek, dass Ideologie im Sinne der Psychoanalyse eine notwendige Voraussetzung dafür ist, um so etwas wie Realität überhaupt möglich werden zu lassen: „Die Funktion der Ideologie besteht nicht darin, uns einen Fluchtpunkt vor unserer Realität anzubieten, sondern uns die soziale Realität selbst als Flucht vor einem traumatischen, realen Kern anzubieten“ (ebd.: 45, Übers. d. A.). Das allgemeine Ziel einer psychoanalytischen Ideologiekritik sei demnach nicht, die Realität hinter der Ideologie aufzudecken, sondern die inhärenten Brüche und Inkonsistenzen, in einem Wort: das Reale, freizulegen, das unsere sozialen Realitäten heimsucht.

Übertragen auf die Stadtforschung, ermutigt die Psychoanalyse somit dazu, zunächst an den Fantasien und Illusionen anzusetzen, die einer Stadt als sozio-symbolischer Einheit ihre Konsistenz und Ordnung verleihen.[4] Was hinter der Grundidee einer „Eigenlogik der Städte“ (Berking/Löw 2008) steckt, wäre aus Sicht einer psychoanalytischen Stadtforschung nichts Geringeres als die Annahme einer sozialräumlichen Fantasie. Der Grund, weshalb sich Hamburg anders anfühlt als Berlin, liegt demnach nicht so sehr

an einem „gewachsenen Kanon routinierter und habitualisierter Praktiken“ (Löw 2010: 613) als an einer bestimmten sozialen Fantasie, welche die Existenz der beiden Städte als in sich konsistente und voneinander trennbare Gebilde sichert. Diese Fantasie existiert nicht einfach aus sich heraus, sondern muss zunächst hervorgebracht und in ständiger Feinjustierung aufrechterhalten werden. Das eigentliche Ziel einer psychoanalytischen Perspektive besteht jedoch nicht darin, unterschiedliche Stadtkulturen in ihren lokalspezifischen Differenzen festzuschreiben, sondern die Haltbarkeit dieser Festschreibungen infrage zu stellen. Ausgehend von der Annahme, dass es eine soziale Fantasie braucht, um die Kohärenz, Stabilität und Ordnung von Städten zu gewährleisten, rekuriert eine psychoanalytische Stadtforschung auf jene Momente, in denen diese Fantasien brüchig werden und die städtische Realität zu verschwinden droht (Pohl 2017).

Freud schildert ein solches Moment in seinem Aufsatz „Das Unheimliche“ (1966 [1947]). Freud, der mit seiner Analyse des Unheimlichen eine bis heute wegweisende Definition dieses schillernden Begriffs vorgelegt hat, geht in einer Anekdote darauf ein, wie er in den leeren Gassen einer ihm fremden Stadt in Italien spazieren geht. Plötzlich während seines Spaziergangs stellt er fest, dass er sich unbeabsichtigt immer wieder in derselben Gasse einfindet. Dieses Moment assoziiert Freud mit dem Unheimlichen insofern, als es sich hierbei um ein unbeabsichtigtes „Moment der Wiederholung des Gleichartigen“ (ebd. 249) handelt, welches das Subjekt mit einer Art Orientierungsverlust konfrontiert. Hierbei wird der topographische Raum der Stadt um eine topologische Dimension ergänzt, in der die klare Struktur und Ordnung beziehungsweise die ‚Identität‘ eines Ortes zusammenzubrechen droht (Pohl 2018c). Diese Anekdote zum Ausgangspunkt nehmend, würde eine psychoanalytische Version des Eigenlogikansatzes uns dazu ermutigen, Momenten der Orientierungslosigkeit in Städten die volle Aufmerksamkeit zu schenken und die unbeabsichtigte Gleichartigkeit von Städten zum Ausgangspunkt zu nehmen, um den fragilen und substanzlosen Kern einer jeden Fantasie von Stadt als „Anderssein“ (Löw 2008: 18) freizulegen. Stadtpolitik und Stadtmarketing können sich noch so viel Mühe geben, um der Stadt eine ‚Identität‘ zu verleihen, letztlich, so die Annahme einer psychoanalytischen Stadtforschung, bieten sie damit nicht mehr als eine Flucht vor dem Realen, welches jede Eigenlogik der Städte auf Distanz zu halten versucht.

5. Gebaute Fantasien

Im letzten Teil meiner Diskussion möchte ich auf die Potentiale einer psychoanalytischen Stadtforschung hinsichtlich der Auseinandersetzung mit gebauten Umwelten eingehen. Es könnte der Eindruck entstanden sein, dass die ‚harten‘ topographischen Dimensionen der Stadt in der psychoanalytischen Stadtforschung zugunsten einer topologischen Perspektive eher vernachlässigt werden. Dies ist keineswegs der Fall. Im Gegenteil, räumt die Psychoanalyse den materiellen Dingen eine entscheidende Funktion ein, wenn es um die Entstehung und Aufrechterhaltung der sozialen Realität geht. Speziell geht es der Psychoanalyse darum zu verstehen, wie Objekte in die Fantasie des Subjekts eingebunden werden. Lacan spricht deshalb davon, dass eine entscheidende Frage der Psychoanalyse darin bestehe nachzuvollziehen,

wie „aus einem situierbaren, ermittelbaren, austauschbaren Objekt“ jene „Art privates, unmittelbares und dennoch dominantes Objekt“ wird, welches „unser Korrelat im Phantasma ist“ (Lacan 2010 [2004]: 115). Dadurch eröffnet die Psychoanalyse eine Art dritten Weg im Spannungsfeld zwischen *linguistic turn* und *material turn*. Weder stellt sie infrage, dass eine physische Welt jenseits des Subjekts existiert, noch gelangt sie dahin, sich dieser Welt losgelöst vom Subjekt zuzuwenden. Im Gegensatz dazu fragt die Psychoanalyse danach, was Dinge befähigt, einen Einfluss auf unser Handeln, Denken und Fühlen zu nehmen, oder anders ausgedrückt: Die Psychoanalyse interessiert sich dafür, wie aus einem externen Objekt ein extimes Objekt wird (Pohl 2019b). Die psychoanalytische Auseinandersetzung mit Materialität trägt somit eine gewisse Nähe zur Marx'schen Analyse der Warenform in sich, insofern es hier nicht so sehr darum geht, die ‚Dinge an sich‘ in den Blick zu nehmen als deren Verflechtung mit der Gesellschaft.

Die Arbeiten von Benjamin bieten eine gute Möglichkeit, um diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Nicht zuletzt Benjamins *Passagen-Werk* (1991a, 1991b), welches aufgrund seines frühen Todes ein Fragment geblieben ist, regt zu Spekulationen darüber an, wie eine psychoanalytische Perspektive auf die gebauten Umwelten der Stadt aussehen könnte. In den Pariser Arkaden sah Benjamin die Relikte „der Traumhäuser der Moderne“ (Pile 2000: 79, Übers. d. A.), die, nachdem sie im 20. Jahrhundert allmählich ihre Funktion verloren haben, verfallene Zeugnisse davon ablegten, mit welcher „latenten Mythologie“ (Benjamin 1991b: 1002) die gebauten Umwelten einer Stadt versehen sind. Auf diese Weise geht Benjamin, analog zu der von mir skizzierten Ausgangshypothese der psychoanalytischen Geographien, mit Freud über Freud hinaus, insofern er darauf insistiert, wie die Spuren der Vergangenheit im Stadtraum nicht einfach verschwinden, sondern äquivalent zur Verdrängung der Psyche als materielle Spuren in Form von Ruinen fortbestehen (Featherstone 2005: 313).

Eine vergleichbare Analyse lässt sich mit Bezug auf die Michigan Central Station in Detroit verfolgen. Die Michigan Central Station ist der ehemalige Hauptbahnhof von Detroit und gilt heute als die berühmteste Ruine der USA. Einerseits zentral für die Entstehung des sogenannten ‚ruin porn‘, spielt der einst höchste Bahnhof der Welt andererseits eine zentrale Rolle als nostalgisches Wahrzeichen von Detroits Stadtgeschichte. Am 7. April 2009 verabschiedete der Stadtrat von Detroit einen Beschluss zum Abriss der Michigan Central Station. Nur wenige Monate nach dem Beschluss gründete sich die Michigan Central Station Preservation Society, eine lokale Bewegung, die zu Demonstrationen, Online-Petitionen und gerichtlichen Anzeigen gegen die Stadt Detroit aufrief, um die Abrisspläne aufzuhalten – erfolgreich. Die Idee des Abrisses wurde wenige Monate später fallen gelassen. In einer Rede im Kontext der aktuellen Restauration des Bahnhofs, welcher nach Detroits ‚Comeback‘ im Juni 2018 von der Ford Motor Company gekauft wurde, begründete Detroits Bürgermeister Mike Duggan die damalige Entscheidung des Stadtrates damit, dass es zu diesem Zeitpunkt „keine Hoffnung gab, dieses Gebäude und die Stadt zurückzubringen“, „der Bahnhof war tot und Detroit war tot“ (Protokoll aus eigener Feldforschung, 19.06.2018).

Es ist bemerkenswert, dass trotz der scheinbaren Hoffnungslosigkeit bezüglich einer möglichen Revitalisierung der Ruine so viele Menschen aktiv

an der Rettung des verfallenen Bahnhofs beteiligt waren. Während in den letzten Jahren Zehntausende von Gebäuden in Detroit abgerissen wurden, konnte diese Ruine nicht ohne Widerstand verschwinden. Mithilfe einer psychoanalytischen Perspektive lässt sich der Grund für diesen Aufschrei darauf zurückführen, dass die Michigan Central Station, wie kein anderer Teil der gebauten Umwelt als Objekt der Fantasie in der sozialen Realität Detroits fungiert (Pohl 2019c). ‚City of the American Dream‘, ‚Auto Capital‘, ‚Paris of the West‘, ‚Arsenal of Democracy‘ – all diese Referenzen auf eine Zeit, in der Detroit das Zentrum der westlichen Welt zu sein schien, kumulieren in dieser Ruine. Dadurch verkörpert der Bahnhof die latente Mythologie einer „unsterblichen Stadt“ (Pohl 2018b). Die Ruine gestattet es, unabhängig von der jahrelang vorgebrachten Behauptung, Detroit sei am Ende, an einer Fantasie von Unvergänglichkeit festzuhalten, welche den nostalgischen Zeitgeist in der Stadt untermauert. Diese Fantasie war es, die im Moment des drohenden Abrisses 2009 auf dem Spiel stand, und diese Illusion war es, welche die Bewegung rund um die Rettung des verfallenen Bahnhofs verteidigte. Die Verflechtung von Fantasie und Materialität spielt folglich eine entscheidende Rolle, um zu verstehen, wieso der Verlust dieser Ruine so viel mehr zu wiegen schien als der Abriss etlicher anderer Teile der gebauten Umwelt Detroits. Eine ähnliche These lässt sich mit Bezug auf den Brand der Notre Dame im April 2019 aufstellen. Der Grund, weshalb binnen weniger Stunden nach dem Brand mehr als 900 Millionen Euro private Spendengelder für den sofortigen Wiederaufbau der Kirche angekündigt wurden und weshalb der Präsident Frankreichs noch am Abend des Brandes öffentlich den Wiederaufbau der Kirche bekanntgab, liegt aus psychoanalytischer Sicht nicht so sehr in der Erhaltung des Gebäudes selbst als im Erhalt einer bestimmten sozialen Fantasie (von Vollkommenheit, Ordnung, etc.), für die das Gebäude als Träger beziehungsweise Fetisch fungiert.

Eine Perspektive, die die gegenseitige Verflechtung von materiellen und psychischen Dimensionen des Raums anerkennt (Blum/Secor 2011), ermöglicht es der kritischen Stadtforschung, nachzuvollziehen, wieso bestimmte Teile der gebauten Umwelt einer Stadt mehr Gewicht haben als andere. Der Grund, weshalb eine Kirche wie Notre Dame aus politischer Sicht nicht einfach niederbrennen darf (im Gegensatz zum Regenwald beispielsweise), hängt in großen Teilen mit der sozialen Fantasie zusammen, die diesem Objekt innewohnt. Solche „fantasievollen Materialitäten“ (Wilson/Bayón 2017) sind existentiell an der Aufrechterhaltung sozialer Realitäten beteiligt, was sich, wie Benjamin richtig erkannt hat, meist erst dann offenbart, wenn Dinge ihre Funktion als Träger von Fantasien verloren haben und zu überflüssigem Abfall erstarren. Erst wenn Dinge „keine Macht mehr haben über die kollektive Phantasie, ist es möglich, sie als die trügerischen Traumbilder zu erkennen, die sie immer schon gewesen sind“ (Buck-Morss 2000: 199).

6. Psychoanalyse der Städte

„Während einige blasierte Geister behaupten, dass wir bereits über die Psychoanalyse hinweg sind, ist die Wahrheit, dass wir ihre revolutionärsten Erkenntnisse immer noch nicht eingeholt haben.“ (Copjec 2002: 9, Übers. d. A.)

Eingangs habe ich ein Zitat von Henri Lefebvre zum Ausgangspunkt genommen, um nach den Möglichkeiten einer psychoanalytischen Stadtforschung zu fragen. Demnach sei eine solche Stadtforschung nur denkbar, wenn sich die Existenz eines urbanen Unbewussten beweisen ließe. Im Anschluss an die vorangegangene Diskussion behaupte ich, dass ein solches Unbewusstes tatsächlich existiert, jedoch nicht in der Vorstellung, wie sie Lefebvre im Kopf hatte. Das urbane Unbewusste ist keine tieferliegende, verborgene Sinnstruktur, die uns Aufschluss über die geheimen Antriebe der Stadtbewohner_innen gibt, sondern der Sand im sozialen Getriebe der Stadt. Das urbane Unbewusste ist ein Überschuss, der von den Fantasien rund um die Stadt (als konsistenter, sinnvoller, harmonischer, geschichtsträchtiger, identitätsstiftender usw. Zusammenhang) nicht abgedeckt wird. Es ist eine Art substanzloser und sinnloser Rest, der übrig bliebe, wenn wir der Stadt all ihre Fantasien nehmen würden. Dieser konstitutive Überschuss ist, so die Ausgangshypothese einer psychoanalytischen Stadtforschung, eine Sollbruchstelle, auf die sich jede soziale Realität einer Stadt gründet. Das urbane Unbewusste ist in diesem Sinne die psychoanalytische Antwort darauf, dass jede Stadt von Widersprüchen und Antagonismen durchzogen ist. So wie die marxistische Stadtforschung davon ausgeht, dass jede Stadt ein Ort sozialer Kämpfe ist, geht die psychoanalytische Stadtforschung davon aus, dass die Stadt ein Ort in sich widersprüchlicher Fantasien ist. Insofern stellt sich aus Sicht einer psychoanalytischen Stadtforschung tatsächlich heraus, dass die Stadt über ein Unbewusstes verfügt. Wie das Möbiusband fußt die Stadt, sobald sie als sozio-symbolische Entität in Erscheinung tritt, auf einer topologischen Rückseite, die nicht (oder nicht hinreichend) von den Fantasien rund um die Stadt abgebildet werden kann. Diese Rückseite ist das, was man mit Lacan als das Reale der Stadt bezeichnen kann, eine Art struktureller Störfaktor, der die Stadt als Objekt (der Stadtforschung) in letzter Instanz unmöglich macht. Das allgemeine Ziel einer psychoanalytischen Stadtforschung besteht demnach darin, die Stadt (oder Teilaspekte der Stadt, wie ihre gebauten Umwelten) auf ihre sozialen Fantasien hin zu befragen, um davon ausgehend nach den inhärenten Widersprüchen und Inkonsistenzen zu suchen, von der diese Fantasien heimgesucht werden.

Abschließen möchte ich diesen Beitrag mit ein paar Worten zu den Herausforderungen einer Erschließung der Psychoanalyse für kritische Stadtforscher_innen: Analog zu der Behauptung, dass die Psychoanalyse „die Hoffnung auf eine neue Wissenschaft“ (Lacan 2015d [1973]: 25) in Aussicht stellt, haben die psychoanalytischen Geographien seit ihren Ursprüngen hervorgehoben, dass sich die Konzepte der Psychoanalyse nicht problemlos in das geographische Denken integrieren lassen: „Kein Wunder also, dass es keine anerkannten psychoanalytischen Konzepte gibt, die sich leicht in Geographie umsetzen, überlagern oder neben der Geographie abbilden lassen – unabhängig von der Art der Geographie“ (Pile 1996: 81, Übers. d. A.).

Vor diesem Hintergrund stellt die bis dato fehlende Einführung in die psychoanalytische Stadtforschung eine große Hürde für eine stadtforscherische Aneignung der Psychoanalyse dar. Auch wenn die bestehenden Arbeiten bereits zentrale Bausteine für eine psychoanalytische Stadtforschung bereitstellen, fehlt es an einer Lektüre, die das Verhältnis von Stadt und Psychoanalyse theoretisch herleitet und die psychoanalytische Stadtforschung systematisch

ins Verhältnis zu anderen bereits etablierten Spielformen der kritischen Stadtforschung setzt sowie zentrale Konzepte, Methoden und Themenfelder einer psychoanalytischen Stadtforschung auslotet. *The Body and the City* (Pile 1996) ist sicherlich der Text, der diesem Versuch bisher am nächsten kommt. Jedoch ist das Buch bereits über 20 Jahre alt und setzt an einer Stadtforschung an, die in großen Teilen von behavioristischen und humanistischen Ansätzen geprägt war. Seitdem haben sich nicht nur die Problemstellungen, Theorien und Methoden der Stadtforschung massiv verändert, auch die psychoanalytischen Geographien und nicht zuletzt die psychoanalytische Theorie werden hier nicht mehr hinreichend repräsentiert.

Insofern kommen Stadtforscher_innen bis auf Weiteres nicht umhin, sich den Originaltexten zuzuwenden, um einer Übersetzung der Psychoanalyse in die Stadtforschung nachzugehen. Dabei stellen insbesondere die Arbeiten von Lacan eine Herausforderung für den Einstieg in die Psychoanalyse dar. Nicht nur, dass Lacans fünfzigjähriges Schaffen eine Fülle theoretischer Überlegungen, Konzepte und Begrifflichkeiten bereithält, sein sperriger Stil und die Tatsache, dass sich seine Arbeiten auf über zwanzig (teils nicht veröffentlichte) Seminare und eine höchst anspruchsvolle Reihe an Schriften verteilen, lassen eine Erschließung seines Werkes zu einer Herausforderung werden. Vor diesem Hintergrund begründet sich Paul Kingsbury zufolge die zaghafte Annäherung an Lacan aus Sicht der anglophonen Geographie nicht so sehr in einer reflektierten Kritik, als in einer fehlenden Auseinandersetzung mit dessen Arbeiten (2003: 361). Eventuell lässt sich eine ähnliche These für das Verhältnis von Psychoanalyse und kritischer Stadtforschung im deutschsprachigen Raum aufstellen: Demnach sind es weniger die Inhalte der Psychoanalyse, die einen *psychoanalytic turn* hierzulande bisher ausbleiben lassen, als die fehlende Auseinandersetzung mit dessen Inhalten.

Bis heute hadert die Stadtforschung „zaghaft und misstrauisch“ (Pile 1996: 81) damit, ob und wie sie sich zur Psychoanalyse positionieren soll. Wenn wir jedoch, wie Ernesto Laclau behauptet, „immer noch im Jahrhundert Freuds leben“ und sich ein Großteil des zeitgenössischen Denkens bis heute daran abarbeitet, mit der „Entdeckung des Unbewussten zurechtzukommen“ (Laclau 2013: 93), dann kommt eine kritische Stadtforschung, die unserer Zeit gerecht werden will, nicht umhin, sich dieser Entdeckung ebenfalls anzunehmen.

Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Goethe-Universität Frankfurt gefördert.

Endnoten

- [1] Dass dies nicht notwendigerweise der Fall ist, hat Nikolai Roskamm kürzlich in seinem Buch *Die unbesetzte Stadt* (2017) herausgestellt. Hierin verhandelt Roskamm die Arbeiten von Freud und Lacan in einem Atemzug mit Autoren wie Marx/Engels, Harvey oder Lefebvre – ein Bezug, der in der deutschsprachigen Stadtforschung bislang ansonsten eher nicht gebräuchlich ist. Während Roskamm jedoch darauf abzielt, die Psychoanalyse in den Kanon einer postfundamentalistischen Stadttheorie zu integrieren, werde ich im Verlauf dieses Beitrags stärker dafür argumentieren, die Psychoanalyse als eigenständige Strömung innerhalb der kritischen Stadtforschung zu verhandeln.

- [2] Hierbei konzentriere ich mich hauptsächlich auf die beiden Strömungen, welche die psychoanalytische Geographie und Stadtforschung im anglophonen Raum am stärksten geprägt haben. Andere Bezüge, bspw. zu Alfred Lorenzer, Alexander Mitscherlich oder Georg Simmel, werden von mir deshalb außer Acht gelassen.
- [3] Das bedeutet allerdings nicht, dass Lacan nicht auch von Marx beeinflusst war. Im Gegenteil findet sich bei Lacan eine ganz eigene Prägung des Freudomarxismus. Für eine systematische Analyse des Verhältnisses von Marx und Lacan, siehe Tomšič (2015).
- [4] Mit Rückbezug auf die Debatten rund um die planetarische Urbanisierung lässt sich aus Sicht einer psychoanalytischen Stadtforschung folglich an ‚der Stadt‘ als Konzept festhalten, insofern diese in den Bereich der Fantasie/Ideologie verlegt wird. Ein solcher Ansatz ist dem von Lefebvre in Teilen näher als der Ansatz von Brenner und Schmid. Schließlich spricht Lefebvre davon, dass ‚die Stadt‘ in Zeiten einer massenhaften Urbanisierung zwar „keinem gesellschaftlichen Objekt mehr“ entspricht, jedoch als „Bild und – vor allem Ideologie“ bestehen bleibt (2014 [1970]: 65).

Autor_innen

Lucas Pohl ist Humangeograph und beschäftigt sich mit der Vermittlung von Philosophie, Psychoanalyse und Geographie in Bezug auf Fragen der Stadt- und Raumtheorie, gebauten Umwelten und politischen Praxis.

pohl@geo.uni-frankfurt.de

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1962): Die revidierte Psychoanalyse. In: Max Horkheimer / Theodor W. Adorno (Hg.), *Sociologica II. Reden und Vorträge*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 119-138.
- Althusser, Louis (2010 [1970]): *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg: VSA.
- Benjamin, Walter (1991a): *Gesammelte Schriften Band 5 Teil 1. Das Passagen-Werk*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benjamin, Walter (1991b): *Gesammelte Schriften Band 5 Teil 2. Das Passagen-Werk*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berking, Helmuth / Löw, Martina (Hg.) (2008): *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Blum, Virginia / Nast, Heidi (2000): Jacques Lacan's two-dimensional subjectivity. In: Mike Crang / Nigel Thrift (Hg.), *Thinking Space*. London/New York: Routledge, 183-204.
- Blum, Virginia / Secor, Anna J. (2011): Psychotopologies: Closing the circuit between psychic and material space. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 29/6, 1030-1047.
- Bondi, Liz (2009): Psychoanalytic theory. In: Derek Gregory / Ron Johnston / Geraldine Pratt / Michael J. Watts / Sarah Whatmore (Hg.), *The Dictionary of Human Geography*. Malden: Wiley-Blackwell, 595-597.
- Brenner, Neil (2009): What is critical urban theory? In: *City* 13/2-3, 198-207.
- Brenner, Neil / Schmid, Christian (2011): Planetary Urbanisation. In: Matthew Gandy (Hg.): *Urban Constellations*. Berlin: Jovis, 10-13.
- Buck-Morss, Susan (2000): *Dialektik des Sehens. Walter Benjamin und das Passagen-Werk*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bullock, Nathan F. (2014): Lacan on urban development and national identity in a global city. Integrated resorts in Singapore. Identity of integrated resorts in Singapore. In: *Singapore Journal of Tropical Geography* 35/2, 213-227.
- Bullock, Nathan F. (2018): A feminist psychoanalytic perspective on glass architecture in Singapore. In: Ilan Kapoor (Hg.), *Psychoanalysis and the Global*. Lincoln: University of Nebraska Press, 189-208.
- Butler, Judith (1997): *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Copjec, Joan (2002): *Imagine There's No Woman. Ethics and Sublimation*. Cambridge, Mass: MIT Press.

- Davidson, Mark (2010): Sustainability as ideological praxis: The acting out of planning's master-signifier. In: *City* 14/4, 390-405.
- Dolar, Mladen (1998): Where Does Power Come From? In: *New Formations* 3, 79-92.
- Featherstone, Mike (2005): Ruin Value. In: *Journal for Cultural Research* 9/3: 301-320.
- Freud, Sigmund (1961 [1944]): *Gesammelte Werke Band 15. Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Freud, Sigmund (1966 [1947]): *Gesammelte Werke Band 12. Werke aus den Jahren 1917-1920*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Freud, Sigmund (1967 [1940]): *Gesammelte Werke Band 13. Jenseits des Lustprinzips; Massenpsychologie und Ich-Analyse; Das Ich und das Es*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Freud, Sigmund (1991 [1944]): *Gesammelte Werke Band 14. Werke aus den Jahren 1925-1931*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Gunder, Michael (2005): The production of desirous space: Mere fantasies of the utopian city? In: *Planning Theory* 4/2: 173-199.
- Gunder, Michael (2008): Ideologies of certainty in a risky reality: Beyond the hauntology of planning". In: *Planning Theory* 7/2, 186-206.
- Gunder, Michael (2011): A metapsychological exploration of the role of popular media in engineering public belief on planning issues. In: *Planning Theory* 10/4, 325-343.
- Gunder, Michael / Hillier, Jean (2009): *Planning in Ten Words or Less: A Lacanian entanglement with spatial planning*. Farnham: Ashgate.
- Hillier, Jean (2003): „Agonizing over consensus: Why Habermasian ideals cannot be ‚real‘. In: *Planning Theory* 2/1, 37-59.
- Hillier, Jean / Gunder, Michael (2003): Planning fantasies? An exploration of a potential Lacanian framework for understanding development assessment planning. In: *Planning Theory* 2/3, 225-248.
- Hillier, Jean / Gunder, Michael (2005): Not over your dead bodies! A Lacanian interpretation of urban planning discourse and practice. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 37, 1049-1066.
- Kapoor, Ilan (Hg.) (2018): *Psychoanalysis and the Global*. Lincoln: University of Nebraska Press.
- Kingsbury, Paul (2003): Psychoanalysis, a gay spatial science? In: *Social & Cultural Geography* 4/3, 347-367.
- Kingsbury, Paul (2004): Psychoanalytic approaches. In: James S. Duncan / Nuala C. Johnston / Richard H. Schein (Hg.), *A Companion to Cultural Geography*. New Jersey: Blackwell, 108-120.
- Kingsbury, Paul (2007): The extimacy of space. In: *Social & Cultural Geography* 8/2, 235-258.
- Kingsbury, Paul (2009): Psychoanalytic Theory/Psychoanalytic Geographies. In: Rob Kitchin / Nigel Thrift (Hg.), *International Encyclopedia of Human Geography*. Oxford: Elsevier, 487-494.
- Kingsbury, Paul (2017): Uneasiness in culture, or negotiating the sublime distances towards the big Other. In: *Geography Compass* 11/6, e12316.
- Kingsbury, Paul / Pile, Steve (Hg.) (2014a): *Psychoanalytic Geographies*. Farnham: Ashgate.
- Kingsbury, Paul / Pile, Steve (2014b): When in Rome... In: Paul Kingsbury / Steve Pile (Hg.), *Psychoanalytic Geographies*. Farnham: Ashgate, xvii-xxii.
- Lacan, Jacques (2006): *Der Triumph der Religion, welchem vorausgeht: Der Diskurs an die Katholiken*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Lacan, Jacques (2010 [2004]): *Die Angst. Das Seminar. Buch X*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Lacan, Jacques (2011 [1955]): *Das Freud'sche Ding*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Lacan, Jacques (2015a [1979]): *Struktur. Andersheit. Subjektkonstitution*. Köln: August.
- Lacan, Jacques (2015b [1975]): *Freuds Technische Schriften. Das Seminar. Buch I*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Lacan, Jacques (2015c [1975]): *Encore. Das Seminar. Buch XX*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Lacan, Jacques (2015d [1973]): *Die vier Grundbegriffe der Psychoanalyse. Das Seminar. Buch XI*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Lacan, Jacques (2016 [1986]): *Die Ethik der Psychoanalyse. Das Seminar. Buch VII*. Wien/Berlin: Turia + Kant.

- Laclau, Ernesto (2013): Identität und Hegemonie. Die Rolle der Universalität in der Konstitution von politischen Logiken. In: Judith Butler / Ernesto Laclau / Slavoj Žižek (Hg.), *Kontingenz Hegemonie Universalität. Aktuelle Dialoge zur Linken*. Wien/Berlin: Turia + Kant, 57-111.
- Lefebvre, Henri (2000 [1974]): *La production de l'espace*. Paris: Anthropos.
- Lefebvre, Henri (2014 [1970]): *Die Revolution der Städte*. Hamburg: CEP Europäische Verlagsanstalt.
- Löw, Martina (2008): *Soziologie der Städte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Löw, Martina (2010): Stadt- und Raumsoziologie. In: Georg Kneer / Markus Schroer (Hg.): *Handbuch Spezielle Soziologien*. Wiesbaden: VS, 605-622.
- Martin, Lauren / Secor, Anna J. (2014): Towards a post-mathematical topology. In: *Progress in Human Geography* 38/3, 420-438.
- Nichols, Joshua (2008): Lacan, the city, and the utopian symptom. In: *Space and Culture* 11/4, 459-474.
- Parker, Simon (2004): *Urban theory and the Urban Experience: Encountering the city*. London/New York: Routledge.
- Philo, Chris / Parr, Hester (2003): Introducing psychoanalytic geographies. In: *Social & Cultural Geography* 4/3, 283-293.
- Pile, Steve (1991): Practising interpretative geography. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 16/4, 458-469.
- Pile, Steve (1993): Human agency and human geography revisited: A critique of 'new models' of the self. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 18/1, 122-139.
- Pile, Steve (1996): *The Body And The City: Psychoanalysis, Space, and Subjectivity*. London/New York: Routledge.
- Pile, Steve (2000): Sleepwalking in the modern city: Walter Benjamin and Sigmund Freud in the world of dreams. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.), *A Companion To The City*. Malden: Blackwell, 75-86.
- Pile, Steve (2005a): *Real Cities: Modernity, Space, and the Phantasmagorias of City Life*. London: Sage.
- Pile, Steve (2005b): *Spectral Cities: Where the Repressed Returns and Other Short Stories*. In: Jean Hillier / Emma Rooksby (Hg.), *Habitus: A sense of place*. Sydney: Ashgate, 219-239.
- Pile, Steve (2011): Intensities of feeling: Cloverfield, the uncanny, and the always near collapse of the city. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.), *The New Blackwell Companion to the City*. Chichester: Blackwell, 288-303.
- Pohl, Lucas (2017): Imaginary politics of the branded city: Right-wing terrorism as a mediated object of stigmatization. In: Paul Kirkness / Andreas Tijé-Dra (Hg.), *Negative Neighbourhood Reputation and Place Attachment: The Production and Contestation of Territorial Stigma*. London/New York: Routledge, 27-41.
- Pohl, Lucas (2018a): Architectural enjoyment. Lefebvre and Lacan. In: Ilan Kapoor (Hg.), *Psychoanalysis and the Global*. Lincoln: University of Nebraska Press, 142-163.
- Pohl, Lucas (2018b): Die unsterbliche Stadt: Das Unbehagen in den Wolkenkratzern von Detroit. In: *dérive* 70, 13-18.
- Pohl, Lucas (2018c): Angsträume. Lacan und die Leere des Schauplatzes. In: *RISS Materialien, Ent-täuschung des Subjekts. Angst in Philosophie, Psychoanalyse und Kultur. Sonderausgabe des RISS Zeitschrift für Psychoanalyse* 4, 65-83.
- Pohl, Lucas (2019a): Psychoanalysis. In: Audrey Kobayashi (Hg.), *International Encyclopedia of Human Geography. Second Edition*. Amsterdam: Elsevier, im Erscheinen.
- Pohl, Lucas (2019b): Object-disoriented geographies: The Ghost Tower of Bangkok and the topology of anxiety. In: *cultural geographies*, online first, 1-14.
- Pohl, Lucas (2019c): The Sublime Object of Detroit. In: *Social & Cultural Geography*, im Erscheinen.
- Proudfoot, Jesse (2009) *Geography and Psychoanalysis*. In: Barney Warf (Hg.), *Encyclopedia of Geography*. Los Angeles: Sage, 2299-2301.
- Proudfoot, Jesse (2011) *The Anxious Enjoyment of Poverty: Drug Addiction, Panhandling, and the Spaces of Psychoanalysis*. Burnaby: Simon Fraser University.
- Proudfoot, Jesse (2017): The libidinal economy of revanchism: Illicit drugs, harm reduction, and the problem of enjoyment. In: *Progress in Human Geography* 43/2, 214-234.

- Roskamm, Nikolai (2017): Die unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld. Basel: Birkhäuser.
- Secor, Anna J. (2013): Topological City. *Urban Geography* 34/4, 430-444.
- Social & Cultural Geography* (2003): Special Issue Psychoanalytic Geographies, 4: 283-399.
- Stavrakakis, Yannis (2009): Psychoanalysis and ideology: Comment on R.D. Hinshelwood. In: *Psychoanalysis, Culture & Society* 14/2, 149-163.
- The Professional Geographer* (2010): Special Issue Psychoanalytic Methodologies in Geography, 62/4, 478-533.
- Tomšič, Samo (2015): *The Capitalist Unconscious. Marx and Lacan.* London/New York: Verso.
- Westin, Sara (2014): *The Paradoxes of Planning: A Psycho-Analytical Perspective.* Farnham: Ashgate.
- Wilson, Japhy / Bayón, Manuel (2017): Fantastical materializations: Interoceanic infrastructures in the Ecuadorian Amazon. *Environment and Planning D: Society and Space* 35/5, 836-854.
- Žižek, Slavoj (1989): *The Sublime Object of Ideology.* London/New York: Verso.
- Žižek, Slavoj (1991): *Looking Awry: An Introduction to Jacques Lacan Through Popular Culture.* Cambridge: MIT Press.
- Zupančič, Alenka (2009): *Warum Psychoanalyse? Drei Interventionen.* Zürich/Berlin: diaphanes.

The Urban Unconscious. Psychoanalysis and critical urban studies

At the beginning of the 1990s, anglophone geographies started to investigate the relationship between psychoanalysis and the city. In the beginning of the 2000s, geographers announced a “psychoanalytic turn”. Sub-disciplines such as “psychoanalytic geographies” and “psychoanalytic planning theory” were founded and have started to become established components within the scholarly debates on cities in the anglophone world. There has been no such “turn” in the German-speaking hemisphere. Therefore, this paper retraces the potential of psychoanalytic urban studies. The author follows the idea of an urban unconscious. The urban unconscious characterizes a constitutive disruption that is inscribed into the topology of the city and ultimately makes it impossible to speak of the city as a coherent object (of urban studies). Starting from this impossibility, the paper examines the fantasies surrounding the social, political and material environments of the city. From a psychoanalytic standpoint, fantasies play a central role in providing the city with an illusion of consistency and maintaining a distance towards the urban unconscious. They allow us to imagine the city, to feel, and speak about it. The paper concludes with a few words about the general challenges for critical urban scholars to engage with psychoanalysis.

Debatte

2019, Band 7, Heft 3

Seiten 65-86

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v7i3.546

Neil Smith

„Für eine Theorie der
Gentrifizierung“

Kommentare von:

Moritz Ege, Laura Calbet,

Jens Dangschat,

Laura Nkula-Wenz,

Lisa Vollmer, Andrej Holm

Für eine Theorie der Gentrifizierung

„Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen

Neil Smith

Gentrifizierung wird vorrangig unter Verweis auf Konsumentensouveränität erklärt, aber Daten zur Zahl der Vorstädter, die in die Stadt zurückziehen, werfen Zweifel an dieser Hypothese auf. Tatsächlich ist Gentrifizierung ein erwartbares Ergebnis der weitgehend ungehinderten Funktionsweise des Grundstücks- und Wohnungsmarktes. Die wirtschaftliche Entwertung des in innerstädtische Quartiere aus dem 19. Jahrhundert investierten Kapitals bei gleichzeitigem Anstieg der potentiellen Höhe der Grundrente eröffnet die Möglichkeit profitabler Stadterneuerung. Auch wenn die deutlich sichtbaren sozialen Merkmale heruntergekommener Quartiere abschreckend wirken mögen, können die hintergründigen ökonomischen Merkmale durchaus für eine Sanierung sprechen. Ob Gentrifizierung eine fundamentale Neuordnung des urbanen Raums bedeutet, hängt nicht davon ab, wo die neuen Bewohner herkommen, sondern davon, wie viel Produktivkapital aus dem suburbanen Raum in die Stadt zurückkehrt.

An English abstract can be found at the end of the document.

Nach einer Phase des anhaltenden Niedergangs erleben viele amerikanische Städte die Gentrifizierung ausgewählter innerstädtischer Quartiere.[1] Erste Anzeichen der Wiederbelebung während der 1950er Jahre intensivierten sich in den 1960er Jahren und waren bis zu den 1970er Jahren zu einer großflächigen Gentrifizierungsbewegung geworden, die die Mehrzahl der älteren Städte des Landes betraf.[2] Eine neuere Untersuchung des Urban Land Institute (1976) lässt darauf schließen, dass in annähernd der Hälfte der 260 Städte mit über 50.000 Einwohnern[3] innerstädtische Gebiete saniert werden. Obwohl Gentrifizierung im Vergleich zu Neubau landesweit nur einen Bruchteil der Wohnungsbautätigkeit ausmacht, ist der Prozess in den älteren Städten des Nordostens (aber nicht nur dort) von großer Bedeutung.

Im selben Maße wie der Gentrifizierungsprozess selbst florierte auch die Literatur zum Thema, die sich zumeist mit dem aktuellen Geschehen oder mit seinen Auswirkungen befasst: mit den sozioökonomischen und kulturellen Merkmalen der Zugezogenen, mit Verdrängung, mit der Rolle der Bundespolitik bei Stadterneuerungsmaßnahmen, dem Nutzen der Gentrifizierung für die Stadt sowie der Schaffung oder Zerstörung von Gemeinschaft. Wenig wurde hingegen unternommen, um den Prozess historisch zu erklären, um statt der Auswirkungen eher die Ursachen zu ergründen.

Stattdessen bleiben Begründungen vielfach unhinterfragt. Hier lassen sich zwei Kategorien unterscheiden, eine kulturelle und eine ökonomische.

- *Kulturelle Erklärungsansätze.* Eine bei Theoretikern des *city revivals* gängige Vorstellung ist, dass junge, in der Regel berufstätige Mittelschichtangehörige ihren Lebensstil geändert haben. Gregory Lipton zufolge hat dieser Wandel ein hinreichendes Ausmaß erreicht, um „die relative Attraktivität des Einfamilienhauses am Stadtrand zu mindern“ (1977: 146) [4]. Durch den Trend zu weniger Kindern, höherem Heiratsalter und einer rasant ansteigenden Scheidungsrate tauschen junge Immobilienkäufer somit den glanzlos gewordenen Traum ihrer Eltern gegen einen neuen ein, der eher urban als suburban definiert ist. Andere Forscher betonen die Suche nach spezifisch ausgeprägten sozialen Gemeinschaften als einem der individuellen Selbstentfaltung zuträglichen Umfeld (Winters 1978), während wieder andere auf dieser Grundlage eine allgemeiner angelegte Argumentation entwickeln. In zeitgenössischen ‚postindustriellen Städten‘ werden David Ley zufolge *Blue-Collar*-Tätigkeiten in der Produktion von *White-Collar*-Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich abgelöst, wodurch sich der Fokus weg von der Arbeit hin zu Konsum und den Annehmlichkeiten des Lebens verschiebt. Nun geben Konsummuster die Produktionsmuster vor: „[E]ntscheidungsleitend für die Nutzung innerstädtischer Flächen sind nicht produktions-, sondern konsumorientierte Werthaltungen.“ (Ley 1978: 11) Der Wiederaufstieg der Innenstadt ist ein Beispiel für diese neue Gewichtung des Konsums.
- *Ökonomische Erklärungsansätze.* Angesichts kontinuierlich steigender Kosten für Wohnungsneubau und dessen zunehmender Entfernung vom Stadtzentrum gilt die Sanierung von Gebäuden in Innenstadt- und Zentrumslage als wirtschaftlich rentabler. Erwerb und Sanierung alter, aber in der Bausubstanz intakter Immobilien können kostengünstiger sein als der Kauf eines vergleichbaren neuen Hauses. Darüber hinaus werden in der Forschung vielfach die hohen Pendelkosten – höhere Benzinkosten für Privatfahrzeuge und steigende Tarife im öffentlichen Verkehr – und die wirtschaftlichen Vorteile der Nähe zum Arbeitsplatz betont.

Diese gängigen Hypothesen schließen sich gegenseitig keineswegs aus. Sie werden häufig zusammen vorgebracht und nehmen in einer wichtigen Hinsicht dieselbe Perspektive ein – betont werden *Konsumentenpräferenzen* sowie die Restriktionen, denen die Verwirklichung dieser Vorlieben unterliegt. Diese Sichtweise deckt sich weitestgehend mit dem Korpus neoklassischer Theorien über Bodennutzung zu Wohnzwecken (Alonso 1964; Muth 1969; Mills 1972). Laut neoklassischer Theorie spiegelt Suburbanisierung räumliche Präferenzen und die gestiegene Zahlungsfähigkeit hierfür, nachdem sich transportbezogene und andere Restriktionen reduziert haben. Entsprechend wird Gentrifizierung als das Ergebnis eines Wandels der Präferenzen und/oder der Restriktionen erklärt, die darüber entscheiden, welche Präferenzen verwirklicht werden können. Folglich wird der Prozess in den Medien wie auch in der Forschungsliteratur als eine ‚Rückkehrbewegung in die Stadt‘ gehandelt. Dies gilt sowohl für die frühen Gentrifizierungsprojekte, wie

zum Beispiel das Viertel Society Hill in Philadelphia, die mit erheblicher staatlicher Förderung nach der Gesetzgebung zur Stadterneuerung durchgeführt wurden, als auch für spätere Projekte, wie etwa Federal Hill in Baltimore oder Capitol Hill in Washington, die primär privatwirtschaftliche Phänomene der 1970er waren. All diese Beispiele wurden zu Symbolen für eine angebliche Wanderung der Mittel- und Oberschicht aus dem suburbanen Raum zurück in die Stadt.[5] Dass die Gentrifizierer desillusionierte Vorstädter seien, bleibt jedoch eine bislang nicht überprüfte, wenn auch weit verbreitete Annahme. Bereits 1966 stellte Herbert Gans fest: „Ich kenne keine Studie, aus der hervorgeht, wie viele Vorstädter tatsächlich durch Stadterneuerungsprojekte zurückgeholt wurden.“ (1968: 287) Obwohl Gans diese Erklärung vor dem Ribicoff-Komitee[6] zur Krise der Städte abgab, scheinen die von ihm angemeldeten Zweifel auf taube Ohren gestoßen zu sein. Studien dieser Art wurden erst ab den späten 1970er Jahren durchgeführt. Dieser Artikel stellt Daten zu Society Hill und anderen wiederbelebten Stadtvierteln vor, prüft die Bedeutsamkeit dieser Ergebnisse mit Blick auf die Theorie der Konsumentensouveränität und zielt darauf ab, unser theoretisches Verständnis der Ursachen von Gentrifizierung zu vertiefen.

Eine Rückkehr aus suburbia?

Society Hill, einst Schauplatz von William Penns ‚heiligem Experiment‘, war bis weit in das 19. Jahrhundert die Wohngegend von Philadelphias Oberschicht. Mit der Industrialisierung und dem Wachstum der Stadt verlor die Lage jedoch an Popularität und die Oberschicht zog zusammen mit der aufsteigenden Mittelschicht Richtung Westen in das Gebiet um den Rittenhouse Square beziehungsweise in die neuen Vororte im Nordwesten und jenseits des Schuylkill River. Society Hill verkam zusehends zum Slum und verblieb in diesem Zustand, bis 1959 ein Sanierungsplan umgesetzt wurde.

Binnen zehn Jahren wurde Society Hill umgestaltet und auf der „historischsten Quadratmeile der Nation“ (so eine Annonce zum 200-jährigen Bestehen der USA) wohnte wieder die Mittel- und Oberschicht der Stadt. Kaum eines der authentisch restaurierten Häuser wechselt nun für weniger als 125.000 Dollar den Besitzer. Angesichts des Enthusiasmus, mit dem die Sanierung vonstattenging, bemerkte der Schriftsteller Nathaniel Burt, die Renovierung alter Häuser sei schließlich eine von Alt-Philadelphias „beliebtesten Drinnensportarten“ – und mit dem Umbau gleichzeitig bewusst der zivilgesellschaftlichen Wiederbelebung dienen zu können, sei der Oberschicht „zu Kopf gestiegen wie Champagner“ (1963: 556 f.). Als dieser „Drinnensport“ Schule machte, verbreitete sich in Philadelphia die Legende, in Society Hill kehre die Oberschicht in die Innenstadt zurück (Wolf 1975: 325). Oder wie Burt es so eloquent formuliert hat:

„Die Renaissance von Society Hill [...] ist nur ein Stückchen in einem gigantischen Puzzle, das Philadelphia aus seinem Dornröschenschlaf gerissen hat und verspricht, die Stadt vollständig zu verwandeln. Diese Bewegung, ein wichtiger Teil derer die Rückkehr nach Society Hill ist, wird allgemein als die Renaissance Philadelphias bezeichnet.“ (1963: 539)

Jahr	Selbe Adresse	Anderes Stadtviertel	Vorort	Außerhalb des Ballungsgebiets	Nicht zuzuordnen	Gesamt
1964	5	9	0	0	0	14
1965	3	17	7	0	0	27
1966	1	25	4	0	2	32
1969	1	9	2	0	0	12
1972	1	12	1	2	0	16
1975	0	1	0	0	0	1
Gesamtzahl	11	73	14	2	2	102
Prozentualer Anteil	11	72	14	2	2	100

Noch im Juni 1962 stammte weniger als ein Drittel der Familien, die Eigentum zum Zweck der Sanierung erwarben, aus dem suburbanen Raum[7] (Greenfield & Co. 1964: 192). Aber seit 1960 die ersten Bewohner begonnen hatten, Häuser zu sanieren, wurde allgemein erwartet, dass der Anteil der Vorstädter steil ansteigen werde, wenn die Gegend erst einmal bekannter und eine Adresse in Society Hill ein begehrtes Gut geworden sei. Nach 1962 wurden jedoch keine amtlichen Daten mehr erhoben. Die Daten in der nachfolgenden Tabelle sind anhand der Vorgangsakten der Redevelopment Authority of Philadelphia (der zuständigen Behörde, Anm. d. Übers.) zusammengestellt. Sie decken den Zeitraum bis 1975 ab (das Jahr, in dem das Projekt im Wesentlichen abgeschlossen war) und umfassen ein Sample von 17 Prozent der sanierten Wohngebäude (Tab. 1).

Diesen Ergebnissen zufolge scheinen die Gentrifizierer tatsächlich nur zu einem kleinen Teil aus *suburbia* zu stammen: im Fall von Society Hill 14 Prozent, verglichen mit 72 Prozent, die aus einer anderen Gegend innerhalb der Stadtgrenzen zugezogen sind. Eine statistische Aufschlüsselung dieser letztgenannten Gruppe zeigt, dass 37 Prozent bereits vorher in Society Hill wohnten und 19 Prozent aus dem Quartier rund um den Rittenhouse Square kamen. Der Rest stammte aus verschiedenen, während des letzten Jahrhunderts eingemeindeten Mittel- und Oberschichtvororten (z. B. Chestnut Hill, Mt. Airy, Spruce Hill). Dies deutet auf eine Konsolidierung der Wohnlagen der weißen Ober- und Mittelschicht hin und nicht auf eine Rückkehr aus den heutigen suburbanen Räumen.[8] Zahlen aus Baltimore und Washington D.C. zum Prozentsatz der in die Stadt zurückziehenden Vorstädter stützen die Daten aus Society Hill (Tab. 2).

Es mag sich in Philadelphia und anderswo tatsächlich eine urbane Renaissance vollziehen, aber um eine signifikante Rückkehrbewegung aus dem suburbanen Raum im eigentlichen Sinn handelt es sich dabei nicht. Dies

Stadt	Prozent Stadtbewohner	Prozent Vorstädter
Philadelphia Society Hill	72	14
Baltimore Homestead Properties	65,2	27
Washington D.C. Mount Pleasant	67	18
Washington D.C. Capitol Hill	72	15

Tab. 1 Vorheriger Wohnort der Gentrifizierer in Society Hill, 1964-1975

Tab. 2 Herkunft der Gentrifizierer in drei Städten (Quelle: Baltimore City Department of Housing and Community Development (1977), Gale (1976, 1977))

wiederlegt zwar nicht die Hypothese, Gentrifizierung sei das Ergebnis von Konsumentensouveränität, aber sie bedarf wohl einiger Einschränkungen und Verfeinerungen. Natürlich ist es möglich – und sogar wahrscheinlich –, dass sich jüngere Menschen, die zu Ausbildungszwecken in die Stadt gezogen sind, gegen eine Rückkehr nach *suburbia* entscheiden. Wenn dies als maßgebliche Erklärung dienen soll, ergibt sich allerdings das Problem, dass Gentrifizierung nicht allein ein nordamerikanisches Phänomen, sondern auch in zahlreichen Städten überall in Europa zu beobachten ist (siehe z. B. Pitt 1977), wo die mittelschichtsgeprägte Suburbanisierung ein wesentlich geringeres Ausmaß hatte und die Beziehung zwischen Umland und Innenstadt eine gänzlich andere ist.[9] Nur die von Ley (1978) aufgestellte, eher allgemeingesellschaftliche Hypothese zu postindustriellen Städten ist breit genug angelegt, um den Prozess auch international zu erfassen, stellt aber eine Position dar, die recht drastische Implikationen nach sich zieht. Wenn sich Gentrifizierung tatsächlich mit kulturell bedingten Entscheidungen und Präferenzen der Konsumenten erklären lässt, liefe dies entweder auf die Hypothese hinaus, dass sich individuelle Präferenzen nicht allein auf nationaler Ebene, sondern auch international im Gleichklang ändern – ein düsteres Bild der menschlichen Natur und kulturellen Besonderheit – oder, dass es übergeordnete Zwänge gibt, die stark genug sind, die in den Präferenzen der Konsumenten angelegte Individualität zu überformen. Falls Letzteres zuträfe, wäre das Konzept der Konsumentenpräferenz bestenfalls widersprüchlich: Ein Prozess, der zuerst im Sinne individueller Konsumvorlieben verstanden wurde, soll nun als das Ergebnis kultureller Eindimensionalität erklärt werden. Die theoretische Tragfähigkeit des Konzepts kann nur gerettet werden, wenn wir es nicht auf individuelle, sondern auf kollektive gesellschaftliche Präferenzen beziehen.

Diese Wiederlegung der neoklassischen Sicht auf Gentrifizierung stellen lediglich eine zusammenfassende Kritik dar und sind bei weitem nicht vollständig. Allerdings legen sie uns nahe, ein weiter gefasstes Verständnis von Gentrifizierung zu entwickeln, denn der Gentrifizierer ist als Konsument nur einer von vielen am Prozess beteiligten Akteuren. Gentrifizierung allein über das Handeln der Gentrifizierer zu erklären und dabei die Rolle der Developer und Bauträger, Kreditgeber, Behörden, Immobilienmakler, Vermieter und Mieter außer Acht zu lassen, ist ein unverhältnismäßig enger Ansatz. Eine breiter angelegte Theorie der Gentrifizierung muss die Rolle der Produzenten wie auch die der Konsumenten berücksichtigen, und wenn man dies tut, dann zeigt sich, dass die Bedürfnisse der Produktionsseite – insbesondere das, Profit zu machen – Gentrifizierung entscheidender vorantreiben als die Präferenzen der Konsumenten. Damit soll nicht in irgendeiner naiven Weise behauptet werden, Konsum sei die automatische Folge von Produktion oder Konsumentenpräferenzen seien ein völlig passiver, durch Produktion generierter Effekt. Dies liefe auf eine Theorie der Produzentensouveränität hinaus, die kaum weniger einseitig wäre als ihr neoklassisches Gegenstück. Die Beziehung zwischen Produktion und Konsum ist vielmehr symbiotischer Natur, aber es ist eine Symbiose, die von der Produktionsseite dominiert wird. Die Präferenzen der Konsumenten und die Nachfrage nach gentrifiziertem Wohnraum lassen sich schließlich auch erzeugen – und genau das ist in Society Hill geschehen.[10] Obwohl sie für das Ingangsetzen des konkreten

Prozesses und somit auch für die Erklärung, warum Gentrifizierung überhaupt stattfindet, zweitrangig sind, tragen die Präferenzen und die Nachfrage der Konsumenten entscheidend zum letztendlichen Erscheinungsbild und Charakter sanierter Viertel bei, das heißt zum Unterschied zwischen Society Hill und, sagen wir, dem New Yorker Stadtteil SoHo.

Die sogenannte urbane Renaissance wurde eher von ökonomischen als von kulturellen Kräften angeschoben. Bei der Entscheidung, ein innerstädtisches Gebäude zu sanieren, steht *eine* Konsumentenpräferenz klar im Vordergrund – der Wunsch nach Profit oder, präziser gesagt, nach einer guten Geldanlage. Egal ob Gentrifizierer diesen Wunsch so äußern oder nicht, er ist hier zentral, denn bei absehbarem finanziellem Verlust würde kaum jemand eine Sanierung überhaupt in Erwägung ziehen. Eine Theorie der Gentrifizierung muss daher plausibel erklären, warum Sanierung in einigen Quartieren rentabel ist und in anderen nicht. Welche Bedingungen müssen für Rentabilität gegeben sein? Auf Konsumentensouveränität beruhende Erklärungsansätze gingen stillschweigend davon aus, dass es Gegenden gibt, die ‚gentrifizierungsreif‘ sind, wo doch genau dies der Erklärung bedurfte.

Bevor wir uns einer detaillierteren Beschreibung des Prozesses zuwenden, ist es hilfreich, einen Schritt zurück zu gehen und Gentrifizierung im größeren historischen und strukturellen Kontext von Kapitalinvestition und Stadtentwicklung zu beleuchten. Zu untersuchen sind dabei vor allem die generellen Merkmale von Investitionen in die gebaute Umwelt.

Investitionen in die gebaute Umwelt

In einer kapitalistischen Ökonomie werden Grund und Boden sowie darauf errichtete Bauten zu Waren. Als solche weisen sie gewisse Eigentümlichkeiten auf, wovon drei für unsere Diskussion besonders bedeutsam sind. Erstens verleihen die privaten Eigentumsrechte dem Besitzer eine quasi monopolistische Verfügungsgewalt über das Land und die Bauten darauf, also darüber, welcher Nutzung eine bestimmte Fläche zugeführt wird.[11] Von dieser Bedingung lässt sich die Funktion der Grundrente ableiten. Zweitens sind Grund und Boden wie auch Bauten zu seiner Nutzung zwar räumlich, aber keinesfalls in ihrem Wert fixiert. Der Wert von gebauten Strukturen unterliegt all den üblichen Einflüssen – aber es gibt einen entscheidenden Unterschied. Einerseits wirkt sich der Wert der auf einem Grundstück sowie auf den umliegenden Flächen errichteten Strukturen auf die Grundrente aus, die Eigentümer erzielen können. Andererseits, da Grund und Boden und die Bauten darauf untrennbar verbunden sind, spiegelt der Preis, zu dem Gebäude den Besitzer wechseln, die Höhe der Grundrente. Anders als die darauf gebauten Strukturen benötigt das Grundstück selbst „keine Wartung, um weiterhin Nutzungspotenzial zu haben“ (Harvey 1973: 158-159) und behält daher seinen potenziellen Wert. Drittens ist zwar der Grund und Boden von dauerhaftem Bestand, die darauf gebauten Strukturen sind es jedoch nicht. Allerdings erstrecken sich in der Regel sowohl die physische Haltbarkeit als auch die ökonomische Lebensdauer über sehr lange Zeiträume. Es dauert mindestens 25 Jahre, meist wesentlich länger, bis ein Gebäude dem physischen Verfall anheimfällt, und ebenso lange mag es dauern, bis es sich in ökonomischer (nicht buchhalterischer) Hinsicht gerechnet

hat. Daraus lassen sich mehrere Schlüsse ziehen: In einer entwickelten kapitalistischen Ökonomie erfordern Investitionen in die gebaute Umwelt hohe anfängliche Aufwendungen. Deshalb ist davon auszugehen, dass Geldinstituten eine wichtige Rolle auf dem städtischen Grundstücksmarkt zukommt (Harvey 1973: 159) und die Spielarten der Kapitalentwertung eine wichtige Variable darstellen, um zu ermitteln, ob und in welchem Umfang der Verkaufspreis eines Gebäudes das Grundrentenniveau widerspiegelt. Diese Aspekte werden im nächsten Abschnitt von zentraler Bedeutung sein.

In einer kapitalistischen Ökonomie ist Profit der Erfolgsmaßstab und Wettbewerb der Mechanismus, der Erfolg oder Misserfolg in Wachstum oder Niedergang übersetzt. Alle Einzelunternehmen müssen nach immer höheren Profiten streben, um durch profitable Betätigung die Akkumulation immer größerer Kapitalmengen zu ermöglichen. Andernfalls können sie sich keine fortschrittlicheren Produktionsverfahren leisten und geraten so gegenüber ihren Mitbewerbern ins Hintertreffen. Dies führt letztendlich entweder in den Bankrott oder zum Zusammenschluss zu einem größeren Unternehmen. Dieses Streben nach Profitsteigerung setzt sich auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene in langfristiges Wachstum um. Allgemeine ökonomische Stabilität ist daher gleichbedeutend mit gesamtwirtschaftlichem Wachstum. Vor allem dann, wenn dem Wirtschaftswachstum anderswo im Industriesektor Grenzen gesetzt sind, wird die gebaute Umwelt vielfach zum profitablen Investitionsobjekt, was an der Suburbanisierungsgeschichte dieses Jahrhunderts besonders deutlich wird. In ihrem Falle bestand die Antwort auf den fortwährenden Bedarf an Kapitalakkumulation nicht in Wachstum an Ort und Stelle, sondern in der räumlichen Ausdehnung. Aber Suburbanisierung zeigt auch sehr anschaulich die Zweiseitigkeit von Investitionen in die gebaute Umwelt, denn ebenso, wie sie als Mittel zur Kapitalakkumulation dienen, können sie weitere Akkumulation auch behindern. Zum Hemmnis werden sie kraft der oben beschriebenen Merkmale, das heißt aufgrund der quasi-monopolistischen Verfügungsgewalt über den Grund und Boden, der Gebundenheit der Investitionen und des langen Amortisationszeitraums: Die quasi-monopolistische Verfügungsgewalt des Eigentümers über sein Grundstück kann den Verkauf des Geländes als Bauland verhindern. Die gebundenen Investitionen führen dazu, dass neue Bauprojekte auf andere, oftmals weniger vorteilhafte Standorte ausweichen müssen, und sie verhindern eine Sanierung, bevor das investierte Kapital das Ende seines ökonomischen Lebenszyklus erreicht hat. Und die lange Amortisationsdauer des in die gebaute Umwelt investierten Kapitals kann als Investitionshindernis wirken, so lange andere Wirtschaftssektoren mit kürzeren Amortisationszeiträumen profitabel bleiben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die frühindustrielle Stadt zu solch einem Investitionshindernis, was letztlich dazu führte, dass eher das städtische Umland erschlossen wurde, statt die bestehenden innerstädtischen Standorte weiterzuentwickeln.

In den meisten Städten des Ostens der USA wies die Bodenwertkurve während des 19. Jahrhunderts die klassische Kegelform auf, mit dem höchsten Punkt im Stadtzentrum und einem zur Peripherie hin abfallenden Verlauf. Dieses Muster konnte Hoyt (1933) in Chicago feststellen. Mit fortschreitender Stadtentwicklung verschiebt sich die Bodenwertkurve nach außen und

oben: Grundstücke im Stadtzentrum gewinnen an Wert, während die Basis des Kegels breiter wird. Bodenwerte entwickeln sich tendenziell analog zu den langen Zyklen der Ökonomie, das heißt sie steigen am schnellsten in Phasen besonders starker Kapitalakkumulation und fallen bei rückläufiger Konjunktur vorübergehend ab. Da die Suburbanisierung erheblicher Kapitalinvestitionen in Grund und Boden, Bautätigkeit, Verkehrsanbindung und so weiter bedurfte, folgte sie in der Tendenz ebenfalls diesem zyklischen Trend. Angesichts der Notwendigkeit, den Umfang ihrer Produktionstätigkeit auszuweiten, verlagerten sich Industriebetriebe, die am bisherigen Standort aus verschiedenen Gründen nicht weiter expandieren konnten oder wollten, aus der Innenstadt an die Basis des Bodenwertkegels, wo eine großflächige räumliche Erweiterung sowohl machbar als auch verhältnismäßig preisgünstig war. Die Alternative – eine grundlegende Sanierung und Modernisierung des bereits bebauten Areals – wäre für das Privatkapital ein zu kostspieliges Unterfangen gewesen und so floss das Industriekapital zunehmend in die Vororte. Dieser Abfluss von Industriekapital setzte nach der schweren Wirtschaftskrise von 1893 bis 1897 ein, gefolgt von einer beträchtlichen Abwanderung von Kapital für den Wohnungsbau. Die einzige signifikante Ausnahme von dieser Abwanderung von Baukapital waren die zentralen Geschäftsviertel der bereits etablierten Städte, wo in den 1920er Jahren in großem Stil Bürohochhäuser errichtet wurden. Wie im Folgenden gezeigt wird, wirkte sich dieser Kapitalabfluss in Richtung der mehr Ertrag versprechenden Vororte nachteilig auf die Innenstadt aus. Eine Kombination aus Vernachlässigung und einem aufgrund hoher Risiken und geringer Renditen konzertiert betriebenen Abzug von Kapital seitens der Investoren läutete eine lange Periode des Verfalls und des Ausbleibens neuer Kapitalinvestitionen in die Innenstadt ein.

Die Bodenwerte in der Innenstadt fielen im Verhältnis zum zentralen Geschäftsviertel und den Vororten. Gegen Ende der 1920er Jahre konnte Hoyt für Chicago ein neu entstandenes „Tal in der Bodenwertkurve zwischen *The Loop*[12] und den äußeren Wohngebieten“ identifizieren (siehe Abb. 1). Dieses Tal „markiert die Lage der Gebiete, wo die Gebäude meist über vierzig Jahre alt sind und die Bewohner hinsichtlich ihrer Mietzahlungsfähigkeit ganz unten rangieren“ (Hoyt 1933: 356-358). Von den 1940er bis zu den 1960er Jahren, den Jahrzehnten nachhaltiger Suburbanisierung, wurde dieses Tal in der Bodenwertkurve immer breiter und tiefer, da es weiterhin an produktiven Kapitalinvestitionen fehlte. Gegen Ende der 1960er Jahre dürfte dieses Tal in Chicago bis zu sechs Meilen breit gewesen sein (McDonald/Bowman 1979). Befunde aus anderen Städten deuten darauf hin, dass diese Kapitalentwertung und die daraus resultierende Verbreiterung des Bodenwerttals alle älteren Städte des Landes betraf (Davis 1965; Edel/Sciar 1975) und dort jene Slums und Ghettos entstehen ließ, die in den 1960er Jahren von der schon lange abgewanderten suburbanen Mittelschicht plötzlich als ‚Problem‘ ausgemacht wurden.

Eine Theorie der Gentrifizierung wird die historischen Mechanismen der Kapitalentwertung in der Innenstadt im Detail erklären und darlegen müssen, auf welche Weise genau dies profitable Reinvestitionen möglich macht. Der entscheidende Zusammenhang ist hier das Verhältnis zwischen Bodenwert und Immobilienwert. Derzeit scheinen diese beiden Begriffe

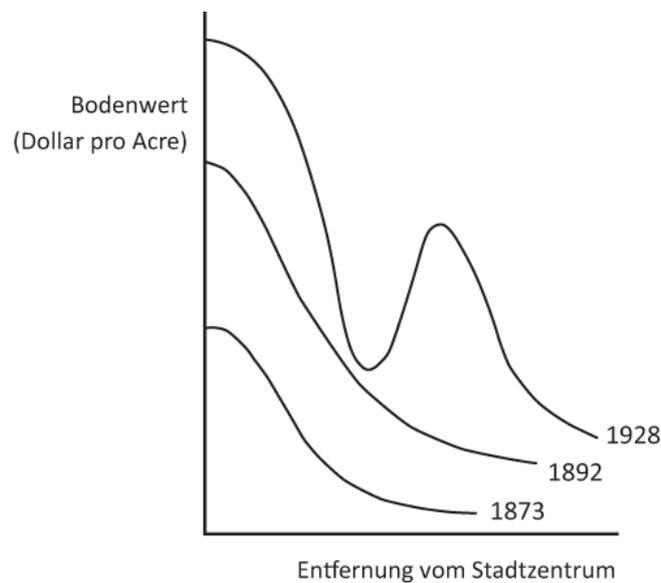


Abb. 1 Entwicklung der Bodenwerte in Chicago (nach Hoyt 1933)

allerdings nicht hinreichend ausgearbeitet. Hoyt verstand unter Bodenwert eine Mischkategorie, bestehend aus dem Preis unbebauter Grundstücke und den erwarteten zukünftigen Einnahmen aus ihrer Nutzung, wobei er die Art der künftigen Nutzung einfach voraussetzte. Der Begriff Immobilienwert hingegen bezeichnet üblicherweise den Preis, zu dem ein Gebäude verkauft wird, den Wert des Grundstücks miteingeschlossen. Um die Beziehung zwischen dem Bodenwert und dem Wert von Gebäuden präziser herauszuarbeiten, ist es daher notwendig, diese beiden Wertmaßstäbe in vier separate, aber miteinander zusammenhängende Kategorien aufzuschlüsseln. Diese vier Kategorien – Gebäudewert, Verkaufspreis, kapitalisierte Grundrente und potenzielle Grundrente – bleiben nämlich gänzlich oder partiell unbestimmt beziehungsweise ununterscheidbar, wenn man allein mit den Dachbegriffen Bodenwert und Immobilienwert operiert.

- **Gebäudewert.** In Übereinstimmung mit ihrer Betonung der Konsumentenpräferenz deutet die neoklassische Theorie Preise als das Ergebnis von Angebots- und Nachfragebedingungen. Wenn aber, wie oben angedeutet, der Wunsch nach hohen Renditen auf produktives Anlagekapital der primäre Antrieb für Gentrifizierung ist, dann sind die spezifischen Produktionskosten (und nicht nur die Menge des Endproduktes, also das Angebot) der zentrale Faktor für die Preisermittlung. Anders als in der neoklassischen Theorie wird es daher erforderlich sein, zwischen dem Wert eines Hauses und seinem Preis zu trennen. In Anlehnung an die klassische politische Ökonomie (Smith und Ricardo), und in ihrer Folge Marx, geht dieser Beitrag axiomatisch von einer Arbeitswerttheorie aus: Der Wert einer Ware bemisst sich an der für ihre Herstellung erforderlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Erst auf dem Markt wird der Wert zum Preis. Und obwohl der Preis eines Hauses seinen Wert widerspiegelt, können die beiden Größen nicht automatisch gleichgesetzt werden, da der Preis auch von Angebots- und Nachfragebedingungen beeinflusst wird. Folglich bestimmen Wertaspekte, das heißt die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeitskraft, das Niveau, um das herum sich der Preis bewegt. Bei Wohnraum ist die Situation komplexer, weil das einzelne Haus von Zeit zu Zeit wieder auf den Markt kommt, um weiterverkauft zu werden. Der Wert des Hauses wird somit auch davon

abhängen, in welchem Umfang es durch Abnutzung an Wert verliert beziehungsweise durch Aufwertung an Wert gewinnt. Letzteres ist dann der Fall, wenn zusätzliche Arbeit für Instandhaltung, Erneuerung, Ausbau und so weiter aufgewendet wird.

- *Verkaufspreis.* Was die Sache bei Wohnraum noch weiter verkompliziert, ist, dass der Verkaufspreis nicht allein den Wert des Hauses an sich abbildet, sondern auch Mieterträge berücksichtigt, da Grundstücke üblicherweise zusammen mit den darauf errichteten Strukturen verkauft werden. Hier wäre es besser, statt von Bodenwert von Grundrente zu sprechen, denn anders als ein echter Warenwert bildet der Grundstückspreis den Umfang der aufgewendeten Arbeitskraft nicht ab.
- *Grundrente und kapitalisierte Grundrente.* Die Grundrente ist ein Anspruch, den Grundeigentümer gegenüber den Nutzern ihres Grundstücks erheben. Für die Developer impliziert sie die Minderung des Mehrwerts, der auf dem Grundstück über die Errichtungskosten hinaus geschaffen wurde. Die kapitalisierte Grundrente ist die tatsächliche Menge an Grundrente, die sich der Eigentümer bei einer gegebenen Nutzung seines Grundstücks aneignet. Wenn es sich um ein Mietobjekt handelt, mit dem der Vermieter auf seinem Grund und Boden eine Dienstleistung erbringt, vermischen sich die Produktions- und Eigentumsfunktion und die Grundrente wird zu einer noch schwerer greifbaren, aber doch real existierenden Kategorie. Hier erzielt der Vermieter seine kapitalisierte Grundrente größtenteils in Form von Miet-einnahmen. Bei selbstgenutztem Wohneigentum kapitalisiert sich die Grundrente, wenn die Immobilie verkauft wird, und erscheint somit als Teil des Verkaufspreises. Ergo, Verkaufspreis = Gebäudewert + kapitalisierte Grundrente.
- *Potenzielle Grundrente.* Bei einer bestimmten Nutzung kann aus einem Grundstück beziehungsweise Quartier eine bestimmte Menge an kapitalisierter Grundrente gezogen werden. Aus Standortgründen ließe sich auf solch einer Fläche durch eine andere Art der Nutzung meist eine höhere kapitalisierte Grundrente erzielen. Die potenzielle Grundrente bezeichnet den Betrag, der kapitalisiert werden könnte, wenn die Fläche der ‚höchsten und besten Nutzung‘ zugeführt würde. Dieser Begriff ist von zentraler Bedeutung, wenn man Gentrifizierung erklären will.

Mit den genannten Konzepten lässt sich der historische Prozess umreißen, der bestimmte Viertel ‚gentrifzierungsreif‘ gemacht hat.

Kapitalentwertung in der Innenstadt

Der physische Verfall und die ökonomische Entwertung innerstädtischer Viertel sind ein absolut logisches, ‚rationales‘ Resultat dessen, wie der Grundstücks- und Wohnungsmarkt funktioniert. Das soll nicht heißen, dies sei von Natur aus so, ist doch der Markt selbst ein gesellschaftliches Produkt. Der Niedergang von Quartieren ist keineswegs unvermeidbar, sondern

„das Ergebnis identifizierbarer privater und öffentlicher Investitionsentscheidungen. [...] Auch wenn es keinen Napoleon gibt, der die

Macht hat, über das Schicksal eines Viertels zu bestimmen, verfügen die Investitions- und Entwicklungsakteure der Immobilienbranche über genügend Kontrolle und sind [als Akteursgruppe, Anm. d. Übers.] hinreichend handlungsfähig, um nicht nur zu reagieren, sondern mit ihren Entscheidungen das Marktgeschehen faktisch zu gestalten.“ (Bradford/Rubinowitz 1979: 79)

Was folgt, ist ein recht schematischer Versuch, den historischen Niedergang innerstädtischer Viertel anhand der beteiligten Institutionen, Akteure und ökonomischen Kräfte zu erklären. Hierfür gilt es, einige ins Auge springende Prozesse zu identifizieren, die für die verschiedenen Phasen des Niedergangs charakteristisch sind, ohne jedoch behaupten zu wollen, dass dies in jedem Fall genau so abläuft. Die tagtäglichen Dynamiken des Niedergangs sind komplex und wurden an anderer Stelle sehr detailliert untersucht, insbesondere hinsichtlich der Beziehung zwischen Vermietern und Mietern (Stegman 1972). Was dieses Schema jedoch leisten soll, ist, einen allgemeinen Erklärungsrahmen zu bieten, mit dem sich für jedes Quartier nachvollziehen lässt, was dort konkret passiert. Die Ausgangsvermutung ist, dass die betroffenen Nachbarschaften hinsichtlich Alter und Beschaffenheit der Wohngebäude relativ homogen sind, was auf Quartiere, die Sanierung erfahren, in der Tat zuzutreffen pflegt.

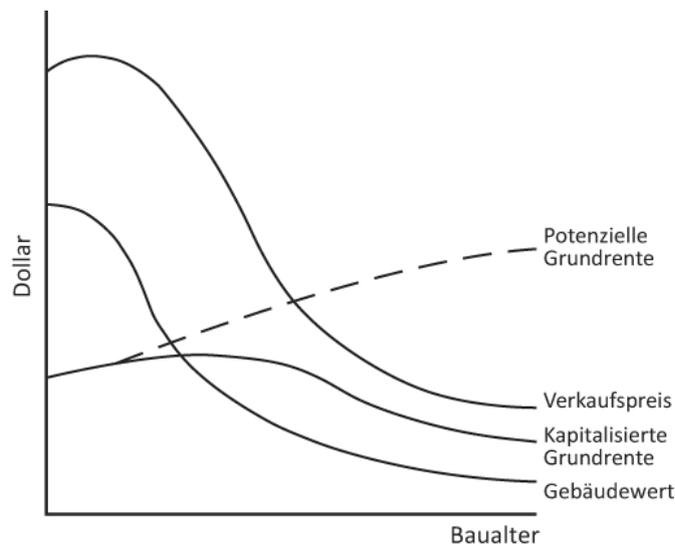
1. *Neubau und erster Nutzungszyklus.* In einem Neubauquartier spiegelt der Preis einer Immobilie den Wert des Bauwerks und der Erschließungsmaßnahmen plus die höhere Grundrente, die sich der vorherige Grundstückbesitzer aneignet. Im Verlauf des ersten Nutzungszyklus wird die Grundrente in der Regel ansteigen, während sich die Stadt weiter ausdehnt, und der Gebäudewert wird, wenn überhaupt, nur sehr langsam zu sinken beginnen. Folglich steigt der Verkaufspreis. Aber über kurz oder lang setzt der kontinuierliche Wertverlust des Hauses ein, und zwar aus drei Gründen: Steigerung der Arbeitsproduktivität, stilistische Veralterung und physische Abnutzung. Die gesteigerte Arbeitsproduktivität ist vor allem das Ergebnis technologischer Innovation und einer veränderten Organisation des Arbeitsprozesses. Diese Fortschritte erlauben es, ein vergleichbares Bauwerk zu einem niedrigeren Wert zu errichten als es sonst möglich gewesen wäre. Vorgefertigte Bauten und die industrielle Fertigung von Bauteilen allgemein (statt des Bauens in situ) sind die jüngsten Beispiele hierfür. Stilistische Veralterung als Triebfeder für die kontinuierliche Wertminderung ist auf dem Immobilienmarkt sekundär und kann mitunter auch zu einem Wertzuwachs führen, da viele alte Baustile heute begehrter sind als die neuen. Physische Abnutzung wirkt sich auch auf den Wert von Wohnraum aus. Hier muss allerdings unterschieden werden: Geht es um die regelmäßig durchzuführenden werterhaltenden Schönheitsreparaturen (z. B. Neuanstrich von Türen und Fensterrahmen, Innenrenovierung), um größere Reparaturen, die seltener, aber mit höheren Kosten verbunden sind (z. B. Austausch der elektrischen oder Rohrleitungen) oder um bauliche Instandsetzung, ohne die das Gebäude verfällt (z. B. Erneuerung des Dachs, Austausch schwammbefallener Dielen). In der Wertminderung einer Immobilie nach einem Nutzungszyklus spiegelt sich, dass nicht mehr allein die

turnusmäßigen Schönheitsreparaturen anstehen, sondern auch eine Reihe größerer Reparaturmaßnahmen, die erhebliche Investitionen erfordern. Diese Wertminderung führt nun dazu, dass der Preis im Verhältnis zu Neubauten sinkt, aber das Ausmaß dieser Preisminderung wird davon abhängen, inwieweit sich in der Zwischenzeit auch die Grundrente verändert hat.

2. *Selbstnutzung versus Vermietung.* Zweifellos gelingt es den Bewohnern vieler Quartiere, größere Reparaturen durchzuführen und den Wert des Wohnraums in ihrer Gegend zu erhalten oder gar zu steigern. Diese Quartiere bleiben stabil. Ebenso offensichtlich gibt es Eigenheimviertel, die eine erste Wertminderung erfahren. Im Wissen, dass ohne Reparaturen der Verfall einsetzt, werden Hausbesitzer vermutlich eher verkaufen und sich ein neueres Objekt suchen, in dem ihr Geld sicherer angelegt ist. An diesem Punkt, nach einem ersten oder zweiten Nutzungszyklus, besteht die Tendenz, dass sich das Viertel zu einer Mietergegend wandelt, es sei denn, Reparaturmaßnahmen werden durchgeführt. Und da Vermieter Gebäude zu anderen Zwecken nutzen als Eigenheimbewohner, wird sich folglich ein anderes Instandhaltungsmuster ergeben. Auf dem Immobilienmarkt sind Eigenheimbewohner zugleich Konsumenten wie auch Investoren. Als Letztere erzielen sie ihre Rendite primär dadurch, dass der Verkaufspreis über dem ursprünglichen Kaufpreis liegt. Der Vermieter hingegen bezieht seine Rendite vor allem in Form von Miete und mag unter bestimmten Bedingungen einen geringeren Anreiz für Reparaturen haben, so lange sich noch Miete einstreichen lässt. Das soll nicht heißen, dass mangelhafte Instandhaltung ihres Eigentums für Vermieter typisch ist. Neuere Wohnkomplexe und sogar Altbauwohnungen, die stark nachgefragt sind, können sehr gut gepflegt sein. Allerdings ist, worauf Ira Lowry hingewiesen hat, „mangelnde Instandhaltung eine überaus vernünftige Reaktion eines Vermieters auf einen rückläufigen Markt“ (1960: 367). Und da die Umstellung von Selbstnutzung auf Vermietung in der Regel mit einem rückläufigen Markt einhergeht, ist ein gewisses Maß an mangelnder Instandhaltung erwartbar.

Durch mangelhafte Instandhaltung lässt sich ein Kapitalüberschuss erwirtschaften, der anderswo investiert werden kann. Sei es, dass er in andere innerstädtische Immobilien investiert wird, dem Kapital der Developer in die Vororte folgt oder in einen anderen Wirtschaftszweig fließt. Dauert die mangelhafte Instandhaltung in einem Quartier jedoch an, mag es für Vermieter schwierig werden, ihr Eigentum zu verkaufen, vor allem, weil die größeren Kreditinstitute dann eine geringere Bereitschaft zur Kreditfinanzierung an den Tag legen werden. Verkäufe werden seltener und für den Vermieter teurer. Folglich sinkt der Anreiz, in die Gegend zu investieren, auf das Minimum, um den Ertragsfluss auf dem bestehenden Niveau zu halten. Dieses Muster des Niedergangs lässt sich wohl nur dann umkehren, wenn es zu einem Mangel an hochwertigem Wohnraum kommt, sodass Mieten erhöht werden können und sich bessere Instandhaltung lohnt. Anderenfalls dürfte es eher zu einem Nettokapitalabfluss aus dem Viertel kommen, der zunächst nur gering sein wird, da es für die Vermieter immer noch erhebliche

Abb. 2 Der Wertminderungszyklus innerstädtischer Quartiere



Investitionen zu schützen gilt. Unter diesen Bedingungen wird es für den einzelnen Vermieter beziehungsweise Eigentümer sehr schwer, sich dem Niedergang entgegenzustemmen. Die Gebäudewerte fallen und das Niveau der kapitalisierten Grundrente sinkt in dieser Gegend unter das der potenziellen Grundrente (siehe Abb. 2). Ein Vermieter, der sein Eigentum gut instandgehalten hat, wäre nun gezwungen, mehr als die ortsübliche Durchschnittsmiete zu verlangen, könnte aber kaum darauf hoffen, überdurchschnittlich zahlungskräftige Mieter zu finden, mittels derer sich die volle Grundrente kapitalisieren ließe. Dies ist der berühmte ‚Nachbarschaftseffekt‘, der sich hier in der Mietenstruktur abbildet.

3. *Blockbusting und blow out*. Manche Viertel werden der Umwandlung in Mieterquartiere auch entgehen. Dort bleibt die Lage vermutlich relativ stabil oder der Niedergang verläuft sanfter. Im letzteren Fall wäre es selbstgenutztes Wohneigentum, das schlecht instandgehalten wird, allerdings zumeist aufgrund finanzieller Engpässe und nicht als Marktstrategie. Durch sogenanntes *blockbusting* (das gezielte ‚Aufsprengen‘ eines Quartiers, Anm. d. Übers.) lässt sich der Niedergang beschleunigen: Hier machen sich Immobilienmakler rassistische Ressentiments zunutze, indem sie in weißen Stadtvierteln, die von sinkenden Verkaufspreisen betroffen sind, Häuser relativ günstig ankaufen und dann mit einem beträchtlichen Aufschlag an schwarze Familien weiterveräußern (welche vielfach den drängenden Wunsch haben, auch einmal ein Eigenheim zu besitzen). Laurenti (1960) zufolge sind die Immobilienpreise in der Regel bereits rückläufig, bevor es zum *blockbusting* kommt, und beginnen nicht erst zu fallen, weil nun die Hautfarbe der Hauseigentümer eine andere ist. Ist das Viertel jedoch erst einmal ‚aufgesprengt‘, ist ein weiteres Sinken der Gebäudewerte wahrscheinlich, da die zugezogenen Familien infolge der überhöhten Kaufpreise wenig Mittel für Instandhaltung und Hypothekenzahlungen zur Verfügung haben. *Blow out* ist ein ähnlicher Prozess, der aber ohne die tätige Mitwirkung von Immobilienmaklern auskommt. In ihrer Beschreibung dieses Prozesses, wie er während der 1960er Jahre auf dem Baltimorer Wohnungsmarkt zu beobachten war, verweisen Harvey et al. (1972; siehe auch Harvey 1973: 173) auf die Ausbreitung innerstädtischer Slums – die Verbreiterung des Bodenwerttals –, wodurch

die an ihrem Rand angrenzenden, bislang intakten Quartiere zwischen dem Slum und den weiter außerhalb liegenden, sicheren Wohnenklaven der oberen Mittelschicht eingekeilt wurden. So eingekeilt, werden die selbstnutzenden Bewohner eines ganzen Viertels sehr wahrscheinlich ihre Eigenheime verkaufen und in den suburbanen Raum fliehen. Die Käufer sind häufig keine Selbstnutzer, sondern wollen vermieten.

4. *Redlining*. Der mangelnden Instandhaltung folgt ein aktiverer Investitionsabbau, da das Kapital weiter an Wert und das Objekt für den Vermieter an ökonomischer Relevanz verliert. Gebäudewert und kapitalisierte Grundrente fallen, was wiederum die Verkaufspreise noch weiter sinken lässt. Begleitet wird die Desinvestition seitens der Eigentümer von einer ebenso ‚rationalen‘ Desinvestition seitens der Finanzinstitute, die keine Hypothekendarlehen mehr in das Viertel vergeben. Größere Geldinstitute, die Darlehen mit geringerem Eigenkapitalanteil und zu niedrigeren Zinsen anbieten, stellen fest, dass sich im suburbanen Raum, wo die Wahrscheinlichkeit einer Zwangsversteigerung kleiner und das Risiko sinkender Immobilienwerte geringer ist, höhere Renditen erzielen lassen. An die Stelle der großen Finanzinstitute treten in der Innenstadt zunächst kleinere, oft örtliche Institute, die auf Risikofinanzierung spezialisiert sind. Wenn ein Quartier von den größeren Instituten ‚mit einer roten Linie‘[13] markiert, das heißt auf eine Art schwarze Liste gesetzt wurde, können auch von der Federal Housing Administration (FHA)[14] abgesicherte Kredite dort hinfließen. Obwohl sie Niedergang eigentlich verhindern sollen, haben FHA-Kredite sich oft als ineffektiv erwiesen und trugen manchenorts sogar zum Niedergang bei (Bradford/Rubinowitz 1975: 82). Die Kredite ermöglichen, dass Immobilien den Besitzer wechseln, aber bieten kaum Anreize, in Instandhaltung zu investieren, und so geht der Niedergang einfach nur reibungsloser vonstatten. Schließlich weigern sich auch mittelgroße und Kleininvestoren sowie Hypothekenversicherungen, das Viertel weiter zu bedienen.

Vandalismus beschleunigt den Wertverfall noch weiter und wird vor allem dann zum Problem, wenn Immobilien zwischen Mietverhältnissen zeitweise leer stehen (Stegman 1972: 60). Aber auch bewohnte Gebäude können davon betroffen sein, insbesondere, wenn sie schlecht instandgehalten oder systematisch ‚ausgepresst‘ werden. In diesem Stadium ist es gängige Praxis, Gebäude neu aufzuteilen, um mehr Mieteinheiten zu schaffen. Dadurch, so hofft der Vermieter, lässt sich das Gebäude während der noch verbleibenden Jahre intensiver (und rentabler) nutzen. Aber irgendwann wird er seine Investitionen vollständig zurückfahren, Reparaturen verweigern und nur noch die Ausgaben tätigen – und das oft auch nur sporadisch –, die er tätigen muss, damit das Haus weiterhin Miete abwirft.

5. *Leerstand*. Wenn Vermieter nicht mehr genug Miete einstreichen können, um die notwendigen Ausgaben (Betriebskosten und Steuern) zu decken, werden Häuser dem Leerstand und Verfall überlassen. Dieses Phänomen betrifft das gesamte Quartier, nicht nur einzelne Objekte in einer ansonsten stabilen Umgebung. Viele aufgegebenen Häuser sind baulich durchaus intakt und dies erscheint paradox. Gebäude werden jedoch nicht leer stehen gelassen, weil sie nicht mehr nutzbar sind, sondern, weil sie nicht

profitabel genutzt werden können. Die letztendliche Aufgabe des Hauses kann ganz unterschiedliche Auslöser (aber nicht Ursachen) haben, die strikte Durchsetzung der Bauordnung seitens der städtischen Bauaufsicht miteingeschlossen. In diesem Stadium des Verfalls besteht für Vermieter auch ein gewisser Anreiz, ihr Hauseigentum durch Brandstiftung zu zerstören und die beträchtliche Versicherungssumme zu kassieren.

Gentrifizierung: Die Ertragslücke

Der im obigen Abschnitt zusammenfassend dargelegte Prozess wird gemeinhin, aber irreführenderweise als ‚Sickereffekt‘ (*filtering*) bezeichnet. Dabei handelt es sich um einen auf dem Wohnungsmarkt verbreiteten Vorgang, der in vielen Quartieren zu beobachten, aber keineswegs universell ist.[15] Hier miteinbezogen wurde dieser Prozess, gerade weil er fast immer der Gentrifizierung vorausgeht, auch wenn er dafür nicht in all seinen Facetten auftreten muss. Ebenso wenig sollte der beschriebene Niedergang als unausweichlich angesehen werden. Wie Lowry ganz richtig betont, ist der Sickereffekt nicht einfach dem „unerbittlichen Lauf der Zeit“ geschuldet, sondern Ergebnis „menschlichen Handelns“ (1960: 370). Im vorigen Abschnitt wurden einige dieser Akteure benannt, ebenso die Marktkräfte, auf die sie reagieren und die sie gleichzeitig selbst mit hervorbringen. Zudem wurde gezeigt, dass der dem Sickereffekt zugrunde liegende objektive Mechanismus in der Entwertung und im Preisverfall des in innerstädtische Wohngebiete investierten Kapitals besteht. Dieser Wertverlust erzeugt die objektiven ökonomischen Bedingungen, unter denen *Wiederaufwertung des Kapitals* (Gentrifizierung) zu einer ‚rationalen‘ Reaktion des Marktes wird. Von elementarer Bedeutung ist hier das, was ich als Ertragslücke bezeichne.

Die Ertragslücke ist die Kluft zwischen der potenziellen Grundrente und dem Betrag, der sich aus der bestehenden Nutzung des Grundstücks tatsächlich kapitalisieren lässt (siehe Abb. 2). Beim Sickereffekt entsteht die Ertragslücke vor allem durch Kapitalentwertung, wodurch sich der Anteil der kapitalisierbaren Grundrente verringert, sowie durch die fortschreitende Stadtentwicklung und -erweiterung, die historisch zum Anstieg der in Innenstadtlagen potenziell erzielbaren Grundrente geführt haben. Das Tal, das Hoyt 1928 bei seiner Ermittlung der Bodenwerte nachgewiesen hat, lässt sich nun zu einem guten Teil als eben diese Ertragslücke erklären. Nur wenn diese Lücke entsteht, ist auch mit Umbau zu rechnen, denn wenn sich die Grundrente durch die bestehende Nutzung vollständig oder weitestgehend kapitalisieren ließe, brächte Umbau kaum ökonomische Vorteile. Während Sickereffekt und Niedergang des Viertels voranschreiten, vergrößert sich auch die Ertragslücke. Gentrifizierung setzt dann ein, wenn die Lücke so groß geworden ist, dass Developer Häuser billig kaufen, die Baukosten für Sanierungsmaßnahmen sowie Hypotheken- und Baukreditzinsen tragen und das Endprodukt für einen Preis weiterverkaufen können, der ihnen eine zufriedenstellende Rendite einbringt. Nun lässt sich die gesamte Grundrente – oder ein großer Teil davon – kapitalisieren. Das Quartier wurde ‚recycelt‘ und ein neuer Nutzungszyklus beginnt.

Sobald die Ertragslücke groß genug ist, kommen verschiedene Akteure auf dem Grundstücks- und Immobilienmarkt infrage, um den

Gentrifizierungsprozess in dem betreffenden Viertel in Gang zu setzen. Und hier kommen wir wieder auf das Verhältnis zwischen Produktion und Konsum zurück, denn es gibt überzeugende empirische Belege dafür, dass der Prozess nicht dadurch ausgelöst wird, dass individuelle Konsumenten ihre von neoklassischen Ökonomen so hoch geschätzten Präferenzen ausleben, sondern durch irgendeine Form des kollektiven sozialen Handelns[16] auf Quartiersebene. Beispielsweise wurden die meisten, wenn nicht gar alle frühen Programme staatlich initiiert, und obwohl der Staat heute eine geringere Rolle spielt, ist er noch immer ein wichtiger Akteur. Heute, in Zeiten der privatwirtschaftlich getragenen Gentrifizierung, ist es eher so, dass ein oder mehrere Finanzinstitute ein jahrelang ‚rot markiertes‘ Viertel von der Negativliste streichen und als potenziellen Markt für Bau- und Hypothekenkredite ins Auge fassen. Alle Konsumentenpräferenzen der Welt bewirken nichts, sofern diese lang ausgetrocknete Geldquelle nicht wieder zu sprudeln beginnt. Hypothekenkapital ist eine Grundvoraussetzung.

Natürlich muss dieses Hypothekenkapital auch von willigen Konsumenten, die die eine oder andere Präferenz zum Ausdruck bringen, als Kredit aufgenommen werden. Voraussetzung sind diese Präferenzen aber nicht, da sie, wie oben gezeigt, gesellschaftlich erzeugt werden können. Zusammen mit den Finanzinstituten agieren professionelle Developer als die kollektiven Initiatoren, die Gentrifizierung in Gang setzen. Ein Developer erwirbt einen beträchtlichen Teil der Immobilien in einem Quartier, saniert sie und verkauft sie dann gewinnbringend weiter. Die einzige signifikante Ausnahme zu dieser Dominanz kollektiven Handelns sind Viertel, die an bereits gentrifizierte Gegenden angrenzen. Dort kann der initiale Impuls zur Sanierung in der Tat von einzelnen Gentrifizierern ausgehen. Ihre Entscheidung, ebenfalls zu sanieren, ist durch den Erfolg im Nachbarquartier motiviert, was allerdings voraussetzt, dass sie tatsächlich an erster Stelle eine lohnende Geldinvestition im Sinn haben. Und auch sie benötigen erst einmal Hypothekenkapital von willigen Geldgebern.

Die bei der Wiederverwertung von Quartieren üblicherweise in Erscheinung tretenden Developer lassen sich in drei Kategorien einteilen: (a) professionelle Entwickler, die Immobilien ankaufen, sanieren und mit Gewinn weiterverkaufen, (b) Selbstnutzer, die Wohneigentum erwerben und sanieren, um es anschließend auch zu bewohnen und (c) Eigentümer, die ihre Immobilie nach der Sanierung vermieten wollen.[17] Professionelle Developer erzielen ihre Kapitalrendite aus dem Weiterverkaufspreis, Vermieter über die Mieteinnahmen. Die Rendite aus dem Verkauf beinhaltet zwei getrennte Formen des Gewinns: Die Kapitalisierung einer höheren Grundrente und den Ertrag aus der Investition von Produktivkapital (nicht zu verwechseln mit dem Profit des Bauunternehmens) (siehe Smith 1979). Professionelle Projektentwickler und sanierende Vermieter spielen eine wichtige Rolle – im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung waren sie in Society Hill mit Abstand in der Überzahl –, aber wenn es um Sanierung geht, sind selbstnutzende Eigentümer aktiver engagiert als in allen anderen Bereichen des Wohnungsbaus. Dies liegt womöglich primär im Wesen der Gentrifizierung selbst begründet sowie in den oben diskutierten Charakteristika von Investitionen in die gebaute Umwelt. Wie Sanierung findet auch Umbau dort statt, wo sich eine Ertragslücke aufgetan hat, aber im Fall von Umbau sind die maroden

Bestände entweder zu baufällig oder die noch stehenden Gebäude lassen sich keiner neuen Nutzung zuführen. Während sich die technischen und räumlichen Anforderungen an Industrie- und Gewerbebauten über die letzten 100 Jahre hinweg grundlegend geändert haben, gilt dies für Wohnbauten nicht und baulich intakte Stadthäuser sind, sofern die ökonomischen Bedingungen stimmen, durchaus noch nutzbar. Da aber die Grundstücke bereits bebaut sind und ein komplexes Geflecht an Eigentumsrechten besteht, ist es für professionelle Developer schwer, hinreichend viele Grundstücke und Immobilien zusammenzutragen, damit sich das Engagement lohnt. Sogar Eigentümer, die weitervermieten wollen, neigen dazu, mehrere Objekte gleichzeitig oder nacheinander zu sanieren. Durch die fragmentierte Struktur von Immobilienbesitz wurde der selbstnutzende Eigentümer, so unzulänglich er als Akteur in der Baubranche meist auch agieren mag, zum probaten Vehikel, um entwertete Quartiere der Wiederverwertung zuzuführen.

So gesehen ist Gentrifizierung kein Zufallsereignis oder die unerklärliche Umkehrung irgendeines unausweichlichen Sickereffekts. Im Gegenteil, sie ist erwartbar. Zusammen mit dem Anwachsen der Städte während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat die Kapitalentwertung in Innenstadtquartieren aus dem 19. Jahrhundert die Bedingungen geschaffen, unter denen lukrative Neuinvestitionen möglich sind. Wenn diese Ertragslückentheorie der Gentrifizierung zutrifft, dann wäre davon auszugehen, dass Sanierung dort ihren Ausgang genommen hat, wo die Lücke am größten war und die höchste Rendite winkte, das heißt in besonders innenstadtnahen Quartieren und da, wo das Ende der Wertverlustkette bereits mehr oder weniger erreicht war. Empirisch scheint dies der Fall gewesen zu sein. Die Theorie legt auch den Schluss nahe, dass nach Sanierung dieser ersten Gebiete andere Gegenden ausfindig gemacht werden, die zwar geringere, aber immer noch ordentliche Rendite versprechen. Dies betreffe Quartiere, die weiter vom Stadtzentrum entfernt sind beziehungsweise deren Niedergang noch nicht so weit fortgeschritten ist. In Philadelphia wurden folglich die Viertel Fairmount und Queen Village zu den neuen ‚Hotspots‘ (Cybriwsky 1978; Levy 1978) und die von der Stadt verfolgte Auswahlstrategie für die Zuweisung von Bundesmitteln lässt vermuten, dass Teile von North Philadelphia die nächsten Sanierungskandidaten sein werden.

Erwähnenswert ist die Rolle des Staates bei früheren Sanierungsprogrammen. Indem er Immobilien zum Verkehrswert zusammentrug und den Developern zum niedrigeren Schätzwert überließ, vollzog der Staat die letzte Phase der Kapitalentwertung und übernahm die Kosten dafür. Dadurch gewährleistete er, dass die Developer jene hohen Renditen einstreichen konnten, ohne die keine Sanierung durchgeführt würde. Heute, wo der Staat weniger aktiv in den Prozess involviert ist, sind die Developer definitiv in der Lage, die Kosten der Entwertung noch nicht vollständig wertgeminderten Kapitals selbst zu tragen. Das heißt, sie können relativ hohe Preise für zu sanierende Immobilien bezahlen und erzielen immer noch eine ordentliche Rendite. Dem Staat scheint es also gelungen zu sein, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine privatwirtschaftlich getragene Stadterneuerung ankurbeln.

Zusammengefasst besagt die Ertragslückentheorie, dass Gentrifizierung ein strukturelles Produkt des Grundstücks- und Wohnungsmarktes ist.

Kapital fließt dorthin, wo die Investition am rentabelsten ist, und der Abfluss von Kapital in den suburbanen Raum erzeugt zusammen mit dem fortlaufenden Wertverlust innerstädtischen Kapitals letzten Endes die Ertragslücke. Ist diese Lücke ausreichend groß geworden, kann Sanierung (und übrigens auch Umbau) mit den anderswo erzielbaren Renditen konkurrieren und das Kapital fließt zurück.

Fazit

Entgegen der herkömmlichen Auffassung zeigt Gentrifizierung, dass die Wohnformen der Mittel- und Oberschicht auch mit intensiver Flächennutzung einhergehen können. Wie intensiv, das ist allerdings noch unklar. Es gibt deutliche Belege dafür, dass die einst steil ansteigende Bodenwertkurve (siehe Abb. 1) abflacht (Yeates 1965; Edel/Sclar 1975), und wenn dem so ist, mag die potenzielle Grundrente in innerstädtischen Quartieren tatsächlich gefallen sein, vermutlich aufgrund effizienter Verkehrsanbindungen an den suburbanen Raum und wegen der maßlos überfüllten Stadtzentren. Wie sich dies auf Gentrifizierung auswirken könnte oder auf die Neuansiedlung von Gewerbe und Freizeitangeboten, die in manchen Städten ebenfalls zu beobachten ist, sollte Gegenstand weiterer Forschung sein. Eine andere empirisch zu untersuchende Frage ist, in welchem Umfang die Kapitalentwertung in einer Gegend vorangeschritten sein muss, bevor es zu Gentrifizierung kommen kann. All das beruht auf der Annahme, die Ertragslücke ergebe sich primär aus dem Sickerereffekt, und während dies in den USA sicherlich zutrifft, mag dem anderswo nicht so sein. Obgleich Kapitalentwertung und Sickerereffekt der Gentrifizierung im Londoner Stadtteil Islington den Weg ebneten (Pitt 1977), ist nicht davon auszugehen, dass dies für den britischen Wohnungsmarkt, wo Wohnraum für die Arbeiterschicht viel eher in kommunaler als in privater Regie geschaffen wird, insgesamt gilt. In diesem Falle könnte es sein, dass die infolge von Stadterweiterung und -entwicklung steigenden Grundrenten weit ausschlaggebender sind, um die Entstehung der Ertragslücke zu erklären.

Gentrifizierung ist in der Tat eine Bewegung zurück in die Innenstadt, aber eher eine des Kapitals als eine der Menschen. Bislang stammen diejenigen, die sich diesen Kapitalrückfluss zunutze machen, immer noch aus der Stadt selbst. Wenn die Stadt weiterhin Produktivkapital anzieht (sei es für Wohnungsbau oder für andere Bauvorhaben), dann könnten wir zu Zeugen einer grundlegenden, der Suburbanisierung vergleichbaren Umgestaltung des städtischen Raums werden. Dann hätten wir es tatsächlich auch mit einer Bewegung von Menschen zurück in die Innenstadt zu tun – das heißt, mit Angehörigen der Mittel- und Oberschicht, die wieder in die Stadt ziehen, während Arbeiterschicht und Arme in grausam ironischer Fortsetzung des Sickerereffekts die alten, verfallenden *suburbs* übernehmen. Sie säßen dann nicht mehr in der Innenstadt fest, sondern in *suburbia*. Wie schon in der Diskussion um Suburbanisierung hervorgehoben wurde, sind Investitionen in die gebaute Umwelt ein wesentliches Mittel zur Kapitalakkumulation. Dieser Prozess ist zyklischer Natur und neue Investitionszyklen gehen aufgrund der langen Lebensdauer und Gebundenheit solcher Investitionen häufig mit Krisen und einer Verlagerung des Schauplatzes der Akkumulation

einher (Harvey 1978). In diesem Kontext gesehen könnten Gentrifizierung und andere Formen der urbanen Renaissance die Vorboten (aber keinesfalls die Ursache) einer größeren räumlichen Umstrukturierung darstellen. Ein Szenario besagt, diese Umstrukturierung werde gemäß den Bedürfnissen des Kapitals erfolgen – eine Neuausrichtung der Mittelschichtkultur könne zwar mit ihr einhergehen und sie beeinflussen, sei aber zweitrangig. Einem anderen Szenario zufolge könnten die Bedürfnisse des Kapitals systematisch außer Kraft gesetzt und als Organisationsprinzip der räumlichen Umstrukturierung von den sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedürfnissen der Menschen abgelöst werden.

Anmerkung des Autors: Eine frühere Version dieses Beitrags wurde am 25. April 1979 auf der Jahreskonferenz der Association of American Geographers in Philadelphia vorgestellt. Mein besonderer Dank gilt Michele LeFavre für die kritische Lektüre des Artikels.

Übersetzung aus dem Englischen von Andrea Tönjes und Stephan Elkins für SocioTrans – Social Science Translation & Editing

Endnoten

- [1] Der Text erschien 1979 im englischen Original „Toward a Theory of Gentrification. A Back to the City Movement by Capital, not People“ im Journal of the American Planning Association (45, 4: 538-548). Wir danken dem Journal of the American Planning Association für die freundliche Genehmigung für die Veröffentlichung der deutschen Übersetzung.
- [2] Gentrifizierung bezeichnet einen Prozess, im Zuge dessen Arbeiterviertel mittels Sanierung des örtlichen Wohnungsbestandes in Mittelschichtsquartiere umgewandelt werden.
- [3] Um den Originaltext möglichst unverändert wiederzugeben bzw. Schwierigkeiten in der Übersetzung des Textes zu vermeiden, wurde in der vorliegenden Übersetzung entgegen der sonstigen Politik der Zeitschrift auf geschlechtsneutrale bzw. -inklusive Formulierungen verzichtet (Anm. d. Red.).
- [4] Alle Literaturzitate sind aus dem Englischen übersetzt (Anm. d. Übers.).
- [5] Der Umstand, dass diese frühen Projekte erheblicher staatlicher Initiative und Subventionen bedurften, schloss nicht aus, sie unter Verweis auf Konsumentenpräferenzen zu erklären. In Philadelphia beispielsweise brachte die Organisation Greater Philadelphia Movement (GPM) (ein Zusammenschluss lokaler Unternehmen gegen Korruption und Misswirtschaft in der Stadtverwaltung, Anm. d. Übers.) die Politik dazu, den Stadterneuerungsplan für Society Hill umzusetzen, und behauptete stets, der Ruf nach Sanierung sei zwar allgegenwärtig, der finanzielle Aufwand und das Risiko für Privatkapital bzw. Privatpersonen aber zu hoch. Es liege in der Verantwortung des Staates, so ihr Argument, die geltenden Bundesgesetze anzuwenden, um das Projekt zu subventionieren und dadurch Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Dies diene dem Gemeinwohl der Gesellschaft insgesamt. Zur Rolle des GPM in Society Hill siehe Adde (1969: 33 ff.). Für diesen Beitrag unterscheide ich zwischen Gentrifizierung und Stadterneuerung nicht anhand der Frage, ob der Prozess öffentlich oder privat finanziert ist, sondern anhand dessen, ob es sich um Sanierungsmaßnahmen oder rein um Neubau handelt. Wie aus dem Hauptargument des Artikels deutlich werden sollte, stellen öffentliche und private Finanzierung (in diesem Kontext) lediglich zwei unterschiedliche Mechanismen zur Durchführung des einen maßgeblichen Prozesses dar.
- [6] Das Ribicoff-Komitee war ein Senatsausschuss unter Vorsitz des demokratischen Senators Abraham A. Ribicoff (Anmerkung d. Übers.).

- [7] Als suburbaner Raum bzw. *suburbia* sind hier Gebiete bezeichnet, die außerhalb der gegenwärtigen Stadtgrenzen, aber innerhalb des statistisch definierten Ballungsgebietes (SMSA – Standard Metropolitan Statistical Area; Anm. d. Übers.) liegen. Die älteren Vororte, die infolge von Eingemeindung heute innerhalb der Stadtgrenzen liegen, werden daher als Teile der Stadt behandelt. Diese Definition ist hier gerechtfertigt, weil eines der Hauptargumente, die für Gentrifizierung ins Feld geführt werden, lautet, dass sie der Stadt zusätzliche Steuereinnahmen bringe. Ganz offensichtlich fließen die Steuern aus den eingemeindeten Vororten ja bereits an die Stadt.
- [8] Diese Art der Konsolidierung mag sich (auch; Anm. d. Übers.) in anderen Städten gezeigt haben. Einige der von Lipton (1977) untersuchten Städte wiesen eine ähnliche Konsolidierung auf.
- [9] Für die weitere Diskussion im transatlantischen Vergleich siehe Smith (1979).
- [10] Werbung ist ein elementares Mittel um Nachfrage zu erzeugen. In Society Hill hat die Old Philadelphia Development Corporation einen Madison Avenue Fachmann engagiert um das Projekt zu bewerben (Old Philadelphia Development Corporation 1970).
- [11] Natürlich setzt der Staat der Verfügungsgewalt der Eigentümer über ihren Grund und Boden merkliche Grenzen (durch Flächennutzungspläne, Enteignung für öffentliche Zwecke und andere staatliche Regulierungen), aber in Nordamerika und Europa sind diese Einschränkungen kaum mehr als kosmetischer Natur. Innerhalb dieser Grenzen funktioniert der Immobilienmarkt weiterhin recht ungehindert.
- [12] ‚The Loop‘ ist die lokal gebräuchliche Bezeichnung für das zentrale Geschäftsviertel der Chicagoer Innenstadt (Anmerkung d. Übers.).
- [13] Beim *redlining* werden Quartiere tatsächlich auf dem Stadtplan rot umrandet (Anmerkung d. Übers.).
- [14] Die Federal Housing Administration ist eine nachgeordnete Behörde des U.S. Department of Housing and Urban Development, die Gelder für Hausbau und Erwerb zur Verfügung stellt. Das im Zuge des New Deal 1934 eingeführte Programm soll es auch Haushalten mit geringerem Einkommen ermöglichen, ein Eigenheim zu besitzen (Anmerkung d. Übers.).
- [15] Die Annahme eines Sickereffekts ist in heutigen Debatten zu Wohnungsmarkt und -politik weit verbreitet. Neoklassische Ökonomen nehmen an, dass die Bereitstellung teurer Wohnungen im oberen Preissegment auch die Versorgung von einkommensschwachen Haushalten verbessert. Durch das zusätzliche Angebot teurer Wohnungen soll der Preis in den bisher teuersten Segmenten des Markts sinken und damit der positive Effekt der Angebotsausweitung durch den Markt ‚sichern‘. Dieser Theorieansatz wird von der kritischen Wohnungsforschung seit langem stark kritisiert (siehe etwa Krätke, Stefan (1995): *Stadt - Raum - Ökonomie: Einführung in Aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*. Basel: Birkhäuser Verlag). Smith bezieht sich in seiner Ausführung auf Lowry (1960), der eine sehr spezifische Definition des Sickereffekts ausführt. Er bezeichnet ihn als die veränderte, relative Position einer Wohnungseinheit in Bezug auf ihre Miete bzw. ihren Preis in der Gesamtverteilung aller Wohneinheiten in einer Nachbarschaft. (Anm. d. Red.)
- [16] Unter ‚kollektivem sozialen Handeln‘ verstehe ich schlicht Handlungen, die nicht vom Einzelnen allein, sondern zusammenwirkend und gleichzeitig vollzogen werden.
- [17] Dass ich Spekulanten nicht berücksichtigt habe, hat den offensichtlichen Grund, dass sie kein produktives Kapital investieren. Sie kaufen lediglich Immobilien in der Hoffnung, sie zu einem höheren Preis an Developer weiterverkaufen zu können. Spekulanten tragen somit nicht zur urbanen Umstrukturierung bei.

Autor_innen

Neil Smith war Stadtgeograph und forschte unter anderem zu ungleicher Entwicklung, zur Sozialkonstruktion von Natur und zu Gentrifizierungsprozessen.

Literatur

- Adde, Leo (1969): *Nine cities: anatomy of downtown renewal*. Washington D.C.: Urban Land Institute.
- Alonso, William (1964): *Location and land use*. Cambridge: Harvard University Press.
- Baltimore City Department of Housing and Community Development (1977): *Homesteading – the third year, 1976*. Baltimore: Department of Housing and Community Development.
- Bradford, Calvin P. / Rubinowitz, Leonard S. (1975): The urban-suburban investment-disinvestment process: consequences for older neighborhoods. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 422, 77-86.
- Burt, Nathaniel (1963): *The perennial Philadelphians*. London: Dent & Son.
- Cybriwsky, Roman A. (1978): Social aspects of neighborhood change. In: *Annals of the Association of American Geographers* 68, 17-33.
- Davis, J. Tait (1965): Middle class housing in the central city. In: *Economic Geography* 41, 238-251.
- Edel, Matthew / Sclar, Elliot (1975): The distribution of real estate value changes: metropolitan Boston, 1870-1970. In: *Journal of Urban Economics* 2, 366-387.
- Gale, Dennis E. (1976): *The back-to-the-city movement... or is it?* Occasional Paper, Department of Urban and Regional Planning, George Washington University.
- Gale, Dennis E. (1977): *The back-to-the-city movement revisited*. Occasional Paper, Department of Urban and Regional Planning, George Washington University.
- Gans, Herbert (1968): *People and plans*. New York: Basic Books.
- Greenfield, A. M. and Co. Inc. (1964): *New town houses for Washington Square East: a technical report on neighborhood conservation*. Bericht erstellt für die Redevelopment Authority of Philadelphia.
- Harvey, David (1973): *Social justice and the city*. Baltimore: Johns Hopkins Press.
- Harvey, David (1978): The urban process under capitalism: a framework for analysis. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 2, 101-131.
- Harvey, David / Baltimore Urban Observatory (1972): *The housing market and code enforcement in Baltimore*. Baltimore: City Planning Department.
- Hoyt, Homer (1933): *One hundred years of land values in Chicago*. Chicago: University of Chicago Press.
- Laurenti, Luigi (1960): *Property values and race*. Berkeley: University of California Press.
- Levy, Paul R. (1978): *Queen Village: the eclipse of community*. Philadelphia: Institute for the Study of Civic Values.
- Ley, David (1978): Inner city resurgence and its societal context. Vortrag gehalten auf der Jahreskonferenz der Association of American Geographers in New Orleans.
- Lipton, S. Gregory (1977): Evidence of central city revival. In: *Journal of the American Institute of Planners* 43, 136-147.
- Lowry, Ira S. (1960): Filtering and housing costs [sic!]: a conceptual analysis. In: *Land Economics* 36, 362-370.
- McDonald, John F. / Bowman, H. Wood (1979): Land value functions: a reevaluation. In: *Journal of Urban Economics* 6, 25-41.
- Mills, Edwin S. (1972): *Studies in the structure of the urban economy*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Muth, Richard F. (1969): *Cities and housing*. Chicago: University of Chicago Press.
- Old Philadelphia Development Corporation (1975): *Statistics on Society Hill*. Unveröffentlichter Bericht.
- Pitt, James (1977): *Gentrification in Islington*. London: Barnsbury Peoples Forum.
- Smith, Neil (1979): Gentrification and capital: theory, practice and ideology in Society Hill. In: *Antipode* 11, 163-173.
- Stegman, Michael A. (1972): *Housing investment in the inner city: the dynamics of decline*. Cambridge: MIT Press.
- Urban Land Institute (1976): *New opportunities for residential development in central cities*. Report No. 25. Washington D.C.: Urban Land Institute.
- Winters, Christopher (1978): Rejuvenation with character. Vortrag gehalten auf der Jahreskonferenz der Association of American Geographers in New Orleans.

Wolf, Edwin II. (1975): Philadelphia: portrait of an American city. Harrisburg: Stackpole Books.

Yeates, Maurice H. (1965): Some factors affecting the spatial distribution of Chicago land values, 1910-1960. In: Economic Geography 41/1, 57-70.

Toward a Theory of Gentrification. A Back to the City Movement by Capital, not People

Consumer sovereignty hypotheses dominate explanations of gentrification but data on the number of suburbanites returning to the city casts doubt on this hypothesis. In fact, gentrification is an expected product of the relatively unhampered operation of the land and housing markets. The economic depreciation of capital invested in nineteenth century inner-city neighborhoods and the simultaneous rise in potential ground rent levels produces the possibility of profitable redevelopment. Although the very apparent social characteristics of deteriorated neighborhoods would discourage redevelopment, the hidden economic characteristics may well be favorable. Whether gentrification is a fundamental restructuring of urban space depends not on where new inhabitants come from but on how much productive capital returns to the area from the suburbs.

Debatte

2019, Band 7, Heft 3

Seiten 87-94

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v7i3.507

Neil Smith

„Für eine Theorie der
Gentrifizierung“

Kommentare von:

Moritz Ege, Laura Calbet,

Jens Dangschat,

Laura Nkula-Wenz,

Lisa Vollmer, Andrej Holm

Pro Rent-Gap-Theorie, contra habitualisierten Antikulturalismus

Kommentar zu Neil Smiths „Für eine Theorie der Gentrifizierung: ‚Zurück in die Stadt‘ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ (2019 [1979])

Moritz Ege

Was sagt uns Neil Smiths Rent-Gap-Aufsatz heute, nach 40 Jahren? Stärker noch als spätere Arbeiten des Autors steht der Text für eine systematische Erklärung von Verdrängungs- und Aufwertungsprozessen, die solche Prozesse in klassisch-marxistischer Manier auf Grundprinzipien kapitalistischen Wirtschaftens beziehungsweise der politischen Ökonomie zurückführt und damit ihren Klassencharakter begreifbar und kritisierbar macht. Wer es in der eigenen akademischen Arbeit eher mit der kulturellen Seite von gesellschaftlichen Phänomenen zu tun hat, schon disziplinar bedingt, oder mit ‚weichen‘ Methoden arbeitet, dem macht es dieser Text nicht sonderlich leicht, weil Smith die kulturelle Seite ja explizit als irrelevant für die Erklärung von Gentrifizierungsprozessen abtut – kulturelle oder kulturwissenschaftliche Argumentationen erscheinen aus dieser Perspektive zunächst einmal generell als so etwas wie Ideologieproduktion.

Man muss dem Reflex, sich über die reduktionistisch-ökonomistische Tendenz von Smiths Argumentation zu ärgern, auch als Kulturwissenschaftler nicht nachgeben – schließlich hat Smith gerade durch den zugespitzten Charakter dieses Textes viel zum besseren Verständnis ökonomischer Prozesse in Städten beigetragen. Solche Prozesse spielen sehr stark in Situationen hinein, mit denen es Kulturwissenschaftler*innen zu tun haben, in meinem Fall zum Beispiel mit Stilisierungen des ‚Prolligen‘ in Berlin, die sich auch im Sinn einer Anti-Gentrifizierungs-Geste lesen lassen (vgl. Ege 2013). Dass die Relevanz der Smith’schen Erklärung nicht zu leugnen ist und die Rent-Gap-Theorie angesichts der Empirie der letzten Jahrzehnte einigermaßen haltbar, das vermute ich nach einem kursorischen Blick in die Literatur zumindest; mir könnte man über die arbeitswerttheoretische Herleitung von Boden- und Häuserpreisen und deren Entwicklung zugegebenermaßen viel erzählen. Wie dem auch sei, es wäre öde und vorhersehbar, reflexhaft ‚das Kulturelle‘ gegen ‚das Ökonomische‘ stark zu machen, als wäre das eine oder das andere immer und überall die wichtigere und all-erklärungsmächtige Kategorie (vgl. Gilbert 2019). Es steht schließlich prinzipiell zu hoffen, dass es bei kritischer Wissenschaft nicht um einen Stellungskrieg zwischen Vertreter*innen eindimensionaler ‚Ansätze‘ geht, die per se die Relevanz der von anderen

Leuten bearbeiteten Bereiche/Dimensionen leugnen oder herunterspielen, sondern um Arbeitsteilung, konjunktorales Zusammendenken (vgl. in diesem Sinn klassisch Hall et al. 1978) und gegebenenfalls eben um Streit über die dringlichsten Probleme und die vielversprechenderen Erklärungen und Beschreibungen. So lässt sich anerkennen, dass das, was aus der Sicht vieler späterer Kommentator*innen das Problem des Textes ist, letztlich gerade seine Eleganz ausmacht und seinen Einfluss begründet, also der dezidierte Verzicht Smiths auf eine ganzheitlichere Herangehensweise, die auch kulturelle Prozesse – was das heißen könnte, dazu unten mehr – in das Erklärungsmodell mit einbeziehen würde. Der konsequente Ökonomismus ist theoretisch produktiver als alles zusammenwerfen und zu behaupten, dass es irgendwie miteinander zusammenhängt. Was in konkret-komplexe Fallkonstellationen, in tatsächliche Gentrifizierungsprozesse zu bestimmten Zeitpunkten in bestimmten Städten, dann alles noch mit hineinspielt, das ist ja noch einmal eine andere Frage, auch wenn Smith zwischen solchen Ebenen eher nicht unterscheidet und seine Philadelphia-Fallstudie ausschließlich kapitalseitig analysiert. Es bleibt aber unsinnig, einem Ökonomen vorzuwerfen, dass er ökonomisch argumentiert, solange die Tendenz zum ökonomistischen Erklärungsimperialismus und der habitualisierte Antikulturalismus nicht überhandnehmen. Zu letzterem, dem antikulturalistischen Überschuss, möchte ich im Folgenden im Sinne einer symptomatischen Lektüre einige weitere Überlegungen formulieren, weil ich denke, dass dieser ‚Überschuss‘ auch über Smith hinaus weiterhin diskussionswürdig und kontextualisierungsbedürftig ist.

Die Kultur-versus-Ökonomie-Diskussion hat die Gentrifizierungsforschung bekanntermaßen lange Zeit beschäftigt und gespalten, wie sich das in Dutzenden, wenn nicht Hunderten von Literatur-Review-Artikeln oder zumindest -abschnitten nachlesen lässt (vgl. nur Zukin 1987; Hamnett 1991; Helbrecht 1996). Diese Überblickstexte haben meist eine fortschrittsoptimistische Form und laufen auf eine zunehmende Konvergenz dieser Perspektiven hinaus: Schon 1987 konnte Sharon Zukin formulieren, damals mit ambivalent-positiven Bezügen zur Rent-Gap-Theorie (die sie als „mechanistic and somewhat circular argument“ (ebd.: 137), aber auch nicht rundum falsch bezeichnet), inzwischen sei „an emerging synthesis of the field“ (ebd.: 130) erreicht, oder doch zumindest absehbar, die ökonomische und Kulturanalyse in der Gentrifizierungsforschung zusammenführt. Auch Smith gestand der Beschäftigung mit kulturellen Aspekten im Laufe der Zeit eine gewisse Legitimität beziehungsweise diesen Aspekten selbst ein gewisses Erklärungspotenzial zu (vgl. z. B. resümierend 1996: 40). Ein dialektisches Happy End also. Trotzdem herrscht auch heute – vor allem im Journalismus – kein Mangel an vulgär-kulturalistischen Gentrifizierungstexten (für präventiv befundenen Kaffeezubereitungsarten spielen in fast jedem dieser Texte eine seltsam prominente Rolle), in denen staatliche und städtische Politik nicht vorkommen und die kapitalistische Immobilienwirtschaft und ihre Strategien als nicht weiter erklärungs-würdige Naturtatsachen verstanden werden. Auf der anderen Seite sind auch spiegelverkehrte Polemiken, in denen die reine polit-ökonomische Lehre gegen das „sozio-kulturalistische“ (vgl. Jensen/Schipper 2018: 317) Gedöns vertreten wird, keinesfalls ausgestorben, was angesichts der

Es-lässt-sich-alles-am-Latte-Macchiato-und-den-Fixies-festmachen-Texten in gewisser Weise nachvollziehbar ist, aber die Fortschritts- und Syntheseerzählungen doch etwas vorschnell erscheinen lässt.

Smith formuliert seinen Antikulturalismus in einer bestimmten theoriepolitischen Konstellation; vieles von dem, auf das heutiger Antikulturalismus reagiert (vgl. z. B. Hann 2007), war noch nicht geschrieben. Der ‚*cultural turn*‘ kündigte sich in den späten 1970er-Jahren erst an und war noch nicht sonderlich weit fortgeschritten; die Debatten um die besonders prominente Stellung des Kulturellen in der ‚Postmoderne‘, die Autor*innen wie Zukin, Harvey und Jameson mit ihren Büchern marxistisch ‚einfangen‘ wollten, entfalteten sich im Laufe der 1980er-Jahre. Eher lässt sich festhalten, dass die Zeit um 1979 eine Blütephase der anglophonen neomarxistischen Kulturtheorie war: Raymond Williams‘ *Marxism and Literature* erschien 1977, E.P. Thompsons anti-theoretizistische Breitseite *The Poverty of Theory* (1978) ein Jahr später, das Conjunctural-Analysis-Hauptwerk des Centre for Contemporary Cultural Studies, *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order* (Hall et al. 1978), ebenfalls. Man hätte ‚Kultur‘ also keinesfalls mit anti-materialistischer Ideologie gleichsetzen müssen; selten wurde auf so hohem Niveau über die Zusammenhänge von politischer Ökonomie und verschiedenen Spielarten des Kulturellen debattiert wie in diesen Jahren. Smith bezog sich in seiner Kritik an kulturellen Erklärungsversuchen aber nicht auf solche Debatten, die weitgehend in anderen Disziplinen stattfanden, sondern vor allem auf Texte aus dem soziologisch-geografischen Mainstream. Diese führten Gentrifizierungsprozesse auf die Formierung neuer Mittelschichtlebensstile zurück, auf die zunehmende Relevanz von Berufsgruppen und Milieus, die unter anderem von den lebensweltlichen Liberalisierungen und emanzipatorischen Bewegungen der 1960er-Jahre geprägt waren und anders leben wollten als die fordistische Arbeiterklasse oder die ‚*White-Collar*‘-Angestelltenmilieus zuvor. Deshalb, so die von Smith als kulturell verstandene Argumentation, bildeten sie auch andere Nachfragemuster auf dem Immobilienmarkt aus, sie wollten ‚urbaner‘ leben, in Gebäuden und Vierteln mit historischer Anmutung, näher bei kulturellen Angeboten sein, sich als Frauen zum Beispiel nicht in der isolierten Hausfrauenrolle in den Vorstädten wiederfinden. Eine ‚kulturelle‘ Erklärung ist in diesem Verständnis also eine, die ihren Ausgangspunkt bei den Veränderungen von Lebensweisen und Wertvorstellungen nimmt, nicht bei den Kapitalverwertungsstrategien und den durch sie ausgelösten Dynamiken – wobei sich, man denke nur an Gramscis Fordismus-Texte aus den frühen 1930er-Jahren (2007), durchaus auch marxistisch über die Veränderung von Lebensweisen nachdenken lässt. Ob man das ‚kulturell‘ oder ‚kulturalistisch‘ nennt, ist letztlich Geschmackssache. Zukin spricht an dieser Stelle interessanterweise von ‚demographischen‘ Faktoren, nicht von kulturellen.

Der polemische Clou der Argumentation zu Beginn des Rent-Gap-Textes besteht jedenfalls darin, dass Smith sowohl diese soziologischen Argumente als auch den Denkstil der neoklassisch-liberalen Bodennutzungs- und Immobilienökonomie mit ihrer Betonung der Nachfrageseite im weiteren Sinne als ‚kulturell‘ beschreibt. Der Fokus auf die ‚Kultur‘ (im Sinne von Lebensstilen und Wertorientierungen) und der auf die ‚Nachfrageseite‘ fallen so letztlich in eins: Sie stehen damit in ähnlicher Weise unter Verdacht,

liberale Ideologien fortzuschreiben, in denen aggregierte individuelle Wahlentscheidungen („kulturell bedingte Entscheidungen und Präferenzen der Konsumenten“, Smith 2019[1979]: 69) die Substanz des Sozialen bilden. Aus der Sicht von Smith korrespondiert die so verstandene kulturelle Perspektive dann auch zumindest implizit mit einer konsumorientierten, marktpopulistischen Demokratietheorie: Sowohl die wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze, die auf die Nachfrageseite fixiert sind, als auch Formen von Kultursoziologie, die die Entstehung neuer Milieus in den Fokus rücken, fassen die Nachfrage auf dem Häuser- und Wohnungsmarkt der Tendenz nach im Stile des methodologischen Individualismus als etwas auf, das Bedürfnisse selbstbestimmter wirtschaftlicher (und politischer) Subjekte zum Ausdruck bringt und deshalb auch tendenziell legitim und richtig ist. Im Stichwort „Konsumentensouveränität“ (ebd.) klingt diese normative Ausrichtung ja schon an: sozialwissenschaftliche Erklärung, politische Verantwortungszuschreibung und normative Theorie sind hier – wie auch sonst – kaum zu trennen. Dass die Fähigkeit, für die eigenen Vorstellungen vom guten und richtigen Leben Raum zu beanspruchen und zu gestalten, dabei in einem engen Zusammenhang mit der jeweiligen Finanzkraft steht, die wiederum eine Klassenfrage (in einem weitergehenden, vergeschlechtlichten, rassifizierten, durch lokale Logiken, Staatsbürgerschaftskategorien usw. vermittelten Sinn) ist und keine individuelle, steht auf einem anderen Blatt. Es fällt in dieser ‚liberalen‘ Logik aber nicht weiter als Problem ins Gewicht (wer mehr hat, hat es letztlich auch verdient) oder ist halt in seinen Konsequenzen ein bisschen bedauerlich und gegebenenfalls humanitär abzufedern.

Smith schreibt später, ihm sei es bei dieser Kritik einerseits um konservative Konsumforscher*innen gegangen, aber auch um Kolleg*innen aus Geographie und Soziologie, die die ‚postindustrielle Stadt‘ und die als ‚Stadterneuerung‘ beschönigte Gentrifizierung prinzipiell willkommen geheißen hätten, als Wiederbelebung der Innenstädte durch Leute, die ihnen prinzipiell ganz sympathisch waren, „while lamenting the social costs“ (Smith 1996: 53), mit Krokodilstränen gewissermaßen. Diese Haltung sieht er als typisch für „political liberals“ (ebd.: 39) an. Der prinzipielle Charakter der „violence of gentrification“ (ebd.: 40) gerate in solchen Diagnosen aus dem Blick. Auch anderswo beschreibt er die halbherzige Haltung von ‚liberals‘ als zentrales politisches Problem, beispielsweise im Umgang mit Obdachlosen und ihren Rechten im Kontext der „revanchistischen“ Stadtpolitik (ebd.: 213). Die Abgrenzung von den ‚liberals‘ und ‚ihrer‘ Wissenschaft, und die Betonung der Gewalt- und Herrschaftsförmigkeit des liberal-demokratischen Kapitalismus in der Stadt und überhaupt, war und ist bekanntlich nicht nur für diesen Aufsatz, sondern wohl auch für die kritische Gentrifizierungsforschung, die „radical geography“, die „radical social theory“ (ebd.) und auch weite Teile der dem eigenen Verständnis nach radikalen Linken insgesamt konstitutiv. Im universitären Alltag waren und sind solche Grenzziehungen vielfach spürbar und konstitutiv für Schulenkämpfe, Lagerkämpfe, wissenschaftliches *self-fashioning*. Die Ökonomie-Kultur-Opposition bei Smith ist also Teil einer Figuration von ‚Liberalen‘ und ‚Radikalen‘ sowohl im akademischen wie auch im (stadt)politischen Feld.

Im Rent-Gap-Text suggeriert Smith, dass dieser politische Anti(links)liberalismus in Sachen wissenschaftliche Erklärungen per se ein Antikulturalismus

sein muss. Dabei steht ‚Kultur‘ für mehr als ‚die Nachfrageseite‘ oder ominöse Wertvorstellungen. Zukin zum Beispiel geht der kapitalistischen Inwertsetzung beziehungsweise Konvertierung von kulturellem Kapital im Bourdieuschen Sinn nach, wie etwa von ‚geschmackvoll‘ selbst renovierten und als Kulturerbe verstandenen Häusern (Zukin 1982), und zeigt gerade mit ihrem kulturalistischen Blick, wie sich eine „Artistic Mode of Production“ (ebd.: 176ff.) herausbildet, die mit einer Akkumulationsstrategie zusammenhängt, für die wiederum die Auf- und Verwertung des Ästhetischen (eines besonderen Aspekts des Kulturellen) in verschiedenen Formen zentral ist. Die Liste lässt sich erweitern, zum Beispiel um mediale Repräsentationen städtischer Räume: So zeigte Barbara Lang für Berlin-Kreuzberg auf, wie „symbolische Gentrifizierung“ (Lang 1998) auf der Ebene von medialen Bildern und Erzählungen, die auch mit Alltagswahrnehmungen korrespondieren, ökonomische und politische Prozesse vorbereiten und begleiten (oder aber, so ihre Diagnose damals, auch ins Leere laufen).

Und, noch einmal etwas größer gedacht: Man mag sich zwar darüber streiten, ob Fragen der sozialen Reproduktion und, damit verbunden, der Geschlechterverhältnisse, als ‚kulturell‘ angemessen beschrieben oder klassifiziert sind, aber sie haben auf jeden Fall viel mit dem zu tun, was in anderen Begrifflichkeiten unter ‚Lebensweisen‘ und damit das Kulturelle fällt. Es wäre aber klassischer Reduktionismus, die Seite der Reproduktion (und damit, in diesem Begriffsspiel, der Kultur) als bloßes Beiwerk anzusehen. In diesem Sinn wies Zukin zum Beispiel, Damaris Rose resümierend, darauf hin, dass ‚orthodoxe‘ Autoren wie Smith all das, was in marxistisch-feministischen Theorien unter ‚soziale Reproduktion‘ fällt, im Wesentlichen als Konsum bestimmen und zugleich als analytisch wie auch politisch zweitrangige Kategorien behandeln (Zukin 1987: 140; vgl. dazu einigermaßen selbstkritisch Smith 1996: 95-107). In diesem Zusammenhang ist die anti-kulturalistische Stoßrichtung auch eine begriffssystematisch nicht- oder sogar antifeministische, da sie mit der ‚Kultur‘ und den Lebensweisen auch die soziale Reproduktion und damit ein zentrales feministisches Thema zur zweitrangigen Frage erklärt. Wie gesagt: Das ist nicht per se ein Problem der Rent-Gap-Theorie selbst, die ja nicht alles, was in diesem Zusammenhang wichtig ist, beschreiben und erklären muss oder soll, sondern es ist ein typisches Problem des antikulturalistischen Überschusses. Noch grundlegender ließe sich mit Raymond Williams und Henri Lefebvre gegen die begrifflich-methodologische Trennung zwischen kapitalistischer Produktion und Kultur einwenden, dass alles Kulturelle auch hergestellt, produziert und gelebt wird und dass Produktion, wenn man damit nicht nur die kapitalistisch verwertete (und in diesem eingeschränkten Sinn ‚produktive‘) Arbeit meint, den Alltag durchdringt und nicht einfach das Gegenstück bildet.

Antikulturalismus verspricht aber auch Befreiung von den ideologischen Denk- und Empfindungsweisen des Alltags und suggeriert eine Überwindung des Partikularen und Kleingeistigen zugunsten einer universalistischen Perspektive, gerade heute. Einen gewissermaßen affektiv-kulturellen Subtext gegenwärtiger Gentrifizierungsdiskussionen bildet das schlechte Gewissen der vermeintlichen Pionier*innen, die mit der Gentrifizierungskritik vertraut sind (vgl. z. B. Heinen 2013: 231-292; Jensen/Schipper 2018: 318). Unter den sich schuldig Fühlenden und in diese Prozesse Verstrickten finden

sich bekanntlich nicht nur Künstler*innen, sondern auch Studierende und Lehrende der kritischen Sozial- und Kulturwissenschaften und Angehörige linker Bewegungen, von denen viele aus den Mittelschichten kommen. Wer für die Gentrifizierung ‚verantwortlich‘ ist und sich in welcher Weise dazu verhält, ist auch hier sowohl eine sozialwissenschaftliche wie auch eine politische und eine alltagsmoralische Frage. Mit der Rent-Gap-Theorie ist der Gegner in verhältnismäßig übersichtlicher Weise externalisiert; das Grübeln über eigene Verstrickung erweist sich dann in den meisten Fällen als überflüssig, als in kontraproduktiver Weise ‚moralisch‘ und als Reflexionsfalle, weil es, kritisch-politisch-ökonomisch betrachtet, eben nicht in erster Linie um aggregierte individuelle Wohnungswahlentscheidungen geht, sondern um, zumindest tendenziell, ähnliche ökonomische Interessen. Diese Fragen überschneiden sich mit der nach der Wahl von Mobilisierungs- und Analysevokabeln: Während Begriffsbildungen wie ‚die Prekären‘ oder ‚die Multitude/Vielheit‘ milieuübergreifende Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stell(t)en und die anzustrebende politische Allianz sozusagen analytisch vorwegnahmen, betonen andere eher die Relevanz von Unterschieden, sei es pessimistisch-gesellschaftsdiagnostisch oder identitätspolitisch oder beides. Das kann Ethnizität und Ethnisierung oder Rassialisierung betreffen, mehr oder weniger klasstheoretisch überformt, aber auch symbolische Grenzziehungsprozesse in einem sehr viel weiteren Sinne. ‚Kultur‘ und ‚kulturelle Differenzen‘, zum Beispiel zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen, sind aus der so skizzierten antikulturalistischen Perspektive in erster Linie ein gewissermaßen ideologisches Mobilisierungshindernis. Zugleich kann ‚Kultur‘ in einem anderen, eingeschränkten Verständnis, nämlich als engagierte Kunst und Ästhetik, als Medium der Überwindung identitärer und habitueller Beschränktheiten fungieren, wie Ida Susser das mit Blick auf Brooklyn-Williamsburg in der neuen Einleitung zu ihrer (ebenfalls nach etwas mehr als 30 Jahren wieder aufgelegten) Studie „Norman Street“ (Susser 2012) recht optimistisch formuliert. Kultur zum einen (‚antikulturalistisch‘) als Ideologie und zum anderen als Verständigungsmedium zu verstehen, kann durchaus zusammenpassen. Mir ist das in seiner politischen Ausrichtung sympathisch, aber ich denke, dass sich das Kulturelle auch in anderen Formen weiterhin Beachtung verschaffen wird. Das sollten gerade politisch Handelnde mitbedenken, weil die analytische Geringschätzung von Kultur nicht selten zu fragwürdigen Einschätzungen der politischen Lage führt.

Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Georg-August-Universität Göttingen gefördert.

Autor_innen

Moritz Ege beschäftigt sich im disziplinären Rahmen der Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie mit Pop(ulär)kultur, Stadtethnografie, Ungleichheitsverhältnissen, Ethik-/Ethisierungsforschung, vor allem in Deutschland und den USA.
mege@uni-goettingen.de

Literatur

- Ege, Moritz (2013): Ein Proll mit Klasse: Mode, Popkultur und soziale Ungleichheiten unter jungen Männern in Berlin. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Gilbert, Jeremy (2019): Cultural Studies heute: das Kulturelle in der Analyse politischer Konjunkturen. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 2/2019 (in Vorbereitung).
- Gramsci, Antonio (2007): Amerikanismus und Fordismus. Gramsci-Reader, Band 2. Hamburg: Argument.
- Hall, Stuart / Roberts, Brian / Clarke, John / Jefferson, Tony / Critcher, Chas (1978): Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order. London: Palgrave Macmillan.
- Hamnett, Chris (1991): The Blind Men and the Elephant. The Explanation of Gentrification. In: Transactions 16/2, 116-119.
- Hann, Chris (2007): Weder nach dem Revolver noch nach dem Scheckbuch, sondern nach dem Rotstift greifen. Plädoyer eines Ethnologen für die Abschaffung des Kulturbegriffs. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 1, 125-134.
- Heinen, Christina (2013): Tief in Neukölln. Soundkulturen zwischen Improvisation und Gentrifizierung in einem Berliner Bezirk. Bielefeld: transcript.
- Helbrecht, Ilse (1996): Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur, Kapital und Konsum im Prozeß der Gentrification. In: Geographische Zeitschrift 84/1, 1-15.
- Jensen, Inga / Schipper, Sebastian (2018): Jenseits von schwäbischen Spätzlemanufakturen und kiezigen Kneipen. In: Prokla 48/2, 317-324.
- Lang, Barbara (1998): Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils 1961-1995. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Smith, Neil (1996): The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City. London/New York: Routledge.
- Smith, Neil (2019 [1979]): Für eine Theorie der Gentrifizierung: „Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7/3, 65-86.
- Susser, Ida (2012): Norman Street Revisited: Claiming a Right to New York City. In: Ida Susser, Norman Street. Poverty and Politics in an Urban Neighborhood. Updated Edition. Oxford/New York: Oxford University Press, 3-68.
- Thompson, Edward P. (1978): The Poverty of Theory. London: Merlin.
- Williams, Raymond (1977): Marxism and Literature. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Zukin, Sharon (1987): Gentrification and Culture in the Urban Core. In: Annual Review of Sociology 13, 129-147.

Debatte

2019, Band 7, Heft 3

Seiten 95-100

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v7i3.514

Neil Smith

„Für eine Theorie der
Gentrifizierung“

Kommentare von:

Moritz Ege, Laura Calbet,

Jens Dangschat,

Laura Nkula-Wenz,

Lisa Vollmer, Andrej Holm

Wo ist die Rente im Erbe der Rent-Gap-Theorie?

Kommentar zu Neil Smiths „Für eine Theorie der Gentrifizierung: ‚Zurück in die Stadt‘ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ (2019 [1979])

Laura Calbet

In seinem Aufsatz „Für eine Theorie der Gentrifizierung: ‚Zurück in die Stadt‘ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ (2019 [1979]) prägt Neil Smith zwei – zwar miteinander verknüpfte, aber eigenständige – Konzepte: die im Aufsatztitel benannte Gentrifizierung und die Rent-Gap-Theorie, die als ökonomische Erklärung dafür fungiert.^[1] Mit dem von Ruth Glass (1964) geliehenen Gentrifizierungsbegriff stellt er den Verdrängungsprozess sozial benachteiligter Gruppen in den Vordergrund, der mit der in der damaligen Zeit als Revival zelebrierten Aufwertung der Innenstädte einhergeht. Grundlage für jene Auf- und Abwertungsprozesse ist nach der Rent-Gap-Theorie die Differenz zwischen tatsächlichen und höchstmöglichen Erträgen, die aus der Nutzung von Boden erzielt werden können. Damit gelingt es Smith – anstatt sich in den abstrakten und schwer quantifizierbaren marxistischen Unterscheidungen zwischen Typen von Rente zu verlieren – direkt bei der Frage einzusteigen, welche Rolle die Grundrente in der ungleichen Entwicklung von Nachbarschaften einnimmt.

Vierzig Jahre später scheinen Verdrängungsprozesse aktueller denn je, und die Abschöpfung von Rente hat mit den zunehmend finanzorientierten Formen der Kapitalakkumulation eine neue Dimension erlangt. Es ist also nicht verwunderlich, dass beide Konzepte nicht nur in der Stadtforschung, sondern auch in den politischen Auseinandersetzungen um den Zugang zu Wohnraum weiterhin Eingang finden. Die Resonanz der beiden Begriffe unterscheidet sich jedoch: Während bei der Gentrifizierungsdiskussion eine ununterbrochen rege Theoriebildung stattgefunden hat, ist bei der Grundrententheorie seit Jahren kaum Bewegung zu vermelden. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man die damalige Diskussion beider Konzepte betrachtet.

„Für eine Theorie der Gentrifizierung“ im Kontext der kritischen Stadtforschung

Fragen der Verdrängung und des Zugangs zu Wohnraum begleiten die Stadtforschung seit jeher. Dennoch verbreitete sich der Begriff ‚Gentrifizierung‘ zur Beschreibung solcher Prozesse nach Smiths Aufsatz schnell, obwohl die

Begriffsbildung durch Glass fünfzehn Jahre vorher außerhalb Großbritanniens wenig Nachhall erzeugt hatte. Während die Unterstützer_innen der *Urban-revival*- und Vertreter_innen der neoklassischen *Consumer-sovereignty*-Theorien, deren Thesen Smith sich entgegengesetzte, den Beitrag weitgehend ignorierten, entfachte sich in der kritischen Stadtforschung eine Diskussion, in der Smiths stark politökonomischer Ansatz von kulturalistischer (z. B. Ley 1986) und feministischer (z. B. Rose 1984) Seite kritisiert wurde. Diese Diskussion, und später auch die Ausweitung des Blickes auf Fragen wie die Verdrängung aus dem Lebensstil (Marcuse 1986) oder die Neubau-Gentrifizierung (Davidson/Lees 2005), auf andere geographische Kontexte und Reichweiten (Smith 2002; Lees et al. 2016) sowie auf die Rolle lokaler Stadtentwicklungspolitiken bei Gentrifizierungsprozessen (Hackworth/Smith 2001) und andere Faktoren hat zu vielen sicher nicht einheitlichen, aber dafür komplexen, interessanten und weiterführenden theoretischen Erkenntnissen beigetragen und zahlreiche politische Auseinandersetzungen beeinflusst.

Mit der Grundrententheorie verhält es sich eher andersherum. Die Grundrente war eines der prominentesten Themen in der Stadtforschung der 1970er und 1980er Jahre. In Reaktion auf die von William Alonso (1970) formulierte neoklassische Rententheorie suchten marxistische und heterodoxe Ökonom_innen und Stadtforscher_innen Erklärungen für die Bodenfrage als eine zentrale Dimension der Wohnungsfrage. Neil Smith verfasste also seinen Aufsatz im Kontext einer regen Diskussion um Rententheorien. Was das Verständnis der marktwirtschaftlichen Verwertung von Immobilien angeht, kulminierte sie in David Harveys Rententheorie, ausführlich erörtert in *The Limits to Capital* (Harvey 2006 [1982]). Darin übertrug Harvey den Marx'schen Begriff des zinstragenden Kapitals auf Boden, das, so die Schlussfolgerung, als Finanzasset verwendet wird. Die wichtigsten Fragen der rententheoretischen Diskussion lassen sich nach Anne Haila folgendermaßen zusammenfassen:

- „A. How does (the substance of) rent emerge?
- B. Who or what are its agents, what are their behavioural patterns and mutual social relations, for example, who receives rent?
- C. What is the economic role of rent, for example, what is its role in accumulation and coordination?“ (Haila 1990: 276)

Diese Fragen adressierte Smith in seinem Aufsatz teilweise nur implizit. Vielmehr lieferte er einen Argumentationsansatz, um die urbane Restrukturierung anhand greifbarer Veränderungen der Grundrente (die sich in veränderten Miet- und Bodenpreisen ausdrücken) zu erklären. Probleme wie die Quantifizierung der Grundrente waren damit nicht gelöst. Der Ansatz ist aber so simpel und einleuchtend, dass er sich auch ohne eine tiefe Kenntnis der Rententheorien bis heute überzeugend einsetzen lässt. So spielt der Begriff ‚rent gap‘ zwar bei vielen Arbeiten zu Gentrifizierung weiterhin eine wichtige Rolle. Dies hat aber kaum dazu geführt, dass die Rententheorie weiterentwickelt wurde.

Finanzialisierung und Grundrente

Die heutigen Gentrifizierungsprozesse und Wohnungspreisdynamiken werden nicht zuletzt durch den zunehmenden Druck von Finanzinvestitionen

auf dem Immobilienmarkt erklärt. In zahlreichen Kontexten weltweit haben Finanzinstrumente, -regulierungen und -logiken die Entwicklung der Wohnraumversorgung in den letzten Jahrzehnten wesentlich geprägt: Die Immobilienbranche, einst lokal verankert, ist international geworden; Gebäude und Standorte werden in Portfolios eingebunden; Finanzialisierungsprozesse verstärken die Nutzung von Immobilien als Anlage oder als Verbindlichkeit für Finanzinvestitionen.

Harveys Beiträge zur Grundrententheorie – insbesondere die Betrachtung von Boden als eine Form von zinstragendem Kapital, das als reines Finanzasset fungiert, und die Darstellung der Rolle der Grundrente als zinstragendes Kapital im Akkumulationsprozess anhand des Begriffes *spatio-temporal fix* – haben direkten Eingang in die wohnungsraumbezogenen und humangeographischen Finanzialisierungstheorien gefunden (Gotham 2009; Heeg 2013). Dennoch hat auch die Finanzialisierungsdebatte nicht zu einer nennenswerten Entwicklung der Rententheorien geführt. Wie Loretta Lees, Tom Slater und Elvin Wyly mit Hinblick auf den aktuellen Investitionsdynamiken in *The Gentrification Reader* feststellen:

„[W]e need research to measure how the concepts of potential and capitalized ground rent themselves are altered when a significant fraction of housing market activity involves buyers and sellers working or moving across international boundaries. Is potential ground rent itself, for instance, becoming globalized as local property transactions are tied into world financial markets? Some indicators suggest that perhaps it is.“ (Lees et al. 2010: 62-63)

Diesen Gedanken konkretisiert Tom Slater weiter, wenn er Ertragslücken, die auf globale Finanzverflechtungen und die weltweite Tätigkeit von Immobilieninvestoren zurückzuführen sind, als „planetary rent gaps“ bezeichnet (2015a: 17-19) und konstatiert: „Rent gaps have thus become much wider, woven into causal linkages with processes at wider spatial scales“ (2015b). An anderer Stelle habe ich Slaters Begriff aufgegriffen, um vier Konstellationen darzustellen, in denen Finanzialisierungsprozesse zu einer Ausweitung der Ertragslücke führen können: a) die Projektion von Ertragserwartungen auf disparate urbane Kontexte, b) aufgrund des Wettbewerbs zwischen finanzstarken Investoren gestiegene Ertragserwartungen, c) die Orientierung der Ertragserwartungen an den Erträgen von Finanzinvestitionen sowie d) sich selbst verstärkende spekulative Spiralen, die dem fiktiven Kapital inhärent sind (Calbet 2018: 168-171).

Auch Anne Haila hat sich mit jenen Renten auseinandergesetzt, die durch die Benutzung transnationaler Netzwerke und Geschäftsmodelle entstehen und sie als „global rents“ bezeichnet, um auf ihre Entstehungsmerkmale und auf die strategischen Finanzflüsse über Grenzen hinweg aufmerksam zu machen (Haila 2016: 180). Zugleich scheint dieser Ansatz für Haila noch nicht die Gesamtheit der Effekte von Finanzialisierung auf die Grundrente widerzuspiegeln, denn sie führt zugleich einen weiteren Begriff ein:

„To analyse the financial phase in which ‚land is treated as a pure financial asset‘ [...] and land becomes a security (a paper asset) packed together with other assets and mortgage loans into marketable bundles,

the yield of which is compared to that of other investments, I introduce the term derivative rent: the yield from land titles securitised, packed together with mortgages and traded on the market as a financial instrument.“ (Haila 2016: 185)

Aus meiner Sicht verbergen sich in dieser Definition zwei verschiedene Prozesse, die beide weitreichende Folgen für die ungleiche urbane Entwicklung haben: Die Rolle von Immobilien als *collaterals* (Kreditsicherheit) und die Orientierung der Ertragserwartungen an der Rendite von Finanzinvestitionen. Finanzinstitute, die zum Beispiel in den USA Forderungen aus Immobiliendarlehen in *securities* (verbrieften Wertpapieren) bündelten, erzielten damit keinen Hypothekenzins, sondern es ging ihnen darum, die Immobilie als Kreditsicherheit zu benutzen, um liquides Kapital zu akquirieren (Aalbers 2012). Durch die Refinanzierung konnten sie wiederum neue Darlehen vergeben – was in den neuen Geldtheorien als die wesentliche Form gilt, neues Geld zu produzieren (Pettifor 2018).

Bezüglich der Orientierung der Ertragserwartungen aus Immobilieninvestitionen an der Rendite von Finanzinvestitionen ist es klar, dass diese mit einer Steigerung der Wohnungspreise einhergehen muss. Gleichwohl hängen die Ertragserwartungen von indirekten Immobilieninvestitionen anhand von Fonds mit der allgemeinen ‚Performance‘ der Investmentgesellschaft zusammen, das heißt mit dem relativen Wertzuwachs ihres Vermögens. Doch dieses Vermögen ist nicht zuletzt mit dem Wert der Immobilien verknüpft. Da der Wert von Immobilien in Fonds- und Aktiengesellschaften nicht in realen Immobilientransaktionen ermittelt, sondern auf Basis von finanzmarktorientierten Bewertungsinstrumenten jährlich neu berechnet wird, erhöht sich das Vermögen der Fonds- oder Aktiengesellschaft automatisch auf fiktive Art und Weise, wie Knut Unger für den Immobilienriesen Vonovia dargestellt hat (Unger 2016: 99-100). Dies schließt direkt am Kernprinzip der Grundrente an, wonach der aktuelle Wert auf künftigen Ertragserwartungen beruht. Der Unterschied ist, dass dieses ‚fiktive Vermögen‘ nicht nur als potenzielle Grundrente fungiert, die eine Ertragslücke entstehen lässt. Es erscheint unmittelbar in den Bilanzblättern von Investmentgesellschaften und verhilft ihnen, zum Beispiel durch die Ausgabe neuer Aktien, zur Bildung weiteren fiktiven Kapitals.

Im Kontext einer durch Finanzmarktinstrumente vermittelten Gentrifizierung fungieren Immobilien demnach nicht nur als zinstragendes Kapital, das Rendite von Investitionen durch Zeit und Raum verschieben lässt, sondern womöglich auch als Quelle von Buchgeld und von ‚fiktivem Vermögen‘. Wenn das so ist, dann wären aktuelle Gentrifizierungsprozesse nicht nur Ergebnis einer gigantischen *wall of money*, die Investitionsmöglichkeiten in den Städten sucht, sondern selbst eine der Quellen derselben, auch wenn die darauf aufgebauten Luftschlösser irgendwann zusammenbrechen müssen. Diese beiden Rollen von Boden knüpfen an Harveys Grundrententheorie an, können durch sie aber aus meiner Sicht nicht ausreichend beleuchtet werden. Sie erfordern meiner Meinung nach eine Weiterentwicklung der bisherigen Grundrententheorien. So scheint mir, dass eine Würdigung von Neil Smiths Text nicht dabei stehen bleiben kann hervorzuheben, wie wertvoll der Begriff der Gentrifizierung für die Beschreibung und das Entgegenen

aktueller Prozesse ungleicher Entwicklung ist. Sie sollte auch versuchen, eine Antwort darauf zu geben, wie die Rententheorie zu deren Analyse weiterentwickelt werden kann.

Endnoten

- [1] Dieser Text ist Anne Haila gewidmet, die wesentlich zur Theorie der Bodenrente beitrug und am 21. September 2019 starb.

Autor_innen

Laura Calbet ist Stadtforscherin. Ihre Schwerpunkte sind Planungstheorie, Stadtpolitik und die Finanzialisierung des Wohnens.
laura.calbet@leibniz-irs.de

Literatur

- Aalbers, Manuel (2012): *Subprime Cities. The Political Economy of Mortgage Markets*. Chichester u. a.: Wiley-Blackwell.
- Alonso, William (1970): *Location and land use. Toward a general theory of land rent*. Cambridge: Harvard University Press.
- Calbet, Laura (2018): Financialised rent gaps and the public interest in Berlin's housing crisis. Reflections on N. Smith's 'generalised gentrification'. In: Abel Albet / Núria Benach (Hg.), *Gentrification as a global strategy. Neil Smith and beyond*. New York: Routledge, 165-176.
- Davidson, Mark / Lees, Loretta (2005): New-build 'gentrification' and London's riverside renaissance. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 37/7, 1165-1190.
- Glass, Ruth (1964): *London. Aspects of Change*. London: MacGibbon & Kee.
- Gotham, Kevin Fox (2009): Creating Liquidity out of Spatial Fixity: Crisis. The Secondary Circuit of Capital and the Subprime Mortgage. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/2, 355-371.
- Hackworth, Jason / Smith, Neil (2001): The changing state of gentrification. In: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 92/4, 464-477.
- Haila, Anne (1990): The Theory of Land Rent at the Crossroads. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 8/3, 275-296.
- Haila, Anne (2016): *Urban Land Rent. Singapore as a Property State*. Chichester: Wiley-Blackwell.
- Harvey, David (2006 [1982]): *The Limits to Capital*. London: Verso.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnungen als Finanzanlage. Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/1, 75-99.
- Lees, Loretta / Shin, Hyun Bang / López Morales, Ernesto José (2016): *Planetary gentrification*. Cambridge: Polity Press.
- Lees, Loretta / Slater, Tom / Wyly, Elvin (2010): *The Gentrification Reader*. London u. a.: Routledge.
- Ley, David (1986): Alternative Explanations for Inner-City Gentrification. A Canadian Assessment. In: *Annals of the Association of American Geographers* 76/4, 521-535.
- Marcuse, Peter (1986): Abandonment, gentrification, and displacement. The linkages in New York City. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.), *Gentrification of the city*. Boston: Allen & Unwin, 153-177.
- Pettifor, Ann (2018): *Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer wider die Macht der Banken*. Hamburg: Hamburger Edition.

- Rose, Damaris (1984): Rethinking Gentrification. Beyond the Uneven Development of Marxist Urban Theory. In: Environment and Planning D: Society and Space 2/1, 47-74.
- Slater, Tom (2015a): Planetary rent gaps. In: Antipode 49/S 1, 114-137.
- Slater, Tom (2015b): Planetary rent gaps. City Debates 2015. Vortrag. <https://www.youtube.com/watch?v=6fIURmEjjOE> (letzter Zugriff am 20.8.2019).
- Smith, Neil (2019 [1979]): Für eine Theorie der Gentrifizierung: „Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7/3, 65-86.
- Smith, Neil (2002): New Globalism, New Urbanism: Gentrification as Global Urban Strategy. In: Antipode 34/3, 427-450.
- Unger, Knut (2016): Anlageprodukt Wohnung. Die Finanzindustrialisierung der deutschen Wohnungswirtschaft. In: Jonas Aebi / Ursina Anderegg / Magdalena Heuwieser (Hg.), Konzerne, Stadt, Demokratie. Zürich: Rotpunktverlag, 91-103.

Debatte

2019, Band 7, Heft 3
Seiten 101-108
zeitschrift-suburban.de
10.36900/suburban.v7i3.516

Neil Smith

„Für eine Theorie der
Gentrifizierung“

Kommentare von:

Moritz Ege, Laura Calbet,
Jens Dangschat,
Laura Nkula-Wenz,
Lisa Vollmer, Andrej Holm

Gentrifizierung: Kein ‚back to the city‘ – weder von Menschen, noch des Kapitals

Kommentar zu Neil Smiths „Für eine Theorie der Gentrifizierung: ‚Zurück in die Stadt‘
als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ (2019 [1979])

Jens S. Dangschat

Ein stürmischer Abend und Auftakt zu hitzigen Diskussionen

Es war im Spätherbst des Jahres 1990, am ersten Abend einer zweitägigen Konferenz über Gentrification in Europa am Geografischen Institut der Universität Utrecht (zu den Ergebnissen vgl. van Weesep/Musterd 1991). Draußen heulte noch immer der Sturm, der am Vortag einige Züge zum Halt auf offener Strecke gezwungen hatte. In einer Kneipe dann eine heiße Diskussion zwischen Neil Smith, Chris Hamnett, Eric Clark, Ivan Tomic und mir über die Ursachen und Folgen der Gentrification: Nachfrage und/oder Angebot, *rent gap* und/oder *value gap*, USA oder Europa. Neil hatte mit seiner US-Position einen schweren Stand, machte aber mit seiner Trinkfestigkeit seiner schottischen Abstammung alle Ehre.

In einem waren wir uns einig: Gentrifizierung ist ein kritisch zu betrachtender Prozess, dessen Treiber (Kapitalverwertungsinteresse) überall dieselben sind, der jedoch in jedem legistischen und baulichen Kontext eine andere Form annehmen kann. Die Einigkeit bestand auch in der Kritik an den Studien, in denen ausschließlich die Erscheinungsformen betrachtet werden („neue“ Haushalte ziehen zu) und in denen die dahinterliegenden Treiber, Ursachen und Interessen ausgeblendet werden. Und – auch hier stimmten wir überein – es war ein Thema, das sich für einen ‚Vatermord‘ gegenüber den etablierten Stadtforschern eignete, wie es Chris Hamnett, immer wieder an seiner Pfeife arbeitend, formulierte. Diese Diskussion wurde über die mittlerweile spät gewordene Nacht hinaus in der britischen *Zeitschrift Transactions of the Institute of British Geographers* und anderen Publikationen weitergeführt (vgl. Hamnett 1991, 1992; Clark 1992, 1995; Smith 1992a, 1992b; zu einer Einordnung der damaligen Auseinandersetzung vgl. Helbrecht 1996).

Ein Doktorand legt sich mit etablierten Forschern an

Damals hatte Neil Smith schon etliche Aufsätze zur Gentrification und die dahinterstehenden Interessen veröffentlicht und über Jahre maßgeblich die

Diskussion über die Ursachen bestimmt (vgl. Smith/Williams 1986; hier insbesondere Marcuse 1986, Smith 1986 und Williams/Smith 1986).

Als er seinen mittlerweile berühmten Aufsatz „Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ (Smith 2019 [1979]) als Beitrag zu einer grundlegenden Gentrification-Theorie geschrieben hatte, war er ein erst 25-jähriger Dissertant beim Geografen David Harvey an der Johns Hopkins University in Baltimore. Der in der renommierten JAIP erschienene Artikel basierte auf seinem Vortrag auf der Jahrestagung der amerikanischen Gesellschaft für Geografie in Philadelphia im Jahr 1979 und war eine direkte Antwort auf den Vortrag von David Ley, einem etablierten Professor, der an der kanadischen University of British Columbia lehrte, den er ein Jahr zuvor auf der Jahrestagung in New Orleans gehalten hatte (Ley 1978). Jener hat das damals noch recht neu diskutierte Phänomen der Gentrification als einen Zuzug von jungen, kinderlosen Einzelpersonen und Paaren in teils aufgegebene innenstadtnahe Quartiere betrachtet und mit individuellen Standortentscheidungen aufgrund von veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen begründet (vgl. auch Clay 1979).

David Ley war damit der Wortführer der damals dominanten nachfragegetriebenen Gentrification-Forschung. In der Beschreibung wurden sozioökonomische und soziokulturelle Merkmale der Pioniere und Gentrifier oder die Rolle des Staates im Zuge der Stadterneuerung für die Aufwertungsprozesse hervorgehoben. In der Reflexion der Folgen ging es auch um die Verdrängung einkommensschwacher Haushalte und um den Verlust preiswerten Wohnraumes.

Neil Smith kritisierte, dass es bei der Untersuchung der Gentrifizierung im Kern doch nicht um die Analyse zuziehender Haushalte gehen könne – und schon gar nicht folgte er der damals weitverbreiteten These, dass die Zuziehenden aus dem suburbanen Umland stammten (vgl. Laska/Spain 1980). Er teilte auch nicht die damals dominante Freude darüber, dass mit der Gentrifizierung eine Renaissance derjenigen innenstadtnahen Quartiere eingeleitet werde, die in den 1960er bis 1980er Jahren herabgewirtschaftet wurden und zunehmend gefährlich waren (*„urban blight“*). Es gehe im Gegenteil bei der Erforschung der Gentrifizierung vor allem um eine Analyse der Akteur_innen der Angebots-Seite: Investor_innen, Banken, Bauunternehmen, Eigentümer_innen von Apartment-Gebäuden und nicht zuletzt die Stadtpolitik und -planung, welche die Gentrifizierung als willkommene Aufwertung betrachten und entsprechend fördern.

Smith geht davon aus, dass Re-Investments in innenstadtnahe Immobilienobjekte, die über Jahrzehnte von Des-Investitionen gekennzeichnet waren, die treibenden Kräfte der Gentrifizierung seien. Er folgte damit der Kapitalzyklen-Theorie^[1] von David Harvey (1973, 1978). Seine Position löste innerhalb der angelsächsischen Geografie einen erbitterten Streit zwischen einem Nobody und einem etablierten Professor aus, in den später der britische Geograf Chris Hamnett (1984; Hamnett/Randolph 1986) ‚vermittelnd‘ eingriff, indem er das ‚entweder, oder‘ in ein ‚sowohl als auch‘ auflöste: Ohne entsprechende Nachfrage könne keine Mietsteigerungen respektive Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen stattfinden.

Gentrification = Ausschöpfen der ‚rent gaps‘

Was war nun genau die Idee des mit 58 Jahren leider früh verstorbenen Neil Smith? Er formulierte mit der Rent-Gap-Theorie eine Sichtweise auf Zyklen der Investition und Desinvestition von Kapital innerhalb eines stadtreptionalen Wohnungsmarktes. Im Abwertungsprozess des *urban blight* könne nicht mehr die Rendite erzielt werden, die dem Lagewert einer Immobilie entspreche. Durch fortlaufende Desinvestitionen verfallende nicht nur das Gebäude weiterhin, sondern auch das Umfeld stecke in einer Abwärtsspirale. Statt in das Gebäude zu reinvestieren, würden die Gewinne im suburbanen Umland investiert. Auf diese Weise weite sich der *rent gap* in innenstadtnahen Quartieren als Spanne zwischen einer gedachten potenziellen Grundrente und der tatsächlich erzielten Grundrente aus.

Wenn es nun gelänge, für das Gebäude wieder eine höherwertige Nutzung zu erreichen, bei der sich eine der Lage angemessene Miete erzielen lasse, dann – so die These – lässt sich die Rendite-Lücke wieder schließen und Reinvestitionen werden wieder reizvoll. Die Orte mit dem höchsten *rent gap* sind dann jene, in die das Kapital bevorzugt investiert werde.

Kritik am Rent-Gap-Ansatz

Smiths Rent-Gap-Theorie war nicht nur sehr einflussreich, sie wurde auch vehement kritisiert. Eine Gentrification-Theorie müsse erklären können, wann und wo die Prozesse der ökonomischen Auf- und der kulturellen Umwertung, verbunden mit Reinvestitionen in den Gebäudebestand, eintreten werden (vgl. Beauregard 1986). Das könne aber die Rent-Gap-Theorie nicht leisten, denn es lasse sich mit ihr nicht vorhersagen, wann und wo der *rent gap* (zuerst) geschlossen werden würde (vgl. Bourassa 1993). Das liege vor allem daran, dass die potenzielle Grundrente nicht wirklich bestimmt werden könne, vor allem dann nicht, wenn man eine (veränderte) Nachfrage ausblende.

Auch die Annahmen über die potenzielle Grundrente (nach Smith: relativ konstant) und die tatsächlich erzielte Grundrente (nach Smith: fallend) wurden beispielsweise von Hackworth (2002) widerlegt, der zeigen konnte, dass unter veränderten Rahmenbedingungen der *rent gap* auch dann entsteht, wenn die potenzielle Grundrente ansteigt, aber die tatsächliche Grundrente aufgrund der Rezession nahezu konstant bleibt. Damit wird auch die Kritik an Smiths Aufsatz verbunden, der seine Begründung historisch hergeleitet hat und die Prozesse der deutlich dynamischeren Gentrifizierung der 1980er und 1990er Jahre nicht berücksichtigen konnte.

In seinen weiteren Arbeiten (Smith 1982, 1986, 1987a, 1987b, 1992a, 1992b) hat Smith zunehmend eingeräumt, dass die Nachfrage und neben den ökonomischen Treibern auch kulturelle Aspekte (Lebensstile, Images) bei der Gentrifizierung relevant seien. Dennoch blieb er dabei, dass der *rent gap* – auch wenn er nicht alles erklären könne – das „notwendige Kernelement jeder Gentrification-Theorie“ sein müsse (Smith 1987b: 165).

Value gap – der ‚europäische Zwilling‘?

Chris Hamnett und Bill Randolph (1986) entwickelten mit dem ‚*value gap*‘ eine ‚Parallel-Theorie‘ zum *rent gap*. Am Beispiel Londons, einem Immobilienmarkt, in dem die Wohngebäude unabhängig vom Grundstück gehandelt werden und auf den die lokale Politik und Planung auf Preisentwicklungen dämpfend einwirkt, konnten sie zeigen, dass bei gedeckelten Mieten und daraus resultierender zunehmender Nachfrage nach Wohneigentum die Kapitalrendite aus dem Verkauf von (umgewandelten) Eigentumswohnungen eines Miethauses deutlich stärker als die Mieteinnahmen ansteigen. Zahlreiche empirische Tests, beispielsweise von Clark (1988) in Malmö, haben gezeigt, dass *rent gaps* und der *value gap* gleichzeitig wirken, aber die Effekte des *value gaps* für europäische Kontexte bedeutsamer seien. Loretta Lees (1994) hat in ihrer vergleichenden Studie zwischen London und New York noch einmal deutlich unterstrichen, dass es wichtig sei, die jeweiligen nationalen/lokalen regulativen Bedingungen der Wohnungsmärkte zu berücksichtigen, die aber auch einer zeitlichen Dynamik unterworfen seien.

Wenn man die Fotos der jeweiligen gentrifizierten Quartiere betrachtet (was in der oben erwähnten 1990er-Tagung eine entscheidende Rolle bei der Diskussion spielte), ist auch der Gebäudebestand relevant: Während es sich in den USA oftmals um städtische Reihenhäuser handelte, die anfangs als ‚*one dollar houses*‘ mit Auflagen zur Renovierung von Städten an private Haushalte vergeben wurden, ist es in Europa ein entscheidender Unterschied, ob es sich um einen gründerzeitlichen bürgerlichen Bestand oder um ehemalige Arbeiterwohnungen der vorletzten Jahrhundertwende handelt. Gerade die vereinfachte Möglichkeit zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen hat beispielsweise in Hamburg zu einer massiven zweiten Welle der Gentrifizierung in den 1980er Jahren in den gründerzeitlichen Beständen geführt (vgl. Dangschat/Alisch 1995).

Back to the city of capital – immer und überall?

Betrachtet man die Thesen von Neil Smith aus heutiger Sicht, so beruht Gentrifizierung kaum auf einem ‚*Zurück in die Stadt*‘ – weder des Kapitals, noch der Nachfragenden. Letztere sind eher ‚*Bleibende*‘, die auch dann nicht ihre innenstadtnahen Standorte im gleichen Ausmaß wie in den 1960er bis 1980er Jahren zu Gunsten eines suburbanen Standortes verlassen, wenn erste Kinder geboren werden. Immer mehr von ihnen bleiben in der Stadt wohnen, in die sie zur Aus- und Weiterbildung oder zum Berufsbeginn gezogen respektive in der sie aufgewachsen sind. Auch das Kapital verschiebt sich nicht mehr nur im stadtreionalen Maßstab, sondern ist längst Teil globaler Investitionen.

Die globalen Prozesse der Investition spekulativen Kapitals in Immobilien in den gewinnträchtigsten Lagen haben weltweit zugenommen und sind vor dem Hintergrund niedriger Zinsen als ‚Betongold‘ hochattraktiv. Gleichzeitig

wirken sich jedoch veränderte großstädtische Arbeitsmärkte, damit verbundene Lebensentwürfe und stile dahingehend aus, dass die Nachfrage nach einem attraktiven innenstadtnahen Wohnungsbestand weiter zunimmt. Zudem wirken sich Prozesse der Stadtentwicklung, die Verbesserung der Lebensqualität im öffentlichen Raum, Verkehrsberuhigung und die ‚aktive‘ Mobilität (zu Fuß gehen und Fahrrad fahren) sowie die neue Micro-Mobilität (Scooter) und das *sharing* weiter gentrifizierend aus.

Neil Smith hat mit seinen die traditionelle Stadtforschung provozierenden Thesen die Diskussion um den Dualismus von Struktur und Handeln (vgl. Giddens 1984), die Frage nach der Lösung der Mehrebenen-Problematik (vgl. Huinink 1990) und letztlich die Untersuchung des komplexen Zusammenspiels ökonomischer, politischer, sozioökonomischer und soziokultureller Prozesse in ihrer Raumwirksamkeit wesentlich mit angestoßen (vgl. Zukin 1982, 1987; Dangschat 1990).

Er konnte vor 40 Jahren viele der aktuellen Prozesse nicht vorausahnen. Mit seinen damals provokativen Thesen hat er jedoch eine deutliche Ausweitung der Reflektion und der Theoretisierung sowie der empirischen Überprüfung der Gentrification ausgelöst, auch wenn er bis zuletzt mit jenen, die seine Thesen zum Ausgangspunkt ihrer eigenen Überlegungen nahmen (z.B. zum ‚*value gap*‘), weiter in einer streitbaren Auseinandersetzung verblieben ist (vgl. Smith 1992a). Neil war zudem ein wundervoller, streitbarer Kollege und als Mensch ein belebender Faktor der Diskussion – die Nacht in Utrecht bleibt mir unvergessen, weil ich seitdem nie mehr in einen solch intensiven Diskurs involviert war.

Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der TU Wien gefördert.

Endnoten

- [1] David Harvey folgte mit seinen Überlegungen der Marx’schen Theorie der Kapital-Überakkumulation. Um die Folgen des Preis- und Renditeverfalls zu verhindern, zieht der Staat über Steuern und Abgaben Geld aus dem direkten Warenmarkt und tätigt mit den Einnahmen staatliche Investitionen vor allem in Infrastruktur und Wohnbauten. Da diese Sphären endlich sind, besteht auch im zweiten Zyklus das Risiko der Über-Akkumulation, was zur Folge hat, dass in einen dritten Zyklus investiert wird (Bildung, Sicherheit etc.). Dieses noch nationalstaatlich basierte Modell hat er bereits kurze Zeit später auf den Kontext flexibler globaler Investments (also beispielsweise in den ersten Kreislauf von Entwicklungsländern durch landwirtschaftliche Produktion) erweitert (vgl. Harvey 1985, 1987).

Autor_innen

Jens S. Dangschat ist Stadt- und Regionalsoziologe und beschäftigt sich mit gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen, insbesondere hinsichtlich ihrer räumlichen Aspekte.
dangschat@tuwien.ac.at

Literatur

- Beauregard, Robert A. (1986): The Chaos and the Complexity of Gentrification. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.): *Gentrification of the City*. Boston u. a.: Allen & Unwin, 35-55.
- Bourassa, Steven C. (1993): The Rent Gap Debunked. In: *Urban Studies* 30/10, 1731-1744.
- Clark, Eric (1988): The Rent Gap and Transformation of the Built Environment: Case Studies in Malmö 1860–1985. In: *Geografiska Annaler, Series B, Human Geography* 70/2, 241-254.
- Clark, Eric (1992): On Blindness, Centrepieces and Complementarity in Gentrification Theory. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 17/3, 358-362.
- Clark, Eric (1995): The rent gap re-examined. In: *Urban Studies* 32/9, 1489-1503.
- Clay, Phillip L. (1979): *Neighborhood Renewal. Middle-class Resettlement and Incumbent Upgrading in American Neighborhoods*. Lexington: D.C. Heath.
- Dangschat, Jens S. (1990): Geld ist nicht (mehr) alles – Gentrification als räumliche Segregierung nach horizontalen Ungleichheiten. In: Jörg Blasius / Jens S. Dangschat (Hg.): *Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*. Frankfurt am Main: Campus, 69-92.
- Dangschat, Jens S. / Alisch, Monika (1995): *Gentrification in Hamburg. Abschlußbericht des DFG-Projektes „Gentrification“ (Da 219/1-2)*. Hamburg: mimeo.
- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society*. Cambridge: Polity Press.
- Hackworth, Jason (2002): Postrecession Gentrification in New York City. In: *Urban Affairs Review* 37/6, 815-843.
- Hamnett, Christopher (1984): Gentrification and residential location theory: a review and assessment. In: David T. Herbert / Ronx J. Johnston (Hg.), *Geography and the Urban Environment*, Vol. 6. London: John Wiley, 283-319.
- Hamnett, Chris (1991): The Blind Men and the Elephant: The Explanation of Gentrification. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 16/2, 173-189.
- Hamnett, Chris (1992): Gentrifiers or Lemmings? A Response to Neil Smith. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 17/1, 116-119.
- Hamnett, Christopher / Randolph, Bill (1986): Tenurial Transformation and the Flat Break-up Market in London: The British Condo Experience. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.), *Gentrification of the City*. Boston u. a.: Allen & Unwin, 121-152.
- Harvey, David (1973): *Social Justice and the City*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Harvey, David (1978): The urban process under capitalism. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 2/1, 101-131.
- Harvey, David (1985): The Geopolitics of Capitalism. In: Derek Gregory / John Urry (Hg.), *Social Relations and Spatial Structures*. London: Palgrave, 128-163.
- Harvey, David (1987): Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflexionen über „Postmodernismus“ in amerikanischen Städten. In: *Prokla* 69, 109-131.
- Helbrecht, Ilse (1996): Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur, Kapital und Konsum im Prozeß der Gentrification. In: *Geografische Zeitschrift* 84/1, 1-15.
- Huinink, Johannes (1990): Sozialwissenschaftliche Mehrebenenmodelle und Gentrification. In: Jörg Blasius / Jens S. Dangschat (Hg.), *Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*. Frankfurt am Main: Campus, 251-273.
- Laska, Shirley B. / Spain, Daphne (Hg.) (1980): *Back to the City. Issues in Neighborhood Renovation*. New York u. a.: Pergamon.
- Lees, Loretta (1994): Gentrification in London and New York: An Atlantic Gap? In: *Housing Studies* 9, 199-217.
- Ley, David (1978): Inner city resurgence and its societal context. Paper presented to the Association of American Geographers Annual Conference, New Orleans.
- Marcuse, Peter (1986): Abandonment, Gentrification, and the Displacement: The Linkages in New York City. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.), *Gentrification of the City*. Boston u. a.: Allen & Unwin, 153-177.
- Smith, Neil (1979): Toward a Theory of Gentrification. A Back to the City Movement by Capital, not People. In: *Journal of the American Planning Association* 45/4, 538-548.
- Smith, Neil (1982): Gentrification and Uneven Development. In: *Economic Geography* 58, 139-155.

- Smith, Neil (1986): Gentrification, the Frontier, and the Restructuring of Urban Space. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.), *Gentrification of the City*. Boston u. a.: Allen & Unwin, 15-34.
- Smith, Neil (1987a): Gentrification and the Rent Gap. In: *Annals of the Association of American Geographers* 77/3, 462-265.
- Smith, Neil (1987b): Of Yuppies and Housing: Gentrification, Social restructuring and the Urban Dream. In: *Society and Space* 5, 151-172.
- Smith, Neil (1992a): Blind Man's Buff, or Hamnett's Philosophical Individualism in Search of Gentrification. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 17/1, 110-115.
- Smith, Neil (1992b): New City, New Frontier: The Lower East Side as Wild, Wild West. In: Sorokin, Michael (Hg.), *Variations on a Theme Park. The New American City and the End of Public Space*. New York: Hill and Wang, 61-93.
- Smith, Neil (2019 [1979]): Für eine Theorie der Gentrifizierung: „Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/3, 65-86.
- Smith, Neil / Williams, Peter (Hg.): *Gentrification of the City*. Boston u. a.: Allen & Unwin.
- van Weesep, Jan / Musterd, Sako (Hg.) (1991): *Urban Housing for the Better-off: Gentrification in Europe*. Utrecht: Stedelijke Netwerken.
- Williams, Peter / Smith, Neil (1986). From "Renaissance" to "Restructuring": The Dynamics of Contemporary Urban Development. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.), *Gentrification of the City*. Boston u. a.: Allen & Unwin, 204-224.
- Zukin, Sharon (1982): *Loft Living. Culture and Capital in Urban Change*. New Brunswick: Rutgers University Press.
- Zukin, Sharon (1987): Gentrification: Culture and Capital in the Urban Core. In: *Annual Review of Sociology* 13, 129-147.

Debatte

2019, Band 7, Heft 3

Seiten 109-112

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v7i3.498

Neil Smith

„Für eine Theorie der
Gentrifizierung“

Kommentare von:

Moritz Ege, Laura Calbet,

Jens Dangschat,

Laura Nkula-Wenz,

Lisa Vollmer, Andrej Holm

„Gentrification is a dirty word...“

Kommentar zu Neil Smiths „Für eine Theorie der Gentrifizierung: ‚Zurück in die Stadt‘ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ (2019 [1979])

Laura Nkula-Wenz

„Wie ein Böller unter den ahnungslosen Hintern neoklassischer Gentrifizierungstheoretiker [...]“ (Darling 2012: 367) sei Neil Smiths Artikel damals in der stadttheoretischen Debatte der späten 1970er explodiert, schreibt die amerikanische Anthropologin Eliza Jane Darling in ihrem Nachruf auf den 2012 verstorbenen Geographen. Auch wenn die von Smith darin formulierte Rent-Gap-Theorie mittlerweile zum prüfungsrelevanten Kanon jeder guten Einführung-in-die-Stadtgeographie-Vorlesung gehört, ist der Artikel noch lange nicht (Wissenschafts-)Geschichte.

Wie Smith selbst in einem seiner letzten Essays feststellt, ist der Begriff ‚Gentrifizierung‘ mittlerweile allgegenwärtig: „[I]n Beijing or Sao Paulo, Mumbai or Cape Town, academics and even the populace at large are well aware of gentrification [...]“ (Smith 2008: 15). Doch obwohl, oder vielleicht gerade, weil der Begriff mittlerweile einer breiten Öffentlichkeit geläufig ist, endet die Diskussion oft in einer selbstgerecht dahin geseufzten Klage über hedonistische Hipster und ‚deren‘ Kaffee-Snobismus.[1] Und welche Art politische Aktion eine derart verkürzte Sicht hervorbringen kann, zeigte nicht zuletzt der Angriff von erklärten Gentrifizierungsgegnern auf ein – zugegebener Massen überteuertes – Frühstücks-Café im Londoner East End im September 2015 (Khomami/Halliday 2015). In der darauffolgenden Berichterstattung ging es wie so oft vor allem um die symbolischen Auswirkungen und weniger um die eigentlichen Ursachen revanchistischer Verdrängungspolitik.

Zwar stimmt auch Smith (2019 [1979]) prinzipiell zu, dass die Verbrauchervorlieben einer urbanen Mittelklasse den Charakter von ausgewiesenen ‚Revitalisierungsgebieten‘ einseitig (über-)prägen und somit durchaus eine Rolle in der Beschreibung von Gentrifizierungseffekten spielen (69). Allerdings zeigt er gleichzeitig, wie wenig solch individualistische Verbrauchertheorien die vielfältigen politökonomischen Ursachen von Gentrifizierung erklären können: „Gentrifizierung allein über das Handeln der Gentrifizierer zu erklären und dabei die Rolle der Developer und Bauträger, Kreditgeber, Behörden, Immobilienmakler, Vermieter und Mieter außer Acht zu lassen, ist ein unverhältnismäßig enger Ansatz. Eine breiter

angelegte Theorie der Gentrifizierung muss die Rolle der Produzenten wie auch die der Konsumenten berücksichtigen [...]” (ebd.).

Durch diese substantielle Erweiterung der Akteurskreise weist Smith nicht nur die damals gängigen positivistischen Stadtentwicklungsmodelle neoklassischer Schule in ihre Schranken. Auf wissenschaftlicher Ebene bahnt seine klare und eingängige Analyse ebenso den Weg für die Entstehung stärker kontextorientierter und machtsensibler Stadtsteuerungstheorien unter dem breiten Banner der Gentrifizierungsforschung in den darauffolgenden Jahrzehnten. Allerdings wird gerade dieser Aspekt von jenen Kritiker_innen oft verkannt, welche die scheinbar ökonomistischen und universalistischen Tendenzen der Rent-Gap-Theorie monieren (Hamnett 1991; Ghertner 2015; Bernt 2016). So kritisiert Ghertner:

„[T]o ignore the actually existing political struggles through which large, contiguous swaths of land in much of the world have retained non-market functions (the 20th century’s socialist legacy), as well as the struggles through which those functions have been and are being privatized (there is no single policy—mobile or not—of land enclosure), is to reduce a complex history and topography of urban struggle to the smooth lines of a land-value curve.“ (2015: 553)

Zum einen teile ich zwar Ghertners Kritik, dass Gentrifizierung mittlerweile oft als Sammelbegriff für sehr verschiedene urbane Verdrängungsprozesse verwendet wird und dass dies besonders in Städten des ‚globalen Südens‘ die Sicht auf komplexe historische Prozesse, kulturelle Unterschiede und verschiedene lokale Entwicklungs- und Verteilungsmodelle verstellt. Allerdings kann dies kaum Neil Smith selbst angelastet werden, dessen Rent-Gap-Theorie auch 40 Jahre später noch erfolgreich empirisch beackert wird – und das weltweit (Whitehead/More 2007; Shin 2009; Slater 2015; Darling 2016; Krijnen 2018; López-Morales et al. 2019)!

Zum anderen sympathisierte Smith, im Gegensatz zu seinem Doktorvater und langjährigem Mentor David Harvey, durchaus mit poststrukturalistischen Ansätzen. Diese waren seit Beginn der 1990er insbesondere von feministischen Kapitalismuskritikerinnen in die Debatte getragen worden (Gibson-Graham 2006) und betonten die Relevanz von kontext-, raum- und körperspezifischen Wissensregimen (von Harvey herablassend als Ausdruck des „nihilistischen Partikularismus der Postmoderne“ abgetan, Derickson 2009: 6).

Gerade weil Smith den praktischen politischen Dimensionen marxistischer Theorie ebenso nah, wenn nicht sogar näher stand als dessen Ausdehnungen im wissenschaftlichen Diskurs, lag ihm eine solche emanzipierte und emanzipative Kapitalismuskritik am Herzen. So debattierte Smith seine Arbeit gleichermaßen häufig und intensiv in Wissenschaftszirkeln wie in linksaktivistischen Kreisen. Eliza Jane Darling bringt es daher auf den Punkt, wenn sie schreibt: „Neil’s scholarship was of a piece with his activism“ (Darling 2012: 364).

Insofern hat der Text – trotz seiner beneidenswert klaren Gedankenführung – seine Sprengkraft auch nicht allein aus sich selbst heraus entwickelt, sondern war von vornherein untrennbar mit der gesellschaftspolitischen Vision seines Autors für eine gerechtere Stadt verbunden. Bereits 1979

prangert Smith zum Beispiel die rassistischen Dimensionen von ‚*block-busting*‘ und ‚*blow outs*‘ an (77) und benennt ebenso unumwunden den direkten Zusammenhang zwischen Brandstiftung und profitorientierter ‚*Stadterneuerung*‘. Seinerzeit genügte lediglich ein Blick hinüber in die New Yorker Bronx, wo wöchentliche Feuerstürme ganze Häuserblöcke des vornehmlich schwarzen Arbeiterviertels in Schutt und Asche legten, um die gesellschaftspolitische Aktualität und Relevanz seiner Forschung zu begreifen.

Mag Gentrifizierungsforschung auch nicht mehr der theoretische ‚Schlüsselkampf-schauplatz‘ sein, als der er noch Anfang der 1990er galt (siehe Hamnett 1991: 173), so bleibt Smiths Text ein zentrales Lehrstück kritischer Stadtgeographie. Zum einen, weil sich an ihm eindrücklich und didaktisch wertvoll die anhaltenden Spannungen zwischen Struktur und Handeln, Konsum und Produktion, Kultur und Kapital, Angebot und Nachfrage nachvollziehen lassen. Zum anderen, weil er eine zentrale stadtpolitische Botschaft formuliert: Gentrifizierung ist weder ein ‚natürlicher‘ noch ein ‚unvermeidbarer‘ Prozess, sondern ein Produkt kollektiven Handelns zahlreicher machtvoller Akteure auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Und ein solches Handeln lässt sich grundsätzlich erst einmal in Frage stellen und – mit viel Kraft und Einsatz – vielleicht sogar ändern.

So simpel und idealistisch diese Formel auch sein mag, für mich bleibt sie das nach wie vor aktuelle Herzstück von Smiths Artikel und der Grund, warum ich „Für eine Theorie der Gentrifizierung“ für ebenso prüfungswie lebensrelevant halte. Nicht zuletzt, weil Stadtpolitiker_innen, urbane Eliten und noch immer der ein oder die andere Stadtforscher_in versuchen, Gentrifizierung mit positiver Aufwertung von ehemaligen ‚Problemvierteln‘ inklusive ‚gutem Kaffee‘ gleichzusetzen und damit salonfähig zu machen, ist es meines Erachtens die Aufgabe kritischer Stadtforschung, dies mit Hilfe und im Sinne von Smith zu verhindern. *Gentrification is a dirty word...let's keep it that way!*

Endnoten

- [1] Auch kritische Stadtforscher_innen mögen eine gute Tasse Kaffee. Wie der marxistische Geograph Tom Slater in seiner vielbeachteten Streitschrift zur Verdrängung kritischer Perspektiven in der Gentrifizierungsforschung mit einem Augenzwinkern anmerkt: „[T]he only positive to gentrification is being able to find a good cup of coffee when conducting fieldwork“ (Slater 2006: 752).

Autor_innen

Laura Nkula-Wenz arbeitet zu Sozial- und Kulturgeographie sowie postkolonialer Stadtforschung mit geographischem Schwerpunkt im südlichen Afrika.
laura.nkula@uct.ac.za

Literatur

- Bernt, Matthias (2016): Very particular, or rather universal? Gentrification through the lenses of Ghertner and López-Morales. In: *City* 20/4, 637-644.
- Darling, Eliza Jane (2012): Neil Smith 1954-2012. In: *Dialectical Anthropology* 36/3-4, 353-368.
- Darling, Eliza (2016): The City in the Country. Wilderness Gentrification and the Rent Gap. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 37/6, 1015-1032.
- Derickson, Kate Driscoll (2009): Toward a Non-Totalizing Critique of Capitalism. In: *Geographical Bulletin – Gamma Theta Upsilon* 50/1, 3-15.
- Ghertner, D. Asher (2015): Why gentrification theory fails in ‚much of the world‘. In: *City* 19/4, 552-563.
- Gibson-Graham, J. K. (2006): *The end of capitalism (as we knew it). A feminist critique of political economy.* Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Hamnett, Chris (1991): The Blind Men and the Elephant. The Explanation of Gentrification. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 16/2, 173-189.
- Khomami Nadia / Halliday, Josh (2015): Shoreditch Cereal Killer Cafe targeted in anti-gentrification protests. *The Guardian* vom 27.9.2015. <https://www.theguardian.com/uk-news/2015/sep/27/shoreditch-cereal-cafe-targeted-by-anti-gentrification-protesters> (letzter Zugriff am 21.10.2019).
- Krijnen, Marieke (2018): Beirut and the creation of the rent gap. In: *Urban Geography* 39/7, 1041-1059.
- López-Morales, Ernesto / Sanhueza, Claudia / Espinoza, Sebastián / Ordenes, Felipe / Orozco, Hernán (2019): Rent gap formation due to public infrastructure and planning policies. An analysis of Greater Santiago, Chile, 2008–2011. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 45/124, 1536-1557.
- Shin, Hyun Bang (2009): Property-based redevelopment and gentrification. The case of Seoul, South Korea. In: *Geoforum* 40/5, 906-917.
- Slater, Tom (2006): The Eviction of Critical Perspectives from Gentrification Research. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 30/4, 737-757.
- Slater, Tom (2015): Planetary Rent Gaps. In: *Antipode* 49, 114-137.
- Smith, Neil (2008): The Evolution of Gentrification. In: Jaap Jan Berg / Neil Smith / Maja Breznik / Justus Uitermark / Leeke Reinders (Hg.), *Houses of transformation. Intervening in gentrification.* Rotterdam: NAI, 15-25.
- Smith, Neil (2019 [1979]): Für eine Theorie der Gentrifizierung: „Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/3, 65-86.
- Whitehead, Judy / More, Nitin (2007): Revanchism in Mumbai? Political Economy of Rent Gaps and Urban Restructuring in a Global City. In: *Economic and Political Weekly* 42/25, 2428-2434.

Debatte

2019, Band 7, Heft 3

Seiten 113-118

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v7i3.493

Neil Smith

„Für eine Theorie der
Gentrifizierung“

Kommentare von:

Moritz Ege, Laura Calbet,

Jens Dangschat,

Laura Nkula-Wenz,

Lisa Vollmer, Andrej Holm

Der Gentrifizierungsbegriff in wohnungspolitischen Protesten

Kommentar zu Neil Smiths „Für eine Theorie der Gentrifizierung: ‚Zurück in die Stadt‘
als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ (2019 [1979])

Lisa Vollmer

Seit 50 Jahren wird über Erklärungsansätze für Gentrifizierung gestritten. Sehr viel länger schon wandert anlagesuchendes Kapital von einem Ort zum anderen und hinterlässt dabei Investitionsruinen einerseits und Menschen, die durch Verdrängung ihr Zuhause verlieren, andererseits. Sehr viel kürzer erst wird der Begriff Gentrifizierung hier und da von sozialen Bewegungen aufgegriffen, die sich mit letzterem Phänomen auseinandersetzen. In diesem Beitrag soll es nicht um die wissenschaftliche Debatte um Erklärungsansätze für Gentrifizierung und auch nicht um die wissenschaftliche Relevanz des Begriffes gehen, sondern um seine Rolle und Funktion in sozialen Bewegungen.[1]

In Deutschland spüren Mieter*innen die Rückkehr des Kapitals in die Städte besonders seit der Finanzkrise 2007, seitdem der deutsche Immobilienmarkt als sicherer Hafen entdeckt und Wohnungen als Betongold veredelt werden. Vorbereitet wurde diese Entwicklung durch jahrzehntelange Deregulierung und Privatisierung im Zusammenspiel mit der Liberalisierung der Finanzmärkte. In der Folge stiegen Mieten teils sprunghaft an und vielen Haushalten droht die Verdrängung. Diese Prozesse sind in vielen Städten Auslöser für Proteste, eine neue Mieter*innenbewegung ist entstanden (Vollmer 2018).

In den strategischen Debatten dieser Bewegung spielt die Polarisierung der Erklärungsansätze zwischen angebotsseitigen und nachfrageseitigen, wie sie infolge von Smiths Aufsatz (2019 [1979], in diesem Heft) die Debatten zu Gentrifizierung über lange Zeit dominierte, ebenfalls eine Rolle. Wer oder was hat Schuld an der Gentrifizierung, an der Verdrängung?

In der öffentlichen Debatte wird die Verantwortung gerne einzelnen Gruppen – Studierenden, Künstler*innen oder ‚Hipstern‘ – zugeschoben. Schenken Protestinitiativen dieser Erzählung Glauben, nutzen sie in der Konsequenz oft Deattraktivierungsstrategien (Holm 2010: 69) wie zum Beispiel Farbbeutelattacken auf teure Restaurants, um durch gezielte Abwertung Mittelschichten vom Zuzug abzuhalten. Eine solche politische Strategie greift allerdings zu kurz. Erstens ist sie vielen Nachbar*innen nur schwer vermittelbar. Und zweitens ist nicht nachvollziehbar, warum nicht auch

ärmere Menschen das Recht auf eine lebenswerte Nachbarschaft haben sollten. Die Aufwertung einer Nachbarschaft muss nicht mit der Verdrängung einhergehen – tut dies aber, solange die Wohnraumversorgung warenförmig organisiert ist. Personalisierung und Moralisierung haben außerdem verschleiende Funktionen (vgl. Jensen/Schipper 2018), lassen sie doch die wahren Antreiber und Profiteure der Gentrifizierung ungenannt: die Immobilienwirtschaft und manche kommunalen Regierungen. Die Frage nach der moralischen Schuld bestimmter Gruppen stellt sich vor allem Mittelschichtvertreter*innen, die in ihrer Selbstbeschäftigung identitäre Abgrenzungsprobleme verarbeiten.

Gezielte Deattraktivierungsstrategien finden nur noch selten statt. Denn viele organisierte Mieter*innengruppen können die Mechanismen, politischen Regelungen und Akteure sehr genau benennen, die für ihre Mietsteigerung verantwortlich sind – auch dank der öffentlich geführten Debatte um Gentrifizierung, wie sie von kritischen Wissenschaftler*innen betrieben wurde. Anstatt Kampflinien zwischen Neuzugezogenen und Alteingesessenen aufzumachen, kritisieren sie die Profitmacherei mit ihren Häusern und mit der von ihnen produzierten Urbanität. Zum Beispiel verwehrt sich in New York die Crown Heights Tenant Union dem spaltenden Diskurs über neuzuziehende Gentrifizierer und verfolgt unter dem Motto „Unite and Fight“ eine gemeinsame Organisierung gegen die Verwertungsstrategien der Vermieter*innen (vgl. Vollmer 2019: 170). In Berlin bringt die Initiative Bizim Kiez ihr Verständnis der strukturellen Prozesse, die hinter Gentrifizierung liegen, auf den Punkt:

„Bizim Kiez‘ (auf Deutsch ‚Unser Kiez‘) ist eine Nachbarschaftsinitiative, die verhindern möchte, dass Berlins gewachsene Kieze mit ihrer unterschiedlichen und immer einzigartigen Mischung weiter von der spekulativen Immobilienwirtschaft ausverkauft werden. Der über Jahrzehnte entstandene Mehrwert darf nicht in den Taschen derer landen, die jetzt abkassieren wollen, indem sie Menschen verdrängen, sondern dieser Wert muss sich in Form von Lebensqualität und Menschlichkeit für diejenigen auszahlen, die hier wohnen und sich füreinander einsetzen.“ (zit. in: Vollmer 2019: 169 f.)

Die Prozesse, die in der kritischen Wissenschaft als Gentrifizierung beschrieben werden, sind Bezugspunkt für viele Mieter*innenproteste. Das in Anknüpfung an Smiths Aufsatz entwickelte Verständnis von Gentrifizierung als Folge der Durchsetzung immobilienwirtschaftlicher Interessen ist zentral für ihre Interpretation dessen, was mit ihnen geschieht. Allerdings wird der Begriff selbst eher selten genutzt. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, dass sich komplizierte wissenschaftliche Konzepte nur bedingt für eine politische Debatte eignen – gerade wenn sie so umstritten sind wie der Begriff Gentrifizierung. Vor allem aber beeinflusst die im öffentlichen Diskurs vorherrschende Verwendung des Begriffs seinen Einsatz in politischen Diskussionen: In der öffentlichen Wahrnehmung ist Gentrifizierung hauptsächlich mit Latte machiatto und Galerien verbunden und damit von einer kulturalistischen Deutung dominiert. Mit der existentiellen Erfahrung der Bedrohung ihres Zuhauses aufseiten der Mieter*innen hat diese begriffliche Deutung nur wenig zu tun. Auch weisen

Mieter*inneninitiativen in Abgrenzung zum Gentrifizierungsbegriff darauf hin, dass hinter ihrer Verdrängung konkrete politische Entscheidungen, wie zum Beispiel die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus, stehen. In der wissenschaftlichen Debatte mag die Rolle kommunaler Regierungen in Gentrifizierungsprozessen ausreichend reflektiert sein, in der öffentlichen Debatte kommt davon wenig an. Es ist aber hauptsächlich die öffentliche Debatte, auf die sich soziale Bewegungen beziehen. Angesichts der Dominanz kulturalistischer Deutungen ist es fraglich, wie sehr sich ‚Gentrifizierung‘ als politischer Kampfbegriff eignet, so sehr er auch dem Verständnis von Mieter*inneninitiativen dienen mag.

Diese Erfahrung habe ich zumindest bei einigen Diskussionen mit Mieter*inneninitiativen in verschiedenen Städten gemacht. Zum Beispiel: Vor kurzem war ich eingeladen, mein Buch *Strategien gegen Gentrifizierung* (Vollmer 2018) in Jena-Lobeda bei der Bürgerinitiative für soziales Wohnen in Jena vorzustellen. In der Initiative sind Mieter*innen der Großwohnsiedlung organisiert, darunter viele Rentner*innen. Sie setzen sich gemeinsam gegen Mietsteigerungen und schlechte Lebensbedingungen zur Wehr. Eigentümerin vieler der Wohnungen in der Siedlung ist jenawohnen GmbH. Das kommunale Unternehmen ist seit 2002 zu großen Teilen im Besitz der Stadtwerke; die Gewinne aus dem Verkauf von einer städtischen Tochtergesellschaft an die andere wurden zur Sanierung von Schulgebäuden genutzt. Gleichzeitig hält die Aktiengesellschaft Thüga AG 20 Prozent der Anteile der Stadtwerke. Das kommunale Wohnungsunternehmen ist damit teilprivatisiert. Die Thüga AG zieht privatwirtschaftlich Gewinne aus jenawohnen. Die Stadt nutzt erwirtschaftete Gewinne zum Beispiel für die Bezuschussung von Ausgaben für den öffentlichen Nahverkehr und Bäder. Beide haben also ein Interesse daran, dass bei der Instandhaltung gespart wird und die Mieten möglichst steigen (Bürgerinitiative für soziales Wohnen in Jena 2019). Genau das passiert, wie die Mieter*innen berichten: Alle drei Jahre wird die Miete um 15 Prozent erhöht während an Instandhaltungen gespart wird. Beschwerden sich die Mieter*innen bei jenawohnen, wird ihnen unmissverständlich klargemacht, dass man gerne ausziehen könne. Jena, „das München des Ostens“ (Spiegel 2007), wächst. Ganz in der Nähe des Stadtteils Lobeda befindet sich das Universitätsklinikum, jenawohnen hat gerade ein neues Hochhaus für dessen Verwaltung, Arztpraxen und sechs „Wohnungen im Premium-Bereich“ gebaut, wie ein Vertreter von jenawohnen stolz verkündet (zit. in Henning 2019).

In diesem Kontext darf ich also mit etwa 20 Anwohner*innen darüber diskutieren, was Gentrifizierung ist und was dagegen getan werden kann. Dabei scheint mir der Begriff eher im Weg zu stehen, als hilfreich zu sein. Denn die dominanten kulturalistischen Deutungsmuster für Gentrifizierung funktionieren hier nicht. Die Anwohner*innen sind froh, wenn es mehr kulturelle Angebote gibt, auch wenn nicht jedes kulturelle Angebot von allen Bewohner*innen gleichermaßen begrüßt wird, schließlich handelt es sich bei ihnen nicht um eine homogene Gruppe – anders als in manch einer stigmatisierenden Erzählung suggeriert. Ähnliche Erfahrungen habe ich auch bei Buchvorstellungen in Bochum und Dortmund gemacht – auch wenn man ausführlich darauf eingegangen ist, dass immobilienwirtschaftliche Interessen hinter Gentrifizierungsprozessen stehen, kommt die Diskussion doch immer wieder auf die (Nicht-)Präsenz von kulturellen Einrichtungen.

Die bauliche Aufwertung ihrer Nachbarschaft würden die Mieter*innen in Jena-Lobeda begrüßen, kritisiert wird lediglich, dass diese Aufwertung sich vorrangig auf das Wohnumfeld bezieht, nicht aber auf die Gebäudesubstanz. Auch eine diskursive Aufwertung würde ihnen gefallen – an keinem Moment des Abends wird die Diskussion so emotional wie beim Thema Stigmatisierung ‚der Platte‘ nach 1990. Die Mieter*innen sehen ihre positiven Lebenserfahrungen in ihrer Nachbarschaft dadurch herabgesetzt.

Darüber, ob eine Verdrängung von Mieter*innen geschieht, ist man sich allerdings nicht einig. Manche sind der Meinung, jede*r, der es sich leisten könne, würde wegziehen, andere spüren Verdrängungsdruck am eigenen Leib und fürchten, bei der nächsten Mieterhöhung umziehen zu müssen. In jedem Fall nehmen die Mieter*innen das Wort Verdrängung sehr wörtlich und fragen, wo denn noch hin verdrängt werden solle. Sicherlich könnte man nun mit dem Konzept der ‚Verdrängung aus dem Lebensstil‘ argumentieren und vermutlich wird der Zuzug besserverdienender Schichten nach Lobeda angesichts der allgemeinen Mietpreisentwicklung in Jena zunehmen. Den konkreten Erfahrungen der Mieter*innen entspricht das aber erst einmal nicht. Sie sind selbstverständlich in der Lage, die Mechanismen hinter ihrer Wohnsituation, die Teilprivatisierung und (fehlenden) mietrechtlichen Regelungen, sehr genau zu benennen. Sie können mit großer Klarheit die Gerechtigkeitsfrage stellen, warum gerade sie mit ihren Mieten für eine Bezuschussung der öffentlichen Daseinsvorsorge verantwortlich sein sollen, für die sie ja schließlich schon mit ihrer Steuer bezahlen.

Über eines ist man sich in der Diskussion aber sicher: Hier ist das alles ganz anders als in den Metropolen. Diese Unterscheidung kommt vermutlich von der dominanten Erzählung über Gentrifizierung. All die schiefen oder fehlerhaften Dimensionen dieser öffentlichen Debatte, die Kulturalisierung, die moralisierende Schuldzuweisung und die Fokussierung auf einige wenige, von zuckerfreies Speiseeis schleckenden Hipstern überrannte Großstadtviertel müssten in einer Diskussion mit Mieter*innen in Jena-Lobeda und anderswo erst einmal abgeräumt oder erklärt werden, bevor eine für die Mieter*innen sinnstiftende Debatte entstehen könnte. Die kulturalistische Thematisierung von Gentrifizierung steht dem gemeinsamen Kampf derjenigen im Wege, die eigentlich gemeinsam an einem Strang gegen die zugrundeliegende ökonomische Dynamik ziehen sollten. Diejenigen, die als Mieter*innen von Gentrifizierung betroffen sind, sind kulturell und sozial sehr unterschiedlich aufgestellt, was das Potential der Vergemeinschaftung quer zu kulturellen Milieus und Schichtzugehörigkeit in der Mieter*innenbewegung gerade so groß macht. Gleichzeitig macht es sie besonders anfällig für spaltende kulturalistische Diskurse.

Allerdings lassen sich zwischen der Bürgerinitiative für soziales Wohnen in Jena und Mieter*inneninitiativen in anderen Städten viele Parallelen ziehen. Der Anlass ihres Protests ist ähnlich, ebenso sind es ihre Forderungen. Taugt der Begriff der Gentrifizierung also zur Vergemeinschaftung innerhalb der Mieter*innenbewegung? Oder zieht er nicht gerade Grenzen zwischen eigentlich ähnlichen Hintergründen? Die Auswirkungen der unternehmerischen Stadt in Groß- und Mittelstädten, in boomenden oder peripherisierten Nachbarschaften sind sich ähnlich, ebenso die Verwertungsstrategien bestimmter Wohnungsmarkakteure.

Diese Ähnlichkeiten hängen mit der Finanzialisierung der Wohnraumversorgung zusammen. Smith gründet die „Rückkehr des Kapitals in die Städte“ auf ein Verständnis des *uneven development*: In wachsenden Regionen wird investiert, in schrumpfenden werden Investitionen abgezogen. Die Entwicklungen in beiden sind also scheinbar gegensätzlich. Nun machen Mieter*innen von Vonovia in München aber die gleichen Erfahrungen wie Mieter*innen von Vonovia im Ruhrgebiet – mangelnde Instandhaltung gefolgt von kostspieliger Modernisierung, die sich auf die Miete umlegen lässt. Der Anlagedruck auf dem Wohnungsmarkt ist mittlerweile so groß, dass gerade (aber nicht nur) finanzialisierte Wohnungsmarktakteure zu immer ausgeklügelteren Verwertungsstrategien greifen. Aggressive Verwertungsstrategien finden auch und gerade in Großwohnsiedlungen Anwendung, in denen viele Hartz-IV-Empfänger*innen wohnen. Von Matthias Bernt, Laura Colini und Daniel Förste wird das als Hartz-IV-Verwertungsmodell bezeichnet (Bernt et al. 2017). Kann man das noch Gentrifizierung nennen beziehungsweise ist es angesichts der dominierenden Sicht auf Gentrifizierung noch vermittelbar, von solchen Phänomenen als Gentrifizierung zu sprechen? Aus Sicht einer sozialen Bewegung wäre es wünschenswert, diese Erfahrungen von Mieter*innen zu vergemeinschaften, also einen gemeinsamen Erklärungsansatz dafür zu finden, der auch in der Öffentlichkeit trägt.

Das wissenschaftliche Konzept Gentrifizierung, und seine Popularisierung durch kritische Wissenschaftler*innen in Deutschland, hat ohne Zweifel der Mieter*innenbewegung wichtige Anhaltspunkte für die Interpretation ihrer Protestanlässe, die entwickelten Erzählungen und Strategien geliefert. Und es bedarf eines Begriffs, der all die Entwicklungen auf einen Nenner bringt. Ohne einen alternativen Begriff anbieten zu können, frage ich: passt ‚Gentrifizierung‘ noch?

Endnoten

- [1] Für die bereichernde Diskussion der Gedanken in diesem Beitrag danke ich Marcel Weikert von Herzen.

Autor_innen

Lisa Vollmer ist interdisziplinäre Stadt- und Bewegungsforscherin. Ihre Forschungsinteressen sind soziale Bewegungen, Wohnungspolitik und politische Theorie.
lisa.vollmer@uni-weimar.de

Literatur

- Bernt, Matthias / Colini, Laura / Förste, Daniel (2017): Privatization, financialization and state restructuring in East Germany. The case of Am Südpark. In: IJURR 41/4, 555-571.
- Bürgerinitiative für soziales Wohnen in Jena (2019): „Keine Profite mit unserer Miete!“ Die Informationsbroschüre zum Bürgerbegehren: Rekommunalisierung und Demokratisierung von jenawohnen. <https://sozialeswohneninjena.files.wordpress.com/2019/06/infobrosche3bcre-bc3bergerini-lobeda.pdf> (letzter Zugriff am 2.7.2019).

- Henning, Jan (2019): Premiumwohnen in Jena-Lobeda für 2300 Euro Miete. In: Ostthüringer Zeitung vom 24.6.2019, <https://www.otz.de/regionen/jena/premiumwohnen-in-lobeda-fuer-2300-euro-miete-id226261809.html> (letzter Zugriff am 2.7.2019).
- Holm, Andrej (2010): Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster: Unrast.
- Jensen, Inga / Schipper, Sebastian (2018): Jenseits von schwäbischen Spätzlemanufakturen und kiezigen Kneipen – polit-ökonomische Perspektiven auf Gentrifizierung. In: PROKLA 191, 317-324.
- Smith, Neil (2019 [1979]): Für eine Theorie der Gentrifizierung: „Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7/3, 65-86.
- Spiegel (2007): Standort Ranking „Jena ist das München des Ostens“. Interview mit Peter Kaiser. In: Der Spiegel, 26.3.2007.
- Vollmer, Lisa (2018): Strategien gegen Gentrifizierung. Stuttgart: Schmetterling.
- Vollmer, Lisa (2019): Mieter_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität. Wiesbaden: Springer.

Debatte

2019, Band 7, Heft 3

Seiten 119-124

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v7i3.505

Neil Smith

„Für eine Theorie der
Gentrifizierung“

Kommentare von:

Moritz Ege, Laura Calbet,

Jens Dangschat,

Laura Nkula-Wenz,

Lisa Vollmer, Andrej Holm

„Es macht einfach Sinn!“

Kommentar zu Neil Smiths „Für eine Theorie der Gentrifizierung: ‚Zurück in die Stadt‘ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen“ (2019 [1979])

Andrej Holm

Neil Smith (1954-2012) hat eine ganze Generation von Stadtforscher*innen geprägt, die sich selbst in städtische Konflikte begeben und in den letzten 40 Jahren versucht haben, soziale Mobilisierungen gegen Aufwertung und Verdrängung zu unterstützen. Sein eigenes Schreiben war über viele Jahre mit seinen politischen Aktivitäten verbunden und hat vielen stadtpolitisch Aktiven geholfen, die Analyse städtischer Konflikte vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Seine Bücher zum zirkulären Charakter von Entwertung und Aufwertung städtischer Räume unter den Bedingungen der kapitalistischen Urbanisierung (Smith 1984) und zur revanchistischen Stadtpolitik in New York (Smith 1996) gehören bis heute zu meinen nachhaltigsten Leseerlebnissen in über 25 Jahren Studium, Lehre und Forschung. Neil Smith gelingt das seltene Kunststück, große Theorien, starke Thesen und politische Positionierungen in einen alltagstauglichen Wissenspool zu übersetzen und eine gedankliche Ordnung in die Wut oder das unbestimmte Unbehagen über eine Stadtentwicklung zu bringen, die Ungleichheiten verschärft und Ausgrenzungen vertieft. Von Erik Clark – der sich mit dem Auf und Ab der Immobilienpreise in Malmö beschäftigte – wird kolportiert, er habe beim Lesen von Neils Smiths „Für eine Theorie der Gentrifizierung“-Text die Bibliotheksruhe durch einen lauten Ausruf – „YES! This completely makes sense!“ – gestört (Slater 2012). Ganz ähnlich sind die Aha-Effekte, wenn Mieterinitiativen ihren Kampf gegen Modernisierung, Abriss oder Umwandlung in den Rent-Gap-Theorien von Neil Smith wiedererkennen. Das Wissen, dass Gentrification weniger mit Lebensstilen als mit Verwertungsinteressen zu tun hat, bot für viele Initiativen einen strategischen Vorteil, denn mit dem Gefühl, das Spiel der Eigentümer*innen- und Investor*innenseite durchschaut zu haben, lassen sich klare und fokussierte Forderungen stellen.

Die Logik der Ertragslücken

Der 1979 vom gerade einmal 25-jährigen Neil Smith veröffentlichte Artikel „Für eine Theorie der Gentrifizierung [...]“ hielt nach 15 Jahren Gentrification-Forschung nicht nur im Titel eine gelungene akademische Provokation

bereit, sondern hat bis heute die Substanz, städtische Aufwertungsprozesse und Verdrängung systematisch miteinander zu verbinden.

Auf den ersten Seiten des Artikels stellt Neil Smith die bis dahin gängigen Nachfrageerklärungen für Gentrifizierungsprozesse in Frage, widerlegt ganz nebenbei den Mythos einer Umkehr von Suburbanisierungsprozessen („Zurück in die Stadt-Bewegung [...]“) und greift die neoklassische Hypothese der Konsumentensouveränität in Marktökonomien an. Um zu erklären, dass sich Wohnpräferenzen zugleich in mehreren Städten und auf verschiedenen Kontinenten verändern, müsse die für das Modell konstitutive Individualität selbst angezweifelt werden (Smith 2019 [1979]: 69). Smith negiert die Rolle von Wohnpräferenzen nicht, gibt aber zu bedenken, dass sie als Erklärung der städtischen Veränderungen nicht ausreichen, und lenkt die Aufmerksamkeit auf die lange Zeit ignorierte Rolle von „Developer und Bauträger, Kreditgeber, Behörden, Immobilienmakler, Vermieter und Mieter“ (ebd.).

Eine umfassendere Theorie der Gentrifizierung müsse die Bedingungen der Produktion stärker berücksichtigen, denn unabhängig von den kulturellen Präferenzen der Konsumtion ist es naheliegend, dass es keine Sanierungsaktivitäten geben würde, wenn diese mit einem finanziellen Verlust verbunden wären. „Die sogenannte urbane Renaissance wurde eher von ökonomischen als von kulturellen Kräften angeschoben.“ (Smith 2019 [1979]: 70) Zudem können die Lebensstilerklärungen der veränderten Wohnwünsche nicht erklären, warum einige Viertel zur Kulisse von Gentrifizierungsprozessen werden und andere nicht.

Neil Smith sucht die Antworten in den Prinzipien der kapitalistischen Ökonomie des Immobilienmarktes. Weil Grundstücke und Gebäude der Warenlogik unterworfen werden, gilt es verschiedene Eigenarten in den Blick zu nehmen: 1. Die Eigentumsrechte gewähren den Eigentümer*innen eine monopolähnliche Kontrolle über Grundstücke, Gebäude und Nutzer*innen, aus der die Funktion der Grundrente abgeleitet werden kann. 2. Während Boden und gebaute Umwelt räumlich fixiert sind, variieren die Werte. Die Gebäudewerte beeinflussen dabei den realisierbaren Grundrentenbetrag (je besser erhalten das Gebäude, desto höher die Grundrente), aber die Grundstückswerte selbst haben einen von den Gebäuden unabhängigen Wert, der sich aus den potenziellen Nutzungen ableitet. 3. Gebäude haben eine im Vergleich zu anderen Waren sehr lange Lebensdauer und einen langwierigen Kapitalumschlag. In klassischen immobilienwirtschaftlichen Rechnungen wird mit einer Refinanzierungsdauer der Investitionskosten von 25 und mehr Jahren kalkuliert. Wegen der hohen Erstellungskosten und der langen Laufzeiten der Investitionen spielen Finanzinstitutionen eine zentrale Rolle in der städtischen Immobilienwirtschaft und bestimmen im Zusammenspiel mit der Kapitalentwertung der Gebäude die Bemessung von Verkaufspreisen und Grundrentenerträgen (Smith 2019 [1979]: 70 f.).

In seinem Rent-Gap-Ansatz führt Neil Smith die Besonderheiten des Boden- und Immobilienmarktes zu einem Erklärungsansatz für die immer häufiger beobachteten Gentrifizierungsprozesse zusammen. Gerade die unabhängig von der Gebäudesubstanz bestehende Eigenlogik der Grundrente wird zum Erklärungsmoment für Investitionen in den Wohnungsbestand. Überall dort, wo die potentielle Grundrente bei ‚höchster und bester Nutzung‘ die momentan kapitalisierte Grundrente übersteigt, bestehen

Investitionsanreize, um die möglichen Erträge auch auszuschöpfen. Im Gegensatz zu seinem Mentor David Harvey, der mit seinen historischen Arbeiten zum Zusammenhang von Überproduktion, fallender Profitrate und den Investitionen in den zweiten Kapitalkreislauf erklären konnte, *warum* Investitionsmittel sich verstärkt auf die bebaute Umwelt konzentrieren (Harvey 1973, 1982), bietet Neil Smith ein schlüssiges Konzept für die Beantwortung der Frage, *wohin* die immobilienwirtschaftlichen Investitionen fließen (Smith 2019 [1979]: 68).

In der ökonomischen Logik der Ertragslücken sind es nicht die Lebensstile und Wohnpräferenzen, die eine Aufwertung von Stadtteilen auslösen, sondern vor allem die zu erwartenden Zusatzerträge, die durch die Schließung der *rent gap* realisiert werden können. Je größer die Ertragslücke zwischen den aktuellen Nutzungsbedingungen und den potenziell möglichen Höchsterträgen, desto größer die Investitionsbereitschaft. Gerade weil Neil Smith in der Ertragslückenerklärung nicht die Höchsterträge, sondern die größte Lücke zwischen aktuellen und künftigen Grundrentenerträgen zur erklärenden Variable der Aufwertung einführt, kann er im Gegensatz zu den nachfrageseitigen Erklärungsmodellen die Notwendigkeit der Verdrängung in Gentrifizierungsprozessen belegen. Je größer die Lücke zwischen den aktuellen und den potenziellen Erträgen, die auf einem Grundstück erwirtschaftet werden können, desto wahrscheinlicher auch, dass die Zahlungsfähigkeit der bisherigen Nutzer*innen mit der Schließung der Ertragslücke an ihre Grenzen gerät. Ausschlaggebender Grund für die Aufwertung ist dann nicht nur die maximale Zahlungsbereitschaft künftiger Nutzer*innen, sondern eben auch die aktuelle Ertragslage. So kann Smith erklären, warum es immer wieder die heruntergekommenen und von Armut geprägten Stadtviertel sind, die zur Arena von Aufwertungsprozessen werden.

Als ab 2007 die ersten Aufwertungstendenzen im Nord-Neukölln beobachtet wurden, hielten viele Stadtforscher*innen, Planer*innen und Aktivist*innen in Berlin den Stadtteil für nicht gentrifizierbar, weil sie der Überzeugung waren, dass die soziale Struktur, der Nachbarschaftscharakter und das schlechte Image der Gegend den Lebensentwürfen von Pionieren und Besserverdienenden entgegenstünden. Neil Smith erklärte damals in einem Interview in einer Berliner Mieterzeitung am Beispiel von Harlem, dass es keinen Stadtteil gebe, der ‚zu schlecht‘ für die Gentrifizierung sei. Entscheidend sei die Ertragslücke und nicht das Image (Smith 2008) – wie so oft sollte er auch mit seiner Ferndiagnose zu Neukölln Recht behalten.

Dass die Gentrifizierung von Harlem bis Neukölln vor allem bisher benachteiligte Stadtteile betrifft, ist dabei kein Zufall, sondern das Wirkprinzip der ökonomischen Logik. Einer Logik der Inwertsetzung durch Verdrängung. Denn gerade, weil in den heruntergewirtschafteten Wohngebieten mit mangelnder Ausstattung nach den Jahrzehnten der Desinvestition vor allem Haushalte mit geringen Einkommen zu günstigen Mieten leben, wird die Verdrängung zur notwendigen Voraussetzung für das Geschäftsmodell der Gentrifizierung. Wenn Peter Marcuse (1992: 80) in seinen Arbeiten zur Verdrängung formuliert: „Verdrängung ist das Wesen der Gentrification und kein ungewollter Nebeneffekt“, dann ist das nicht nur eine empirische Beobachtung, sondern eine logische Schlussfolgerung aus dem ökonomischen Erklärungsmodell. Die Schließung der Ertragslücke (*rent gap*) – so

wie sie von Neil Smith herausgearbeitet wurde – setzt einen Wechsel der Nutzungsverhältnisse voraus. Das Konzept der Ertragslücke besagt im Kern, dass die aktuell kapitalisierte Grundrente unter Bedingungen erzielt wird, die nicht den bestmöglichen Nutzungen entsprechen. Erst die Veränderung der Grundstücksnutzung ermöglicht einen höheren Grundrentenertrag. Heruntergebrochen etwa auf Mietwohnungsmärkte, könnte die Umwandlung in eine Eigentumswohnung und der Verkauf als solch ein Nutzungswechsel angesehen werden. In Städten mit großen Unterschieden zwischen den rechtlich stärker regulierten Bestandsmieten in langjährigen Mietverhältnissen und den Angebotsmieten bei einer Neuvermietung erfüllen Wiedervermietungen nach dem Auszug von langjährigen Altmietler*innen die Funktion der ertragslückenschließende Nutzungsänderung. In beiden Fällen lassen sich die potenziell möglichen Erträge nur dann realisieren, wenn es zu einem Austausch der Bewohnerschaft kommt. In der Konsequenz umfasst die Gentrifizierung demnach immobilienwirtschaftliche Strategien, die für ihren Erfolg die Verdrängung der bisherigen Bewohner*innen und Nutzer*innen voraussetzen. Die Verdrängung wird so zum Geschäftsmodell.

Gentrifizierung als umkämpftes Terrain

Gentrifizierung ist als dauerhafte Begleiterscheinung der kapitalistischen Urbanisierung nicht nur ganz praktisch ein Teil des Kampfes um Raum in den Städten, sondern selbst auch ein umstrittenes Feld in den öffentlichen Debatten. In wissenschaftlichen und politischen Beiträgen wird die Verwendung des Begriffs gern als politische Polarisierung verunglimpft. Wo immer Stadtteilproteste gegen Aufwertung und Verdrängung aktiv wurden, ließ auch eine konservative Kritik nicht lange auf sich warten. So schrieb etwa die FAZ zu den teils ruppig geführten Protesten im Hamburger Schanzenviertel 2009: „War ‚Gentrification‘ früher ein Fachausdruck für Stadtsoziologen, ist er heute in der linken Szene ein negativ besetzter Kampfbegriff.“ (Müller 2009) Auch ein Themenheft des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) wurde vor ein paar Jahren mit der Einschätzung eingeleitet, dass es „[...] im öffentlichen Diskurs fast ausschließlich die Kritiker und Protestgruppen sind, die von Gentrifizierung sprechen. In diesen Debatten ist Gentrifizierung schädlich, ungerecht und sollte daher verhindert werden. Gentrifizierung wird zu einem immer schon negativ besetzten Kampfbegriff.“ (Glatter 2013: 169) Statt einer „moralisierenden Sicht“ wird ein wertfreies Begriffsverständnis vorgeschlagen und dazu aufgerufen, „nach den positiven und negativen Folgen [...] zu fragen“ (ebd.).

In der Forschungspraxis führte diese Haltung vielfach dazu, dass sich die Auseinandersetzungen vor allem darum drehten, ob beobachtete Veränderungen in den Stadtteilen überhaupt als Gentrifizierung beschrieben werden sollten oder nicht. So wurde beispielsweise über viele Jahre der Gentrification-Befund für die Verdrängungsprozesse in Berlin-Prenzlauer Berg zurückgewiesen und als undifferenzierte Analyse kritisiert (Bernt/Holm 2009). In der Konsequenz hat die immer wieder angemahnte Perspektivenvielfalt dazu beigetragen, den kritischen Gehalt von strukturbezogenen Analysen aus der Forschung zu drängen (Slater 2006). Anstelle einer vertiefenden Untersuchung von Rahmenbedingungen, ursächlichen

Zusammenhängen und sozialen Folgen haben sich in vielen – auch akademischen – Beiträgen Verharmlosungs-, Romantisierungs- und Emanzipationsdiskurse durchgesetzt, die in der Summe eine größere Akzeptanz für die Verdrängungsdynamiken von Gentrifizierungsprozessen einforderten. Die Rent-Gap-Theorie von Neil Smith hilft dabei, in der Komplexität der städtischen Oberflächenerscheinungen die ökonomischen Grundprinzipien der städtischen Aufwertungsprozesse und die Interessen der Immobilienwirtschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Er selbst sah genau darin den großen Reiz der Gentrification-Forschung:

„Gerade weil die Sprache der Gentrifizierung die Wahrheit über die mit der ‚Regeneration‘ der Stadt verbundenen Klassenverschiebungen benennt, ist es für Immobilienentwickler, Politiker und Finanzakteure zu einem schmutzigen Wort geworden” (Smith 2002: 445, Übers. d. A.).

Auch wenn in vielen konkreten Auseinandersetzungen um Aufwertung und Verdrängung deutlich wird, dass die Ertragslückentheorie von Neil Smith ein idealtypisches Modell zur Erklärung von Wirkmechanismen ist, die in der Praxis von politischen Rahmenbedingungen und institutionellen Handlungsentscheidungen variiert werden (Shaw 2005, 2008), bietet es bis heute einen tragfähigen Rahmen, die grundsätzlichen Interessenkonstellationen in städtische Aufwertungsprozessen zu erkennen. Mit seiner konzeptionellen Klarheit bietet Neils Smith zugleich eine Orientierung für eine eigene Positionierung in städtischen Konflikten. In seinem Text blitzt die für Neil Smith typische Mischung aus konzeptioneller Schärfe, fundierter Sachkenntnis und deutlicher Positionierung auf – und veredelt den Artikel von einer inhaltlichen Fundgrube in einen Fixstern der kritischen Stadtforschung.

Dieser Artikel wurde durch das Programm Open Access Publizieren der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin gefördert.

Autor_innen

Andrej Holm ist Sozialwissenschaftler und arbeitet u.a. zu Gentrifizierung, Wohnungspolitik und städtischen Protestbewegungen.
a.holm@sowi.hu-berlin.de

Literatur

- Bernt, Matthias / Holm, Andrej (2009): Is it, or is it not? The conceptualisation of gentrification and displacement and its political implications: the case of Prenzlauer Berg. In: *City* 13/2-3, 312-324.
- Glatter, Jan (2013): Gentrifizierung: politischer Kampfbegriff oder Perspektivenvielfalt? In: *vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 2013/4, 169.
- Harvey, David (1973): *Social Justice and the City*. Athens (Georgia): University of Georgia Press.
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*. Oxford: Blackwell.

- Marcuse, Peter (1992): Gentrification und die wirtschaftliche Umstrukturierung New Yorks. In: Helm, Hans G. (Hg.), Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn. Leipzig: Reclam, 80-90.
- Müller, Rainer (2009): Schanzenviertel in Hamburg: Yuppies und Randalen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.2009. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wohnen/haus/schanzenviertel-in-hamburg-yuppies-und-randale-1857649.html> (letzter Zugriff am 15.10.2019).
- Shaw, Kate (2005): Local limits to gentrification: implications for a new urban policy. In: Roland Atkinson / Gary Bridge (Hg.), Gentrification in a Global Context: The New Urban Colonialism. London: Routledge, 168-184.
- Shaw, Kate (2008): Commentary: is there hope for policy? In: Urban Studies, 45/12, 2637-2642.
- Slater, Tom (2006): The Eviction of Critical Perspectives from Gentrification Research. In: International Journal of Urban and Regional Research 30/4, 737-757.
- Slater, Tom (2012): Rose Street and Revolution: A Tribute to Neil Smith (1954-2012). In: ACME: An International Journal for Critical Geographies 11/3, 533-546.
- Smith, Neil (2019 [1979]): Für eine Theorie der Gentrifizierung: „Zurück in die Stadt“ als Bewegung des Kapitals, nicht der Menschen. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7/3, 65-86.
- Smith, Neil (1984): Uneven Development: Nature, Capital, and the Production of Space. Athens (Georgia): University of Georgia Press.
- Smith, Neil 1996: The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City. London: Routledge.
- Smith, Neil (2002): New globalism, new urbanism: gentrification as global urban strategy. Antipode 34, 427-450.
- Smith, Neil (2008): Der Zusammenschluss zwischen Anti-Gentrifizierungskämpfen und den Aktivitäten der weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit kann extrem bedrohlich werden (Interview mit Neil Smith). In: MieterEcho 324, 9-12.

Die Bodenwertsteuer als unterstützendes Instrument der Stadtplanung

Daniel Mühlleitner

1. Einleitung

Grundstücksspekulation, hoher Flächenverbrauch und steigende Mieten hängen eng zusammen und haben ihre Ursachen vornehmlich in der privaten Aneignung der Bodenrenten. Die Eigentümer_innen sind heute nur selten gezwungen, sich an die Vorgaben der Stadtplanung zu halten, was Spekulation sowie Hortung und Unternutzung von Grundstücken erst ermöglicht. Die private Vereinnahmung von Bodenwertzuwächsen infolge kommunaler Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen kann zudem einen starken Anreiz schaffen, Einfluss auf die Planungsebenen zu nehmen. Die damit verbundenen Probleme sollen im Folgenden skizziert und daraufhin analysiert werden, inwieweit die Einführung einer Bodenwertsteuer möglicherweise Abhilfe schaffen kann.

2. Leerstände, Baulücken und Grundstücksspekulation

Die kommunalen Verwaltungen stoßen bei ihrer Aufgabe der steten Weiterentwicklung ‚ihrer‘ Kommune auf ein nicht zu unterschätzendes Hindernis: Der Grund und Boden ist an viele Einzelbesitzer_innen verteilt. In Boom-Regionen verhindert Grundstücksspekulation häufig eine zielgerichtete Stadtentwicklung, andernorts bleiben Leerstände und Brachflächen lange ungenutzt.[1] Auch wenn Sanierungen sinnvoll oder notwendig erscheinen, behaupten sich allzu oft die „altersschwachen, ausgewohnten, von Schmutz und Rauch geschwärtzten Häuser [...], sie bleiben im Feld, sie weichen nicht, frech wie die Kröte auf dem Krönungsmantel“, wie Hans Bernoulli (1991 [1949]: 20) es formulierte. Die Kröten heißen heute eben auch Leerstand, Baulücke und Spekulationsgrundstück, denn die ungenutzte Hortung oder das Warten auf künftige Entwicklungsoptionen und Wertsteigerungen sind heute meist nicht mit wirtschaftlich nachteiligen Konsequenzen für die Eigentümer_innen verbunden.

Besteht vonseiten der Eigentümer_innen keine Bereitschaft, die Flächen zur Verfügung zu stellen, können städtebauliche Maßnahmen ungeachtet

ihrer Notwendigkeiten häufig nicht durchgeführt werden, müssen aufgegeben oder in die örtlichen Randgebiete verlegt werden.[2] Denn üblicherweise finden sich verkaufswillige Eigentümer_innen an den Orts- und Stadträndern, wo dann neue Baugebiete ausgewiesen werden und sich die Preise für das Land durch die Aussicht auf Bebaubarkeit teilweise bis zu ver Hundertfachen.[3] Die Planung wird vielerorts also weniger durch städtebauliche Effektivitätsüberlegungen bestimmt als durch den bloßen Zugang zu Boden. Ausnahmen wie die Stadt Ulm zeigen, dass es auch anders geht: Dort verfolgt die Kommune seit mehr als 125 Jahren eine aktive Bodenpolitik und ist selbst Eigentümerin von einem Drittel der Flächen im Stadtgebiet. Das Ulmer Modell gilt deutschlandweit als Vorzeigebispiel, da das Bodenpreisniveau vergleichsweise niedrig ist und Spekulation dort kaum eine Rolle spielt (Damm 2019).[4]

3. Infrastrukturausbau und Bodenwertentwicklung

Grundlage der erzielbaren Bodenpreise ist die kapitalisierte Bodenrente, mit der in der Ökonomie der standortbedingte Ertrag bezeichnet wird, den ein Grundstück abwirft. Es handelt sich dabei um ein leistungsloses Einkommen, das den Eigentümer_innen aufgrund der besseren Lage, Infrastrukturausstattung oder Beschaffenheit des Grundstücks im Vergleich zu einem anderen Grundstück zufließt. Die Bodenrente ist zum einen abhängig von den planungsrechtlichen Möglichkeiten. So ist eine Ackerfläche weniger wert als ein Grundstück, das als Baufläche festgesetzt ist. Wenngleich die Wertsprünge bei solchen Umwidmungen besonders spektakulär sind, wird die Bodenrente zum anderen vor allem durch die örtlichen infrastrukturellen Gegebenheiten bestimmt: Ein Theater, schnelle Internetverbindung, Straßensanierungen, Autobahnanbindung, moderne Krankenhäuser und Kindergärten, Gymnasien und Universitäten – all das sorgt für eine Steigerung der Bodenrenten und damit der Grundstückswerte (Marshall 1947). Die resultierenden Gewinne werden durch die Grundstückseigentümer_innen vereinnahmt, die daher üblicherweise ein gesteigertes Interesse an Entwicklungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand haben. Hier gilt eindrücklich: Die privaten Eigentümer_innen profitieren, die Allgemeinheit zahlt. Mieter_innen zahlen in gewisser Weise sogar doppelt: Zunächst in ihrer Rolle als Steuerzahler_innen, die die Investitionen der Kommune in die technische und soziale Infrastruktur finanzieren, und nach der Fertigstellung und den damit zusammenhängenden Wertsteigerungen noch einmal durch die gestiegenen Mieten.

Der Zusammenhang des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur mit den Bodenwerten ist vor allem im englischsprachigen Raum gut belegt und soll hier als Beispiel dienen. Jeffery Smith et al. fassen die Erkenntnisse von etwa 100 Studien zusammen, die den Einfluss von öffentlichem Nahverkehr auf die Werte umliegender Grundstücke untersuchen (Smith et al. 2017). Politikansätze, die die Nutzung des Nahverkehrs fördern oder den Individualverkehr unattraktiver machen, führen zudem ebenfalls zu Wertsteigerungen der entsprechenden Grundstücke, wie eine weitere Analyse von circa 150 Studien zum Einfluss des öffentlichen Nahverkehrs auf die Bodenpreise zeigt (Royal Institute of Chartered Surveyors Policy Unit 2002).

Um nur einige Beispiele aus Untersuchungen für Wertzuwächse durch öffentliche Investitionen zu nennen:

- In London wurden zwei neue Bahnstrecken gebaut, woraufhin der Kaufpreis von Wohneigentum innerhalb eines Radius von zwei Kilometern um die neuen Stationen um 9,3 Prozent mehr anstieg als im übrigen London (Gibbons/Manchin 2005).
- Die Southern Railway in Perth ist für einen Grundstückspreisanstieg von 42 Prozent innerhalb von fünf Jahren im Umkreis der Bahnstation verantwortlich (Australian Government 2016).
- Der Ausbau der Jubilee Line, einer U-Bahn-Linie, die 1979 in London eröffnet wurde, hat im Umkreis von zehn Stationen zwischen Waterloo und Stratford insgesamt einen Immobilienwertzuwachs von etwa 13 Milliarden Pfund verursacht – bei gesamten Investitionskosten in Höhe von 3,5 Milliarden Pfund (Salon 2014).
- Eine Studie aus Montreal zeigt, dass die Immobilienwerte innerhalb eines Radius von 500 Metern zur U-Bahn um 13 Prozent gestiegen sind, innerhalb von einem Kilometer um 10 Prozent und innerhalb von anderthalb Kilometern immerhin noch um 5 Prozent (National Bank of Canada 2014).

Die tatsächlichen Effekte dürften sogar höher liegen, da der beschränkte Untersuchungsrahmen (z. B. ein Radius von 500 Metern oder zwei Kilometern) den Einfluss der Infrastrukturmaßnahmen nur unvollständig erfassen kann (Tideman 1993). Die Gewinne fließen dabei den Grundstückseigentümer_innen zu. Die Wertzuwächse zeigen sich indes nicht nur in den Großstädten mit angespannten Wohnungsmärkten, sondern vor allem auch in deren Umland, den sogenannten Speckgürteln, die durch eine bessere Anbindung, etwa durch neue S-Bahn-Linien, und günstigere Immobilienpreise stark an Anziehungskraft vor allem für junge Familien gewinnen (Waltersbacher 2017).

Ein Ausgleich planungsbedingter Bodenwertgewinne findet im deutschen Bodenrecht genau wie in den meisten westlichen Ländern grundsätzlich nicht statt.[5] Die Inhaber_innen der Eigentumsrechte können sich indes eines ausbaubedingten Geldsegens erfreuen, wie etwa der Immobilienentwickler Don Riley schildert:

„Then, as the millennium was dawning, a miracle happened. The government returned every penny that I had paid in taxes over the previous 40 years. So for four decades I had lived tax free – and I had not dodged the taxman! How was this possible? [...] Taxpayers generously funded the extension to the Jubilee Line, one of London’s Underground lines. Two of the stations were located close to office properties that I own. Those two stations raised the value of my properties by more than all the taxes that I had paid into the public’s coffers over the previous 40 years.“ (2006: 11 f.)

Vielerorts werden daher voll erschlossene, teils bebaute Areale ungenutzt liegengelassen, um sie künftig mit Gewinn wieder abzugeben und die steigenden Bodenrenten abzuschöpfen (Kriese 2018: 403). Gestützt wird dieses in der Regel gemeinwohlschädigende Verhalten zusätzlich noch durch die

steuerliche Vorzugsbehandlung von Grundvermögen im Vergleich zu anderen Vermögenswerten.

Müssen Grundstücke planungsbedingte Wertverluste hinnehmen,[6] verpflichtet das Planungsschadensrecht nach §§ 39 ff. BauGB (Baugesetzbuch) die Kommune hingegen, die Grundstückseigentümer_innen für solche Verluste finanziell zu entschädigen. Diese Entschädigungsansprüche verhindern vielfach, dass aufkommenden (z. B. städtebaulichen) Problemen vorgebeugt werden kann und durch die Planung ermöglichte ungewünschte Entwicklungen[7] jemals korrigiert werden können (Umweltbundesamt 2003: 134).

Die vorherrschende Asymmetrie ist offenkundig: Die durch die Planungsänderungen entstehenden Vermögensnachteile haben den Charakter negativer externer Effekte (externer Kosten), die das BauGB im Gegensatz zu den positiven externen Effekten aus der Planung internalisiert. Die Grundstückseigentümer_innen profitieren also von Wertsteigerungen in hohem Maße (Erschließungs- oder sonstige Ausbaubeiträge decken üblicherweise nur einen geringen Teil der Wertsteigerungen), werden andererseits aber für entstehende Wertverluste von der Planungsinstanz entschädigt.

4. Gezielte Einflussnahme auf die Planung

Die Perspektive auf Vereinnahmung der planungsinduzierten Wertsteigerungen weckt verständlicherweise Begehrlichkeiten und so erwächst die Gefahr der Einflussnahme Dritter auf die Bauleitplanung. Der Volksmund spricht dann von Vettern- oder Amigowirtschaft. In einem spektakulären Fall wurde unlängst der Bürgermeister von Regensburg wegen Vorteilsnahme schuldig gesprochen (Landgericht Regensburg 2019).[8] Bis Ende der 1990er Jahre waren viele Absprachen zwischen Kommune und Baulandeigentümer_in rechtlich unbedenklich, wenn etwa der durch die Umwandlung von Ackerland in Bauland entstandene monetäre Vorteil ‚gerecht‘ zwischen Kommune und Eigentümer_innen geteilt wurde. Dies lässt zwar die Allgemeinheit in einer gewissen Weise an den Wertsteigerungen teilhaben und mag daher akzeptabel erscheinen, doch führen solche Arrangements offensichtlich nicht zu einer gemeinwohlorientierten städtebaulichen Entwicklung. Die Bauleitplanung konnte so von der Gemeinde gewissermaßen als Gelddruckmaschine missbraucht werden. Am 13. August 1997 wurde daher im Rahmen des Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vorsieht, wenn für die Aufstellung eines Bebauungsplans ein gesetzlich nicht zulässiger Vorteil für die Gemeinde gefordert oder auch nur angenommen wird (BT-Drucksache 13/5584: 9). Korruptes Handeln kann seitdem nicht mehr nur bei persönlicher Bereicherung verfolgt werden, sondern auch bei einer Vorteilsabschöpfung durch die den Bebauungsplan erstellende Kommune.[9]

Auch ohne eine solche direkte finanzielle Beteiligung der Kommune wird mit Verweis auf Wirtschaftsförderung und Wettbewerbsfähigkeit weiterhin vielen privaten Infrastrukturwünschen nachgegangen. Ein Beispiel aus dem Isental: Der mehr als 100 Jahre im oberbayerischen Dorfen ansässige Betrieb Meindl-Ziegel beziehungsweise die Etex-Group, die die Firma Meindl 2005 über eine Tochterfirma gekauft hat, hatten jahrzehntelang auf einen Ausbau der A 94 gedrängt, da sonst angeblich eine Schließung des Werks

respektive eine Abwanderung ins Ausland unumgänglich gewesen wäre. Umweltverbände und eine Bürger_inneninitiative stellten sich dem lange entgegen, durchsetzen konnte sich schließlich der Betrieb. Am 24. November 2015 wurde das europaweite Vergabeverfahren für das öffentlich-private Partnerschafts-Projekt (ÖPP) auf der A 94 zwischen Forstinning und Markt durch Erteilung des Zuschlags an den erfolgreichen Bieter beendet.[10] Ende 2019 wird der Autobahnabschnitt demnach fertiggestellt sein und das Betriebsgelände dann direkt an der Autobahnauffahrt liegen.

Es folgte ein Schock für die Mitarbeiter_innen, rententheoretisch kundige Ökonom_innen dürften allerdings weniger überrascht gewesen sein: Auf der Betriebsversammlung am 26. November 2015 – also lediglich zwei Tage nach Abschluss des ÖPP-Vertrags – verkündete der Vorstand der Creaton AG die Schließung des Dorfener Werks, offiziell „aufgrund der kurz- und mittelfristig ungünstigen Absatzchancen“ (Tempel 2018). Der Kaufpreis, den eine Immobilienfirmengruppe im Sommer 2018 für das 21 Hektar große Areal gezahlt hat, dürfte im hohen zweistelligen Millionenbereich gelegen haben (Renner 2018). Ein rentabler Betrieb des Werks war viele Jahrzehnte ohne Autobahn möglich, eine Weiterführung hätte nun allerdings enorme Opportunitätskosten in Form der entgangenen Verkaufserlöse verursacht. Die Schließung war betriebswirtschaftlich also rational, da die Kosten des Autobahnausbaus und der Inwertsetzung des Grundstücks die Allgemeinheit trägt, die steigenden Bodenerträge aber die Etex-Group vereinnahmen kann.

5. Die Abschöpfung der Bodenrente

Grund für Spekulation, eine ineffiziente Flächenallokation und den Anreiz zur Beeinflussung der Planung ist die Entkopplung der Kosten der Inwertsetzung, die die Allgemeinheit über Steuern finanziert, und des Nutzens, der privaten Grundstückseigentümern in Form steigender Mieten oder Verkaufserlöse zufließt. Zu dieser Problematik äußerten sich die Vereinten Nationen schon 1976:

„The unearned increment resulting from the rise in land values resulting from change in use of land, from public investment or decision or due to the general growth of the community must be subject to appropriate recapture by public bodies (the community).“ (zit. nach Walters 2013: 2)

Die Vereinten Nationen bezeichnen den Vermögenszuwachs als unverdient und fordern eine Abschöpfung durch die Kommunen. Smith et al. (2017) untersuchten in einer britischen Studie auch die Möglichkeiten der Finanzierung der Erweiterungsinvestitionen durch die Abschöpfung der Bodenwertzuwächse. Die Ergebnisse zeigen, dass die durch die Investitionen in den Nahverkehr induzierten Grundstückswertzuwächse häufig ausreichen würden, um die Investitionskosten vollständig oder zumindest zu großen Teilen zu decken.

Politisch kann die Abschöpfung der (wachsenden) Bodenrente große Vorteile mit sich bringen:

- Investitionen, die für die notorisch klammen kommunalen Haushalte anderweitig nicht finanzierbar wären, sind plötzlich möglich,

beziehungsweise für die Zukunft geplante Vorhaben können vorgezogen werden;

- die Allokationseffizienz steigt; das aus Planungssicht unerwünschte Halten von unbebauten oder mindergenutzten Grundstücken bringt finanzielle Nachteile für die Eigentümer_innen mit sich, Spekulation und Hortung lohnen sich nicht mehr;
- ein wichtiger Anreiz zur Einflussnahme auf die Planungsinstanzen entfällt, da sie keine finanziellen Vorteile für die bislang Begünstigten mehr mit sich bringt. Eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Flächenhaushalts- und Verkehrspolitik könnte so geschaffen werden.

Zudem scheint die Abschöpfung der Gewinne aus Bodenwertzuwächsen eine vergleichsweise gerechte Sache zu sein, da lediglich die Profiteur_innen von Bevölkerungszuwachs und Infrastrukturentwicklungen herangezogen werden und die Wertzuwächse nur in den seltensten Fällen auf der persönlichen Leistung der Grundstückseigentümer_innen basieren.

6. Die Bodenwertsteuer

Eine pragmatische Möglichkeit zur Abschöpfung der Bodenrenten könnte die Umgestaltung der Grundsteuer hin zu einer Bodenwertsteuer sein. Die Bemessungsgrundlage einer reinen Bodenwertsteuer bezieht ausschließlich Grund und Boden ein, nicht aber etwaige darauf errichtete Gebäude. Die Bodenwerte liegen bereits heute fast flächendeckend für Deutschland in Form der Bodenrichtwerte vor, womit sich eine aufwändige Ermittlung der Bemessungsgrundlage, die vor allem die Gebäudebesteuerung mit sich bringt, erübrigen würde. Das macht die Bodenwertsteuer zu einer unbürokratischen und einfach umsetzbaren Steuer.

Seit das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 10. April 2018 die derzeitige Ausgestaltung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt hat (Bundesverfassungsgericht 2018), werden verschiedene Ausgestaltungsvarianten diskutiert. Anders als Grundsteuern, die Gebäude miteinbeziehen, beeinflusst eine Bodenwertsteuer das Verhalten der Akteur_innen nicht und verhält sich damit neutral gegenüber der Planung. Eigene Leistungen der Grundstückseigentümer_innen (v. a. Investitionen in Gebäude) bleiben von der Steuer unberührt, lediglich die Bodenwerte sind Gegenstand der Besteuerung. Somit werden also diejenigen Immobilienanteile besteuert, die maßgeblich von gesellschaftlichen Leistungen (Planung, Infrastruktur etc.) bestimmt werden. Verbundene Grundsteuern – sowohl das bisherige System als auch das neue Bundestagsmodell – sind hingegen immer verzerrende Steuern und setzen Anreize zu einer ineffizienten Nutzung (Löhr 2018). Nachverdichtungen, Modernisierungen und kompakte Bauweisen werden ganz im Gegensatz zur Spekulation mit Grundstücken fiskalisch belastet, was zu Angebotsverknappung und damit hohen Bodenpreisen und Mieten beiträgt. Der Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften William Vickrey urteilte über die verbundene Grundsteuer daher, dass es sich um die Kombination einer der schlechtesten Steuern (auf das Gebäude) mit einer der besten Steuern (auf den Bodenwert) handele (Vickrey 1999: 17).

Eine Bodenwertsteuer belastet den unbebauten Boden ebenso stark wie den bebauten und übt so einen Druck auf den_ die Eigentümer_in aus, das Grundstück entsprechend der vorgesehenen Planung zu nutzen (Löhr 2011: 336). Dies reduziert den Druck auf die Kommunen, weiteres Bauland auf der ‚grünen Wiese‘ auszuweisen und führt zu einer besseren Nutzung von Brachflächen und Leerständen sowie zur Schließung von Baulücken. Die Bernoulli’schen Kröten könnten sich mithilfe der Bodenwertsteuer also wieder in Prinzen zurückverwandeln. Auch Ansätze einer Flächenkreislaufwirtschaft können erleichtert werden (Jakubowski et al. 2007): Kann oder möchte der_ die Eigentümer_in das Grundstück nicht nutzen, muss er_ sie eine finanzielle Belastung tragen oder aber das Grundstück verkaufen und anderen zur Verfügung stellen. Die induzierte Angebotserhöhung der städtischen Flächen und die Kapitalisierung der Steuer in die Bodenpreise hätten auch einen (miet-)preisdämpfenden Effekt. Folgerichtig wäre daher auch ein Überwälzungsverbot der Bodenwertsteuer auf die Mieter_innen, das der Gesetzgeber zusammen mit der Bodenwertsteuer einführen sollte (Groth 2018).

7. Schlussbemerkung

Die Bodenwertsteuer und die damit verbundene Abschöpfung der Bodenrente sorgt in zweierlei Hinsicht für eine Unterstützung der Stadtplanung: zum einen, da Spekulation und die Unter- beziehungsweise Nichtnutzung der Grundstücke im Gegensatz zur Situation mit einem verbundenen Grundsteuersystem steuerlich belastet und damit erschwert werden, zum andern, weil eine gezielte Einflussnahme auf die Planung – sei es mit dem Ziel der Flächenumwidmung oder als Anstoß zu Infrastrukturmaßnahmen – keine finanziellen Vorteile für die Eigentümer_innen mehr mit sich bringt.

Die Regierungskoalition brachte im Juni 2019 ihren Entwurf für die Grundsteuerreform in den Bundestag ein. Dieser sieht die Einführung eines verbundenen Systems vor, enthält allerdings eine Öffnungsklausel, die es den Bundesländern ermöglichen würde, abweichende Modelle einzuführen – also auch eine Bodenwertsteuer. Die Grundsteuerreform bietet für Deutschland und seine Bundesländer die große Chance auf die Umstellung hin zu einer einfachen, gerechten und nachhaltigen Bodenbesteuerung.[11]

Endnoten

- [1] Bestandsaufnahmen aus der ersten Hälfte der 2010er-Jahre schätzen den gesamten Bestand an bundesweit ungenutzten Flächen innerhalb des Siedlungsbestands auf mehr als 150.000 Hektar (Umweltbundesamt 2017).
- [2] Der Flächenverbrauch in Deutschland von mehr als 60 Hektar pro Tag legt Zeugnis über diese Sachlage ab (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2014).
- [3] In diesem Zusammenhang spricht man für die Ackerlandbesitzer gerne von der ‚goldenen Fruchtfolge‘. Einige historische Beispiele von durch die Planung zu immensum gelangten Familien gibt Schiller (2003).
- [4] Die Empfehlungen der Baulandkommission vom 2. Juli 2019 greifen dieses Problem teilweise auf, indem sie fordern, dass Kommunen Grundstücke vermehrt nach Konzept und im Erbbaurecht vergeben sollen. Weitere Empfehlungen sind die Möglichkeit,

Baugebote leichter auszusprechen und die Verlängerung der Vorkaufsfristen für die Kommunen (vgl. Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2019).

- [5] BGH-Urteil vom 22.6.1978, Aktenzeichen III ZR 92/75.
- [6] Etwa wenn auf ausgewiesenem Bauland bzw. bebaubaren Grundstücken im unbeplanten Innenbereich die Bebaubarkeit eingeschränkt werden soll.
- [7] Wenn etwa Gewerbegebiete, Einkaufs- und Freizeiteinrichtungen in städtebaulich nicht integrierter Lage nicht (mehr) gewünscht sind.
- [8] Es ging in dem Prozess unter anderem um die Frage, ob Spenden des Bauunternehmers an die SPD im Kommunalwahlkampf 2014 und an den Sportverein Jahn Regensburg bei der Vergabe eines Bauprojekts an die Firma des Bauunternehmers eine Rolle gespielt haben.
- [9] Ausführlich zu den möglichen strafrechtlichen Folgen im Zusammenhang mit städtebaulichen Verträgen Burmeister (2003) und Grziwotz (2000).
- [10] Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 24.11.2015.
- [11] Stand dieses Beitrags: September 2019.

Autor_innen

Daniel Mühlleitner ist ökologischer Ökonom und forscht schwerpunktmäßig zu Themen der nachhaltigen Siedlungsentwicklung.
daniel.muehleitner@hswt.de

Literatur

- Australian Government (2016): Using Value Capture to Help Deliver Major Land Transport Infrastructure: Roles for the Australian Government. Department of Infrastructure and Regional Development. Discussion Paper, November 2016. Canberra: Australian Government Publications.
- Bernoulli, Hans (1991 [1949]): Die Stadt und ihr Boden. Basel u. a.: Birkhäuser Verlag.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2019): Baulandkommission legt Ergebnisse vor. Pressemitteilung vom 2.7.2019.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2014): Flächenverbrauch – Worum geht es? <https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit-internationales/nachhaltige-entwicklung/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauchs/> (letzter Zugriff am 19.7.2019).
- Bundesverfassungsgericht (2018): Pressemitteilung Nr. 21/2018 vom 10.4.2018.
- Burmeister, Thomas (2003): Strafrechtliche Risiken städtebaulicher Verträge. In: BauR, Zeitschrift für das gesamte öffentliche und private Baurecht 34/8, 1129-1143.
- Damm, Christoph (2019): Wie Ulm dafür sorgt, dass Spekulanten bei Grundstücken und Bauflächen seit mehr als 100 Jahren keine Chance mehr haben. <https://www.businessinsider.de/wie-ulm-dafuer-sorgt-dass-spekulanten-bei-grundstuecken-und-bauflaechen-seit-ueber-100-jahren-keine-chance-haben-2019-1> (letzter Zugriff am 19.09.2019).
- Gibbons, Stephen / Machin, Stephen (2005): Valuing rail access using transport innovations. In: Journal of Urban Economics 57/1, 148-169.
- Groth, Klaus-Martin (2018): Grundsteuerreform und soziales Mietrecht, Berlin. http://www.grundsteuerreform.net/wp-content/uploads/2018/09/180827_GGSC.pdf (letzter Zugriff am 27.9.2019).
- Grziwotz, Herbert (2000): Zur Strafbarkeit von Amtsträgern beim Abschluß städtebaulicher Verträge. In: BauR, Zeitschrift für das gesamte öffentliche und private Baurecht 31/10, 1437-1441.
- Jakubowski, Peter / Dosch, Fabian / Bergmann, Eckhard (2007): Zur theoretischen Konzeption einer Flächenkreislaufwirtschaft. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 30/3, 325-350.

- Kriese, Ulrich (2019): Die Bodenrenten den Gemeinden – Aufruf „Grundsteuer_zeitgemäß!“. In: Brigitta Gerber / Ulrich Kriese (Hg.), Boden behalten – Stadt gestalten. Zürich: rüffner & rub, 401-415.
- Landgericht Regensburg (2019): Pressemitteilung 7/2019 vom 04.7.2019.
- Löhr, Dirk (2011): Reform der Grundsteuer – Zu einem blinden Fleck in der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen. In: Wirtschaftsdienst 91/5, 333-338.
- Löhr, Dirk (2018): Bodenwertsteuer: Das Mittel der Wahl. In: BDVI-Forum 44/1, 9-17.
- Marshall, Alfred (1947): Principles of Economics. London: Macmillan, 794-804.
- National Bank of Canada (2014): Land Value Capture as a Source of Funding of Public Transport in Greater Montreal. Montréal: National Bank of Canada.
- Renner, Anton (2018): Decker kauft ehemaliges Meindl-Gelände. In: Merkur vom 1.8.2018.
- Riley, Don (2006): Foreword. In: Fred Harrison, Wheels of Fortune. London: The Institute of Economic Affairs, 11-15.
- Royal Institute of Chartered Surveyors Policy Unit (2002): Land Value and Public Transit. London: Office of the Deputy Prime Minister.
- Salon, Deborah (2014): Location Value Capture Opportunities for Urban Public Transport Finance. White paper prepared for the Transit Leadership Summit, May, London: Regional Plan Association/Volvo Research & Educational Foundations.
- Schiller, René (2003): Vom Rittergut zum Großgrundbesitz. Berlin: De Gruyter.
- Smith, Jeffery / Gihring, Thomas / Litman, Todd (2017): Financing Transit Systems Through Value Capture: An Annotated Bibliography. Victoria: Victoria Transport Policy Institute.
- Tempel, Florian (2018): Robert Decker kauft Meindl-Areal. In: Süddeutsche Zeitung vom 2.8.2018.
- Tideman, Nicolaus (1993): Integrating Rent and Demand Revelation in the Evaluation and Financing of Services. In: Hiroshi Ohta / Jacques-Francois Thisse (Hg.), Does Economic Space Matter? London: Palgrave Macmillan, 133-150.
- Umweltbundesamt (2003): Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr. Materialband, Texte 90/3. Berlin: Umweltbundesamt.
- Umweltbundesamt (2017): Flächenrecycling und Innenentwicklung, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/flaechensparen-boeden-landschaften-erhalten/flaechenrecycling-innenentwicklung#textpart-1> (letzter Zugriff am 28.3.2019).
- Vickrey, William Spencer (1999): Simplification, progression, and a level playing field. New York: Columbia University.
- Walters, Lawrence (2013): Land Value Capture in Policy and Practice. Annual World Bank conference on Land and Poverty. Washington DC: World Bank.
- Waltersbacher, Matthias (2017): Bauland als Engpassfaktor für mehr bezahlbaren Wohnraum – Analyse der Baulandpreise aus den Kaufpreissammlungen der Gutachterausschüsse. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Stadtkonzepte als aktuelle Perspektiven auf die Stadt

Rezension zu Dieter Rink / Annegret Haase (Hg.) (2018): *Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen*. Stuttgart: Barbara Budrich.

Wolf-Dietrich Bukow

Der urbane Raum hat sich längst nicht nur zu einem spezifischen gesellschaftlichen Format, sondern auch zu einer alles dominierenden gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit, ja einer alles dominierenden Lebensform, zu einem alles beherrschenden globalen Habitus entwickelt. Unzählige Beschreibungen, Diagnosen und Prognosen sind in diesem Zusammenhang entstanden und weltweit zur Basis von Leitbildern, Bauprojekten und Zukunftskonzepten gemacht worden. Gleichzeitig gerät aber gerade auch diese Lebensform immer wieder in die Kritik, da sie zunehmend Konflikte und Krisen hervorruft und das Zusammenleben immer problematischer erscheinen lässt. So ist inzwischen auch schon von einer ‚city of crisis‘ die Rede. Genau diese einerseits hochattraktive und andererseits offenbar gleichzeitig von vielfältigen sozialen, ökonomischen und religiösen Spannungen geprägte paradoxe Konstellation bildet den Hintergrund, vor dem sich die Stadtökologin Annegret Haase und der Stadtsoziologe Dieter Rink auf die Suche nach tragfähigen ‚Stadtkonzepten‘, wie sie ausdrücklich formulieren, machen. Sie betrachten dabei freilich jene teilweise sogar widersprüchlichen, mal geradezu von Euphorie, mal von extremer Skepsis geprägten Einschätzungen urbaner Lebensformen vorwiegend als bloße Effekte unterschiedlich ausgerichteter Perspektiven. Diese miteinander quasi konkurrierenden Perspektiven führen zu entsprechend verschieden ausgerichteten Diagnosen und Prognosen, Leitbildern und Programmatiken. So gesehen liegt es durchaus nahe, diese unterschiedlichen Blickwinkel städtebaulicher, künstlerischer, wissenschaftlicher, politischer und publizistischer Provenienz erst einmal einzeln zu würdigen, dabei aber so vorzugehen, dass sie sich miteinander vergleichen lassen, sodass man daraus gegebenenfalls Folgerungen für die Zukunft der Stadt entwickeln kann. Auch angesichts der hiesigen Debatte über teils zunehmend attraktive und teils immer desolatere, schrumpfende Städte und die damit verknüpften vielfältigen Herausforderungen scheint dies zumindest auf den ersten Blick nicht nur ein spannendes, sondern vor allem auch ein sehr nützliches Vorhaben zu sein.

In dem Sammelband werden 21 Stadtkonzepte verschiedener Autor_innen dargestellt. Dabei werden noch nicht einmal alle Ansätze einbezogen,

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: Barbara Budrich Verlag)



die derzeit in der Diskussion sind, sondern nur solche, die für die konkrete Stadtentwicklungssituation relevant erscheinen. Es wird also weniger auf globale Konzepte wie zum Beispiel die ‚New Urban Agenda‘ gesetzt, obwohl sich dieses Konzept seit HABITAT I von 1976 breit entwickelt hat und es zuletzt 2016 auf der UNO-Konferenz reformuliert worden ist. Genauso werden solche Konzepte beiseitegelassen, die nur planerische Aspekte betreffen oder entweder rein retrospektiv oder rein utopisch ausgerichtet sind.

Stattdessen werden diejenigen Ansätze in den Mittelpunkt gerückt, die konkret Eingang in die hiesigen alltags- und stadtpolitischen Debatten gefunden haben, sich also, wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise, direkt auf die hiesige urbane Entwicklung beziehen. Solche Konzepte werden hier ausdrücklich als ‚Stadtkonzepte‘ bezeichnet. Es werden also ganz bewusst gerade solche Konzepte ausgewählt, die im Umfeld der Stadtdebatten zurzeit diskutiert werden und die sich infolgedessen auch gut eingrenzen, abgrenzen, in ihrer Reichweite einschätzen und diskursiv verorten lassen, und die mithin eine vergleichbare und einschätzbare Komplexität und Relevanz aufweisen. Solche eher praktisch ausgerichteten Stadtkonzepte von der ‚globalen Stadt‘ über die ‚grüne Stadt‘ bis zur ‚nachhaltigen Stadt‘ und zur ‚postsäkularen‘ und ‚postsozialistischen Stadt‘ sollen mit ihren jeweils prägenden Analysen, Diagnosen und Trends schrittweise ins Blickfeld gerückt und die damit verknüpften planerischen bis politischen Diskurse, deren jeweilige Ziele und Vermarktungsweisen, deren Leitbild- und Steuerungsfunktion herausgearbeitet und auf diese Weise vergleichbar gemacht werden. Im Einzelfall werden zum besseren Verständnis eines Konzeptes auch gesellschaftstheoretische Hintergründe mit einbezogen. Ansonsten werden die jeweiligen Konzepte bewusst immanent, in ihrer spezifischen Vielschichtigkeit und ihren Entwicklungspotentialen in ihrem jeweiligen Entstehungszusammenhang und ihrem speziellen Anliegen entsprechend gewürdigt.

Die Vorgehensweise wird bei der Darstellung solcher Konzepte wie ‚Nachhaltige Stadt‘ oder ‚Smart City‘ besonders deutlich. Das Konzept wird jeweils zunächst aus seinem Diskurszusammenhang heraus analysiert und ins Blickfeld gerückt. Bei der weiteren Vorstellung der jeweiligen Stadtkonzepte wird immer nach den gleichen Schritten vorgegangen. Diese Schritte werden schon in der Einleitung detailliert dargestellt und sind insoweit auch sehr überzeugend. Allerdings impliziert diese Fokussierung auf für alle Analysen gleichermaßen verbindliche Schritte und die Abgrenzung von positionellen Sichtweisen auch, dass die Stadtkonzepte im Prinzip nur formal analysiert und damit auch nur formal vergleichbar gemacht werden. Es wird kein systematischer Bezug zu einem möglichen *tertium comperationis* hergestellt, also zu einem gemeinsamen Referenzrahmen, in diesem Fall zu einer Vorstellung von dem, was eine Stadt als spezifische Form des Zusammenlebens, als eine Stadtgesellschaft im Kern ausmacht. Stattdessen gehen Haase und Rink in ihrem Handbuch davon aus, dass das, was eine Stadt ausmacht, letztlich aus der Summe dessen abgeleitet werden kann, was an Konzepten in der Stadtforschung und in der einschlägigen angewandten Forschung bis hin zu den Planungswissenschaften und dem Städtebau angesagt ist.

Die Vorstellung, dass am Ende aus dem, was sich aus den Vergleichen unter dem Strich ergibt, eine aussagekräftige Zusammenschau dessen herauskristallisiert, was eine Stadt heute darstellt, wird in der abschließenden

Reflexion freilich deutlich relativiert. Hier wird nämlich die Erwartung formuliert, dass das Handbuch im Rahmen der dargestellten Vielfalt und Komplexität die Chance eröffnet, gegebenenfalls auch ein neues Verständnis über urbane Wirklichkeit zu ermöglichen. Letztes Ziel besteht eben darin, sich Klarheit darüber zu verschaffen, in welcher Stadt wir zukünftig leben ‚wollen‘. Insofern ist die Absicht, einfach alles bloß zusammen zu rechnen, eine eher vorläufige Positionierung. Und tatsächlich wird diese Positionierung auch in vielen Beiträgen deutlich überschritten. Jedenfalls wird vielfach, so zum Beispiel bei Janet Merkel (207), gefordert, stärker von einer integrierten Stadtentwicklung auszugehen.

Schon der erste Beitrag von Frank Eckardt über „Austerity Urbanism“ ist sehr spannend. Hier wird nicht nur deutlich gemacht, welche Linie im Rahmen dieses Konzepts entwickelt wird, sondern auch, dass dieses Konzept eigentümlich normativ ausgerichtet einem abstrakten Sparprinzip folgt und dabei ganz gezielt auf Verarmung sowohl privater als auch öffentlicher Haushalte setzt und gleichzeitig die fundamentalen Aufgaben und Aufgabenzuteilungen im staatlichen wie kommunalen Handeln, einfach alle lokalen Bedürfnisse und Erfordernisse, bewusst ausblendet (38f.). Mit diesem Konzept werden also weniger vorgegebene urbane Gegebenheiten weiterentwickelt, als vielmehr quasi stadtkontextfreie politische Prioritäten postuliert und der urbanen Wirklichkeit quasi aufgezwungen. Es werden dabei zum Beispiel die vielfältigen Faktoren von kommunaler Verschuldung verkannt. Eckardt plädiert abschließend dafür, unter der Stadtbevölkerung einen Verständigungsprozess über kommunale Aufgaben und Ausgaben in Gang zu bringen. Seine Einschätzung und die Folgerungen sind sehr überzeugend. Solche Überlegungen sind freilich nur möglich, wenn man sich nicht auf eine rein immanente Darstellung des Konzeptes beschränkt, sondern dieses auch daraufhin überprüft, was es für ein urbanes Zusammenleben bedeutet. Schon in dieser Darstellung wird also durchaus begründet der für die Einzelanalyse gesteckte Rahmen erfolgreich überschritten.

Im Beitrag von Nina Schuster über „Diverse City“ wird ein gleichsam umgekehrt ausgerichtetes Konzept dargestellt. Hier geht es nicht um die Durchsetzung eines normativen Impulses, sondern um die sozial adäquate Erfassung einer zwar hoch umstrittenen und immer wieder verdrängten urbanen Grundeigenschaft, die allerdings eigentlich eine urbane Selbstverständlichkeit ist, nämlich Vielfalt. Dieser Vielfalt wird häufig sogar ein hohes gesellschaftliches Potential zugesprochen. Schuster plädiert dafür, dieses Potential entschlossener als bisher aufzugreifen. In diesem Zusammenhang geht sie zum Beispiel auf die ‚*sanctuary cities*‘ ein, die Vielfalt eben auch durch das Engagement für Migration gesellschaftspolitisch hervorheben wollen. Sie verweist aber auch auf das Problem der strukturellen Einschränkungen von Vielfalt durch Segregation, Benachteiligung, Verengung auf soziale, ethnische oder nationale Zugehörigkeiten. Hier wäre eine neue Wertschätzung von Vielfalt ein erster Schritt in die richtige Richtung. Obwohl dieses Konzept völlig anders als das erste Konzept aufgebaut ist, wird es auch hier erst spannend, wo Vorstellungen davon durchklingen, was urbanes Zusammenleben eigentlich generell ausmacht.

Ganz ähnlich gelagert ist das, was Sandra Huning über „Feminismus und Stadt“ notiert. Auch in diesem Fall wird die Relevanz von Gender für das

Zusammenleben, für die Architektur und Stadtplanung eingeklagt. Auch in diesem Fall gilt es, eine Grundeigenschaft des urbanen Zusammenlebens in den Blick zu nehmen (112f.). Und analog geht es darum, das Zusammenleben aus feministischer Perspektive heraus immer wieder neu auszurichten. Letztlich ist es die Intersektionalitätsdebatte, die die Genderthematik und die Diversity-Thematik im Blick auf das urbane Zusammenleben miteinander verknüpft.

Ein weiterer Konzepttypus wird deutlich, wo von Rink die „Nachhaltige Stadt“ vorgestellt wird. Hier geht es weder um eine abstrakte politische Normsetzung noch um ein den Kern des urbanen Zusammenlebens schon immer betreffendes, nur bislang gegebenenfalls zu wenig gewürdigtes Phänomen, sondern es geht um eine neuartige globalgesellschaftliche Herausforderung, die eben auch vor der Stadtgesellschaft nicht Halt macht, ja gerade hier besonders virulent wird, weil die Städte als die längst dominierende Lebensform im Rahmen der globalen Umweltproblematik eine zentrale Rolle spielen. Diese Herausforderung hat offenbar innerhalb der Stadtentwicklung zunächst zu eher normativen Aktionen, später zu Chartakzepten und schließlich auch zu ganz praktischen Transfermodellen geführt. So hat sich schrittweise ein neuartiges Stadtkonzept herausgebildet. Es ist so etwas wie ein Impulskonzept, also ein Konzept, das dazu auffordert, fortschreitend Einsichten im Kontext globaler Herausforderungen zu gewinnen und sie dann auf lokaler Ebene zu reformulieren, um daraus schließlich entsprechende Folgerungen zu ziehen.

Dieser Konzepttypus lässt sich auch in dem Beitrag von Haase über die „Grüne Stadt“ erkennen, in dem am Ende ganz konkrete Schritte diskutiert werden. Ähnlich sieht es beispielsweise auch in dem Beitrag von Sigrun Kabisch und Frauke Kraas über die „Megastadt“ aus. Die im Rahmen des globalen Wandels entstandenen Megastädte und die in diesem Zusammenhang entstandenen besonderen Herausforderungen für ein megastädtisches Zusammenleben mit großen informellen Zonen, migrations- beziehungsweise ankunftsgeprägten Vierteln und so weiter evozieren Zerfalls- und Fragmentierungstendenzen, die in einem ganz besonderen Maß ‚guter Regierungsführung‘ und ‚nachhaltig ausgerichteter Entwicklungspfade‘ bedürfen. Auch kommt es zu Impulskonzepten, die in diesem Fall auf ganze ‚urbane Korridore‘ abzielen. Das Ergebnis sind Stadtkonzeptionen, die hochdynamische globale Mobilitätseffekte und damit die Sicherung der Lebensbedürfnisse zunehmend extrem wachsender Bevölkerungsgruppen in einem urbanen Raum in den Mittelpunkt rücken. Solche Konzeptionen bleiben freilich angesichts der hier beobachtbaren extremen Komplexität auch in ihrem Impulscharakter nur modellhaft.

Schließlich werden eine ganze Reihe von Stadtkonzepten vorgestellt, die gar nicht auf die Stadt insgesamt abzielen, sondern auf einzelne Aspekte des urbanen Zusammenlebens. Hier werden einzelne Themen des Zusammenlebens aufgegriffen, und deren Bedeutung für die Stadtentwicklung lokalisiert, eingegrenzt und gewürdigt.

Besonders gut gelingt das Andrej Holm mit seinem Beitrag über das „Recht auf Stadt“. Ihm geht es um die Entwicklung von Vorstellungen über das, was die individuelle Position in einer urbanen Gesellschaft ausmacht, um deren zivilgesellschaftliche Präsentation und um die diskursive Durchsetzung und Umsetzung damit verknüpfter Anliegen und

Erwartungen. Dabei entstehen Fragen im Hinblick auf die Gleichstellung des Einzelnen, eine Umverteilung von Ressourcen, auf Inklusion bis hin zu Antigentrifizierungsmaßnahmen. Hier wird auf anthropogene Erfordernisse Bezug genommen, zum Beispiel das Recht auf eine Wiederaneignung des städtischen Raumes und der lokalen Ressourcen.

Durchaus vergleichbar sind Konzepte wie die „Resiliente Stadt“ ausgerichtet. Christian Kuhlicke skizziert hier gleich fünf unterschiedliche Versionen dieses Konzeptes, die zum Teil eher vage mit dem Resilienzmoment argumentieren, zum Teil aber auch darauf aus sind, ganz klar alternative Stadtentwicklungspotentiale zu fördern. Auch hier geht es um eine Rekonstruktion, wie sich Vorstellungen entwickeln, wie sie sich im urbanen Alltag verankern und wie sie zu einem kollektiven Handlungspotential avancieren. Am Anfang stehen dabei nicht theoretische Vorstellungen über das, was eine urbane Gesellschaft ausmachen mag, sondern ganz alltagspraktisch erlebte Irritationen und Verunsicherungen. Im Rahmen einer solchen Erfahrung kristallisieren sich Positionierungen heraus, die unterhalb der urbanen Institutionen lebendig werden, insofern alternativ erscheinen und zu einem resilienten Potential anwachsen können. Die Herausforderung für eine Stadt besteht dann darin, hier eine angemessene Verantwortlichkeit zu organisieren statt auf Entpolitisierung oder Konfliktnaturalisierung zu setzen. Hier ist die lokale Öffentlichkeit gefragt.

Auch solche Überlegungen wie die von Katrin Großmann zur „Just City“ gehören in diesen Zusammenhang. Unter diesem Label summiert sie die Diskussionen über Verteilungsgerechtigkeit, aber auch über Differenz- und Prozessgerechtigkeit. Hier geht es immer wieder um Prinzipien einer inklusiven, alle beteiligenden, partizipativ ausgerichteten Stadtentwicklung. Der Beitrag ist deshalb besonders aktuell, weil er die Gerechtigkeitsfrage gerade auch mit Blick auf den Wohnungsmarkt diskutiert. Es geht auch hier eigentlich um alte Fragen, die in der aktuellen Entwicklung neue Brisanz gewonnen haben. In diesen Zusammenhang gehören auch Konzepte wie das von Jan Wehrheim dargestellte Konzept „Überwachte Stadt“.

Tatsächlich werden in dem Sammelband eine ganze Fülle von Stadtkonzepten dargestellt, die hier gar nicht alle aufgegriffen werden konnten. Deutlich werden sollte, dass es in der Tat gelungen ist, wichtige Elemente urbaner Entwicklung zu markieren und in ihrer Bedeutung klar zu akzentuieren. Dabei ist auch eine ganze Reihe offenbar grundsätzlicher Probleme sichtbar geworden. Insbesondere wird immer wieder die Partizipation der Bevölkerung angemahnt. Was hier fehlt, ist der Versuch, vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Konzepte einen Referenzrahmen zu skizzieren, der nicht nur als *tertium comparationis*, sondern auch als Basis für eine die gesellschaftliche Konstruktion der urbanen Wirklichkeit beziehungsweise den urbanen Raum in den Blick nehmende Stadtentwicklungsdebatte dienen könnte. Eine diesbezügliche Zusammenführung der in diesem Sammelband präsentierten Segmente steht noch aus. In der abschließenden Auswertung klingt dies freilich durchaus an. Das würde auch eine solche Debatte wie die im Beitrag von Stefan Siedentop skizzierte über „Reurbanisierung“ oder die von Florian Koch über die „Europäische Stadt“ beflügeln. Die Zusammenführung der Beiträge zu einer solchen Vision sollte man nicht dem Leser oder der Leserin allein überlassen.

Autor_innen

Wolf-Dietrich Bukow ist Soziologe mit den Schwerpunkten Migration, Mobilität, Diversität, Quartierforschung und Stadtentwicklung.
wbukow@uni-koeln.de

Literatur

- Eckardt, Frank (2018): Austerity Urbanism. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 23-42.
- Großmann, Katrin (2018): Just City. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 169-192.
- Haase, Dagmar (2018): Grüne Stadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 151-168.
- Holm, Andrej (2018): Recht auf Stadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 339-358.
- Huning, Sandra (2018): Feminismus und Stadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 107-128.
- Kabisch, Sigrun / Kraas, Frauke (2018): Megastadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 213-236.
- Koch, Florian (2018): Europäische Stadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 87-106.
- Kuhlicke, Christian (2018): Resiliente Stadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 359-380.
- Merkel, Janet (2018): Kreative Stadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 193-212.
- Rink, Dieter (2018): Nachhaltige Stadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.): Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 237-258.
- Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.) (2018): Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich.
- Schuster, Nina (2018): Diverse City. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 63-86.
- Siedentop, Frank (2018): Reurbanisierung. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 381-404.
- Wehrheim, Jan (2018): Überwachte Stadt. In: Rink, Dieter / Haase, Annegret (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: Barbara Budrich, 451-472.

Theorien der Stadt

Rezension zu Lars Meier / Silke Steets / Lars Frers (2018): *Theoretische Positionen der Stadtsoziologie*. Weinheim: Beltz Juventa.

Jan Wehrheim

Mitte der 2000er Jahre gab es letztmalig eine kleine Welle an deutschsprachigen Einführungs- und Lehrbüchern zur Stadtsoziologie. Gut zehn Jahre später ist dies erneut der Fall. Während zwei andere deutschsprachige Neuerscheinungen explizit auf das Verhältnis von Stadtsoziologie und Sozialer Arbeit zielen respektive die Relevanz der ersteren Disziplin für die letztere hervorheben (Baum 2018; Herrmann 2018), richtet sich der hier besprochene Band an alle an Stadt Interessierten und damit auch gleichermaßen an Lernende wie Lehrende. An Erstere, weil das Buch in unterschiedliche theoretische Positionen und das Werk damit verknüpfter Autor*innen einführt. An Letztere richtet es sich, weil es sich durchaus zur Vorbereitung der Lehre eignet und dafür, einführende Texte für Studierende bereitzustellen, aber natürlich auch, weil auch die Lehrenden meist nicht alle Zugänge zur Stadtsoziologie detailliert kennen oder einzelne gern einmal auffrischen.

In diesem Sinne ist das Buch auch strukturiert und aufgebaut. Die drei Autor*innen – das Buch ist kein Sammelband, sondern die Kapitel sind offenbar gemeinsam verfasst worden – entscheiden sich zunächst für vier thematische Zugänge beziehungsweise empirische Gegenstände: Transformationen, Wachstum und Schrumpfung, Zentrum und Peripherie sowie soziale Ungleichheit. Diese thematische Strukturierung wird ergänzt durch glosarartige Kästen zu zentralen Begriffen oder Konzepten: von ‚Dialektik‘ über ‚Gender bei Georg Simmel‘ und ‚Los Angeles School of Urbanism‘ bis zu ‚Segregation‘, ‚Taylorismus‘ und ‚Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein‘. Diese Exkurse und Begriffserklärungen deuten schon an, dass es, um Stadt als soziales Gefüge zu verstehen, nicht reicht, nur zentrale stadtsoziologische Begrifflichkeiten zu kennen. Eine Auseinandersetzung mit anderen Grundbegriffen der nicht stadtspezifischen Soziologie, wie zum Beispiel Kolonialismus, Neoliberalismus, Alltag oder Habitus, ist zusätzlich essentiell. Die genannten vier thematischen Blöcke sind wiederum in zwei bis vier Unterkapitel gegliedert, wobei diese sich an einschlägigen, überwiegend in der Soziologie beheimateten Stadtforscher*innen orientieren und nicht etwa an Theorien wie einem materialistischen oder system- oder dependenztheoretischen Zugriff auf Stadt. Zu nennen sind in der

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: Beltz Juventa Verlag)



Reihenfolge, wie sie im Buch auftauchen: Georg Simmel, David Harvey, Sharon Zukin, Richard Sennett, Robert E. Park, Mike Davis, Henri Lefebvre, Saskia Sassen, Jennifer Robinson, Norbert Elias und Loïc Wacquant. Die ersten gut 100 Jahre expliziter Stadtforschung beziehungsweise ganz überwiegend soziologischer Stadtforschung sind also – zwangsläufig unvollständig – von den Autor*innen aufgegriffen worden. Gegliedert sind die den Oberthemen zugeordneten Kapitel zu den Theoretiker*innen immer nach demselben Muster: Einführung zum*r Autor*in, Theorieposition, Kritik und Weiterentwicklung sowie Zusammenfassung. Lernfragen (die auch den Eindruck von möglichen Klausurfragen machen) ergänzen die Kapitel.

Das Buch ist mit diesem Aufbau und seinem Inhalt als durchaus gelungen anzusehen. Ein entsprechendes Buch existierte im deutschsprachigen Raum bislang nicht und Einführungen in das Werk einzelner Autor*innen erfolgten in anderen Lehr- und Einführungsbüchern eher nebenbei (Peter Saunders *Soziologie der Stadt* von 1987 war eine Ausnahme) oder es wird im dicken Handbuchformat am Beispiel von ‚Klassikern‘ auf soziologische Hintergründe/Referenzpunkte für die Stadtforschung eingegangen (vgl. Eckardt 2012). Wer eine gut verständliche und systematische Einführung in unterschiedliche theoretische Perspektiven auf Stadt lesen oder schnell verstehen möchte, warum es immer noch gewinnbringend ist, beispielsweise in Bezug auf Machtfragen und soziale Beziehungen Norbert Elias zu lesen oder wieso aktuell Entwicklungen in deutschen oder südafrikanischen Großstädten besser erklärt werden können, wenn man auch die Werke von Zukin aus den 1980er und 90er Jahren zu Zusammenhängen von Kultur und Gentrification gelesen hat, dem hilft das Buch weiter. Was das Buch im Unterschied zu anderen Lehr- oder Einführungsbüchern zur Stadtsoziologie logischerweise nicht dezidiert bietet, ist eine systematische Einführung in typische Gegenstände der Stadtforschung: Die Produktion von Stadt, residentielle Segregation, Wandel des öffentlichen Raums et cetera.

Mit Blick auf die vier Themenbereiche und auf das Werk der elf herausgehobenen Stadtforscher*innen wird allerdings auch schnell deutlich, dass es die optimale Gliederung für so ein Buch nicht geben kann. Die Auswahl erscheint nachvollziehbar, aber es hätten ebenso auch andere Theoretiker*innen gewählt werden können – von Friedrich Engels und Karl Marx über Hans Paul Bahrndt und Manuel Castells bis zu Sudhir Venkatesh. Eine Auswahl muss gleichwohl getroffen werden und die genannten Autoren tauchen durchaus auch in den Kapiteln zu passenden anderen Autor*innen, etwa im Harvey-Kapitel, auf – aber nur nebenbei. Dass der Eigenlogikansatz von Helmut Berking und Martina Löw zwar erwähnt wird, aber von deren drei ehemaligen Doktorand*innen, die auch selbst mit ihm gearbeitet haben, nicht als eigenständiger Ansatz aufgenommen wurde, überrascht jedoch.

Das Buch über Namen und Theoriepositionen zu gliedern, führt aber auch dazu, dass die Verbindung nicht immer stringent durchgehalten wird. Bei Davis wird eher auf die ganze sogenannte Los Angeles School eingegangen, während Sennetts Werk in der Breite dargestellt wird und so kaum von einem theoretischen Zugang oder einem Empirieprogramm mit Fokus auf Stadt gesprochen werden kann. Wobei sich gerade in Bezug auf Sennett der Eindruck aufdrängt, dass es bei aller Prominenz eben auch nicht schlimm ist, wenn man bisher nicht alle Theoretiker*innen der Stadt detailliert zur

Kenntnis genommen hat. Insofern wird in dem Buch auch deutlich, wie sehr sich die Theoriepositionen respektive die Publikationen der referierten Autor*innen in ihrer Klarheit und Stringenz, aber auch in ihrem Gehalt und ihrer Verständlichkeit unterscheiden.

Zu Recht schreiben Meier, Steets und Frers, dass die Kapitel unabhängig voneinander gelesen werden können, das Buch also als eine Art Nachschlagwerk genutzt werden kann. Trotzdem ist die Gesamtlektüre zu empfehlen, denn nicht alle relevanten Aspekte werden für alle Autor*innen entsprechend differenziert dargelegt. Vermisst man etwa bei Harvey zunächst einen näheren Eindruck, warum von einer politischen Ökonomie gesprochen werden muss, so wird dies später bei Zukin umso anschaulicher. Nicht ganz klar ist manchmal auch, warum bestimmte Kritikpunkte an einzelnen Ansätzen aufgegriffen werden, andere jedoch nicht: Die marxistisch informierte Kritik an der Chicago School und Park fehlt etwa, die Kritik an Wacquant, er stelle Menschen in Armut zu sehr als passive Opfer des Neoliberalismus dar, wird hingegen angeführt. Umso überzeugender sind wiederum die Stellen, an denen Querbezüge zwischen den Ansätzen hergestellt werden. So werden etwa zu Robinsons Überlegungen zur postkolonialen Stadt die Bezüge zu Simmel, Park und Sassen herausgearbeitet. Anschaulich sind ebenfalls Beispiele, anhand derer theoretische Positionen verdeutlicht werden, sowie, leider seltene, Verweise auf methodologische Fragen. Die Frage, welches Wissen über Stadt in welchen Verbindungen von Theoriepositionen und Forschungsmethoden hervorgebracht wird, würde aber wohl auch ein eigenes Buch verdienen.

Insgesamt überzeugt das Buch; die kleinen Schwächen erscheinen geradezu seinem Gegenstand immanent zu sein, und es zeigt, wie intensiv sich die drei Autor*innen mit den Werken (und der dazugehörigen Sekundärliteratur) auseinandergesetzt haben. Vieles davon wurde, so ist der Danksagung zu entnehmen, bereits in der Lehre erprobt – vermutlich mit Erfolg.

Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Universität Duisburg-Essen gefördert.

Autor_innen

Jan Wehrheim ist Sozialwissenschaftler und Entwicklungspolitologe, forscht und lehrt seit vielen Jahren in Feldern der Stadt-, Devianz- und Techniksoziologie.
jan.wehrheim@uni-due.de

Literatur

Baum, Detlef (2018): Lehrbuch Stadt und Soziale Arbeit. Stadtsoziologische Grundlagen Sozialer Arbeit. Weinheim: Beltz/Juventa.

Eckardt, Frank (Hg.) (2012): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer.

Herrmann, Heike (2018): Soziale Arbeit im Sozialraum. Stadtsoziologische Zugänge. Stuttgart: Kohlhammer.

Meier, Lars / Steets, Silke / Frers, Lars (2018): Theoretische Positionen der Stadtsoziologie. Weinheim: Beltz Juventa.

Saunders, Peter (1987): Soziologie der Stadt. Frankfurt am Main/New York: Campus.



Campus Bockenheim Revisited

Rezension zu Schardt, Jürgen (2018): *Architektur einer bürgerlichen Gesellschaft.*

Frankfurter Universitäts- und Stadtbauten im Kontext ihrer Geschichte zwischen 1906 und 1956. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Jannik Noeske

Zeitgleich mit dem Erscheinen des vorliegenden Buches beginnt in Frankfurt am Main der weitere Ausbau des Campus Westend mit dem Spatenstich für ein Gebäude der sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächer an der Goethe-Universität, die bis dato noch ihren Standort am alten Campus in Bockenheim haben. Damit schreiten die Auflösung des ehemaligen Nukleus der Universität und sein Umbau zum Kulturcampus weiter voran. Die jüngste Baumaßnahme bildet als dritter Bauabschnitt den Schlussstein der Campusplanungen rund um das IG-Farben-Gebäude, die vor über 15 Jahren begonnen wurden (Folkerts 2019). Im Zuge des Umzugs beschäftigten sich immer mehr Wissenschaftler_innen und Studierende mit der (architektonisch-städtebaulichen) Geschichte des Campus Bockenheim[1], dem die Angehörigen der Goethe-Universität in ihrer mittlerweile über einhundertjährigen Geschichte stets mit Hassliebe begegneten. Juridicum, AfE-Turm und die klobige Bibliothek, aber auch das neobarocke Jügelhaus mit seinem neugestalteten Eingang sind bis heute eng mit dem Bild des Studiums in Frankfurt verknüpft. Doch kaum einer kennt die Gestalt des Geländes, wie es sich vor dem Zweiten Weltkrieg präsentierte – die Zeit, in der sich die Frankfurter Universität beispielsweise als Stiftungsuniversität konstituierte und zum „Zentrum der deutschen Soziologie“ (Schivelbusch 1985: 19) entwickelte. Alle Neubauten, die zwischen der Gründung der Universität im Jahr 1914 und 1945 errichtet wurden, sind im Krieg zerstört oder beim Wiederaufbau abgerissen worden. Damit liegt dieser Teil der universitären Baugeschichte gewissermaßen begraben und ist wenigstens teilweise in Vergessenheit geraten – eine zusammenhängende Untersuchung dieser Bauwerke stand bis jetzt aus. Zu diesen Bauten zählte auch ein Gebäude, das für die Geschichte der Gesellschaftswissenschaften zentrale Bedeutung gewinnen sollte. Als der aus reichen Verhältnissen stammende, angehende Sozialphilosoph Felix Weil 1923 das erste Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS) stiftete, wurde für dieses auch ein Studiengebäude errichtet. Der von Franz Roeckle[2] entworfene Bau erschien wie aus einem Stück Stein gehauen und wirkte dadurch hermetisch und beinahe abweisend. Seine Deutung bereitet Geistes- und Kunstwissenschaftler_innen bis heute einige Mühen. Sehen

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: Verlag Westfälisches Dampfboot)



die einen darin „in der Umgebung der Westendvillen ein[en] Fremdkörper“ (Schivelbusch 1985: 12) oder gar ein „Kuckucksei“ (ebd.), erkennen andere in ihm wiederum eine ambivalente ‚pathetische Geste‘, die zumindest in Grundriss und Raumprogramm eine gewisse Ähnlichkeit zu den großbürgerlichen Villen der Nachbarschaft aufweise (Roesler 2012).[3]

Jürgen Schardt beschränkt sich in seiner Studie jedoch nicht auf die Betrachtung der architektonischen Form oder des städtebaulichen Umfeldes, um die Architektur „der bürgerlichen Gesellschaft“ – wie der Titel seiner Studie lautet – zu interpretieren. Der promovierte Humangeograph Schardt macht es sich zur Aufgabe, die Architektur im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu erklären, denn seiner Ansicht nach lässt sich Architektur nicht ohne ihren „gesellschaftlichen und städtebaulichen Kontext“ (263) deuten.

Das Buch ist in der Reihe *Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis* des kleinen gesellschaftswissenschaftlichen Verlags aus Münster erschienen. Dort fällt es etwas aus dem Rahmen, denn die Reihe beinhaltet eigentlich keine architekturhistorischen Bücher. Vielmehr hat sie sich, wie die Herausgeber_innen betonen (2), der kritischen Raumforschung aus heutiger Perspektive verschrieben. Wer ein klassisch historisches Werk erwartet, wird entsprechend auch nur eingeschränkt glücklich. Denn die Betrachtung der architektonischen Produkte mit den Methoden der Kunst- und Architekturgeschichte macht nur den kleinsten Teil der Untersuchung aus.[4]

Drei unterschiedliche Ausprägungen von Bürgerlichkeit

Die systematisch angelegte Studie betrachtet zunächst Bauten (und Entwürfe) aus drei Epochen: der Kaiserzeit und damit der Gründungszeit der Universität, der Weimarer Republik sowie der Nachkriegszeit bis 1956. In diesen Kapiteln umreißt Schardt jeweils erst die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland sowie die Produkte und Produktionsverhältnisse der Architektur und des Städtebaus dieser Zeit im Allgemeinen, um dann in einer ähnlichen Aufteilung jeweils auf Frankfurt am Main und die Universität einzugehen. Der Autor beginnt seine Studie mit Ausführungen zu gesellschaftlichen Bedingungen der Architekturproduktion, zur Architektur als Medium beziehungsweise „Spiegel“ (17) der Gesellschaft und zur generellen Interpretation von Architektur (15 ff.). Aus diesen Überlegungen werden Kriterien abgeleitet, mit deren Hilfe sich die Hochschularchitektur einordnen und deuten lasse – etwa Größe, Monumentalität und Historizität, die laut Schardt „Herrschaftsarchitektur“ erzeugen. Ferner fragt er sich, was die „Intentionen der Symbolproduzent_innen“ gewesen sein dürften und inwiefern in den Bauten „gebaute Gleichheit“ (43) realisiert wurde.

Gleich im ersten Kapitel stellt Schardt fest, dass die Gründung der Frankfurter Universität im Jahr 1914 zahlreichen Interessen von Handel, Industrie und Stadtpolitik folgte. Damit entsprach sie eigentlich nicht den Werten des Frankfurter Bürgersinns, von dem die Stiftungen geprägt waren, die die Gründung maßgeblich mittrugen (155 f.). Die neobarocke Architektur der Universitätsbauten, die größtenteils bereits knapp zehn Jahre zuvor entstanden waren, sei, so Schardt, ganz im Kontext wilhelminischer Architektur zu sehen, die in der Anlehnung an aristokratisch-klerikal geprägte, historische

Stile den Fortschritt der Industrie-Moderne zu kaschieren versuchte. So erfülle beispielsweise das Jügelhaus nahezu alle Kriterien, die Schardt zufolge die Herrschaftsarchitektur auszeichnen (159).

Die Jahre der Weimarer Republik stehen hingegen für eine Veränderung der Prinzipien, auf denen die Gründung der Universität ursprünglich beruht hatte. Als Krieg und Inflation das Stiftungsvermögen vernichteten, musste sich die Universität von der sozialdemokratischen Stadtregierung abhängig machen, die die Integration einer Arbeiterakademie sowie weitgehende Mitspracherechte einforderte. Die Jahre der Weimarer Republik waren gekennzeichnet von einem rapiden Anstieg der Studierendenzahlen und einer damit einhergehenden Raumknappheit. Auch die Neuerrichtung des oben angesprochenen Gebäudes für das IfS, das auch Räumlichkeiten für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät vorsah, sowie eines kleinen Institutsanbaus für Physikalische Chemie, konnte diese nicht beheben.[5] Letzterer wurde von Gerhard Planck, einem Architekten des Neuen Frankfurts, nach den Vorstellungen einer Frankfurter Ausprägung der Klassischen Moderne entworfen. Ein kühner Bibliotheksentwurf von Martin Elsaesser konnte hingegen aufgrund der Weltwirtschaftskrise nicht verwirklicht werden. Schardt stellt fest, dass auch die Weimarer Jahre von Widersprüchlichkeiten geprägt waren. So lasse sich konstatieren, dass die verhaltene Monumentalität des IfS im Kontrast zu seiner inhaltlichen Ausrichtung gestanden habe, während das modernistische Institut für Physikalische Chemie den Interessen der Chemieindustrie gedient und somit weit entfernt von den Vorstellungen von gesellschaftlicher Partizipation gestanden habe, wie sie mit der Architektur des Neuen Frankfurts verbunden gewesen seien.

Im letzten Abschnitt des Buches widmet sich Schardt den Bauten aus der Zeit des Wiederaufbaus (Akademie der Arbeit, Studentenhaus und neues IfS) sowie dem frühen Werk Ferdinand Kramers als Bauamtsleiter der Universität (Portal des Jügelhauses und Fernheizwerk). Keinem dieser Gebäude attestiert er Monumentalität und betont stattdessen das Streben nach „gebauter Gleichheit“, das in ihnen zum Ausdruck komme – was Schardt als Reaktion auf den Nationalsozialismus liest (344).

Beitrag zur Historiografie der Universität

Auffällig ist, dass die Betrachtung der jeweiligen Architekturen nur einen kleinen Teil der Untersuchung ausmachen. Jürgen Schardt macht aus seiner kritischen Haltung gegenüber der vorherrschenden Historiografie zur Frankfurter Hochschulgeschichte keinen Hehl.[6] Ganz besonders die Jubiläen zu 75 und zu 100 Jahren Goethe-Universität hätten Geschichtsschreibungen hervorgebracht, die verkürzt und vereinfacht zum Narrativ einer erfolgreichen emanzipativen Entwicklung einer Hochschule geworden seien: etwa die von der Universität als durch die wissenschaftlichen Stiftungen durchgesetztem Bürgersinn – in einer Stadt, die sich stolz auf ihre Tradition als freie Reichsstadt berufe und in der sich die Etablierung der modernen Sozialwissenschaft vollzogen habe. Durch die Universität sei Frankfurt schließlich zum Hort der sozialwissenschaftlichen Avantgarde geworden, so dass nach den Schrecken der nationalsozialistischen Terrorherrschaft an große Traditionen angeknüpft werden konnte. So und ähnlich lauten gängige

Erzählungen, die Gegenstand der Selbstdarstellung der Universität geworden sind.[7] Demgegenüber betont Schardt etwa die in der Gründungsphase verwirklichten Interessen des Kapitals gegen den Widerstand der eigentlich den Wissenschaften verpflichteten Stiftungen. In der Zeit der Weimarer Republik musste wiederum der fortschrittliche Geist gegen die an der Alma Mater vorherrschenden Positionen der Reaktion und Restauration durchgesetzt werden. In der Nachkriegszeit wurden schließlich Deutungskämpfe zwischen Erneuerung und Tradition ausgefochten, an denen auch zahlreiche Persönlichkeiten beteiligt waren, die hohe Ämter im NS-Staat bekleidet hatten. Folgt man der Argumentation des Autors, war eine solche Revision der Historiografie längst überfällig.

Mehr als eine Architekturgeschichte

Jürgen Schardt legt also ein umfangreiches, aber dichtes Werk vor, das Aspekte der Sozial-, Wissenschafts- und Architekturgeschichte Deutschlands und Frankfurts miteinander verknüpft. Die Studie ist reich an Quellen – wobei angemerkt werden muss, dass Schardt weitgehend auf die Konsultation von Archivquellen verzichtet hat und sich auf zeitgenössische wie historiografische Literatur beschränkt. Die Sprache ist akademisch, aber gut verständlich; die systematische Herangehensweise hilft, den Gedankengängen des Autors zu folgen.

Auffällig ist, dass Schardt die NS-Zeit in seiner Systematik komplett ausgespart hat und die wichtigsten Bauten und Entwürfe dieser Zeit nur am Rande thematisiert. Der Autor begründet dies damit, dass mit der Reorganisation der Universität nach dem sogenannten Führerprinzip die Kriterien für Bürgerlichkeit, die er in seiner Studie untersucht, nicht mehr gegeben gewesen seien (44), was angesichts der von ihm gewählten Methode plausibel erscheint. Dadurch tritt aber in den Hintergrund, dass bezüglich der Baugeschichte der Frankfurter Universität über die Epochen hinweg Kontinuitäten bestanden – was für deren umfassendes Verständnis durchaus wichtig sein könnte. So ignoriert Schardt beispielsweise die Rolle des Bibliotheksleiters Richard Oehler, der sein Amt von 1927 bis 1945 innehatte.[8] Die Suche nach Kontinuitäten ließe sich auch auf die architektonischen Formen selbst ausweiten. Schardt sieht zum Beispiel im Studierendenhaus Motive aus der Klosterarchitektur verwirklicht, wenngleich er sich nicht auf diese Interpretation festlegen will (315, 342). Parallelen zum Kloster hatte bei der Betrachtung der Grundrisse des IfS bereits Siegfried Kracauer gezogen (2011 [1923]: 726). Hier könnten Ansätze für eine Epochen übergreifende Interpretation der Universitätsbauten liegen.

Insgesamt erscheinen die drei Kapitel des Hauptteils recht monolithisch, während das abschließende Fazit mit knapp vier Seiten auskommen muss. So werden zusammenfassende Deutungen und Erkenntnisse den Leser_innen selbst überlassen. Die Schwerpunkte innerhalb der einzelnen Kapitel sind teilweise ungleich verteilt. Die recht ausführlichen Erläuterungen zum Verhältnis der Architektur der sogenannten Klassischen Moderne zur Arbeiterklasse, zu kulturphilosophischen Strömungen der 1920er Jahre und zur Architekturentwicklung in der Sowjetunion sind zwar aufschlussreich, stehen aber isoliert da und finden kein Pendant in der Fallstudie zur

Architektur der Universität. Die Informationsfülle und das Deutungsangebot zur Neuerzählung der Universitätsgeschichte zeichnen das Buch aber aus und können die Schwächen im Aufbau sowie kleinere Unstimmigkeiten in der Argumentation mehr als kompensieren.

Wer sich in Zukunft mit der Geschichte der Frankfurter Universität beschäftigt, wird um diese Studie nicht herumkommen. Darüber hinaus kann sie als Einladung gesehen werden, auch andernorts die bestehenden Narrative von Hochschulgeschichtsschreibungen in Frage zu stellen – und dabei Architektur und Städtebau mit einzubeziehen. Für Architekturtheoretiker_innen bietet sie die Möglichkeit einer Reflexion der eigenen Methoden; das Feld der Architekturdeutung wird um die kritische Analyse der Produktionsverhältnisse von Architektur erweitert – eine Perspektive, die nach wie vor viel zu selten eingenommen wird. Angehörige der Goethe-Universität können zudem viel über den alten Campus erfahren – der bald nur noch Teil der Universitätsgeschichte sein wird.

Kritik an den jüngsten baulichen Entwicklungen der Universität vermeidet Schardt weitgehend, wenngleich aufmerksame Leser_innen den einen oder anderen versteckten oder auch offenen Hinweis finden werden. Insofern kann – ja muss – man Schardt nicht nur als historiografischen Beitrag lesen, sondern auch als Aufforderung zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der laufenden baulichen Umstrukturierung – ohne nostalgischen Blick auf eine vermeintlich bessere Vergangenheit am Campus Bockenheim.

Die Bauhaus-Universität Weimar unterstützt die Publikation dieses Beitrags durch eine institutionelle Vereinbarung zur Finanzierung von Publikationsgebühren.

Endnoten

- [1] Diese fokussieren sich meistens aus architekturhistorischer Sicht auf die Bauwerke, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Ferdinand Kramer errichtet wurden, siehe z. B. Hansen 2001; Große-Beck/Surridge 2014; Cachola Schmal et al. 2015.
- [2] Die politische und architektonische Biografie von Roeckle gibt der (architektur-)historischen Forschung Rätsel auf. Sein architektonisches Werk changiert zwischen Heimatschutz, Expressionismus und Moderne, wobei scheinbar der Wille der jeweiligen Auftraggeber_innen wichtiger war als das eigene entwerferische Profil. Noch unklarer ist sein politisches Engagement in der NSDAP und die klandestine wie tragische antijüdische Aktion, die unter dem euphemistischen Namen Rotter-Affäre bekannt wurde. Bei der versuchten Überführung des jüdischen Ehepaars Rotter ins nationalsozialistische Deutschland aus Roeckles Heimat Liechtenstein im Jahr 1933, die der Architekt maßgeblich mitplante, kamen zwei Menschen ums Leben, mehrere wurden verletzt. Roeckle hatte zuvor in Frankfurt vor allem für die dortige jüdische Gemeinde gebaut. Zu den Kontroversen in Werk und Biografie Roeckles siehe Hilti-Roeckle et al. 2016.
- [3] Im Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude so weit beschädigt, dass es abgetragen werden musste. Das IfS bekam in den 1950er Jahren einen Neubau, der noch heute dem Institut dient.
- [4] Auch die Aufmachung des Buches entspricht eher einer gesellschaftswissenschaftlichen als einer architekturhistorischen Studie. Auf den knapp 400 Seiten finden sich lediglich 46 monochrome Abbildungen, darunter nur drei Grundrisse und einige Lagepläne. Das Layout folgt den Vorgaben der Reihe „Raumproduktionen“.

- [5] Zynischerweise wurde die Raumnot erst mit der rassistischen Gesetzgebung der NS-Zeit reduziert, die sowohl jüdischen als auch kommunistischen Angehörigen der Universität den Zugang erschwerten beziehungsweise verbot. Diese Gesetzgebung wurde unter anderem mit der Raumknappheit der Universitäten ‚legitimiert‘. Das entsprechende Gesetz trug den Titel ‚Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Hochschulen und Schulen‘ und datiert vom 25. April 1933.
- [6] Jürgen Schardt hat sich anlässlich des 100-jährigen Jubiläums bereits ausführlich zur Historiografie der Universität geäußert, in der die Motivation einzelner Akteur_innen zu sehr im Vordergrund stehe und die ökonomischen und sozialen Umwälzungen der Moderne zu wenig Beachtung fänden, siehe z. B. Schardt 2014.
- [7] Anschaulich nachzulesen ist dies beispielsweise auf der Webseite der Goethe-Universität: <http://www.uni-frankfurt.de/38072330/Geschichte> (letzter Zugriff am 16.5.2019).
- [8] Richard Oehler kam 1927 nach Frankfurt am Main und verhandelte entsprechend mit Martin Elsaesser den Bibliotheksneubau. Das Projekt wurde nach 1933 keineswegs begraben. Ein zweiphasiger Wettbewerb wurde 1935 nach Drängen Oehlers ausgeschrieben, der zwar auf einem verkleinerten Raumprogramm beruhte, aber gleichsam monumentale Entwürfe hervorbrachte, die einer nationalsozialistischen Moderne zugeordnet werden könnten (Wettbewerb dokumentiert in Neufert 1935). Am Wettbewerb beteiligte sich auch Ernst Balsler, zuvor Architekt unter Ernst May, der in der zweiten Runde den zweiten Platz belegte. In der Nachkriegszeit legte Balsler nochmals einen Entwurf für einen Wiederaufbau der Universität mit Bibliothek vor, den Schardt in einem Nebensatz erwähnt (303). Richard Oehler war ein Cousin Friedrich Nietzsches und als solcher maßgeblich daran beteiligt, Nietzsches Werk für den Nationalsozialismus zu interpretieren. Sein NSDAP-Parteiausweis datiert auf 1933. Zur Biografie Oehlers siehe Schivelbusch 1988; Heuberger 1996: 85ff.

Autor_innen

Jannik Noeske ist Urbanist und forscht zur europäischen Stadtplanungs- und Städtebaugeschichte im 20. Jahrhundert.
janniknoeske@gmx.de

Literatur

- Cachola Schmal, Peter / Sturm, Philipp / Voigt, Wolfgang (Hg.) (2015): Ferdinand Kramer. Die Bauten. The buildings of Ferdinand Kramer. Berlin: Ernst Wasmuth Verlag.
- Folkerts, Imke (2019): Campus Westend/Poelzigs Architektur ein Stück weitergedacht. Dritter Bauabschnitt: Der Entwurf aus Sicht des Architekten. Lutz-Matthias Keßling im Interview. <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/campus/poelzigs-architektur-ein-stueck-weitergedacht/> (letzter Zugriff am 16.5.2019).
- Große-Beck, Maximilian / Surridge, Charlotte (Hg.) (2014): Vom Auditoriengebäude zum Campus Bockenheim. Bau-Geschichten. Ein Studierendenprojekt. Frankfurt am Main: Goethe-Universität.
- Hansen, Astrid (2001): Die Frankfurter Universitätsbauten Ferdinand Kramers. Überlegungen zum Hochschulbau der 50er Jahre. Weimar: VDG.
- Heuberger, Rachel (1996): Bibliothek des Judentums. Die Hebraica- und Judaica-Sammlung der Stadt und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main. Entstehung, Geschichte und heutige Aufgaben. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Hilti-Roeckle, Marianne / Roeckle, Hanna / Zimmermann, Peter (Hg.) (2016): Franz Roeckle. Bauten und Entwürfe. Ostfildern: Hatje Cantz.
- Kracauer, Siegfried (2011 [1923]): Vom Institut für Sozialforschung (Frankfurter Zeitung vom 24.11.1923). In: Inka Mülder-Bach (Hg.), Siegfried Kracauer. Werke Band 5.1. Essays, Feuilletons, Rezensionen 1906-1923. Berlin: Suhrkamp, 724-726.
- Neufert, Ernst (1935): Neuzeitlicher Bibliotheksbau. Zum Frankfurter Wettbewerb. In: *Bauwelt* 33, 1-8.

- Roesler, Sascha (2012): Festung der Wissenschaft. <https://www.nzz.ch/festung-der-wissenschaft-1.17752713> (letzter Zugriff am 16.5.2019).
- Schardt, Jürgen (2014): Mythos Bürgersinn. Zur Gründungsgeschichte der Universität Frankfurt am Main. Hamburg: VSA.
- Schardt, Jürgen (2018): Architektur einer bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurter Universitäts- und Stadtbauten im Kontext ihrer Geschichte zwischen 1906 und 1956. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schivelbusch, Wolfgang (1985): Intellektuellendämmerung. Zur Lage der Frankfurter Intelligenz in den zwanziger Jahren. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schivelbusch, Wolfgang (1988): Die Bibliothek von Löwen. Eine Episode aus der Zeit der Weltkriege. München: Hanser.

Literatur über Städte mit anderen Augen sehen

Rezension zu Miles, Malcolm (2018): *Cities and Literature*. London/New York: Routledge.

Laura von Puttkamer

Auf nur 225 Seiten wagt Malcolm Miles gewaltige Sprünge: In seinem 2018 erschienenen Buch *Cities and Literature* gibt er eine kritische Einführung in die Beziehung zwischen Städten und Literatur und spannt dabei den Bogen vom späten 18. Jahrhundert bis in das 21. Jahrhundert. Dafür nutzt er viele Beispiele aus Europa und Nordamerika, aber auch postkoloniale Literat_innen des Globalen Südens kommen zur Sprache. Sein Verständnis von Literatur ist breit aufgestellt und reicht von Büchern und Aufsätzen über Poesie bis hin zu Postern.

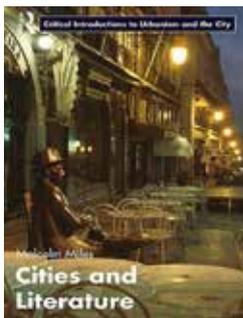
Cities and Literature richtet sich an Sozialwissenschaftler_innen und Literaturbegeisterte, die auf der Suche nach einem neuen Blickwinkel zum Thema Urbanismus sind. Es ist nicht nötig, die besprochenen Bücher zu kennen, wobei dies natürlich hilfreich ist.

Malcolm Miles ist emeritierter Professor für Kulturwissenschaft an der Plymouth University in Großbritannien. Sein Fokus auf den kulturellen Aspekt einer Stadt zieht sich durch das ganze Buch, von *Café-concerts* in Paris über Weltausstellungen bis hin zu Gedichten. So vielfältig wie die Kultur in einer Stadt ist, so vielfältig sind auch seine literarischen Quellen und deren Bezüge zu Städten. Größen der Literatur wie Henri Lefebvre oder Peter Hall, aber auch Max Weber und Simone de Beauvoir kommen zur Sprache. Am Ende scheinen die Grenzen zwischen Stadt, Kultur und Gesellschaft zu verschwimmen, aber genau das passiert ja auch in Städten.

Das Buch ist eine Liebeserklärung an Literatur über Städte, die so komplex ist wie die Stadt selbst. In zehn Kapiteln geht es unter anderem um die Diskrepanz zwischen der Stadt und dem Land, um Ruinenlandschaften sowie das Konzept ‚kosmopolitisch‘. Miles nimmt die Lesenden immer wieder an die Hand, indem er historische Übersichten gibt und auch neue Theorien kurz einführt. Er erläutert die zitierte Literatur – manchmal beinahe zu ausführlich – und gibt dazu anschauliche Beispiele in den Zusatzkästen, die jedes Kapitel auflockern.

Das Buch ist nach Themenbereichen geordnet, die in etwa die letzten 250 Jahre der westlichen Geschichte mehr oder weniger chronologisch bearbeiten. Es geht los mit dem Kontrast zwischen Stadt und Land. Danach folgen

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: Routledge Verlag)



Utopien, Dystopien und Überlegungen zur Metropole. Als nächstes schreibt Miles über Bohemians, Avantgarde-Bewegungen und Ruinenlandschaften. Exil und die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg sind weitere Themen; zuletzt geht es um alternative Städte und den Trend hin zur kosmopolitischen Stadt. Es kommen viele verschiedene Städte als Beispiele zum Einsatz und innerhalb der thematischen Kapitel springt Miles zum Teil zwischen den Jahrhunderten, um Vergleiche zu ziehen.

So gelingt es ihm, Fragen zu behandeln wie etwa die, ob und wie die Repräsentation von Städten in der Literatur urbane Realitäten zeigt und diese vielleicht sogar beeinflussen kann. Er analysiert die Bedeutung von zeitgenössischer Literatur im Hinblick auf die Wahrnehmung von Städten und untersucht zugleich, wie vorherrschende urbane Bedingungen die Literatur beeinflussen.

Es ist möglich, die Kapitel je nach eigener Interessenslage auch selektiv zu lesen, da sie für sich alleinstehen können. Dabei wird deutlich, dass Städte vor allem eines sind: Der wesentliche Schauplatz für moderne Literatur im Zeitalter des Kapitalismus. Literatur drückt somit auch die negativen und positiven Aspekte des kapitalistischen Lebens in der Stadt aus. Besonders eindrucksvoll sind hier die Kapitel zu Dystopie und zu Ruinenlandschaften.

Im Gegensatz zu ähnlichen Werken wie *The City in Literature* (Lehan 1998) lässt Miles auch postkoloniale Autor_innen zu Wort kommen. Hier sind unter anderem Ngugi wa Thion'go oder Léopold Senghor mit seinen Überlegungen zur Négritude zu nennen. Darüber hinaus legt Miles einen wertvollen Schwerpunkt auf Literatur von Frauen und LGBTQI-Gruppen, indem er beispielsweise die Arbeit von Audre Lorde, Tsitsi Dangarembga oder Gloria Anzaldúa diskutiert. Dabei weist er immer wieder darauf hin, welche Autor_innen seiner Meinung nach vernachlässigt werden. Denn an Charles Dickens oder Emile Zola denkt wohl jeder, wenn es um Literatur und Städte geht, doch wer würde darauf kommen, Literatur aus Nairobi, Kritiken von Leonie Sandercock oder Romane von Zadie Smith einzubeziehen? Mit der gelungenen Inklusion trägt Miles wesentlich dazu bei, unser Verständnis von Literatur zu erweitern.

Das Thema Stadt ist derzeit in der Forschung sehr beliebt und Malcolms Werk stellt eine sehr gute Orientierung zum Stellenwert des Urbanen in der Literatur dar. Wie die Stadt selbst ist auch die Literatur über die Stadt nur schwer zusammenzufassen, aber Miles macht einen insgesamt sehr gelungenen Versuch. Jedoch bleibt auch Kritik: Obwohl Miles sich bemüht, viele weibliche, postkoloniale, bisher vernachlässigte Autor_innen einzubeziehen, liegt der Fokus des Werkes dennoch auf den großen westlichen Metropolen: Allen voran London, aber auch Berlin, Paris, Prag, Wien und New York City. Fairerweise gibt Miles das auch von Anfang an zu, wobei nicht ganz klar wird, woher seine Entscheidung kommt, nur postkoloniale Autor_innen zu nennen. Denn auch zu Kolonialzeiten gab es spannende Literatur in den besetzten Ländern.

Besonders interessant ist jedoch das neunte Kapitel, das sich Themen wie ‚otherness‘ und ‚alternate cities‘ widmet. Hier geht es mehr um Stadtplanung als in den anderen Teilen des Buches, und neben dem ‚Recht auf die Stadt‘ von Henri Lefebvre widmet Miles sich auch der literarischen Darstellung von postkolonialen Städten wie Nairobi. Multikulturelle Städte, das Ideal der Partizipation und die Frage, was eine Nachbarschaft eigentlich ausmacht,

werden angerissen und machen Lust, sich noch mehr mit diesen Themen zu beschäftigen. Interessant ist auch, dass sich der häufig despektierlich gebrauchte Begriff ‚Slum‘ im ganzen Buch nicht einmal finden lässt.

Trotz der großen Vielfalt an Themen und der Zeitreise von der Industrialisierung bis hin in die Postmoderne gelingt es Malcolm Miles, den roten Faden zu behalten. Dabei fehlt mir jedoch ein wichtiges Thema, das in einem Buch aus dem Jahr 2018 eigentlich vorhanden sein sollte: Der Klimawandel. Obwohl Malcolm Miles auf das Verhältnis zwischen Stadt und Land sowie Umwelt-Dystopien eingeht, wäre es interessant gewesen, das Thema Klimawandel im Bezug auf die Stadt ausführlich zu erläutern. Es wäre wünschenswert, aktuelle Werke wie etwa *Y los mariachis callaron* (Und die Mariachis schwiegen) von Rivera Calderón (2018) aufzunehmen, um zum Beispiel darzustellen, wie Mexiko-Stadt – die größte Metropole der westlichen Hemisphäre – dem Klimawandel ausgeliefert ist.

Die Lektüre ist erfrischend, intellektuell herausfordernd und bereichernd. Jedoch wäre ein ausführlicheres abschließendes Kapitel wünschenswert, um die offenen und aufgeworfenen Fragen wie etwa die nach dem Zusammenspiel von Stadt und Land oder nach der Rolle von Frauen in der Literatur über Städte noch einmal zusammenzubringen. Eine wichtige Frage beantwortet Miles allerdings schon selbst:

„Writing, as the high culture called literature, or in mass-market fiction, film and television scripts, does not provide answers, nor propel humanity along a given trajectory, because the future is produced through interactions of human and non-human (environmental) agencies, and the process goes on. [...] The urban imaginary is held in tension by such polarities, its work done between images of what was, what is and what might be.“ (Miles 2018: 225).

Damit macht er deutlich, dass Literatur über Städte viele Funktionen und Perspektiven einnimmt, aber letztendlich nur Ideen und Vorstellungen bietet. Sie kann keine eindeutige Definition von Stadt liefern, da dieses Konzept zu komplex ist. Letztendlich spiegelt das Buch sehr gut wider, was auch eine Stadt zu tun vermag: Es bietet eine Fülle von Aspekten, von denen sich jede_r diejenigen herauspicken kann, die ihm oder ihr am besten gefallen. Dicht, informativ, bunt und vielfältig – *Cities and Literature* ermutigt alle Sozialwissenschaftler_innen sowie andere Interessierte, in Zukunft mehr auf die Darstellung von Städten in der Literatur zu achten. Für die Stadtforschung lässt sich lernen, dass die Repräsentation von Städten beinahe ubiquitär ist, was zum Beispiel interessant für historische und futuristische Vergleiche ist. Praktische ‚Anleitungen‘ für die Stadtplanung jedoch bietet dieses Buch nicht. Es ist daher besonders gut für Sozialwissenschaftler_innen und für transdisziplinäre Vorhaben geeignet.

Autor_innen

Laura von Puttkamer lebt derzeit in Mexiko-Stadt und arbeitet als freiberufliche Autorin, Bloggerin (parCitypatory.org) und Journalistin. Ihr Schwerpunkt liegt auf Partizipation in der Stadtentwicklung im Globalen Süden.

lauravonputtkamer@gmail.com

Literatur

Lehan, Richard (1998): *The City in Literature. An Intellectual and Cultural History*. Berkeley: University of California Press.

Miles, Malcolm (2018): *Cities and Literature*. London and New York: Routledge.

Rivera Calderón, Fernando (2018): *Y los mariachis callaron*. Ciudad de México: Reservoir Books.

Verwaltungsethnographie aus der Perspektive aktivistischer Forschung

Rezension zu Lisa Riedner (2018): *Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration. Eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus*. Münster: edition assemblage.

Jenny Künkel

Aufregung herrscht unter einer Gruppe aus Tagelöhner*innen, vorrangig aus EU-Ländern, und den ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen eines Workers' Center, als die Polizei aufkreuzt. Hektisch verhindert eine junge Wissenschaftlerin, die beim Center aktiv ist, dass die Beamt*innen auf einen undokumentierten Kollegen aufmerksam werden. Dieser jedoch steigt zu ihrer Verblüffung in den Polizeiwagen – hat er doch längst begriffen, wie er den Polizeikontakt als ersten Schritt zum Asylantrag (statt zur Abschiebung) nutzen kann.

Mit der nötigen Selbstreflexion und einer gehörigen Portion Selbstironie beschreibt Lisa Riedner die kollektiven Lernprozesse und gemeinsamen politischen Aktionen aus ihrer Zeit als Aktivistin bei einem Münchner Workers' Center, die sie zum empirischen Gegenstand einer Promotion machte. In ihrer Dissertation untersucht die Kulturanthropologin die sozialen Kämpfe prekarierteter EU-Bürger*innen in Deutschland. Als Arbeitsmigrant*innen ringen sie vor dem Hintergrund sozialstaatlicher Ausschlüsse und rassistisch-klassistischer Diskriminierungen auf Märkten um basale Rechte: zum Beispiel um den Zugang zu Wohnraum oder Arbeit. Dabei kämpfen sie nicht zuletzt mit Behörden. Denn die gesellschaftliche Unerwünschtheit der prekarierten Migrant*innen – im Mediendiskurs ‚Armutszuwanderer‘ – mündet beispielsweise in restriktiver Auslegung von Sozialleistungsansprüchen. Auch die Polizei agiert repressiver und verteilt verstärkt Platzverweise auf dem Freilufttagelöhner*innenmarkt („Arbeitsstrich“ für alle, die Sexarbeit nicht abwerten).

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: Verlag edition assemblage)



Diese behördlichen Praktiken und Formen der Gegenwehr untersucht Riedner auf der Basis einer langjährigen teilnehmenden Beobachtung bei dem Workers' Center. In diesem war sie als Forscherin und Aktivistin zugleich tätig. Sie brachte ihre Arbeit und Expertise ein, während sie die dortige Tätigkeit wissenschaftlich reflektierte. Damit geht die Arbeit weit über eine reine Nabelschau und Analyse sozialer Bewegungspraxen hinaus und untersucht aus der Perspektive des aktivistischen Forschens auch Behördenhandeln. Denn das Center bot Migrant*innen Unterstützung beim Einfordern ihrer Rechte und begleitete sie zum Beispiel bei Behördengängen.

Gestützt auf diese aktivistische Ethnographie zeichnet die Autorin nach, wie das lokale Migrationsregime in alltäglichen Aushandlungen (re-)produziert wird und dass es dabei stets umkämpft bleibt. Sie zeigt, dass es insbesondere die Ebene der Stadt beziehungsweise der Kommune ist, auf der eine neue Migrationspolitik, die auf territorialem Einschluss bei wohlfahrtsstaatlichem Ausschluss beruht, sowohl entstanden ist als auch in Frage gestellt wird.

Die Arbeit kontextualisiert die neuen Ausschlüsse von Sozialleistungen, welche die Kommunen in Reaktion auf die EU-Freizügigkeit vor allem von Rumän*innen und Bulgar*innen um- und durchsetzten, durch eine Auseinandersetzung mit Regimen der Migration. Diese fasst Riedner nicht nur sehr weit – indem sie sowohl rassistische Repräsentationsregime berücksichtigt als auch Gesetze und Verwaltungspraxen analysiert –, sondern sie analysiert sie auch aus radikal-konstruktivistischer Perspektive. Das heißt, sie versteht Kategorien wie Migration als Aushandlungsergebnisse statt als objektive Tatsachen.

Riedner betont die neoliberale Umgestaltung der Migrationsregime. Neoliberale Stadtpolitiken unterscheiden zunehmend ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Migration: So inkludieren etwa Vielfaltspolitiken eine inwertsetzbare Migration, während die Sicherheitspolitiken der neoliberalen Stadt Arme, gerade auch migrantische Arme, verstärkt unsichtbar machen sollen. Im stadtentwicklungspolitischen Diskurs Deutschlands gelten ethnische Ökonomien oder hochqualifizierte Arbeitskräfte seit der Jahrtausendwende zunehmend als erwünscht. Demgegenüber diskutierten insbesondere die CDU/CSU und Kommunalvertretungen von Städten mit starker Einwanderung aus Osteuropa prekarierte Arbeitsmigrant*innen als Problem. Dies geschah ab 2013 unter dem Stichwort der ‚Armutszuwanderung‘. Riedner zeigt, dass die Prekarierten, die der konservative Diskurs als ‚Sozialstaatstouristen‘ diffamiert, meist ‚arbeitende Arme‘ sind. Sie problematisiert aber zugleich den lohnarbeitsfreundlichen Bewegungsdiskurs – auch ihres eigenen Workers‘ Centers –, der auf diese Abwertungen reagiert und den Wunsch der Migrant*innen nach Erwerbsarbeit hervorhebt. Vor allem aber verdeutlicht sie, wie die Armut – insbesondere auf Betreiben der Kommunen – in Deutschland hergestellt wird.

Ein Überblick über die rechtliche Situation der EU-Bürger*innen arbeitet klar heraus, dass oft kommunale Interventionen den Anlass für bundesweite Gesetzesverschärfungen und restriktivere EU-Rechtsauslegungen gaben: vor allem ein Papier des Deutschen Städtetags und Brandbriefe von Großstadtkommunen. Zudem erprobten Kommunen, wie Riedner anknüpfend an eine Überblicksstudie (Spencer/Price 2014) erstmals detailliert am Beispiel Münchens zeigen kann, exkludierende Verwaltungspraxen: zum Beispiel, wenn Sozialämter und Jobcenter Migrant*innen hohe Hürden für den Nachweis ihrer Mittellosigkeit auferlegen.

Im Effekt ist der Sozialleistungszugang von EU-Bürger*innen in Deutschland immer stärker an Arbeit gekoppelt. Riedner interpretiert diesen neuen Trend als ‚Aktivierung‘, also als verstärkte Kommodifizierung der Arbeitskraft. Denn ein System, das Menschen das Existenzminimum versagt, drängt diese nicht nur in Obdachlosigkeit oder prekäres Wohnen. Vielmehr nötigt es sie auch dazu, jedwede Arbeit anzunehmen und gegebenenfalls auch Unterschreitungen von Arbeitsstandards in Kauf zu nehmen.

In zwei Fallstudien zu Wohnen und Arbeit beschreibt Riedner – in ethnographischem Detailreichtum – dieses System. Sie skizziert die zum Teil rechtswidrigen Versuche der Stadt München, die unerwünschten ‚Armutszuwanderer‘ dergestalt repressiv zu verwalten, dass sie möglichst wenig Kosten verursachen und (vermeintlich) von der Zuwanderung in die Stadt abgeschreckt werden. Im Feld des Wohnens bürdete etwa das Amt für Wohnen und Migration den obdachlosen Migrant*innen den kaum zu erbringenden Nachweis auf, auch im Heimatland nicht über Wohnraum zu verfügen. Auch fühlte sich die Stadt nur für Obdachlose, die mindestens sechs Monate in München gemeldet waren, zuständig. Die Regelungen erwiesen sich zwar bald als rechtlich nicht haltbar und wurden durch einen kollektiven Amtsbesuch der Aktivist*innen des Workers‘ Center in Frage gestellt. Dennoch verwehr(t)en solche behördlichen Praktiken zunächst den Zugang zu Wohnraum.

Bemerkenswert an der Arbeit ist, dass sie – trotz der Befassung mit extrem prekarierten Menschen – sehr konsequent die untersuchten Subjekte einbezog und diese mit der Forschung unterstützte. Dies ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit – fokussieren doch viele Studien aus dem Feld der Marginalitätsforschung die Institutionen der Marginalisierung oder sie kämpfen, soweit sie Bewegungen Marginalisierter berücksichtigen wollen, mit mangelnden Feldzugängen, Stellvertreterproblemen oder schlicht fehlenden Bewegungen. Riedner hingegen schuf die Bewegung durch das Workers‘ Center, das basisdemokratisch organisiert ist und an den Alltagserfahrungen der Arbeiter*innen ansetzt, kurzerhand selbst. In der Stadtforschung können solche teilnehmenden Beobachtungen, die nicht nur Bewegungsforschung betreiben, sondern aus der Perspektive des Kampfes gegen Amtshandlungen und -willkür auch Verwaltungsethnographien leisten, ein Vorbild sein.

Entsprechend dem aktivistischen Impetus prangert Riedner klar den rassistischen Gehalt des Münchner Migrationsregimes an und kommt zum Schluss:

„Ganz offene Formen des antimigrantischen und antiziganistischen Rassismus verschränkten sich dabei in einer Assemblage des Rassismus [...] mit postliberalen Spielarten des Rassismus, die scheinbar liberale und vernünftige Argumente und eine universelle, selektierende und individualisierende Rationalität einbrachten, die Vielfalt affirmierte, aber zwischen guten und schlechten Migrant*innen unterschied.“ (310)

Ogleich Riedner die Aktivierung zur Arbeit herausarbeitet, stehen weitere Herrschaftsverhältnisse etwas weniger deutlich im Fokus der durchaus intersektional angelegten Arbeit. Bisweilen wird als Rassismus vereindeutigt, was – angesichts der Verknüpfungen von Klasse und Ethnie im ‚Armutsmigrationsdiskurs‘ – ebenso als Klassismus lesbar wäre. So interpretiert Riedner etwa Skandalisierungen eines ungepflegten Aussehens oder Referenzen auf „Müll, unzivilisiertes Verhalten, unkontrollierte[n] Konsum von Zigaretten und Alkohol und die Verdrängung der ‚normalen‘ Passant*innen“ (165), die in städtischen Ordnungsdiskursen häufig invoziert werden und ganz unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse stützen können, zum Teil auch dort als Rassismus, wo in Zitaten selbst keine ethnischen Kategorisierungen vorgenommen werden. Das verweist darauf, dass eine intensiviertere Zusammenarbeit radikal-konstruktivistischer

Migrationsforschung mit einer stärker marxistisch inspirierten Stadtforschung fruchtbar sein könnte.

Davon unbenommen leistet die Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Stadt- und Migrationsforschung und ist daher für Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen aus beiden Themenfeldern gleichermaßen relevant. In der Stadtforschung ergänzt sie Arbeiten, die neue Praktiken der Inklusion von Migrant*innen in der neoliberalen ‚Stadt der Vielfalt‘ (Rodatz 2018) konstatieren, um einen Blick auf sich parallel entwickelnde neue Ausschlüsse und Prekaritätsformen. Zugleich erweitert sie mit der Thematisierung prekärer Arbeitsmigration in einer Zeit, in der kriegs- und klimabedingte Fluchtmigration stark im Fokus steht, den Blick um eine ‚vergessene‘ Gruppe. In der Migrationsforschung kann die Arbeit an eine lange Tradition anknüpfen, ethnische und nationale Differenzen als konstitutive Elemente eines *racial capitalism* (Robinson 1983) zu analysieren und jüngst auch ‚Migrationsmanagement‘ als Teil einer intersektionalen Kapitalismusanalyse zu untersuchen (z. B. Buckel 2012). Riedner ergänzt die bisherigen Forschungen zu expliziten Strategien der Inwertsetzung erwünschter Migration (zum Beispiel durch Anwerbung von Hochqualifizierten oder Pflegekräften). Dies tut sie nicht nur durch eine Analyse der – bisweilen gar nicht intendierten – Inwertsetzung ‚unerwünschter‘ Migration. Vielmehr zeigt sie dabei auch neue, zum Teil paradoxe Mechanismen auf: „Die Ausländerbehörde wurde zur Aktivierungsinstanz und das Jobcenter zur (internen) Grenzbehörde.“ (306)

Dieser Artikel wurde durch das Programm Open Access Publizieren der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin gefördert.

Autor_innen

Jenny Künkel betreibt kritische Sozialforschung zwischen Politikwissenschaften, Geographie, Kriminologie und Queer Studies.
jenny.lena.kuenkel@geo.hu-berlin.de

Literatur

- Buckel, Sonja (2012): Managing Migration. Eine intersektionale Kapitalismusanalyse am Beispiel der Europäischen Migrationspolitik. In: Berliner Journal für Soziologie 22/1. 79-100.
- Riedner, Lisa (2018): Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration. Eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus. Münster: edition assemblage.
- Robinson, Cedric (1983): Black Marxism. The Making of the Black Radical Tradition. London: Zed Press.
- Rodatz, Mathias (2017): Neue urbane Ordnungen der Migration. Staatsrassismus in der neoliberalen ‚Stadt der Vielfalt‘. Bielefeld: transcript.
- Spencer, Sarah / Price, Jonathan (2014): City-Level Responses to Migrant Families with Restricted Access to Welfare Benefits. A European Pilot Study. https://www.compas.ox.ac.uk/media/PR-2014-No_Recourse_Public_Funds.pdf (letzter Zugriff am 8.10.2019).



Smart City: Zwischen Utopie und Dystopie

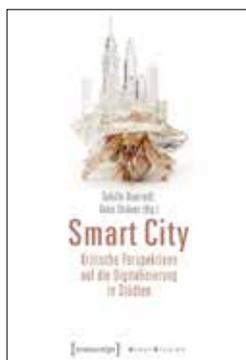
Rezension zu Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.) (2018): *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten. Digitale Technologien, Raumproduktion, Intervention*. Bielefeld: transcript.

Ariane Sept

Die Beschäftigung mit Smart-City-Ansätzen bewegt sich häufig zwischen zwei Polen: Die einen sehen darin „eine erstrebenswerte Utopie von hoher Lebensqualität im Alltag, die anderen eine Dystopie der fremdgesteuerten Überwachung und Kontrolle“ (Bauriedl/Strüver 2018: 12). Sybille Bauriedl und Anke Strüver wollen zwischen diesen beiden Extremen vermitteln. Die Notwendigkeit dafür haben sie schon 2017 in der *s u b \ u r b a n* geschildert, wo sie eine Vertiefung der „Aufmerksamkeit für soziale Dimensionen digitaler Technologien in Städten“ ebenso forderten wie „ermächtigende Nutzungsformen in den Blick zu nehmen, die urbane Praxis jenseits von Stadt- und Selbstoptimierung ermöglichen“ (Bauriedl/Strüver 2017: 100). Diesem Anspruch kommen sie nun mit dem vorliegenden Sammelband selbst nach und fragen nach „Raumwahrnehmungen und Raumnutzungen durch smarte Infrastrukturen in Städten“ sowie „alternativen und emanzipativen Nutzungen digitaler Infrastrukturen jenseits ökonomischer Datenverwertungsinteressen“ (Bauriedl/Strüver 2018: 11). Zudem fordern sie eine gesellschaftliche Debatte, in der Zukunft nicht nur als durch Technologie bestimmt wahrgenommen, sondern durch politische Entscheidungen und gesellschaftliche wie individuelle Aushandlungen gestaltet wird. Kritik ist für Bauriedl und Strüver ein Weg, in gesellschaftliche Entwicklungen einzugreifen und „affirmativen Beiträgen, die sich an den Kontrollinteressen von globalen IT-Unternehmen und unternehmerischer Stadtpolitik orientieren, etwas entgegenzusetzen“ (ebd.: 14.), ohne grundsätzlich technologiefeindlich zu sein. So zieht sich durch fast alle Beiträge der Anspruch, Digitalisierung für alternative Vorstellungen im Sinne einer gerechten Stadt zu nutzen, dabei die Dominanz von IT-Konzernen kritisch in den Blick zu nehmen und auch Stadtverwaltungen davor zu warnen, sich in eine Abhängigkeit von diesen Unternehmen zu begeben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang zunächst ein kurzer Rückblick der Herausgeberinnen auf Veröffentlichungen aus den 1980er und 1990er Jahren zu den damals erwarteten Auswirkungen der Telematik auf räumliche Entwicklungen (ebd.: 16 f.). Bauriedl und Strüver fällt insbesondere auf, dass der Einfluss von IT-Unternehmen darin systematisch unterschätzt

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: transcript Verlag)



wurde. Für die Rezensentin mindestens genauso spannend ist jedoch die Frage, ob einige der in jenen Jahren erwarteten Auswirkungen zeitverzögert eintreten werden. So ist noch nicht entschieden, welche Bedeutung dem ländlichen Raum in den nächsten Jahren tatsächlich zukommen wird und ob Digitalisierung nicht doch noch zu verstärkter „Suburbanisierung von Dienstleistungsunternehmen und einem Bedeutungsgewinn ländlicher Wohnquartiere durch Teleheimarbeit“ (ebd.: 17) führen wird. Erste Initiativen zu Co-Working auf dem Land und das Ausloten neuer Möglichkeiten durch digitale Technologien vor dem Hintergrund der „aktuelle[n] Lust am Ländlichen“ (Baumann 2018: 17) deuten eine neue Attraktivität des ländlichen Raums an. Hier zeigt sich aber vor allem, dass allein die Einleitung schon lesenswert ist, um nicht nur einen Einstieg in das Thema zu bekommen, sondern sofort mit neuen Fragen anzuschließen.

Auf die Einleitung folgen 25 Beiträge, die in vier Teile geordnet sind: „Politiken der Raum- und Wissensproduktion in Smart Cities“, „Neue Verbindungen digitaler und anderer Technologien“, „Digitale Governance und Interventionen“ und „Digitale Urbanisierung und Transformation“. Die thematische und räumliche Bandbreite der oft eher kurzen Beiträge reicht von der Beschäftigung mit digitalen Assistenzen im *smart home* (Marquardt 2018: 285 ff.) über Gesundheitsmonitoring (Füller 2018: 211 ff.), Sicherheitsversprechen von smarten Technologien (Runkel 2018: 127 ff.), intelligente Stromnetze (Baasch 2018: 299 ff.) und Selbst- sowie Stadtoptimierung als *smart bodies* und *smart cities* (Lindner 2018: 161 ff.) bis hin zu Auseinandersetzungen mit der Selektivität von Algorithmen (Kropp 2018: 33 ff.) oder smartem Urbanismus im Spiegel von Urbanität und städtischer Vergesellschaftung (Frank/Krajewsky 2018: 63 ff.). Dazu kommen Beiträge, die theoretische Konzepte für *Smart-City-Kritik* nutzbar machen. So entwickeln Marit Rosol, Gwendolyn Blue und Victoria Fast eine kritische Sicht auf Smart-City-Konzepte anhand der Gerechtigkeitstheorie von Nancy Fraser (Rosol/Blue/Fast 2018: 87 ff.) und Joe Shaw und Mark Graham fragen nach einem informationellem Recht auf Stadt im Sinne Lefebvres (Shaw/Graham 2018: 177 ff.).

Immer wieder kommen unterschiedliche Autor_innen kritisch darauf zu sprechen, dass Smart-City-Konzepte an Rationalität (z. B. Frank/Krajewsky 2018: 67) und Effizienz (z. B. Füller 2018: 212) orientierte Lösungen für städtische Probleme präsentieren, die insbesondere aus steigenden Bevölkerungszahlen und einer damit einhergehenden größeren Dichte resultieren. Diese Lösungsstrategien werden vor allem – und berechtigterweise – aufgrund der damit einhergehenden Abhängigkeit von globalen IT-Konzernen, Kontrollverlust über eigene Daten, die Reduktion von Stadt auf Planbarkeit und Technik sowie den vermeintlich naiven Umgang damit kritisiert. Die vorgestellten Alternativen hingegen beziehen sich kaum auf dieselben städtischen Probleme, sondern auf die Kritik der technischen Lösungen. So wird beispielsweise auf die Macht von *Commoning*-Strategien (Frank/Krajewsky 2018: 72; Shaw/Graham 2018: 196) und mikropolitischen Aktionen wie jene von Anonymus (ebd.: 194) als kleinräumige, lokale Maßnahmen verwiesen, die sich eben nicht von globalen Playern abhängig machen. Die präsentierten Alternativen sind zweifelsohne bedeutsam, wenn es darum geht, Bürger_innen als aktive Stimmen der Stadtentwicklung

zu ermächtigen und sollten dringend ernst genommen werden. Sie helfen jedoch noch nicht dabei, die Probleme des Stadtmanagements heutiger Großstädte zu lösen. Um Mobilitäts-, Ver- oder Entsorgungsfragen zu lösen, setzen aktuelle Smart-City-Ansätze oft auf die Erhebung von Quasi-Echtzeit-Informationen durch Sensorik, mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung durch technische Selbststeuerung städtischer Prozesse. Henning Füller bringt diese Ambivalenz auf den Punkt, wenn er schreibt:

„Das Effizienzargument ist angesichts steigender Bevölkerungszahlen in Städten und abnehmender Ressourcen fraglos überzeugend. Problematisch ist jedoch die mit dieser Perspektive eingehandelte ‚Wahrheit‘ des Städtischen, d. h. die zugrunde liegende Konzeption von Stadt als ein komplexes sozio-technisches System“ (Füller 2018: 212).

Weitere vorgestellte Beispiele betreffen unter anderem das seit 2001 in Deutschland existierende Freifunknetz oder eine *Anti-Evicting-Mapping*-Gruppe in San Francisco, anhand derer Thomas Böker und Ulf Treger Möglichkeiten von Digital Citizenship zeigen und „eine fundamental neue Idee einer vernetzten Stadt“ (Böker/Treger 2018: 273) fordern. Sören Becker stellt das Open Knowledge Lab Berlin als Beispiel vor, das helfen kann, „an einer Digitalisierung der Stadt jenseits wirtschaftlicher Interessen und Datenkontrolle mitzuwirken“ (Becker 2018: 259).

Insgesamt fällt über große Strecken des Buches auf, dass zwar immer wieder die Abhängigkeit von globalen Unternehmen und wirtschaftlichen Interessen ganz allgemein kritisiert wird, empirische Untersuchungen lokaler Smart-City-Ansätze, die dies belegen, jedoch fehlen. Erst die beiden letzten Beiträge widmen sich konkreten Smart-City-Ansätzen in europäischen Großstädten (Exner/Cepoiu/Weinzierl zu Wien, Berlin und Barcelona, Späth/Knieling zu Hamburg). Anhand einer Diskursanalyse zeigen Andreas Exner, Livia Cepoiu und Carla Weinzierl dann auf, „dass Städte keineswegs so genannten globalen Entwicklungen wie z. B. technologischen Trends oder der Macht von Konzernen ausgeliefert sind, wengleich solche Faktoren die Stadtentwicklung beeinflussen“ (Exner/Cepoiu/Weinzierl 2018: 342). Dies deckt sich mit Einschätzungen anderer Experten, wonach zumindest in Deutschland „derzeit nicht erkennbar [ist], dass die Kommunen einem Verständnis smarterer Urbanität naiv aufsitzen würden“ (Libbe 2019). Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen hebt gar hoffnungsvoll hervor: „Eine wachsende Zahl von Städten investiert aktiv in dezentrale digitale urbane Plattformen, offene Architekturen und Gemeinwohlorientierung“ (WBGU 2019: 16).

Auf der anderen Seite betrachten Philipp Späth und Jörg Knieling anhand des EU-geförderten Projektes mySMARTLife in Hamburg den Einfluss der ‚EU Smart City-Agenda‘ einschließlich der dahinter stehenden Governance-Form des Städtewettbewerbs auf lokale Planungsprozesse. Sie diagnostizieren eine problematische Verschiebung der Beteiligten zugunsten „Public-private Partnerships, individuelle User und Stakeholder anstelle zivilgesellschaftlicher Organisationen“ (Späth/Knieling 2018: 354) und sehen in diesen „Partizipationsmöglichkeiten von nur beschränkter Tiefe“ (ebd.) ein Risiko für die repräsentative Demokratie. So kann man festhalten, dass im Rahmen von Smart-City-Ansätzen Governanceprozesse ganz besonders

genau zu beobachten und aktiv kritisch zu begleiten sind, wobei vor allem die Zivilgesellschaft nicht aus dem Blick geraten darf.

Im Sinne dieser Forderung ist das vorliegende Buch ein wertvoller Beitrag. Leider erschließen sich der Zusammenhang zwischen den Kapiteltiteln und dem Inhalt der Beiträge sowie die gewählte Reihenfolge nicht durchgängig. Hier wäre ein stärkerer Zusammenhang zwischen den in der Einleitung aufgemachten Perspektiven und der Gliederung wünschenswert. Vor dem Hintergrund oben genannter Forderung der Herausgeberinnen nach dem Eingreifen in politische Debatten ist beispielsweise schwer nachzuvollziehen, warum ausgerechnet Aufsätze zu digitaler Governance und die genannten Beiträge zu konkreten Smart-City-Ansätzen (Exner/Cepoiu/Weinzierl und Späth/Knieling) so weit hinten im Buch angesiedelt sind. Diese Kritikpunkte schmälern jedoch nicht den Wert des Bandes an sich. Das anfangs gemachte Versprechen einer kritischen Auseinandersetzung mit Digitalisierung und Stadt wird durchgehend erfüllt. Somit kann das Buch allen empfohlen werden, die sich mit einzelnen Aspekten städtischer Digitalisierung beschäftigen oder überhaupt erst einmal die thematische Breite von Smart-City-Kritik erkunden wollen.

Abschließend sei mir noch eine Bemerkung zum Buch als physischem Objekt erlaubt: Passend zum Thema konnte der Verlag nur ein digitales Rezensionsexemplar zur Verfügung stellen, da das Kontingent für gedruckte Exemplare schon ausgeschöpft war. Zwar ist dies ein Hinweis darauf, dass das Buch offenbar großes Interesse weckt, allerdings kann ich daher an dieser Stelle leider keine Aussage zu den haptischen Qualitäten des Bandes treffen, womit ich Rezensionen anderswo immer wieder gern beendet habe, um auch diejenigen zu würdigen, die an der Produktion des Buches mitgewirkt haben.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch Mittel des Open-Access-Publikationsfonds des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung gefördert.

Autor_innen

Ariane Sept ist soziologisch geprägte Stadt- und Regionalforscherin und forscht derzeit zu Digitalisierung und ländlichen Räumen.
ariane.sept@leibniz-irs.de

Literatur

- Baasch, Stefanie (2018): Smart und angepasst? Konsument*innen im digitalisierten Stromnetz. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten. Bielefeld: transcript, 299-308.
- Baumann, Christoph (2018): Idyllische Ländlichkeit. Eine Kulturgeographie der Landlust. Bielefeld: transcript.
- Bauriedl, Sybille / Strüver, Anke (2017): Smarte Städte. Digitalisierte urbane Infrastrukturen und ihre Subjekte als Themenfeld kritischer Stadtforschung. In: sub\urban 5/1-2, 87-104.
- Bauriedl, Sybille / Strüver, Anke (Hg.) (2018): Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten. Digitale Technologien, Raumproduktion, Intervention. Bielefeld: transcript.

- Becker, Sören (2018): Coding for the Common Good? Aktivitäten einer Open-Data-Initiative. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 249-260.
- Böker, Thomas / Treger, Ulf (2018): Gemeinschaftliche Infrastrukturen, digitale Souveränität und Gegenzählungen. Projekte einer Digital Citizenship. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 261-274.
- Exner, Andreas / Cepoiu, Livia / Weinzierl, Carla (2018): Smart City Policies in Wien, Berlin und Barcelona. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 333-344.
- Frank, Sybille / Krajewsky, Georg (2018): Smarter Urbanismus und Urbanität. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 63-74.
- Füller, Henning (2018): Steuerung aus den Daten selbst? Zur Erkenntnisweise algorithmischer Mustererkennung am Beispiel Gesundheitsmonitoring. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 211-222.
- Kropp, Cordula (2018): Intelligente Städte. Rationalität, Einfluss und Legitimation von Algorithmen. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 33-42.
- Libbe, Jens (2019): Lost in Transformation. Rezension zu *Smart City. Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten* von Sybille Bauriedl und Anke Strüver (Hg.). <https://www.soziopolis.de/lesen/buecher/artikel/chancen-und-risiken-der-smart-city> (letzter Zugriff am 12.4.2019).
- Lindner, Peter (2018): Smart Cities – Smart Bodies? In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 161-175.
- Marquardt, Nadine (2018): Digital assistierter Wohnalltag im smart home. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 285-298.
- Rosol, Marit / Blue, Gwendolyn / Fast, Victoria (2018): „Smart“, aber ungerecht? Die Smart-City-Kritik mit Nancy Fraser denken. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 87-98.
- Runkel, Simon (2018): Smarter Bevölkerungsschutz? Risiko- und Sicherheitskommunikation zwischen Warnung und Werbung. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 127-138.
- Shaw, Joe / Graham, Mark (2018): Ein informationelles Recht auf Stadt? Code, Content, Kontrolle und die Urbanisierung von Information. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 177-204.
- Späth, Philipp / Knieling, Jörg (2018): Endlich Smart-City-Leuchtturm. Auswirkungen des EU-Projektes mySMARTLife auf die Planungspraxis in Hamburg. In: Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.), *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript, 345-356.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft. Zusammenfassung. https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2019/pdf/WBGU_HGD2019_Z.pdf (letzter Zugriff am 16.4.2019).

